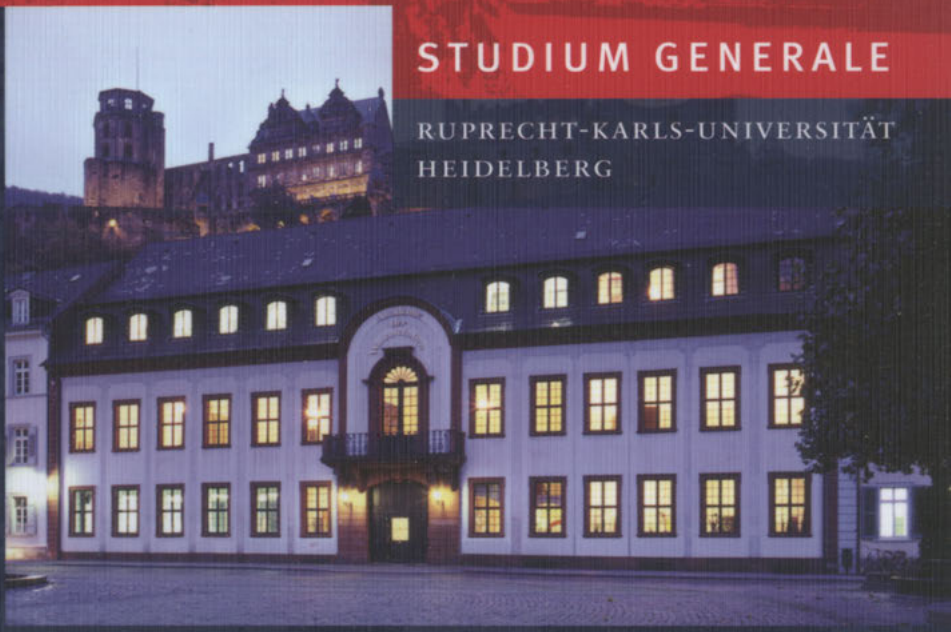
VOLKER SELLIN (Hg.)

Das Europa der Akademien

STUDIUM GENERALE

RUPRECHT-KARLS-UNIVERSITÄT HEIDELBERG



Universitätsverlag
WINTER
Heidelberg

STUDIUM GENERALE
der Ruprecht-Karls-Universität
Heidelberg

Sammelband der Vorträge
des STUDIUM GENERALE
der Ruprecht-Karls-Universität
Heidelberg
im Sommersemester 2009

Das Europa der Akademien

Herausgegeben von
VOLKER SELLIN

Mit Beiträgen von
JAN ASSMANN
FRANK-RUTGER HAUSMANN
AXEL HORSTMANN
EBERHARD KNOBLOCH
PETER STROHSCHNEIDER
JÜRGEN TRABANT
EIKE WOLGAST

Universitätsverlag
WINTER
Heidelberg

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über *http://dnb.d-nb.de* abrufbar.

EINBANDABBILDUNG:
Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften
© Jessen Oestergaard

ISBN 978-3-8253-5595-1

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlages unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

© 2010 Universitätsverlag Winter GmbH Heidelberg
Imprimé en Allemagne · Printed in Germany
Herausgeber: Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg
Druck: Memminger MedienCentrum, 87700 Memmingen
Umschlaggestaltung: Klaus Brecht GmbH, Heidelberg

Gedruckt auf umweltfreundlichem, chlorfrei gebleichtem
und alterungsbeständigem Papier

Den Verlag erreichen Sie im Internet unter:
www.winter-verlag-hd.de

INHALT

VORWORT 7

EIKE WOLGAST
Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften –
Gründung und Entwicklung 9

JÜRGEN TRABANT
Akademie und Nationalsprache 43

EBERHARD KNOBLOCH
Leibniz und die naturwissenschaftlichen Akademien
im Zeitalter der Aufklärung 77

AXEL HORSTMANN
Die Perspektive der Nation: Zum akademischen und
politischen Selbstverständnis der Geisteswissenschaften
im 19. Jahrhundert 103

JAN ASSMANN
Akademie, Langzeitprojekte und kulturelles
Gedächtnis 125

PETER STROHSCHNEIDER
Einheit der Wissenschaften 147

FRANK-RUTGER HAUSMANN
Akademie und Totalitarismus im 20. Jahrhundert 171

Adressen der Referenten 215

VORWORT

Im Jahre 2009 beging die Heidelberger Akademie der Wissenschaften, die Landesakademie Baden-Württembergs, ihr hundertjähriges Bestehen. Im Rahmen des Jubiläumsprogramms führte jede der neun Universitäten des Landes jeweils eine Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe in ihren Räumen gemeinsam mit der Akademie durch. Mit der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg vereinbarte die Akademie für das Sommersemester des Jubiläumsjahrs die Aufnahme einer Vorlesungsreihe mit dem Titel „Das Europa der Akademien" in das Programm des Studium Generale. Sie wurde am 6. April 2009 vom Präsidenten der Akademie, Professor Dr. Hermann H. Hahn, und dem Rektor der Universität, Professor Dr. Bernhard Eitel, gemeinsam eröffnet. Der Vorlesungsreihe war eine doppelte Aufgabe gestellt: Zum einen sollte die Geschichte der europäischen Akademien und des Akademiegedankens bis zu ihren Anfängen in der platonischen Akademie und deren Wiederbelebung in der florentinischen Renaissance zurückverfolgt werden; zum andern sollte der Frage nach der gegenwärtigen Funktion und den künftigen Aufgaben der Akademien nachgegangen werden. Zum Abschluss der Vortragsreihe fand am 29. Juni 2009 eine Podiumsdiskussion über die Zukunft der Akademien statt. Sie wurde von Frau Dr. Heike Schmoll (Frankfurter Allgemeine Zeitung) moderiert. Teilnehmer auf dem Podium waren Reinhard Hüttl (Potsdam), einer der beiden Präsidenten der Deutschen Akademie für Technikwissenschaften (Acatech), Peter Graf Kielmansegg (Mannheim), Altpräsident der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Andreas Sent-

ker (Hamburg), Ressortleiter „Wissen“, Die Zeit, und Erwin Teufel (Spaichingen), Altministerpräsident von Baden-Württemberg. Der vorliegende Band enthält die Vorträge der Vorlesungsreihe. Die Podiumsdiskussion ist auf dem Mediaserver der Universität gespeichert.

Allen Mitwirkenden an der Vorlesungsreihe sei an dieser Stelle noch einmal herzlich gedankt. Mein besonderer Dank gilt Frau Monika Conrad für die redaktionelle Betreuung des Bandes.

Volker Sellin

Heidelberg, im Februar 2010

EIKE WOLGAST

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften – Gründung und Entwicklung

1. Der moderne Akademiegedanke

Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist ein Spätprodukt des neuzeitlichen Akademiegedankens.[1] Dieser entwickelte sich im 17. Jahrhundert aus dem Ungenügen am herrschenden Wissenschaftsbetrieb, da die Universitäten weithin im ungebrochenen Glauben an Autoritäten verharrten und ihre Aufgabe vor allem darin sahen, tradiertes Wissen zu repetieren. Die ersten modernen Akademien wurden in Paris und London gegründet. 1635 bekam die Académie Française die königliche Anerkennung – Richelieu wurde ihr Protektor. Sie erhielt die Aufgabe, die Nationalsprache zu reglementieren und für die französische

[1] Zusammenfassend zum Thema vgl. Fritz Hartmann/Rudolf Vierhaus (Hrsg.), *Der Akademiegedanke im 17. und 18. Jahrhundert*. Bremen/Wolfenbüttel 1977; Jürgen Voss, *Die Akademien als Organisationsträger der Wissenschaften im 18. Jahrhundert*, in: *Historische Zeitschrift* Bd. 231 (1980), S. 43–74; Conrad Grau, *Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg*. Leipzig 1988; Anton Schindling, *Bildung und Wissenschaft in der Frühen Neuzeit 1650–1800*. 2. Aufl. München 1999, insbes. S. 64–69; Daniel-Odon Hurel/Gérard Laudin (Hrsg.), *Académies et Sociétés savantes en Europe (1650–1800)*. Paris 2000; Udo Wennemuth, *Akademien der Wissenschaften und Künste*, in : *Religion in Geschichte und Gegenwart* 4. Aufl. Bd. 1. Tübingen 1998, Sp. 239–246. Zu den Universitäten der frühen Neuzeit vgl. zusammenfassend Walter Rüegg (Hrsg.), *Geschichte der Universität in Europa* Bd. 2: *Von der Reformation zur Französischen Revolution 1500–1800*. München 1996.

Kulturpolitik tauglich zu machen, sie „zur vollkommensten unter den neueren Sprachen“ zu machen und zu befähigen, „alle Künste und Wissenschaften sachgemäß zu behandeln“.[2] Unter dem Einfluss Colberts entstand 1663 für Philologie und Geschichte die Académie des Inscriptions et Belles Lettres und für die Naturwissenschaften 1666 die Académie des Sciences. England konzentrierte sich mit der Royal Society 1662 von vornherein auf angewandte Naturwissenschaften; die Akademie definierte sich als „College for the promoting of physicomathematical experimental learning“.

In Deutschland war Gottfried Wilhelm Leibniz der prominenteste Vertreter des modernen Akademiegedankens. Im Unterschied zu Westeuropa verfolgte er jedoch einen universalistischen und enzyklopädischen Ansatz, indem er Natur- und Geisteswissenschaften in einer gemeinsamen Forschungsinstitution zusammenführen wollte – um das berühmt gewordene Losungswort zu zitieren: „Theoriam cum praxi zu vereinigen“.[3] Zweck und Zielrichtung der Wissenschaft hatte das bonum commune, das allgemeine Wohl, zu sein – der Erkenntnisfortschritt an sich war weniger wichtig als seine Umsetzbarkeit in Nutzen für alle. „Bloße Curiosität oder Wissensbegierde und unfruchtbare Experimenta“ gehörten der Konzeption von Leibniz zufolge nicht zur Aufgabe der Akademie, sie hatte vielmehr „Land und Leute, Feldbau, Manufacturen und Commercien und, mit einem Wort, die Nahrungsmittel zu verbessern“. Allerdings galt ebenso:

> Überdies auch solche Entdeckungen zu tun, dadurch die überschwengliche Ehre Gottes mehr ausgebreitet und dessen Wunder besser als bisher erkannt [...] würden.[4]

Zur Ausstattung einer Akademie gehörten für Leibniz Laboratorium, Bibliothek, Münzsammlung und archäologische Samm-

[2] Jürgen von Stackelberg, *Die Académie Française*, in: Hartmann/Vierhaus, *Akademiegedanke* (wie Anm. 1), S. 32 f.
[3] Adolf Harnack, *Geschichte der Königlich Preußischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin* Bd. 1. Berlin 1900, S. 81 (Denkschrift, 24./26. März 1700).
[4] Ebd., S. 81.

lung, Naturalienkabinett, physikalisches Kabinett, Botanischer Garten und Druckerei, vor allem aber eine Sternwarte, zumal sich die geplante Akademie in Berlin durch das Kalendermonopol finanzieren sollte.

Der Stiftungsbrief der „Kurfürstlich Brandenburgischen Sozietät der Wissenschaften", deren erster Präsident der in Hannover wohnende Leibniz wurde, verband Theorie und Praxis in der Weise, dass die neue Einrichtung tätig werden sollte „zu Beförderung der Ehre Gottes, Ausbreitung dessen Wahrheit und Cultivirung allerhand Tugenden und dem Gemeinen Wesen nützlichen Übungen".[5] Wie in Frankreich wurde der Berliner Akademie bei ihrer Gründung 1700 auch eine national-patriotische Aufgabe übertragen: Erhaltung und Reinigung der deutschen Sprache sowie Pflege der deutschen und brandenburgischen Geschichte. Der Kurfürst übernahm das Protektorat der Sozietät.

Eine charakteristische Abwandlung erfuhr der Akademiegedanke 1751 bei der Gründung der „Göttinger Gelehrten Gesellschaft".[6] Albrecht von Haller entwickelte für sie, Vorstellungen Christian Wolffs aufgreifend, das Konzept einer engen Verbindung mit der ebenfalls erst kurz zuvor gegründeten Universität. Die Akademie wurde als Ergänzung der Universität verstanden: Hatte diese die Aufgabe einer Lehranstalt, so jene die einer Forschungsanstalt zur Erweiterung der Wissenschaft. Das Ganze stand für Haller aber unter strikt utilitaristischen Vorgaben: Wissenschaftsdisziplinen, die mehr auf Sammlung und Interpretation orientiert waren „und der Erfindung selten fähig" sind, waren nicht akademiewürdig. Die Universität diente der Jugend, und durch die Lehre allein erhielt die Wissenschaft „keinen Zuwachs". Dagegen diente die Akademie dem Erfinden – „ein Academiste muß erfinden und verbessern oder seine Blöße un-

[5] Harnack, *Geschichte* (wie Anm. 3), S. 93 (Stiftungsbrief, 11. Juli 1700).

[6] Vgl. zusammenfassend Richard Toellner, *Entstehung und Programm der Göttinger Gelehrten Gesellschaft unter besonderer Berücksichtigung des Hallerschen Wissenschaftsbegriffes*, in: Hartmann/Vierhaus, *Akademiegedanke* (wie Anm. 1), S. 97–115.

vermeidlich verraten".[7] Nachdem Haller in die Schweiz zurückgekehrt war, verstärkte sich allerdings in der Göttinger Akademie das von ihm eher geringgeschätzte philologisch-altertumswissenschaftliche Element beträchtlich.

Von vornherein gleichberechtigt waren die „philosophisch-mathematischen Wissenschaften"[8] dagegen bei den Akademiegründungen in München und Mannheim 1759 und 1763. Da die Heidelberger Akademie der Wissenschaften sich gern als Fortsetzung der Mannheimer verstand und versteht, sei kurz auf die Geschichte der „Academia Electoralis Scientiarum et Elegantiarum Literarum Theodoro-Palatina" eingegangen.[9] Kurfürst Karl Theodor verzichtete von vornherein auf den Leibnizschen Universalismus, insofern er die Aufgaben seiner Akademie auf Regionalaspekte konzentrierte: Geschichte der Dynastie und der Kurpfalz sowie Erforschung der Natur des Landes. Besonderes Ansehen gewannen der Mannheimer Akademie allerdings ihre meteorologisch-astronomischen Forschungen – für sie wurde eine eigene Klasse eingerichtet, der auch ein Observatorium zur Verfügung stand. Die zehn Mitglieder der Akademie bezogen ein Gehalt und trafen sich wöchentlich zu einer Sitzung im kurfürstlichen Schloss. Sie konnten die Bibliothek und die kurfürstlichen Sammlungen nutzen, gehörten überhaupt – wie in Berlin und München – zum Decorum des absolutistischen Hofes. Nur zwei der Mitglieder waren Heidelberger Professoren, die übrigen entstammten Hofkreisen (Leibärzte, Historiograph, Bibliothekar, gelehrte Räte). Um die Wissenschaftsfreiheit zu garantieren, waren Jesuiten (nicht aber Weltpriester) von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. So wurde der berühmte Astro-

[7] Zit. nach ebd., S. 107.

[8] So im Stiftungsbrief der Münchener Akademie der Wissenschaften; zit. nach Ludwig Hammermayer, *Gründungs- und Frühgeschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften*. Kallmünz 1959, S. 352.

[9] Zu Mannheim vgl. noch immer Adolf Kistner, *Die Pflege der Naturwissenschaften in Mannheim zur Zeit Karl Theodors*. Mannheim 1930; Peter Fuchs, *Palatinatus illustratus. Die historische Forschung an der Kurpfälzischen Akademie der Wissenschaften*. Mannheim 1963.

nom Christian Mayer erst nach Auflösung des Jesuitenordens in die Mannheimer Akademie aufgenommen.[10]

Der Mannheimer Akademie wurde der Lebensfaden abgeschnitten, als Karl Theodor nach dem Erbanfall Bayerns den Hof 1778 nach München verlegte.[11] Wäre der Erbfall nicht eingetreten, durch den die Kurpfalz plötzlich zum Nebenland herabsank und zwei Jahrzehnte später überhaupt von der politischen Landkarte verschwand, könnten wir in diesem Jahr das 246. Gründungsjahr feiern, statt uns mit geborgter Kontinuität trösten zu müssen. Kurfürst Karl Theodor bevorzugte zwar zunächst noch seine Gründung gegenüber der Münchener Konkurrenz. Er erwog sogar vorübergehend die vollständige oder wenigstens teilweise Verschmelzung beider Institutionen, bestätigte dann aber doch die Münchener Akademie, nachdem ein in Mannheim eingeholtes Gutachten über die Münchener Stiftungsbriefe und Statuten großmütigerweise günstig ausgefallen war. Damit war München gerettet – allerdings, wie sich bald zeigte, auf Kosten Mannheims. Karl Theodor verlor offensichtlich allmählich das Interesse an Mannheim, so dass der Heidelberger Rektor Franz Anton Mai 1797 von der „ohnehin an Krücken gehenden Akademie" sprach[12], als er dem Kurfürsten vorschlug, die Mannheimer Institution nach Heidelberg zu verlegen oder wenigstens den Botanischen Garten und das Physikalische Kabinett an die Universität zu transferieren. Auch um das Vermögen der Mannheimer Akademie bemühte sich die Universität. Als das Ende der Kurpfalz bereits besiegelt war, bat die Universität 1802 um die Überlassung von Hofbibliothek, Antikensaal, Münz- und Naturaliensammlung sowie der Instrumente

[10] Vgl. Alexander Moutchnik, *Forschung und Lehre in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts. Der Naturwissenschaftler und Universitätsprofessor Christian Mayer SJ (1719-1783).* Augsburg 2006, S. 359–385.

[11] Zum Verfall der Mannheimer Akademie vgl. Kistner, *Pflege* (wie Anm. 9), S. 23-29; Fuchs, *Palatinatus* (wie Anm. 9), S. 358–389. Vgl. auch Ludwig Hammermayer, *Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften 1759–1807* Bd. 2. München 1983, S. 158–163, 362–369.

[12] Zit. nach Kistner, *Pflege* (wie Anm. 9), S. 23.

von Sternwarte und Physikalischem Kabinett. Die Sammlungen wurden jedoch nach München überführt[13], ebenso das Vermögen, das bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften seither als „Mannheimer akademischer Reservefonds" gesondert verwaltet wurde. Es betrug 1914 noch 263.000 Goldmark, fiel dann aber der Inflation zum Opfer. Ein Gesuch des Mannheimer Stadtrats an den neuen badischen Landesherrn 1804, die Akademie der Wissenschaften wiederzubeleben, blieb erfolglos – Karlsruhe hatte mit den finanziellen Belastungen durch die übernommene Universität genug zu tun.

Der Akademiegedanke wandelte sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts im Zeichen des Neuhumanismus entscheidend. Wilhelm von Humboldt nahm bei der Reform des preußischen Bildungswesens das Göttinger Muster auf und grenzte die Aufgaben von Akademie und Universität strikt voneinander ab:

> Die Universität [...] steht immer in engerer Beziehung auf das praktische Leben und die Bedürfnisse des Staates, da sie sich immer praktischen Geschäften für ihn, der Leitung der Jugend, unterzieht; die Akademie aber hat es rein nur mit der Wissenschaft an sich zu tun.

Sie ist nicht am Nutzen orientiert und dem Staat mit seinen Anforderungen nicht unterworfen. Daher galt für Humboldt:

> Auf diese Weise muß die Idee einer Akademie als die höchste und letzte Freistätte [ursprünglich hieß es sogar: Zufluchtsort] der Wissenschaft und die vom Staat am meisten unabhängige Korporation festgehalten werden.[14]

Die zweckfreie Forschung war für Humboldt eine unendliche Aufgabe: „Die Wissenschaft als etwas noch nicht ganz Gefun-

[13] Vgl. Esteban Mauerer (Hrsg.), *Die Protokolle des Bayerischen Staatsrats 1799 bis 1817* Bd. 2: *1802 bis 1807*. München 2008, S. 563–566 (Vortrag Montgelas' über die Unterbringung der Mannheimer Kunstsammlungen und der wissenschaftlichen Sammlungen in München, 22. Juli 1803).

[14] Wilhelm von Humboldt, *Werke in fünf Bänden* Bd. 4: *Schriften zur Politik und zum Bildungswesens*. 3. Aufl. Darmstadt 1982, S. 263 f. (Akademieausgabe Bd. 10, S. 258) (Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin, 1810).

denes und nie ganz Aufzufindendes zu betrachten."[15] Die Betonung der Zweckfreiheit schloss alle anwendungsorientierten Disziplinen von der Akademie aus – von den Fächern der Theologischen, Juristischen und Medizinischen Fakultät konnten deswegen nur die historisch-philologisch bzw. die theoretisch arbeitenden Disziplinen Akademiefähigkeit beanspruchen.

Der geistigen Neuorganisation der Berliner Akademie waren die Gründungen in Leipzig (1846) und Wien (1847) verpflichtet. Der Entwicklung zum „Großbetrieb der Wissenschaft" (Adolf von Harnack)[16] in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entsprach die Berliner Akademie, als sie 1900 acht sogenannte Akademieprofessuren einrichtete, um langfristige Unternehmungen durch pensionsberechtigte Mitarbeiter kontinuierlich und effizient betreiben zu können. Die Anstrengungen richteten sich vor allem auf geisteswissenschaftliche Vorhaben, während für naturwissenschaftliche, medizinische und technische Grundlagenforschung 1911 die „Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" (nach 1945: Max-Planck-Gesellschaft) in gemischt staatlich-privater Finanzierung gegründet wurde.[17] Um die Idee der Einheit der Wissenschaft zu bewahren, hatte Harnack zunächst geplant, die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft mit der Berliner Akademie zu verbinden; so sollten die Institutsdirektoren Akademiemitglieder werden (Akademieprofessoren). Mit der Verselbständigung der KWI-Institute, die zudem nicht selten einem nutzungsorientierten Zweck verpflichtet waren, wurde der Leibniz-Humboldtsche Akademiegedanke, der – bei aller Verschiedenheit im einzelnen – auf der gemeinsamen Basis: Einheit der Wissenschaft, beruhte, im Kern in Frage gestellt.

[15] Ebd., S. 257 (Akademieausgabe Bd. 10, S. 253).

[16] Vgl. Adolf von Harnack, *Vom Großbetrieb der Wissenschaft*, in: *Preußische Jahrbücher* Bd. 119 (1905), S. 193–201.

[17] Vgl. Lothar Burchardt, *Wissenschaftspolitik im Wilhelminischen Deutschland. Vorgeschichte, Gründung und Aufbau der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften*. Göttingen 1975.

2. Die Gründung der Heidelberger Akademie

In diese Situation fällt die Gründung der Heidelberger Akademie der Wissenschaften.[18] Allerdings wurde die – mindestens indirekte – Krise des traditionellen Akademiekonzepts von den Heidelberger Gründungsvätern offensichtlich gar nicht gesehen. Auf Anläufe zu einer Heidelberger Akademiegründung im 19. Jahrhundert braucht an dieser Stelle nicht eingegangen zu werden; erwähnt werden muss nur die Initiative des badischen Großherzogs im Umfeld des Heidelberger Universitätsjubiläums 1886.[19] Friedrich I. dachte an eine Badische Akademie und bezog daher Freiburg sowie – ganz modern, aber auch abweichend vom bisherigen Akademietypus – die Technische Hochschule Karlsruhe in seine Überlegungen ein. Es sollte eine wandernde Akademie sein, die ihren Sitz abwechselnd an den drei Hochschulstandorten haben sollte. Der Plan scheiterte nicht zuletzt an der Skepsis der befragten Heidelberger Universitätsprofessoren (Kuno Fischer)[20], aber auch an der Zurückhaltung der Staatsbehörden, die den finanziellen Aufwand fürchteten.

[18] Grundlegend für alles Folgende Udo Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909–1949*. Heidelberg 1994. Zur Gründungsgeschichte vgl. auch Reinhard Riese, *Die Hochschule auf dem Wege zum wissenschaftlichen Großbetrieb. Die Universität Heidelberg und das badische Hochschulwesen 1860–1914*. Stuttgart 1977, S. 242–251. Ausgewertet wurden für die nachfolgenden Ausführungen zudem die Bestände des Akademiearchivs im Universitätsarchiv Heidelberg (Sign. HAW) sowie die Akademiepublikationen Jahresheft 1909/10ff. bzw. Jahrbuch 1963/64 ff.

[19] Zur Vorgeschichte von 1886/87 und anderen Gründungsversuchen vgl. Udo Wennemuth, *Akademiebewegung in Nordbaden 1763 bis 1909*, in: Wilhelm Doerr u. a. (Hrsg.), *Semper apertus. Sechshundert Jahre Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg 1386–1986* Bd. 4: Übergreifende Beiträge. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1985, S. 274–297.

[20] Kuno Fischer, zu einem Gutachten aufgefordert, bezweifelte in einem Schreiben an den Minister der Justiz, des Kultus und des Unterrichts vom 6. Nov. 1887, dass eine Universitäts- (oder Akademie-) Zeitschrift sinnvoll sein würde: „E.E wissen, wie geteilt die wissenschaftliche Arbeit unserer Tage ist und sein muß, wie es der heutige Zustand der Wissenschaft mit sich gebracht hat, daß ihre Fragen und Fächer sich immer mehr und mehr

Die Gründungsgeschichte 1909 vollzog sich innerhalb von nur zwei Monaten. Am Ursprung der Heidelberger Akademie stand nicht ein Fürst oder der Staat, sondern die Industriellenfamilie Lanz, die in Mannheim die größte Landmaschinenfabrik Deutschlands und damit zugleich das größte Industrieunternehmen Badens betrieb. Heinrich Lanz, der 1905 gestorben war, hatte testamentarisch eine große Summe für wohltätige und wissenschaftliche Zwecke bereitgestellt. Der Heidelberger Nationalökonom und Kulturhistoriker Eberhard Gothein wollte 1909 von Karl Lanz als dem Erben 100.000 Mk. erbitten, um damit der notleidenden Universitätsforschung aufzuhelfen und einen Fonds einzurichten, aus dem junge Wissenschaftler zwischen Promotion und erster Anstellung unterstützt werden könnten,

> der produktivsten Zeit, in der der Drang wissenschaftlicher Beschäftigung am stärksten ist und die Möglichkeit am schwächsten.[21]

Konkret war an Stipendien und Druckkostenzuschüsse gedacht. Außer Lanz sollten auch „andere reiche Leute" für diese Aufgabe gewonnen werden.[22]

spezifizieren. Die Mitteilung der gelehrten Forschungen geschieht in Fachjournalen und in den Berichten und Verhandlungen der gelehrten Gesellschaften." Eine allgemeine Zeitschrift wie erneuerte Heidelberger Jahrbücher würden „den Aufwand an Kosten und Mühe" kaum lohnen. Er könne auch nicht beurteilen, „wie sich der hiesige akademische Gemeingeist einer solchen Aufgabe gegenüber verhalten wird", verwies aber auf frühere Erfahrungen, die ihn „manche Schwierigkeit befürchten" ließen. Generallandesarchiv Karlsruhe, 235/3354, Bl. 8.

[21] Michael Maurer u. a. (Hrsg.), *Im Schaffen genießen. Der Briefwechsel der Kultuswissenschaftler Eberhard und Marie Luise Gothein (1883–1923).* Köln/Weimar/Wien 2006, S. 297 (Brief an Marie Luise Gothein, 26. Juni 1909) [mit zahlreichen Lesefehlern der Editoren]; das Datum des Briefes ergibt sich eindeutig aus der Erwähnung der konstituierenden Sitzung am 25. Juni).

[22] Zu Gotheins Initiative vgl. Michael Maurer, *Eberhard Gothein (1853–1923). Leben und Werk zwischen Kulturgeschichte und Nationalökonomie.* Köln/Weimar/Wien 2007, S. 232–239.

Der Heidelberger Jurist Friedrich Endemann, dem Gothein von seinem Plan erzählte, nahm sich der Sache an, wandelte Gotheins Absichten aber ins Große – in den Worten Gotheins:

> Mit seiner immer etwas komisch wirkenden Unverfrorenheit rückt er Lanz auf die Bude [...] und bringt richtig, wie es scheint beim ersten Anlauf, die Million heim.[23]

Karl Lanz stiftete 1 Million Mk. und 50.000 Mk. Schenkungssteuer – die neue Institution erhielt den Namen „Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Stiftung Heinrich Lanz".

War Endemann der Vermittler, so übernahmen die personelle und damit zugleich die inhaltliche Ausgestaltung die beiden Heidelberger Professoren Koenigsberger und Windelband – Leo Koenigsberger war Mathematiker, Wilhelm Windelband Philosoph und 1909 (Pro-)Rektor der Universität.[24] Karl Lanz, dem die Naturwissenschaftlich-mathematische Fakultät den Ehrendoktor verlieh, begnügte sich offenbar mit der Hergabe des Stiftungskapitals und vollzog im Übrigen lediglich nach, was die Heidelberger Gelehrten ihm vorschlugen. Zurückhaltend agierte – wie 1886/87 – das Karlsruher Ministerium. Es erhob Einwendungen gegen den Begriff „Akademie", der im Vergleich mit Berlin und München überdimensioniert erschien, und bevorzugte die Bezeichnung „Oberrheinische Gesellschaft der Wissenschaften" – auch Göttingen und Leipzig nannten sich damals „Gesellschaft", nicht „Akademie". Das Ministerium bestand zudem auf der Einbeziehung von Freiburg und Karlsruhe, weil es fürchtete, dass das gelehrte Potential von Heidelberg allein nicht ausreichte, um die neue Gründung vor wissenschaftlicher Mittelmäßigkeit zu bewahren. Es verlangte auch, dass Lanz seinen Finanzierungsplan änderte und die geschenkte Summe nicht, wie er beabsichtigte, in zehn Jahresraten überwies; Karlsruhe machte die Anerkennung der Akademie davon abhängig, dass

[23] Zit. nach Maurer, *Gothein* (wie Anm. 22), S. 232 (an Marie Luise Gothein, 18. Juni 1909).

[24] Vgl. Dagmar Drüll, *Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803–1932*. Berlin/Heidelberg/New York/Tokyo 1986, S. 145. 300.

der „größere Teil“ des Stiftungsvermögens vorhanden sei – was dann auch geschah.

Die von Karl Lanz am 22. Mai 1909 unterschriebene Stiftungsurkunde[25] traf zwei wichtige Strukturentscheidungen und formulierte damit, wenn man so will, den „Auftrag“ der Akademie:

1) Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist „der Universität Heidelberg angegliedert“.

2) „Die innere Ausgestaltung“ erfolgt nach dem Vorbild der bestehenden deutschen Akademien.

Zu 1): Die Angliederung an die Universität Heidelberg bestand den Statuten zufolge darin, dass ordentliches Mitglied der Akademie nur sein konnte, „wer seinen Wohnsitz in Heidelberg hat“. Das hieß konkret: Nur Professoren der Heidelberger Universität kamen für eine ordentliche Mitgliedschaft in Frage. Der vom Ministerium geforderten Ausdehnung auf das ganze Land wurde durch die Gruppe der außerordentlichen Mitglieder Rechnung getragen. Diese mussten ihren Wohnsitz in Baden haben.

Zu 2): Die Angleichung an die anderen deutschen Akademien bestand in der Einteilung der Heidelberger Akademie in zwei Klassen: Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse und Philosophisch-historische Klasse. Sie wurden von Sekretären geleitet, die auf sechs Jahre gewählt waren – die heute verwendete archaisierende Bezeichnung „Sekretar“ nach Berliner Vorbild wurde erst in der Satzung von 1946 verankert. Die Sekretäre wechselten sich jährlich in der Leitung der Gesamtakademie ab.

Das Statut sah für jede Klasse 10 ordentliche Mitglieder vor. Zuwahlen erforderten eine Zweidrittelmehrheit der Klasse und die absolute Mehrheit des Plenums. In jeder Klasse durfte es bis zu 25 außerordentliche Mitglieder geben – sie besaßen aber nur das Recht, schriftliche Anträge zu stellen und Arbeiten einzusenden, die ohne weitere Prüfung in die Sitzungsberichte aufgenommen wurden. Auch wurden sie zu den Festsitzungen ein-

[25] Stiftungsurkunde, Grundzüge der Verfassung, Eröffnungsfeier und Statuten sind abgedruckt im Jahresheft 1909/1910.

geladen. Neben den ordentlichen und den außerordentlichen Mitgliedern gab es noch die auswärtige Mitgliedschaft für nichtbadische Gelehrte (heute: korrespondierende Mitglieder) – bis zu 50 in jeder Klasse. Diese hatten immerhin das Recht, an den Gesamtsitzungen teilzunehmen. Schließlich war die Ehrenmitgliedschaft vorgesehen.

Das Protektorat über die Heidelberger Akademie übernahm der Großherzog. Ihm war jede Zuwahl sowie die Wahl der Sekretäre zur Bestätigung anzuzeigen. Darüber hinaus war das Land Baden nicht engagiert, schon gar nicht finanziell.

Das heikelste Problem war natürlich die Personalfrage. Koenigsberger und Windelband stellten die Liste der ordentlichen Mitglieder zusammen – die Ernennung überließen sie auf Rat Gotheins dem Großherzog, um sich hinter dieser Autorität den Vorwürfen nicht berücksichtigter Kollegen entziehen zu können. Gothein lobte die Auswahl: „Übrigens kann ich nur sagen, dass Windelband und Koenigsberger alles vorzüglich vorbereitet hatten."[26] Je neun Mitglieder wurden ernannt, den zehnten wählte die Klasse – die nächsten Zuwahlen fanden dann erst 1915 statt. 1909 wurden, wie die überregionale Presse spöttisch feststellte, die dienstältesten Ordinarien zu Mitgliedern bestimmt. Max Weber interpretierte die Ernennungskriterien als eine Verbindung von Fachvertreterprinzip, Anciennitätsprinzip und Nobilitätsprinzip.[27]

In der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse reichten die zehn Plätze, um alle Institutsdirektoren aufzunehmen, dazu noch drei Vertreter theoretischer medizinischer Disziplinen.[28] In

[26] Maurer, *Schaffen* (wie Anm. 21), S. 297 (an Marie Luise Gothein, 26. Juni 1909).

[27] Vgl. Max Weber, *Gesamtausgabe* Abt. II: Briefe. Bd. 6: *Briefe 1909–1910*. Tübingen 1994, S. 216 (an Leo Koenigsberger, 7. Aug. 1909).

[28] Gründungsmitglieder waren der Zoologe Otto Bütschli, der Chemiker Theodor Curtius, der Botaniker Georg Klebs, der Mathematiker Leo Koenigsberger, der Physiologe Albrecht Kossel, der Physiker Philipp Lenard, der Psychiater Franz Nißl, der Astronom Max Wolf, der Mineraloge Ernst Anton Wülfing und der zugewählte Anatom Max Fürbringer. Über sie vgl. Drüll, *Gelehrtenlexikon* (wie Anm. 24).

der Philosophisch-historischen Klasse reichten die Plätze nicht für alle Institutsdirektoren der geisteswissenschaftlichen Fächer, was zu entsprechender Missstimmung führte und Kritik hervorrief.[29] Die Verantwortung für die Wahl der außerordentlichen Mitglieder aus Baden musste die Akademie selbst übernehmen, da sich der Großherzog weigerte, auch hier tätig zu werden. Entgegen der Ursprungsintention diente die außerordentliche Mitgliedschaft auch als Wartebank für nicht zum Zuge gekommene Heidelberger Professoren. Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse wählte 1909 16 außerordentliche Mitglieder, davon nicht weniger als 10 Heidelberger, aber nur vier Freiburger und zwei Professoren von der Technischen Hochschule Karlsruhe. Die Philosophisch-historische Klasse wählte 20 außerordentliche Mitglieder, davon 12 aus Heidelberg, sechs aus Freiburg und zwei aus Karlsruhe – diese begreiflicherweise nicht von der Technischen Hochschule, sondern den Direktor des Generallandesarchivs und den Direktor des Badischen Oberschulrates. Die ersten Wahlen legten zugleich für lange Zeit die akademiefähigen Disziplinen fest. Wie in den anderen deutschen Akademien erhielten in den Geisteswissenschaften die philologisch-historisch arbeitenden Fächer eine Monopolstellung, bei den naturwissenschaftlich-medizinischen Fächern die theoretisch orientierten. Spekulative und anwendungsorientierte Disziplinen blieben ausgeschlossen.

Die Statuten definierten die Heidelberger Akademie der Wissenschaften als „eine Vereinigung von Gelehrten zu dem Zwecke,
– die Wissenschaft zu pflegen,
– sie durch Forschungen zu erweitern,

[29] Gründungsmitglieder waren der Orientalist Carl Bezold, der Germanist Wilhelm Braune, der Archäologe Friedrich von Duhn, der Nationalökonom Eberhard Gothein, der Römischrechtler Otto Gradenwitz, der klassische Philologe Fritz Schöll, der Rechtshistoriker Richard Schröder, der Theologe Ernst Troeltsch, der Philosoph Wilhelm Windelband sowie der zugewählte Sprachwissenschaftler Christian Bartholomä. Über sie vgl. Drüll, *Gelehrtenlexikon* (wie Anm. 24).

– wissenschaftliche Untersuchungen anzuregen und zu unterstützen".
Diese Definition steht noch heute in den Statuten.

Die Eröffnungsfeier am 3. Juli 1909 in der Alten Aula der Universität vollzog sich mit wilhelminischem Pomp.[30] Großherzog Friedrich II. sprach ebenso wie Kultusminister von Dusch, Koenigsberger hielt die programmatische Festrede. Er berief sich auf die Kurpfälzische Akademie des 18. Jahrhunderts, fraglos, um der Neuschöpfung ein wenig Patina zu geben und sie vor den Schwesterinstituten reputierlicher zu machen. Außerdem zitierte er ausführlich Humboldt und erinnerte an den Plan von 1886/87, an dem er selbst beteiligt gewesen war, wenn auch „Zeit, Umstände und Personen" damals der Ausführung „nicht günstig" gewesen seien.[31] Koenigsberger beschwor die Einheit der Wissenschaft als Hauptaufgabe der Akademie. Durch die Kenntnisnahme von Einzelforschung sollte den Akademiemitgliedern „das Gemeinsame der gewonnenen Resultate zum Bewußtsein gebracht" werden.[32] Nur vorsichtig wurde angedeutet, dass die Ausrichtung an den älteren Akademien vielleicht nicht alles zu sein brauchte. „Unsere Akademie ist die erste, die in diesem Jahrhundert ins Leben tritt, sie soll und wird den modernen [im Druck gesperrt] Anschauungen gerecht werden, ohne sich jedoch mehr als nötig von den idealen Auffassungen zu entfernen, welche die Männer der Wissenschaft in den früheren Jahrhunderten beherrscht und die Arbeitsrichtung der gelehrten Gesellschaften bestimmt haben."[33] Auch unter den Arbeitszielen der Akademie nannte Koenigsberger neben der Erweiterung der Wissenschaft sowie der engeren Verbindung der badischen Hochschulen die „Förderung aller Interessen, welche eine neue Zeit, neue Aufgaben und neue Hilfsmittel zu deren

[30] Vgl. Die Eröffnungsfeier der Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Stiftung Heinrich Lanz) vom 3. Juli 1909. Heidelberg 1909.
[31] Ebd., S. 7.
[32] Ebd., S. 16.
[33] Ebd., S. 17 f.

Lösung erfordern".[34] Karl Lanz unterstrich in seiner Rede die Verbindung von Naturwissenschaften und Industrie, die erforderlich sei, um die sozialen und gesellschaftlichen Probleme von Gegenwart und Zukunft zu lösen. Windelband griff in seiner Ansprache auf das Ursprungskonzept Gotheins zurück, ohne aber dessen Namen zu nennen: Die Mittel der Akademie sollten vor allem den „jüngeren Lehrkräften" zugute kommen – in Gestalt von Stipendien („Eröffnung von Studiengelegenheiten"), in der Beschaffung von Forschungsmitteln und in der Erleichterung wissenschaftlicher Veröffentlichungen.[35] Auch die Rektoren von Freiburg und Karlsruhe hielten kurze Ansprachen; von den älteren Akademien, denen gleich zu sein die Heidelberger sich doch anstrengten, war keine einzige vertreten.

Max Weber, der zum außerordentlichen Mitglied gewählt worden war, obwohl er als Vertreter einer anwendungsorientierten Fachdisziplin zu gelten hatte und zudem der Heidelberger Universität nur noch am Rande angehörte, erkannte die Problematik der Festlegung auf traditionelle Inhalte und Formen. Entsprechend kritisierte er in einem Briefwechsel mit Koenigsberger und Windelband, dass die Heidelberger Akademie einem „veralteten Muster" folge[36] und in den Geisteswissenschaften einem „alles überwuchernden Historismus" verpflichtet sei.[37] Eine „moderne Akademie" brauchte aber nach seiner Überzeugung eine dritte Klasse für Nationalökonomie und Staatsrecht, um die systematischen staats- und gesellschaftswissenschaftlichen Disziplinen angemessen zu beteiligen. Als Mitglieder dieser dritten Klasse stellte sich Weber die Fachvertreter sowie Vertreter der Landesstatistik und „eventuell noch andere Prakti-

[34] Ebd., S. 21.
[35] Ebd., S. 34.
[36] Weber, *Briefe* (wie Anm. 27), S. 208 (an Leo Koenigsberger und Wilhelm Windelband, 30. Juli 1909). Zur Kritik Webers vgl. auch Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation* (wie Anm. 18), S. 149–162.
[37] Ebd., S. 220 (an Leo Koenigsberger, 7. Aug. 1909). Der Brief (S. 212–221) enthält sowohl eine fundamentale Kritik an der gegenwärtigen Konzeption als auch ausführliche Überlegungen für eine zeitgemäße Akademie der Wissenschaften.

ker"[38] vor. Diese Klasse musste zudem ein für alle Mal über einen festen Etat verfügen, um die „Existenzbedingungen und Kulturbedeutung" der „lebendigen Mächte der Gegenwart" untersuchen zu können.[39] Windelband wandte gegen Weber ein, dass dessen materielle Vorstellungen den ganzen Akademieetat in Anspruch nehmen würden. Seine ursprüngliche Absicht, die Wahl zum außerordentlichen Mitglied nicht anzunehmen, ließ Weber auf Zureden der beiden Sekretäre fallen – im Gegenteil beantragte er 1910, die Akademie möge „eine von der Soziologischen Gesellschaft beabsichtigte Erhebung über Zeitungswesen" materiell unterstützen. Tatsächlich bewilligte die Akademie 10.000 Mk., verteilt auf fünf Jahre, und verlangte lediglich, dass ein Teilthema abgetrennt werde, das als Unternehmen der Akademie auszuweisen war.[40] Es war nicht ihre Schuld, dass das Projekt nicht zustande kam, weil Weber sich mit dem Verband der Zeitungsverleger überwarf.

3. Entwicklung bis 1933

Der Alltag des Akademielebens wurde durch die Satzung festgelegt. „In der Regel" sollten an jedem ersten Samstag des Monats – außer in den Semesterferien – ab 16.15 Uhr Klassensitzungen mit Vorträgen der Mitglieder stattfinden, Gesamtsitzungen viermal im Jahr. Für wissenschaftliche Vorhaben standen der Heidelberger Akademie jährlich etwa 40.000 Mk. zur Verfügung. Das war erheblich weniger als der Berliner Etat mit 286.000 Mk. oder der Münchener mit 80.000 Mk. betrug, aber

[38] Ebd., S. 218. In einem Brief an Koenigsberger vom 27. Okt. 1909 skizzierte Weber die Besetzung einer „besonderen philosophisch-soziologischen Klasse" mit acht Mitgliedern: 1 Theologe (fraglos war Troeltsch gemeint), 3 Publizisten (also Vertreter des öffentlichen bzw. Staatsrechts) und 4 Philosophen; ebd., S. 299.
[39] Ebd., S. 220.
[40] Vgl. ebd., S. 501 (an Wilhelm Windelband, 9. Mai 1910).

mehr als Göttingen (28.000 Mk.) und Leipzig (20.000 Mk.) ausgeben konnten.[41]

An eigene wissenschaftliche Unternehmungen wurde zunächst nur zögernd gedacht. In den ersten Klassensitzungen wurden 1909 stattdessen u. a. folgende Unterstützungen bewilligt[42]: In der Philosophisch-historischen Klasse 2.000 Mk. für Prof. Hermann Thiersch (Freiburg) zur Freilegung der Fundamente des Leuchtturms von Pharos (zusammen mit der Freiburger Wissenschaftlichen Gesellschaft), 500 Mk. an den Privatdozenten Arnold Ruge (Heidelberg) als Druckkostenzuschuss für seine Bibliographie „Die Philosophie der Gegenwart", 1.000 Mk. an den Privatdozenten Otto Cartellieri (Heidelberg) für den Druck seiner „Geschichte der Herzöge von Burgund", 500 Mk. für Karl Hampe (Heidelberg) zur Bezahlung eines Mitarbeiters an der Edition der Capuaner Briefsammlung aus dem 13. Jahrhundert (ab 1913 Friedrich Baethgen).

Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse bewilligte dem Heidelberger Geologen Wilhelm Salomon-Calvi 500 Mk. für die Bergung und Präparation von Fundobjekten der Sande von Mauer – dazu gehörte auch der berühmte Unterkiefer des Homo heidelbergensis, der bis heute Eigentum der Akademie ist. Zu den naturwissenschaftlichen Fördermaßnahmen zählten 1909 ferner 1.200 Mk. für Georg Klebs (Heidelberg) zur Beschaffung eines „heizbaren Kulturkastens" (für botanische Experimente), 800 Mk. für die medizinphysiologischen Untersuchungen des Heidelberger Dozenten Otto Cohnheim, 450 Mk. für Prof. Robert Lauterborn (Heidelberg) zu Studien über die Fauna und Flora am Rhein, 1.000 Mk. für den Astronomen Max Wolf (Heidelberg) zur Drucklegung seiner Aufnahmen der Milchstraße. Die Unterstützungsbewilligungen erstreckten sich gleicherweise auf arrivierte ordentliche Professoren wie auf habilitierte Nachwuchswissenschaftler. Viele Zuschüsse wurden über Jahre hinweg mehrfach neu bewilligt.

[41] Vgl. die Zahlen bei Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation* (wie Anm. 18), S. 234.
[42] Vgl. das Jahresheft 1909/1910.

Von vornherein beteiligte sich Heidelberg auch an Unternehmungen, die von mehreren Akademien getragen wurden, so am Poggendorffschen „Biographisch-Literarischen Handwörterbuch der exakten Naturwissenschaften“ der Sächsischen Akademie oder an einer botanisch-geologischen Expedition nach Afrika.

Das erste eigenständige geisteswissenschaftliche Heidelberger Projekt war das Babylonisch-assyrische Wörterbuch, das zwischen 1912 und 1925 erarbeitet wurde. Die „Geschichte der Universität Heidelberg“ wurde 1916 als neues Forschungsprojekt beschlossen, für das die Akademie ab 1919 den Historiker Gerhard Ritter als festbesoldeten Mitarbeiter einstellte.[43]

Die „Sitzungsberichte“, von denen 10–12 in jedem Jahr erschienen, enthielten in den ersten Jahren vor allem religionsgeschichtliche und sprachwissenschaftliche sowie physikalisch-mathematische und astronomische Abhandlungen.

Die wissenschaftlichen Aktivitäten der Heidelberger Akademie kamen Anfang der zwanziger Jahre nahezu zum Erliegen, da die Inflation das Stiftungsvermögen vernichtete. Von 1,3 Millionen Mk. blieben nur etwas mehr als 22.000 RM übrig. Das wurde für die Heidelberger Akademie zur existenziellen Bedrohung, da sie im Gegensatz zu den anderen deutschen Akademien nicht im Landeshaushalt verankert war. Ab 1924 erhielt sie lediglich freiwillige und auch jederzeit widerrufliche Zuwendungen des Landes Baden, die erst 1928 etatisiert wurden. Sie betrugen 1928 5.000 RM, gingen Anfang der dreißiger Jahre aber auf 2.000 RM und ab 1939 auf nur noch 800 RM zurück. Einen gewissen Ausgleich brachten zwischen 1926 und 1936 die Jahreszahlungen aus der sogenannten Kulturellen Wohlfahrtsrente (als Entgelt für Inflationsschäden), so dass das Akademievermögen 1932 wieder auf 292.000 RM angewachsen war.

Nach Vernichtung des Stiftungsvermögens legte die Akademie den Zusatz „Stiftung Heinrich Lanz“ ab. Sie gewann damit

[43] Vgl. Volker Sellin/Eike Wolgast/Sebastian Zwies (Hrsg.), *Die Forschungsvorhaben der Heidelberger Akademie der Wissenschaften*. Heidelberg 2009.

vermutlich ein Stück Normalität und Reputation im Kreis der deutschen Akademien. Bei den Lanzschen Erben provozierte dieser Schritt dagegen begreiflicherweise langanhaltende Verstimmung.

Schon bald nach der Gründung hatte sich gezeigt, dass die Mitgliederzahl von zehn in jeder Klasse zu knapp bemessen war, nicht zuletzt im Vergleich mit den anderen Akademien: Berlin verfügte in jeder Klasse über 32 Mitglieder, München über 24, Göttingen über 15 (seit 1914: 21) und Leipzig über 40 (seit 1912) Mitglieder je Klasse. 1916 wurde durch eine Satzungsänderung die Zahl der ordentlichen Mitglieder von 10 auf 15 in jeder Klasse erhöht. Um die Mitgliederentwicklung gleich weiter zu verfolgen: Seit 1926 wurden die über Siebzigjährigen nicht mehr auf das Quorum angerechnet, 1930 die Zahl der Mitglieder auf 20 je Klasse erhöht. Seit 1939 waren es 25, jetzt allerdings ausdrücklich auf das ganze Land ausgedehnt. 1958 wurde die Mitgliederzahl auf 35, 1988 auf 40 Mitglieder in jeder Klasse festgesetzt; zusätzlich wurde 1974 das Lebensalter für die aktive Mitgliedschaft auf 68, 1998 auf 65 Jahre gesenkt.

1930 erklärte der Präsident Hans von Schubert bei der Jahresfeier:

> Eine Akademie erfüllt [...] erst dann ihren eigentlichen Zweck, wenn sie selbst größere Unternehmungen in die Wege zu leiten und zu tragen vermag.[44]

Zu diesem Zeitpunkt betrieben beide Klassen jeweils ein großes Forschungsprojekt. 1927 begannen die Arbeiten an der Edition der Opera omnia des spätmittelalterlichen Philosophen und Theologen Nikolaus von Kues (1401–1464), 1931 erschien das erste Heft des Oberrheinischen Fossilienkatalogs. Die Cusanus-Ausgabe, deren Initiator der Philosoph Ernst Hoffmann und deren erster Mitarbeiter Raymond Klibansky war, sollte für die wissenschaftliche Beschäftigung mit einem der bedeutendsten Denker der abendländischen Geistesgeschichte eine verlässliche textkritische Grundlage bereitstellen. Die Edition wurde 2005

[44] Jahresheft 1929/1930, S. XIX.

vollendet. Der Fossilienkatalog, den Wilhelm Salomon-Calvi herausgab, dokumentierte, nach geologischen Formationen geordnet, die große Vielfalt der Fossilfundstellen im Oberrheingebiet. Das Werk lag 1936 mit zehn Heften abgeschlossen vor. Beide Unternehmungen gerieten bald in den Sog der rassistischen Politik des Nationalsozialismus – Klibansky wurde 1933 entlassen und emigrierte nach Großbritannien, Salomon-Calvi ließ sich unter dem Druck der antisemitischen Maßnahmen vorzeitig emeritieren und folgte einem Ruf nach Ankara.

4. Die Akademie im Dritten Reich[45]

Von der antisemitischen Gesetzgebung des Dritten Reiches wurde der Mitgliederbestand der Heidelberger Akademie zunächst nicht betroffen – die 1933 und 1935 vorgenommenen Säuberungen der Dozentenschaft an den Universitäten wirkten sich auf die Zusammensetzung der Akademie nicht aus. Nur der Althistoriker Eugen Täubler, der 1933 seinen Lehrstuhl aufgab, obwohl er durch die Frontkämpferklausel geschützt war, legte auch seine Mitgliedschaft in der Heidelberger Akademie nieder.[46] Eine partielle Selbstgleichschaltung und einen Akt der Unterwerfung unter das NS-Regime nahm die Philosophisch-historische Klasse 1934 vor, als sie Eugen Fehrle zum Mitglied wählte. Sie honorierte damit nicht wissenschaftliche Verdienste, sondern die modisch gewordene Disziplin Volkskunde und den Leiter der Hochschulabteilung im Karlsruher Ministerium, der gerade erst zum ordentlichen Professor in Heidelberg aufgestie-

[45] Zum Folgenden vgl. Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation* (wie Anm. 18), S. 343–542; ders., Heidelberger Akademie der Wissenschaften (Hrsg.): *Die im Dritten Reich entrechteten und vertriebenen Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Biographische Porträts.* Heidelberg 2009.

[46] Vgl. Dorothee Mußgnug, *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933.* Heidelberg 1988, S. 54–57. 119–122. 166–168. 279. Täubler wurde im Mitgliederverzeichnis (Stand: 3. Juni 1934) als auswärtiges Mitglied geführt („jetzt in London"); vgl. Jahresheft 1933/34, S. XXVI.

gen war. Fehrle wurde von dem Germanisten Friedrich Panzer vorgeschlagen – die Wahl fand in Abwesenheit von drei angesehenen Mitgliedern der Klasse statt, die durch ihr Fernbleiben vermutlich ihren Protest ausdrücken wollten: der Theologe Martin Dibelius, der Historiker Karl Hampe und der Jurist Ernst Levy.

Bei weiteren Zuwahlen wurden 1935 in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse mehrfach überzeugte Nationalsozialisten gewählt. Da die Lehrstühle zunehmend mit Professoren besetzt wurden, die Regimeanhänger waren, rückten diese, wenn ihr Fach akademiefähig war, nahezu automatisch in die Plätze ihrer wegberufenen, emeritierten oder gestorbenen Vorgänger ein – die Fachdisziplin wog stärker als die individuelle wissenschaftliche Leistung. So beerbte der Geologe Julius Wilser Salomon-Calvi, der Astronom Heinrich Vogt Max Wolf, der Physiologe Johann Daniel Achelis Philipp Broemser.[47] Neben diesen qualitativ zweifelhaften Wahlen stand immer auch die Wahl völlig integrer Persönlichkeiten, so des regimekritischen Industriellen und Nobelpreisträgers Carl Bosch und des Alttestamentlers Gustav Hölscher, der von Bonn nach Heidelberg strafversetzt worden war.

Im Februar 1936 begann der offene Angriff auf die jüdischen Mitglieder, als am Vorabend einer Gesamtsitzung Fehrle, Achelis, Vogt und Wilser erklärten, an der Sitzung nicht teilzunehmen, „weil sie als Angehörige der NSDAP sich nicht der Möglichkeit aussetzen könnten, hier mit Juden zusammenzutreffen".[48] Der vorgesehene Referent, der Pharmakologe Fritz Eichholtz, solidarisierte sich, obwohl nicht Parteigenosse, mit dieser

[47] Über sie vgl. Dagmar Drüll, *Heidelberger Gelehrtenlexikon* 1933–1986. Berlin/Heidelberg 2009.

[48] Zit. nach Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation* (wie Anm. 18), S. 405 f. (Aufzeichnung Panzers). Schon im Dezember 1935 hatten die Parteigenossen der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse sich gegen die Anwesenheit von Nichtariern in Akademiesitzungen erklärt. Erdmannsdörffer hatte daraufhin sondiert, ob die „beanstandeten Herren" nicht freiwilllig austreten oder den Sitzungen fernbleiben wollten; ebd., S. 404.

Haltung und sagte seinen Vortrag ab. Da die inkriminierten Kollegen, der Mathematiker Artur Rosenthal, der Physiologe und Nobelpreisträger Otto Meyerhof und der Jurist Ernst Levy, sich weigerten, die Akademie zu verlassen, fing ein monatelanger Konflikt an, der zur Lähmung der Akademiearbeit, insbesondere der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, führte. Eine besonders klägliche Rolle spielten dabei die Sekretäre Friedrich Panzer und der Mineraloge Otto Erdmannsdörffer. Ihr Hauptziel bestand darin, die Institution zu retten und wieder funktionsfähig zu machen – ein damals weithin typisches Verhalten. Hinter diesem Ziel trat aber die Solidarität mit den angegriffenen Kollegen weit zurück, ja bestand, jedenfalls nach Ausweis der Akten, eigentlich gar nicht. Panzer bat ausgerechnet das Karlsruher Ministerium um Weisungen, ohne aber eine eindeutige Antwort zu erhalten. Auch in dem interakademischen Gremium, dem sogenannten Kartell der deutschen Akademien, übernahm Heidelberg ab 1937 eine Vorreiterrolle, um die so genannte Judenfrage ministeriell regeln zu lassen. Der Konflikt eskalierte, als Erdmannsdörffer am 7. April 1937 in einer Klassensitzung, an der außer ihm nur der Physiker Walter Bothe und der Mediziner Viktor von Weizsäcker teilnahmen[49], zum Sommersemester 1937 sein Amt niederlegte. Statt in einer regulären Sitzung wurde im Umlaufverfahren Achelis zu seinem Nachfolger gewählt. Meyerhof und Rosenthal waren von der Abstimmung ausgeschlossen worden und erhielten auch keine Benachrichtigung über die Verschiebung der Jahresfeier.[50] Aus Protest gegen diesen Satzungsverstoß traten beide im Juli aus der Akademie aus.[51] Als einziger solidarisierte sich der 72-jährige Botani-

[49] Vgl. HAW 41. Entschuldigt hatten sich der Anatom Paul Ernst und der Internist Ludolf Krehl. In der Sitzung berichtete Erdmannsdörffer auch über den „Schriftwechsel in der Nichtarierfrage". Im Jahresheft 1936/40 fehlt ein Bericht über die Sitzung.

[50] Levy befand sich bereits in den USA.

[51] Die ähnlichen, aber nicht identischen Austrittsschreiben vgl. in HAW 41. Achelis benachrichtigte am 27. Juli 1937 das badische Kultusministerium, dass sich nach dem Austritt Meyerhofs und Rosenthals „keine Juden

ker Ludwig Jost mit seinen beiden Kollegen und gab gleichfalls seine Mitgliedschaft auf – anscheinend aber nur mündlich, da ein entsprechendes Schreiben nicht bei den Akten liegt, und offenbar ohne Bezug auf den Rechtsbruch, da der neue Sekretär Achelis Josts Entschluss „mit besonderem Bedauern" quittierte und ihm für die langjährige Mitarbeit den „besonderen Dank der Akademie" aussprach.[52] Das Motiv von Jost wurde erst 1947 im Nachruf des Präsidenten Dibelius öffentlich benannt: „Er trat einzig aus dem Grunde aus, daß er die Zusammensetzung der damaligen Akademie nicht mehr billigen konnte."[53]

Trotz des Drängens von Achelis, der schon 1936 eine Satzungsänderung beantragt hatte, der zufolge nur Reichsbürger (im Sinne der Nürnberger Gesetze) ordentliche Mitglieder der Akademie sein durften, verzögerte sich die von ihm – mit Panzer im Gefolge – angestrebte reichseinheitliche Regelung. Das Reichserziehungsministerium war wegen der korrespondierenden ausländischen Mitglieder und überhaupt wegen der Reaktion der wissenschaftlichen Öffentlichkeit des Auslands lange zögerlich. Erst im November 1938 wies das Ministerium die deutschen Akademien an, neue Satzungen auszuarbeiten, durch die rassisch Missliebige mit dem Instrument des Reichsbürgergesetzes von 1935 zum Verlassen der Akademie gezwungen werden sollten, wenn sie nicht von sich aus austraten. Panzer verschickte als geschäftsführender Sekretär am 17. März 1939 einen entsprechenden Fragebogen an alle Mitglieder, ob sie zu dem betroffenen Personenkreis („Juden, Mischlinge und Herren, die mit Jüdinnen oder Mischlingen ersten Grades verheiratet sind") gehörten.[54] Insgesamt verlor die Heidelberger Akademie

im Sinne des Reichsbürgergesetzes mehr" unter den ordentlichen Mitgliedern der Heidelberger Akademie befänden; HAW 41.

[52] Achelis an Jost, 27. Juli 1937; HAW 239.

[53] Jahreshefte 1943/55. Heidelberg 1959, S. 42. Den zitierten Satz hatte Dibelius in den von Josts Nachfolger Seybold angefertigten Nekrolog eingefügt; vgl. HAW 239.

[54] Vgl. HAW 41.

von 37 ordentlichen Mitgliedern (Stand 1933) acht.[55] Auch die außerordentlichen Mitglieder wurden nach rassischen Kriterien überprüft: Von 38 verloren fünf ihre Mitgliedschaft.[56] Für Eberhard Freiherr von Künßberg, der „nichtarisch versippt" war, erteilte das Ministerium eine Ausnahmegenehmigung, da er als Leiter des Deutschen Rechtswörterbuchs unentbehrlich schien. Dem als „Vierteljuden" eingestuften Ernst Hoffmann verweigerte das Ministerium dieses Privileg; er wurde aber wegen der Cusanus-Ausgabe gewissermaßen halblegal geduldet. Der klassische Philologe Otto Regenbogen, als Heidelberger Professor zwangspensioniert, dem Panzer als angeblich „nichtarisch versippt" 1939 zeitweise keine Einladung zuschickte, blieb Mitglied, beteiligte sich aber mehrere Jahre hindurch nicht an den Sitzungen, obwohl Achelis sich um ihn bemühte.

In ihrem Wahlverhalten war die Heidelberger Akademie während des ganzen Dritten Reiches frei, es gab keine oktroyierten Mitgliedschaften. Gewählt wurden sowohl Anhänger des Regimes als auch Kritiker und Gegner (etwa Gerhard Ritter, Willy Hellpach), zumeist jedoch Mitläufer und Opportunisten, die sich mit den Gegebenheiten arrangierten und notfalls verbale Konzessionen machten. Seit 1939 musste der Reichserziehungsminister jede Wahl bestätigen und verfügte auch über ein Widerrufsrecht. Es ist nicht bekannt, dass er gegenüber Heidelberg in dieser Richtung tätig geworden ist.

1939 änderte die Heidelberger Akademie auf Weisung des Reichserziehungsministeriums ihre Satzung. Die auswärtige und die außerordentliche Mitgliedschaft gingen in der neuen Kategorie der korrespondierenden Mitglieder auf; das Einzugsgebiet

[55] In der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse Ludwig Jost, Heinrich Liebmann, Otto Meyerhof, Artur Rosenthal, Wilhelm Salomon-Calvi; in der Philosophisch-historischen Klasse Ernst Levy, Hermann Ranke, Eugen Täubler.

[56] In der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse Georg Bredig (Karlsruhe) und Stefan Goldschmidt (Karlsruhe), in der Philosophisch-historischen Klasse Friedrich Brie, Eduard Fraenkel und Fritz Pringsheim (alle Freiburg).

wurde für ordentliche Mitglieder auf ganz Baden, 1940 auf ganz Südwestdeutschland (außer Freiburg und Karlsruhe Frankfurt, Darmstadt und seit 1941 Straßburg) ausgedehnt, soweit der Wohnort die regelmäßige Beteiligung an den Akademiegeschäften erlaubte. In diesem Zusammenhang wurde die Zahl der ordentlichen Mitglieder von 40 auf 50 aufgestockt. Insbesondere die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse machte in der Folgezeit von der Möglichkeit Gebrauch, Nichtheidelberger Professoren zu wählen. Im Zuge der angestrebten Vereinheitlichung der Akademiestatuten und zur Durchsetzung des Führerprinzips wurde vom Ministerium das Präsidentenamt eingeführt, das aber mit den Sekretärsposten identisch besetzt werden konnte. Panzer wurde Präsident, Achelis Vizepräsident – beide waren zugleich „Führer" ihrer Klasse. Die Absicht, eine „Reichsakademie der deutschen Wissenschaft" zu gründen, der die Einzelakademien als Sozietäten untergeordnet werden sollten, wurde vom Ministerium zwar angekündigt, wegen des Krieges aber dilatorisch behandelt. Die letzte Jahresfeier während des Dritten Reiches fand 1944 statt, mit einem Vortrag des Klinikers Curt Oehme zu „Über Altern und Tod", die letzten Klassensitzungen wurden im Februar/März 1945 abgehalten, mit Vorträgen über „Die Bedeutung einiger Vitamine für die Pflanze" (August Seybold) und „Das Bündnis zwischen Sparta und Persien im Jahre 412/11" (Hans Schaefer).[57]

Die Forschungsvorhaben der Heidelberger Akademie blieben von den ideologischen Vorgaben des Regimes unberührt – Heidelberg griff keine NS-typische Fragestellung auf. Fehrle blieb bedeutungslos, Achelis zeigte sich als Wächter des traditionellen Akademiegedankens, nachdem er seine rabiate Personalpolitik zum Erfolg geführt hatte. Vom nationalen Gedanken inspiriert war das interakademische Projekt, das „Die Deutschen Inschriften des Mittelalters und der frühen Neuzeit" sammeln sollte. Es war aber kein Produkt des Dritten Reiches, sondern Panzer verfolgte den Plan schon seit 1930; 1934 wurde das Vorha-

[57] Vgl. Jahreshefte 1943/55 (wie Anm. 53), S. 8.

ben begonnen, Heidelberg übernahm die Koordination. Das Projekt läuft heute noch. Die Cusanus-Ausgabe wurde trotz der Entlassung Klibanskys und der prekären Stellung Hoffmanns weitergeführt. Einen offensichtlich antisemitisch motivierten Akt nahm 1938 Achelis vor, als er sich weigerte, Akademiemittel für den Druck des abschließenden Bandes der Opera von Spinoza zur Verfügung zu stellen[58] – die Bände 1-4 waren seit 1925 von der Akademie subventioniert worden und trugen auf dem Titelblatt den Vermerk: „Im Auftrag der Heidelberger Akademie der Wissenschaften herausgegeben von Carl Gebhardt" – Gebhardt war Schüler von Windelband. Der fünfte Band erschien dann erst, wieder im Auftrag der Akademie herausgegeben, 1987. Der Editor war schon 1937 gestorben.

Dem Geist der Zeit hatte die Heidelberger Akademie allerdings schon früh gehuldigt. In der Festsitzung am 2. Juni 1935 verkündete der geschäftsführende Sekretär Erdmannsdörffer, sich auch auf die Vorjahresrede Panzers beziehend:

> Unsere Arbeit ist Dienst am deutschen Volk; sie strebt, nach innen die ideelle und materielle Lebenskraft des deutschen Volkes zu stärken, nach außen das Ansehen deutscher Wissenschaft in der Welt und damit des Deutschtums überhaupt zu wahren und zu mehren. [...] Die Akademie [...] hat durch Zuwahl eine Reihe von Männern gewonnen, die als anerkannte Vertreter ihres Faches diese Bestrebungen tatkräftig unterstützen werden.[59]

[58] Vgl. Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation* (wie Anm. 18), S. 290, Anm. 70.

[59] Vgl. Jahresheft 1934/35, S. XIV. – Panzer hatte in seinem Bericht über das Geschäftsjahr 1933/34, „dem ersten vollen Jahr im Leben der Akademie seit dem großen Aufbruch deutscher Nation", auf der Festsitzung am 3. Juni 1934 erklärt, dass „der große Umbruch, der im heutigen Deutschland sich vollzieht", auch Wissenschaft und Wissenschaftler nicht unberührt lassen könne. „Wissenschaft ist ein organischer Teil des Lebens der Nation; es wäre ihr Tod, wenn sie nicht mit der Nation, ihrem Denken und Fühlen gleichen Schritt zu halten vermöchte." Jedes Zeitalter besaß in Panzers Sicht seine eigene Wahrheit. „So verstandene Wissenschaft hat ihren Platz und ihre Ehre in der Nation, der sie mit Leib und Seele zu dienen bereit ist. In diesem Sinne verstehe ich auch Aufgabe und Wirken der Akademie." Jahresheft 1933/34, S. VIII.

5. Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts

Nach dem Ende des Dritten Reiches wurde die Heidelberger Akademie – anders als die Universität – nicht geschlossen, setzte aber ihre Arbeit zunächst nicht fort, zumal der Vizepräsident Achelis im September 1945 als NS-Funktionär von der Besatzungsmacht verhaftet wurde. Panzer betrieb die Wiederaufnahme der Geschäfte, für die der Sekretär der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, Karl Freudenberg, als erste Aufgabe formulierte: Restitution der Mitglieder, die aufgrund der nationalsozialistischen Gesetzgebung ausscheiden mussten; Nachholen von Wahlen, die aus politischen Gründen zurückgestellt worden sind; Wiedereintritt ausgetretener Mitglieder; Streichung von Namen aus der Mitgliedschaft; Revision der Satzung.

Nachdem die Militärbehörden im Juli 1946 der Wiederaufnahme der Arbeit zugestimmt hatten, fanden ab 1947 wieder regelmäßig Sitzungen statt. Als Mitglied wurde akzeptiert, wer von der Militärregierung als Professor bestätigt oder entnazifiziert worden war. Für die anderen ruhte die Mitgliedschaft. Im Dezember 1946 waren von 55 ordentlichen Mitgliedern (Stand: 1. April 1945) 27 zugelassen. Ohne förmlichen Ausschluss verloren vier ordentliche und zwei korrespondierende Mitglieder ihre Mitgliedschaft[60], andere traten nach günstigem Ausgang ihres Spruchkammerverfahrens wieder in ihre Rechte ein. Formell neugewählt wurden 1952 Achelis und Vogt.[61] Zugewählt wurden 1947 in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse sieben Mitglieder, in der Philosophisch-historischen Klasse fünf, darunter die Regimeopfer Karl Jaspers, Gustav Radbruch und August Grisebach. Im Februar 1947 wurden die

[60] Die ordentlichen Mitglieder Eugen Fehrle (Volkskunde), Hubert Schrade (Kunstgeschichte), Carl Schneider (Psychiatrie) und Udo Wegner (Mathematik) (alle Heidelberg) sowie die korrespondierenden Mitglieder Gustav Doetsch (Mathematik; Freiburg) und Fritz Schachermeyr (Alte Geschichte; Graz).

[61] Im Mitgliederverzeichnis 1955 wurde die Unterbrechung ihrer Mitgliedschaft nicht angemerkt; vgl. Jahresheft 1943/55 (wie Anm. 53), S. 212.

im Dritten Reich entrechteten und im Exil lebenden ehemaligen Mitglieder gefragt, ob sie ihrer Rückkehr in die Akademie als korrespondierende Mitglieder zustimmten. Die Antworten fielen unterschiedlich aus, wenngleich Dibelius in der Festsitzung 1947 feststellen konnte: „In der Mehrzahl der Fälle ist dies [sc. die erneute Mitgliedschaft] bereits gelungen."[62]

Wie die große Mehrheit der deutschen Bevölkerung und ihrer Funktionseliten[63] stellte sich auch die Heidelberger Akademie ihrer Vergangenheit nur sehr selektiv. Vorherrschend war offensichtlich die Überzeugung, standhaft geblieben und Opfer geworden zu sein. Diese Reaktion auf das Dritte Reich artikulierte der Präsident Dibelius in seinem Jahresbericht 1947:

> Unsere Akademie hat sich auch in den zwölf Jahren nicht für irgend eine politisch bedingte Arbeit missbrauchen lassen und hat deswegen manche Anfechtung erfahren.[64]

Im Vorwort zu dem Sammelband „Jahreshefte 1943/55", der 1959 erschien, hieß es kryptisch:

> Es erschien aus verschiedenen Gründen nicht angebracht, über die letzten beiden Jahre vor dem Zusammenbruch in extenso zu berichten.[65]

1955 wurde im Nachruf auf Erdmannsdörffer sein Versagen als Sekretär wenigstens angedeutet:

> Der Entwicklung des Nationalsozialismus stand er mit vornehmer Zurückhaltung und einer gewissen Resignation gegenüber.[66]

Dagegen fehlte im Nekrolog auf Achelis 1964 jeder Hinweis auf seine Rolle im Dritten Reich. Im Gegenteil: Der Nekrologschreiber Hans Schaefer berief sich auf das Urteil eines „emigrierten Kollegen der Zeit von 1933", Achelis sei „nicht fähig,

[62] Ebd., S. 33.
[63] Vgl. Eike Wolgast, *Die Wahrnehmung des Dritten Reiches in der unmittelbaren Nachkriegszeit (1945/46)*. Heidelberg 2001.
[64] Jahreshefte 1943/55 (wie Anm. 53), S. 33.
[65] Ebd., S. 3 (anonym).
[66] Jahreshefte 1943/55, S. 204.

etwas Häßliches zu tun".[67] Im Nachruf auf Meyerhof, der nach 1945 der Bitte entsprochen hatte, seine Mitgliedschaft wieder aufzunehmen, stellte der Präsident Oehme 1952 dagegen unumwunden fest, Meyerhofs Tod

> brachte uns [...] noch und wieder einmal das ganze schuldhafte Verhängnis der jüngsten deutschen Vergangenheit vor Augen, das so viel auch an geistiger Verarmung nach sich zog.[68]

Wissenschaftler, die sich im Dritten Reich kompromittiert hatten (etwa der Theologe Karl Georg Kuhn), wurden, wenn sie unterdessen zu gelehrter Reputation gekommen waren, bei Zuwahlen durchaus berücksichtigt, allerdings erst in gehörigem Abstand zur Vergangenheit.

Die Zeit des Wiederaufbaus war mühselig. Im Gegensatz zu den anderen, staatlich verankerten Akademien blieb Heidelberg lange auf freiwillige Leistungen des Landes angewiesen. Erst 1966 erhielt die Akademie die Anerkennung als „Körperschaft des öffentlichen Rechts", die die anderen Akademien längst besaßen, und erst 1974 wurde sie in den Landeshaushalt aufgenommen. 1954 musste der Präsident Herbig bei der Jahresfeier darauf aufmerksam machen, dass die Akademie in der Gefahr stehe, zu einer lokalen Angelegenheit zu werden, da den auswärtigen Mitgliedern weder Reisekosten noch Aufenthaltsspesen erstattet werden könnten.[69] Die Klage über die unzulängliche Finanzierung zieht sich durch die Geschäftsberichte aller Präsidenten in den fünfziger und sechziger Jahren. Immerhin gewährte das Land 1949 80.000 DM als Zuschuss, 1956 100.000 DM – aber eben als freiwillige Leistung, die gelegentlich durchaus auch gekürzt wurde.

Geldgeber waren neben dem Land Stiftungen (vor allem der Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft), die Deutsche Forschungsgemeinschaft und verschiedene Bundesministerien. Auf wirklich sicheren Boden gelangte die Akademie erst, als

[67] Jahrbuch 1963/64, S. 53.
[68] Jahreshefte 1943/55 (wie Anm. 53), S. 121.
[69] Vgl. ebd., S. 173 f.

1979 das Abkommen zwischen Bund und Ländern zur Finanzierung des Akademienprogramms ratifiziert wurde. In ihm wurde die hälftige Dotierung jedes Forschungsvorhabens, das von der Konferenz (seit 1990: Union) der (west)deutschen Akademien gebilligt worden war, durch Bund und Sitzland festgelegt. Seither konnten die bisher stets nur auf kurze Frist bewilligten, aber auf lange Zeitdauer angelegten Forschungsvorhaben auf solider Basis betrieben und den Mitarbeitern eine Anstellung auf Lebenszeit gesichert werden. Mit Stand von 2008 betrieb die Heidelberger Akademie als Gesamtvorhaben zwei Projekte: das Goethe-Wörterbuch (in Zusammenarbeit mit Berlin und Göttingen) sowie „The Role of Culture in the Early Expansion of Humans“: Die Mathematisch-naturwissenschaftliche Klasse unterhielt zwei Forschungsvorhaben: „Radiometrische Altersbestimmung von Wasser und Sedimenten“ sowie „Weltkarte der tektonischen Spannungen“. Der Empfehlung des Wissenschaftsrats gemäß dürfen seit 2004 keine naturwissenschaftlichen Projekte mehr aus dem Akademienprogramm gefördert werden, da der materielle Aufwand für sie zu groß ist und andere Förderinstrumentarien vorhanden sind; die noch bestehenden Projekte müssen bis 2012 in andere Trägerschaft überführt werden. Die Philosophisch-historische Klasse betreute 2008 17 Forschungsvorhaben mit Schwerpunkten auf wissenschaftlichen Wörterbüchern, Editionen aus der frühen Neuzeit sowie Projekten aus dem Bereich der alten Geschichte und der Archäologie. Internationale Ausstrahlungskraft besitzen insbesondere die Vorhaben „Felsbilder und Inschriften am Karakorum Highway“ und „Buddhistische Steinschriften in China“.[70]

Der Jahreshaushalt der Heidelberger Akademie betrug 2008 2.150.000 Euro als Landeszuschuss und 4.900.000 Euro aus dem Akademienprogramm; dazu kamen Beiträge Dritter in Höhe von 870.000 Euro. Die Heidelberger Akademie ist damit nach den materiell kümmerlichen Zeiten, die eigentlich bis gegen Ende der siebziger Jahre dauerten, auch zu einem beachtli-

[70] Zu den laufenden Forschungsprojekten vgl. Sellin, *Forschungsvorhaben* (wie Anm. 43).

chen Wirtschaftsfaktor geworden – sie beschäftigt mehr als 200 wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Stärker als früher gerieten die Akademien in den letzten Jahrzehnten unter Rechtfertigungsdruck und unter den Zwang, ihre Existenzberechtigung nachzuweisen. Seit Anfang der siebziger Jahre beschäftigt sich nahezu jeder Präsident bei der Jahresfeier der Heidelberger Akademie mit der Frage, was das Proprium der Akademie in ihrer, wie Hans-Georg Gadamer 1972 formulierte,

> schwierigen Zwischenstellung [...] zwischen den Großinstitutionen der Forschung und den Masseninstitutionen der Lehre"

ausmache.[71] Die jeweils nur wenig variierende Standortbestimmung, ihre so genannte Aufgabe, beschrieb die Akademie vor allem in der Tradition von Leibniz und Humboldt als Ort, an dem sich die Einheit der Wissenschaft inkarniert. Nur hier – oder wenigstens vor allem hier – werde diese Einheit im inter- und transdisziplinären Gespräch erlebbar, würden, wie der Physiker Otto Haxel 1979 erklärte, „die sich immer mehr spezialisierenden Einzeldisziplinen der Wissenschaft" wieder zusammengeführt und „ihnen eine Heimat in dem Gebäude der Gesamtwissenschaft" gegeben.[72] Was allerdings das programmatische Postulat „Einheit der Wissenschaft" konkret eigentlich noch bedeutete, kam kaum je zur Sprache.

Der zweite Aspekt der Standortbestimmung ist greifbarer: die von Akademiemitgliedern betreuten Forschungsvorhaben, die auf längere Fristen angelegt sind und sonst nirgendwo einen Träger finden. Der Wissenschaftsrat hat allerdings 2004 die „Langfrist" auf maximal 25 Jahre fixiert. Auf diesem Feld leistet die Akademie mit Grundlagenforschung einen entscheidenden, weil dauerhaften und international wirksamen Beitrag zur Kultursicherung und trägt zur Erfüllung der Kulturstaatsaufgabe bei.

[71] Jahrbuch 1972, S. 45.
[72] Jahrbuch 1979, S. 55.

Zur Außenwirkung der Heidelberger Akademie gehören vier Preise für Nachwuchswissenschaftler: der Akademiepreis (1984 vom Verein der Freunde der Akademie gestiftet) sowie der Karl-Freudenberg-Preis (seit 1986), der Walter-Witzenmann-Preis (seit 1997) und der Dulgerpreis (seit 2008). Der Unterstützung junger Wissenschaftler, die nach Gotheins Vorstellungen die vornehmste Aufgabe der Heidelberger Akademie sein sollte[73], dient seit 2003 das Akademiekolleg für den Wissenschaftlichen Nachwuchs (WIN-Kolleg). In ihm werden auf fünf Jahre fächerübergreifend aktuelle Forschungsschwerpunkte gefördert, an denen in jeweils mehreren Einzelprojekten zwei oder mehr besonders qualifizierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Landes Baden-Württemberg als Kollegiaten zusammenarbeiten. Außerdem werden Nachwuchskonferenzen gefördert, die von jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in eigener Verantwortung gestaltet werden. Neue Projekte zum „Dialog zwischen den Generationen" sind in Vorbereitung.

Das Signet der Heidelberger Akademie der Wissenschaften ist seit 1909 der Kopf der Frankfurter Athene des Myron.[74] Die Skulptur ist Teil einer Gruppe: Athene hat die von ihr erfundene Flöte (Doppelaulos) als für sie unbrauchbar weggeworfen und sich zum Gehen gewandt, als der Satyr Marsyas das Instrument ergreifen will, vor der leicht spöttisch zurückschauenden Göttin aber erschrickt. Die Symbolik ist fast zu plakativ: das Gegenüber von Wissenschaft (die sich mit dem Vorläufigen und Unvollkommenen nicht zufrieden gibt) und Barbarei. In der Ausstellung über „Bunte Götter" im Liebieghaus 2008/09 schaute die Statue in ihrer marmorweißen Monumentalität gewissermaßen distanziert und verwundert auf die farbig bemalten antiken Skulpturen, die sie umgaben. Oder war die Göttin etwas traurig, nicht auch farbig gefasst zu sein? „Unsere" Athene in Farbe – sie könnte ein Symbol für die Zukunft der Heidelberger Akademie sein: Nicht im Gewohnten und konventionell Gewordenen

[73] Vgl. oben S. 17.

[74] Vgl. G. Daltrop/P. C. Bol, *Athena des Myron*. Frankfurt 1983 (Liebieghaus-Monographie 8).

zu beharren, sondern Neues und auch ganz Ungewohntes bewusst wahrzunehmen und aufzunehmen, neue Fragestellungen zu entdecken und neue Antworten zu finden, zugleich aber auch im je neuen Gewand die unverzichtbare alte Form bewahrt zu wissen – Beruhigung und Herausforderung zugleich.

JÜRGEN TRABANT

Akademie und Nationalsprache

Vorbemerkung

> Quare falsum esset dicere curia carere Ytalos, quanquam Principe careamus, quoniam curiam habemus, licet corporaliter sit dispersa. (Dante: *DVE* xviii 5)
>
> Deswegen wäre es aber falsch zu sagen, dass wir Italiener keinen Hof haben, denn, obwohl wir keinen Fürsten haben, so haben wir doch einen Hof, auch wenn er materiell verstreut ist.

Es scheint lächerlich, um 1300 von einem italienischen Hof zu sprechen. Die Italiener haben keinen: „curia caremus". Und dennoch sei es falsch zu sagen, dass sie keinen Hof hätten, sie hätten nämlich einen idealen Hof, schreibt Dante. Und dort situiert er am Ende des ersten Teils seines sprachphilosophischen und poetologischen Traktats *De vulgari eloquentia* jene Sprache, die er sucht: an einem idealen Hof, dessen Glieder nicht wirklich vorhanden, wohl aber durch das „gratiosum lumen rationis" (*DVE* I xviii 5), das Gnadenlicht der Vernunft, ideal also, vereinigt sind.

Wir Deutsche müssen sagen: „academia caremus", wir haben keine Akademie, jedenfalls keine Sprach-Akademie wie die Franzosen, die Italiener oder die Spanier. Können wir aber vielleicht doch wie Dante sagen, dass wir eine Sprach-Akademie haben, auch wenn sie „corporaliter dispersa" ist, sozusagen eine ideale Akademie der Sprache, die im ganzen Land verstreut sitzt, überall und nirgendwo: „ubique et necubi" (*DVE* I xvi 1)? Bevor ich am Ende kurz auf diese Frage eingehe, werde ich über

die beiden Länder sprechen, die tatsächlich Sprachakademien haben, über Italien und Frankreich, über die Accademia della Crusca und über die Académie française und deren Verhältnis zur jeweiligen Nationalsprache.

1. Italien: Accademia della Crusca

Es geht in Dantes Traktat *De vulgari eloquentia* um die Konstruktion einer Sprache für die Dichtung, und zwar für die Dichtung in der Volksssprache, im *vulgare*, gerade im Gegensatz zur Sprache der Gelehrsamkeit, dem Latein, das Dante hier *gramatica* nennt. Dante konstruiert eine ideale Volksprache, ein „vulgare illustre, cardinale, aulicum, curiale", eine literarisch glänzende, maßgebliche, der Macht nahe und höfisch gebildete Sprache. Diese imaginierte Sprache eine „Nationalsprache" zu nennen, wäre ein eklatanter Anachronismus. Die italienische Sprachgeschichtsschreibung – ein Kind des Risorgimento und des Nationalstaates – begeht diesen Anachronismus allerdings gern, weil sie Dante nicht nur als den Vater der Nationalsprache in seinen Dichtungen, sondern auch noch als den großen ersten Theoretiker ihrer Nationalsprache sehen möchte. Es geht in *De vulgari eloquentia* aber nur um die Schriftsprache einer kleinen Elite, der besten Dichter, die über die höchsten Dinge – über Liebe, Tugend und Waffenruhm – dichten, und zwar in Canzonen, d. h. im höchsten möglichen literarischen Stil, im tragischen Stil.[1] Ein solches poetisches Register eine „Nationalsprache" zu nennen, scheint kaum angemessen. Das Konzept der Nation ist noch lange nicht geboren. Und, wie gesagt, Italien hatte nicht einmal einen Hof, dessen Sprache dies hätte sein können. Es gibt bei Dante höchstens die Vorstellung eines geographischen und politischen Raums „Italien", in dem jenes poetische Register geschrieben und gelesen werden sollte.

In der Tat hatte Italien bis zur Einheit 1860 keinen Hof. Und es hatte auch bis dahin keine Nationalsprache. Nur etwa 2,5 % der italienischen Bevölkerung konnten bei der italienischen

[1] Vgl. Trabant 2008.

Vereinigung das, was wir „Italienisch“ nennen.[2] Das italienische Volk sprach verschiedene Dialekte, aber nicht italienisch. „Italienisch“ wurde bis zur Einheit im Wesentlichen nur geschrieben, und es wurde auf der Opernbühne gesungen, gesprochen hat es kaum jemand. Italienisch war 1860 eine Schreibsprache für die literarische Elite.

Italien hatte allerdings eine Akademie, die sich um die Sprache kümmerte, die erste und immer noch zweitberühmteste Sprachakademie Europas, die Accademia della Crusca, schon seit 1583.[3] Und diese Akademie hatte 1612 ihr berühmtes *Vocabolario degli Accademici della Crusca* herausgebracht. Welche Sprache war es denn, die die Crusca pflegte, wenn es nicht die Nationalsprache war? Die Crusca hatte 1612 den Wortschatz der drei großen Dichter, Boccaccio, Petrarca und Dante, verzettelt und in einem ziemlich voluminösen Buch dokumentiert. Die Sprache, um die es dieser Akademie geht, ist die Sprache der Dichtung der Klassiker des Trecento. Es ist also ein hochliterarisches, geschriebenes, sozial aristokratisches und regional ziemlich eingeschränktes, nämlich toskanisches, Register. Ausserdem ist 1612 diese Dichtersprache immerhin schon 300 Jahre alt.

Das italienische Wunder ist aber, dass dieses sehr konservative und sehr beschränkte Register dann tatsächlich die Grundlage für die „Nationalsprache“ des außerordentlich zerklüfteten Dialektraums Italien wird, also die Grundlage für das, was heute in den Zeitungen und Büchern zu lesen ist, was wir im Radio hören, was tatsächlich viele Italiener sprechen und was Ausländer lernen. Die italienische Dichtungssprache des 14. Jahrhunderts ist die Basis dieser Nationalsprache. Italien hat daher das einmalige Glück, dass es heute noch seine siebenhundert Jahre alten Dichtungen ohne allzu große Schwierigkeiten lesen kann. Dante, Boccaccio, Petrarca sind immer noch lesbar mit Kenntnissen des modernen Italienisch. Wenn wir Deutsche heute einen Text unserer mittelalterlichen Klassiker lesen wollen, die

[2] Vgl. De Mauro 1983: 43.
[3] Zu den italienischen Akademien und zur Crusca vgl. Buck 1977.

nur etwa hundert Jahre älter sind als die italienischen – Walther von der Vogelweide, Wolfram von Eschenbach oder Gottfried von Straßburg –, so kommen wir kaum ohne Wörterbuch und ohne Grammatik aus. Auch ein französischer Text des 12. bis 14. Jahrhunderts ist mit Kenntnissen des modernen Französisch nicht oder nur schwer zu verstehen. Altfranzösisch unterscheidet sich erheblich von Neufranzösisch. Die moderne italienische Nationalsprache dagegen ermöglicht immer noch den Zugang zu den alten Texten.

Was hat das mit der Akademie zu tun? Nun, die Accademia della Crusca hat mit ihrer extrem konservativen, ja geradezu reaktionären Entscheidung für das Register der *tre corone* aus dem 14. Jahrhundert als zu imitierendes klassisches Vorbild für die Literatursprache die Grundlage für diese Kontinuität gelegt. Der Dichter Pietro Bembo hatte diese als „Vulgär-Humanismus", *umanesimo volgare*, bekannte Position schon Anfang des 16. Jahrhunderts gegen die Proponenten einer modernen Konversationssprache (Trissino, Castiglione) vertreten. In Castiglones *Cortegiano* (1528) wird eine aus allen vornehmen Städten Italiens gemischte, also „italienische", und vorrangig auch gesprochene *lingua cortegiana* propagiert. Aber Bembos Position hat am Ende des Jahrhunderts die Oberhand gewonnen, als sich die florentinischen Schriftsteller und Intellektuellen an die Arbeit machten und in ihrer Akademie ein für die anderen italienischen Schriftsteller und Intellektuellen maßgebliches, normsetzendes Wörterbuch verfassten: Die Norm für die Sprache der Schriftsteller sollte eben die schon damals alte Dichtersprache sein. Und die italienischen Schriftsteller hielten sich im Wesentlichen an diese Vorgabe bis ins 19. Jahrhundert hinein. Ausnahmen wie die venezianische Komödie stehen auf einem anderen Blatt – sie gehören gerade zu einer nähesprachlichen, gesprochenen Kommunikationskultur. Der schriftliche Kommunikationsraum Italiens, die Distanzkommunikation, mit Koch/Oesterreicher (1985) gesprochen, wurde mit der alten Dichtersprache bewältigt. Wenn die Italiener sich im Laufe der Jahrhunderte in ihren schriftlichen Produkten nicht an die Vorgaben

der Crusca gehalten hätten, sondern in ihren jeweiligen Dialekten geschrieben hätten, so hätte es im 19. Jahrhundert mehrere Skripta in Italien gegeben und die Einheit Italiens wäre sicher schwerer zu realisieren gewesen.

Als dann im 19. Jahrhundert mit der Einheit Italiens die Nation zu sprechen und zu schreiben begann, nicht nur die kleine literarische Elite, stellte sich natürlich die Frage, welche Sprache sie denn verwenden sollte, welche Sprache die politischen Institutionen sprechen und schreiben sollten – das italienische Parlament hat übrigens am Anfang französisch gesprochen –, welche Sprache an den Schulen unterrichtet werden sollte, wie die Presse schreiben sollte und – im 20. Jahrhundert – welche Sprache in den Medien zu vernehmen sein sollte. Die Italiener haben sich seit der Einheit eine Nationalsprache geschaffen, indem sie die alte Dichtersprache rhetorisch und formal abgerüstet und in die vielfältigen Diskurse des modernen und demokratischen Lebens eines großen Landes eingepasst haben. Sie haben die alte geschriebene Sprache für die Domänen des modernen Lebens ausgebaut, eine gesprochene Norm gebildet und sie in allen Schichten des Volkes verbreitet. Nach anderthalb Jahrhunderten sprechen – und schreiben – nun 80 % der Italiener italienisch, nicht mehr nur 2,5 % wie 1860. Nachdem sich zunächst mit der Erlernung der Nationalsprache eine Diglossie Dialekt-Nationalsprache ausgebreitet hatte, sprechen heute sogar immer mehr Italiener nur die Nationalsprache.

Die Rolle der Crusca in diesem Prozess war es also nicht, eine „Nationalsprache“ zu propagieren, sondern gleichsam den Keim einer Nationalsprache aufzubewahren, indem sie die Dichtersprache des Trecento gehütet und gepflegt hat. Das Wörterbuch der Accademia war gleichsam eine Flaschenpost, deren Botschaft über lange Zeit das Geheimnis einer kleinen Gruppe blieb, um dann im rechten Moment von der Nation gelesen zu werden und Nutzen zu bringen. Es war wie ein kleiner Kern, der jahrelang auf steinigem Grund liegt und plötzlich auf fruchtbare Erde fällt, Licht und Wasser bekommt und zu einem großen Baum wächst.

Das hat nicht allen gefallen. Pasolini zum Beispiel hat (um 1960) gehasst, was da gewachsen war, er sah in der neuen italienischen Nationalsprache nur ein elendes, verarmtes, hässliches Gewächs, das nicht mehr aus den Quellen der Sprache des Volkes gespeist würde, aus den Dialekten. Das ist zwar durchaus richtig beobachtet, aber doch falsch beurteilt. Natürlich geben die Italiener zunehmend ihre Dialekte auf, allerdings langsam und von Region zu Region in unterschiedlichem Maße, wie auch die Deutschen. Natürlich ist die neue Nationalsprache – wie jede moderne Nationalsprache – auch eine Sprache der Technik, der Verwaltung, der Wissenschaft, des Geschäftslebens, eine normierte Sprache für die Nachrichten, die Presse, die Schule, die Universität – es ist keine Sprache der Scholle. Da sie eine Sprache für das ganze Land ist, schöpft sie in der Tat nicht primär aus den lokal begrenzten Dialekten und der Sprache niederer Schichten. Aber die sozialen und regionalen Dialekte sind ja durchaus noch vorhanden im Varietätengefüge der italienischen Sprache. Die Erfindung einer italienischen Koinè ist eine große kulturelle Leistung der italienischen Nation. Im Übrigen macht in allen großen Sprachgemeinschaften die *Gesamtheit* der Varietäten die Sprache aus, alle Varietäten zusammen sind „das Italienische", nicht nur die standardisierte Nationalsprache. Dieses Gefüge hat sich umgeschichtet, es hat sich in den Jahren der italienischen Einheit durch eine ihrerseits vielfältige Nationalsprache oder Koinè bereichert. Die Existenz einer diatopisch und diastratisch neutralen gemeinsamen Sprache ermöglicht es z. B., mit den Dialekten zu spielen, wie dies etwa der sizilianische Schriftsteller Camilleri tut, dessen ganzer literarischer Witz sich in der Opposition von Normsprache und Dialekt entfaltet.

Die Crusca existiert auch heute noch und ist eine seriöse Forschungsstelle für die italienische Sprache geworden. Im Gegensatz zur französischen Akademie sind ihre fünfzehn Mitglieder professionelle Sprach- und Textwissenschaftler. Ihr Hauptbetätigungsfeld ist immer noch die Lexikographie. Hinsichtlich ihrer linguistischen Professionalität ähnelt sie mehr dem Mann-

heimer Institut für Deutsche Sprache (IDS) als der Académie française. Allerdings würde ich der Crusca weniger tatsächlichen Einfluss auf die National-Sprache zusprechen als etwa der Duden-Redaktion. Die letztere sagt ja allen Deutschsprachigen, wo's lang geht. Der Rechtschreibe-Duden findet sich in jedem deutschen Büro. Ich sehe nicht, dass irgendein Produkt der Crusca diese mächtige Position im italienischen Sprachraum innehätte. Die Crusca ist aber andererseits wie die französische Akademie ein vom Präsidenten der Republik eingesetzter hoch prestigiöser Kreis von Gelehrten. Diese gleichsam prinzliche Stellung der Crusca symbolisiert die hohe Stellung, die die Sprache in den Institutionen der Republik Italien einnimmt. Eine solche illustre Position hat die deutsche Sprache in keinem deutschsprachigen Land.

2. Die Académie française

2.1. Das Land, in dem Akademie und Nationalsprache sozusagen sprichwörtlich zusammengehören, ist Frankreich. Die Deutschen sagen das entweder neidisch – wie ich –, weil sie finden, dass eine Nationalsprache durchaus eine prestigereiche Institution zu ihrer Illustrierung und ihrer Verteidigung gebrauchen kann, oder auch ein bisschen mitleidig, weil sie finden, dass die Franzosen es mit ihrer Sprache übertreiben. *Défense et illustration de la langue française*, dieser Titel der berühmten Streitschrift von Joachim Du Bellay aus dem Jahre 1549, beschreibt ja immer noch gut das, was die Herren und wenigen Damen des erlauchten Gremiums tun. Der Glanz der großen Schriftsteller, die die Mitglieder der Akademie oft sind, wird durch die Akademie gleichsam auf die Sprache der Nation gelenkt: Der literarische Glanz illustriert die französische Sprache. Vor allem verteidigen die Akademiker die Sprache immer wieder gegen richtige oder vermeintliche Gefahren.

So hat zum Beispiel im letzten Jahr die Académie française massiv für die Nationalsprache gegen die Regionalsprachen agitiert. Die Freunde der französischen Regionalsprachen wollten diese nämlich als kulturelles Erbe in der Verfassung der fran-

zösischen Republik verankern, auch damit Frankreich endlich die Europäische Charta für die Regional- und Minderheitensprachen ratifizieren kann. Die Nationalversammmlung hatte zunächst auch mit großer Mehrheit dafür votiert. Die Regionalsprachen sollten im Artikel 1 der Verfassung, also ganz oben in der Hierarchie der Verfassungswerte stehen, noch vor dem Französischen, das in Artikel 2 als Sprache der Republik Verfassungsrang hat. Die Académie hat aber laut protestiert, der Senat hat sich den Protest zu eigen gemacht, worauf dann schließlich die Regionalsprachen in den Artikel 75 verbannt wurden, also zu den regionalen Körperschaften, und damit nur einen höchst unbedeutenden Verfassungsrang erreicht haben.

Was das zweite große Problem der französischen Sprache angeht, die Konkurrenz mit dem Englischen, so konnte der vorletzte Sekretär der Akademie, der kürzlich verstorbene Maurice Druon, wie kaum ein anderer vor dem Untergang des Französischen durch die Überschwemmung mit englischen Wörtern warnen und klagen.[4] Der französische Staat hat eine imposante Maschinerie zum Kampf gegen die englischen Wörter in Stellung gebracht: Achtzehn ministerielle Kommissionen und eine Generalkommission beraten über neue französische Wörter zur Ersetzung englischer Wörter. In diesem staatlichen Kampf gegen die Invasion englischer Wörter hat die Académie française nun eine wichtige Funktion erhalten: Sie hat das letzte Wort, sie ist die letzte Instanz bei der staatlichen Generierung neuer französischer Wörter. Das ist übrigens das erste und einzige Mal, dass die Académie française tatsächlich eine durch Gesetze legitimierte Entscheidungsbefugnis in sprachlichen Dingen hat, die dann auch verbindlich sind, jedenfalls in den sprachlichen Aktivitäten der staatlichen Institutionen. Den einzelnen Bürger kann der Staat natürlich nicht zwingen, diese Wörter zu gebrauchen. Im Wesentlichen bleibt aber die Académie française eine Institution mit beratender Funktion, eine Art Orden für literarische Verdienste, der sich seit mehr als drei Jahrhunderten jeden

[4] Vgl. Druon 1994.

Donnerstag mit allen französischen Wörtern beschäftigt. Sie ist jetzt beim neunten alphabetischen Durchgang durch den französischen Wortschatz.

Und schließlich noch ein weiteres Beispiel rabiater „Verteidigung" der französischen Sprache: Die Academie française hatte sich vor einigen Jahren lebhaft gegen die Feminisierung von Titeln und Berufsbezeichnungen gewandt, als die Damen der Regierung Jospin Madame *la* Ministre und nicht mehr Madame *le* Ministre genannt werden wollten. Die Académie hatte gewonnen.

Was immer man von diesen Aktivitäten hält, die Académie francaise scheint so etwas wie der Kettenhund der französischen Nationalsprache zu sein, der immer laut bellt, wenn irgendetwas strukturell Wichtiges an ihr verändert werden soll (Feminisierung), wenn ihr Status geschwächt wird (Regionalsprachen) oder wenn ihr Ausbau in Gefahr ist (englische Wörter). Die Franzosen selbst haben zu diesen Aktivitäten ihrer Akademie ein zweideutiges Verhältnis: Einerseits machen sie sich gern über die sprachpflegerischen Aktivitäten der alten Akademie lustig, andererseits aber sind sie durchaus mit der Existenz einer solchen Akademie einverstanden. Ich vermute, dass ein nationaler Entrüstungssturm losbrechen würde, wenn eine Regierung heute die Absicht kundtun würde, die Académie française – wegen erwiesener Überflüssigkeit – zu schließen.

Wieso ist das so in Frankreich, wieso werden diese Sprachangelegenheiten dort national diskutiert und wieso hat diese merkwürdige Institution ein so gewichtiges Wort in nationalen Sprachangelegenheiten mitzureden? In Deutschland hat die Nation z. B. überhaupt nicht mitbekommen, dass die Bundesrepublik die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen 1998 unterzeichnet hat, es hat auch niemand dabei eine Schwächung des Status der Nationalsprache befürchtet. Ich denke, diese französische Wachsamkeit auf die Sprache ist der Tatsache geschuldet, dass die gemeinsame Sprache der Nation eine späte und mit großen Anstrengungen erlangte Errungenschaft ist, etwas, das man durchaus nicht als Selbstverständ-

lichkeit erlebt, sondern als etwas höchst Prekäres und Gefährdetes, das es daher zu verteidigen gilt. In Deutschland war die gemeinsame Sprache schon längst da, bevor dann – sehr spät und unglücklich – ein Staat der Deutschen entstand.

2.2. Akademie und Nationalsprache gehörten aber in Frankreich durchaus nicht immer so eng zusammen. Es ist sogar so, dass genau in dem Moment, in dem das Französische tatsächlich die Sprache der Nation werden sollte, nämlich in der Französischen Revolution, die Freunde der Nationalsprache die Académie française schließen ließen. Dieses historische Ereignis verdeutlicht eine konstitutive Spannung zwischen Akademie und Nationalsprache, die ich am Beispiel Frankreichs entfalten möchte.

Akademien sind höchst aristokratische Angelegenheiten. Sie werden von Fürsten und Aristokraten gegründet, verstehen sich als elitäre gelehrte Clubs und verfolgen hoch elitäre Ziele. Der Accademia della Crusca ging es um die hohe Sprache der Literatur, nicht um die Sprache von Leuten, die mit einigem Recht „Volk" oder „Nation" genannt werden könnten. In Frankreich war das nicht anders, das Elitäre und Aristokratische ihrer Mitglieder war sogar noch ausgeprägter. Die Académie française geht nämlich aus einem privaten adeligen Literatenkreis hervor, den der Kardinal Richelieu dann zwingt, zu einer öffentlichen Körperschaft zu werden.[5] Ihre Aufgabe ist es nach den Statuten, der Sprache „sichere Regeln" zu geben, sie „rein, eloquent zu machen und zu befähigen, die Künste und Wissenschaften zu behandeln":

> La principale fonction de l'Académie sera de travailler avec tout le soin, et toute la diligence possibles, à donner des règles certaines à nostre langue, et à la rendre pure, éloquente, et capable de traitter les Arts, et les Sciences. (Baum 1989: 11)

„Sichere Regeln", „règles certaines", das verweist vor allem auf die Grammatik. „Reguliert" zu werden, das heißt in eine feste Grammatik gebunden zu werden, ist sozusagen die höchste Eh-

[5] Zur Geschichte der Académie française vgl. z. B. Caput 1986.

re, die einer Sprache widerfahren kann. Denn „Grammatik“ war etwas, was bis ins 16. Jahrhundert hinein den klassischen Sprachen vorbehalten war, diese hatten eine Grammatik und feste Regeln. Sie hießen sogar einfach „Grammatik“. Wir haben gerade gesehen, dass Dante die lateinische Gelehrtensprache des Mittelalters *gramatica* nannte. Bei den Volkssprachen war man sich nicht sicher, ob sie überhaupt Regeln hatten. Also musste man ihnen welche geben, wollte man sie in den Rang des Lateinischen oder des Griechischen erheben. Das wurde im 16. Jahrhundert in ersten französischen Grammatiken (Palsgrave, Meigret) in Angriff genommen. Die französische Akademie wird diese Aufgabe niemals richtig – und viel zu spät – erfüllen. Allerdings wird das in Sprachdingen berühmteste Mitglied der Akademie im 17. Jahrhundert, Vaugelas, in seinen unsystematischen *Remarques sur la langue française* (1647) auch viele grammatische Probleme „regeln“. Die *Remarques* sind sozusagen der Statthalter einer systematischen Grammatik der französischen Sprache. Erst im 20. Jahrhundert gibt es eine Grammatik der Académie française, die aber zu Recht schnell in Vergessenheit gerät. Der Sprache sichere Regel gegeben hatten inzwischen längst andere. Sozusagen „akademische“ Würde hat heute der „Grevisse“, die Grammatik eines belgischen Sprachwissenschaftlers, deren Titel ausdrücklich auf Vaugelas verweist: *Le bon usage*.[6] Niemand käme auf die Idee, in der Grammatik der Akademie von 1932 nach den „sicheren Regeln“ zu suchen. Man schaut im Grevisse nach.

Die „Eloquenz“ – „la rendre éloquente“ – verweist auf das Regelwerk für die Diskursebene, auf die Rhetorik, die sozusagen ebenfalls volkssprachlich umzuschreiben war. Denn auch „eloquent“, d. h. mit allen diskursiven Wassern gewaschen, vor allem für alle hohen Diskurse geeignet, waren zunächst nur die klassischen Sprachen. Auch hier geht es darum, die Volkssprache auf die Höhe der klassischen Sprachen zu heben. Eine Rhetorik wird die Akademie aber nicht verfassen.

[6] Grevisse 1975 ist die zehnte Auflage, inzwischen ist der Grevisse bei der vierzehnten Auflage angelangt.

„Reinheit" – „pure" – und die Befähigung zur Bearbeitung von Künsten und Wissenschaften – „capable de traiter les arts et les sciences" – betreffen den Wortschatz. Hierauf konzentriert sich die Arbeit der Akademie von Anfang an.

2.2.1. Zunächst zur Reinheit: Von allem Müll, allen „ordures", sei das Französische zu reinigen, fordert Nicolas Faret in seinem Entwurf für eine Akademie 1634: „nettoyer la Langue des ordures qu'elle avoit contractées" (Baum 1989: 2). Faret war so etwas wie der Ideologe der Akademie. Er hatte zuvor ein für die Epoche maßgebliches Buch verfasst, *L'honnête homme*, eine Adaptierung des italienischen *Cortegiano* auf die französische Situation. Faret entwirft darin den Typ des französischen Höflings, der sich in mancherlei Hinsicht vom italienischen Prototyp unterscheidet. Wichtig ist jedoch zunächst, dass mit dem Cortegiano oder honnête homme in Frankreich ein ganz anderer soziologischer Typ im Zentrum der sprachlichen Normierungsbemühungen durch die Akademie steht als in Italien: Es ist nicht der Dichter in der Nachfolge Bembos, sondern der Höfling, also ein *homo politicus*, dessen Funktion nicht primär das Schreiben von Literatur ist, sondern die Beratung und Gesellschaft des Fürsten. Während in Italien Schriftlichkeit, Textualität und Imitation der Alten das sprachliche Tun ist, das die Crusca anvisiert, findet mit dem honnête homme eine Wende zur Konversation, zur Performanz und zur Modernität statt.

In Frankreich bestimmt also gerade jener Typ die sprachliche Norm, der in Italien in der sogenannten *questione della lingua* unterlegen war. In Italien hatte sich angesichts der politischen Fremdherrschaft der politische, handelnde, elegante Konversation treibende italienische Edelmann gewissermaßen in die Studierstube zurückgezogen, um Literatur in der Nachfolge der großen Dichter des Trecento zu schreiben. Nicht die Studierstube, lo Studio, sondern gerade der Hof, Curia, la Corte, la Cour, ist aber der Ort, an dem die bestimmende Figur des französischen 17. Jahrhunderts, der honnête homme, sich bewähren muss. Diese performative Wende der Sprachnormdiskussion

möchte ich mit einiger Dramatik herausstellen, auch weil sie ein ganz entscheidender Schritt in Richtung „Nationalsprache" ist, der in Italien eben doch erst mit der politischen Einheit getan wird: Die Orientierung am honnête homme ist eine Orientierung am „Politischen" – an gesellschaftlicher Interaktion – und keine Orientierung an Dichtung und Elfenbeinturm.

Obwohl Faret das Modell des Höflings, des Cortegiano, als gesellschaftliches Leitbild in die Akademie trägt, ist, was die französische Akademie in Bezug auf die Wörter tut, die Korpusarbeit, zunächst durchaus der Crusca ähnlich, die sich an den klassischen Dichtern orientiert. Es ist dieselbe Gebärde: Die Spreu vom Weizen trennen wollen die Italiener, *crusca* heißt ja gerade „Spreu", das, was beim Getreidesieben übrigbleibt. Das Getreidesieb ist das Symbol der Crusca. Es ging vor allem um eine Trennung der nicht-toskanischen Spreu vom toskanischen Weizen. Die entsprechende französische Metapher ist noch stärker: Es geht um die Beseitigung der *ordures*, um Reinigung, um Abfallbeseitigung. Die französische Akademie hat keine diesem Reinigungsaufruf entsprechende Symbolik entwickelt (man könnte heute eine Mülltonne oder eine Waschmaschine als Emblem empfehlen).[7]

Dank der verschiedenen Leitbilder sind aber die beiden Reinigungsaktionen doch ziemlich verschieden. In Italien ist sie ganz einfach: Man wirft alles aus dem Wörterbuch, was nicht bei den klassischen Autoren des Trecento vorkommt. In Frankreich steht die Reinigungsaktion nicht unter der Herrschaft eines klassischen Textkorpus, sondern unter der Gesetzmäßigkeit des Höflings, des honnête homme. Dieser ist sprachlich weniger einfach zu fassen. Die Reinigungsprozedur ist daher bedeutend komplizierter, wie man den Normvorstellungen von Vaugelas entnehmen kann.

Zunächst ist alles Dialektale unrein. Der Vorgänger der akademischen Reinigungsaktivitäten, der Dichter Malherbe, hatte sich schon zu Beginn des Jahrhunderts darum bemüht, den Hof

[7] Vgl. Trabant 2003: Kap. 4.3.

zu „degascognisieren“ (degasconner), also von allen okzitanischen Einflüssen zu befreien. Henri IV. stammte aus dem Béarn, und sein Französisch und das seiner entourage waren offensichtlich stark okzitanisch beeinflusst. Die – wie wir Linguisten sagen – diatopische Reinheit gibt es nun nur im geographischen Zentrum, dort wo auch das politische Zentrum sitzt, in Paris.

Dass Volkstümliches unwillkommen ist, versteht sich angesichts der adeligen Gesellschaft von selbst. Vaugelas wird das niedere Volk ausdrücklich ausschließen, das Volk ist der Ort der schlechten Sprache, des „mauvais usage“. Die Elite, „l'élite des voix“ (Vaugelas 1647/1996: 10), die Wenigen, nicht die Vielen („la pluralité“), ist entscheidend. Und er wird den Hof – bzw. den besten Teil des Hofes – also das aristokratische Zentrum Frankreichs, zu dem Ort erklären, wo das reinste Französisch gesprochen wird, wo der so genannte „bon usage“ herrscht:

> Voici donc comme on définit le bon usage. C'est la façon de parler de la plus saine partie de la cour conformément à la façon d'écrire de la plus saine partie des auteurs du temps. Quand je dis la cour, j'y comprends les femmes comme les hommes, et plusieurs personnes de la ville où le prince réside, qui par la communication qu'elles ont avec les gens de la cour participent à sa politesse. (Vaugelas 1647/1996: 10)

Die den Hof umgebende Stadt hat nur insofern mitzureden, als sie an der „politesse du prince“ teilhat, an der aristokratischen Kultur des Hofes also. Hierzu zählt Vaugelas insbesondere „la Chaire“ et „le Barreau“, also die Kirche und die Hohen Justizbeamten. Zusammengenommen ist es das soziologische Ensemble, das mit der Formel „la Cour et la Ville“ bezeichnet wird, welches den sozialen, diastratischen Ort der sprachlichen Reinheit repräsentiert.[8]

Auch Ausländisches ist in der reinen Sprache nicht willkommen. Die Reinigungsanstalt steht in der Tradition der Reinigungsbemühungen des 16. Jahrhunderts etwa von Tory und Rabelais, die gegen übertriebene Latinismen gespottet hatten. Henri Etienne hatte in den siebziger Jahren die bei Hofe grassieren-

[8] Vgl. Auerbach 1933.

den Italianismen bekämpft. Unter der verhassten italienischen Königin war der Hof alles andere als rein gewesen: *ordures*.[9]

Der entscheidende Unterschied zu den Normvorstellungen der Italiener aber besteht sicher in den beiden Zügen der *Modernität* und der *Mündlichkeit*. Was das erste angeht, so waren nicht irgendwelche alten Texte das Modell für die reine Sprache, etwa gar Texte des 14. Jahrhunderts wie in Italien oder auch nur Texte des 16. Jahrhunderts. Die mittelalterliche Sprache Frankreichs war inzwischen unverständlich geworden, zwischen dem 14. Jahrhundert und dem 16. Jahrhundert hatte sich das Französische radikal gewandelt, grammatisch, aber auch phonetisch und lexikalisch. Aber auch nur das 16. Jahrhundert erschien den Akademikern eher als eine Zeit des literarischen Grauens, als Zeit der Mischungen und des tropischen Wildwuchses, denn einer vorbildlichen Literatur. Es ging also nicht um Imitation einer als klassisch betrachteten alten Literatur, sondern die Norm, die reine Sprache, befand sich in den sprachlichen Produkten der Modernen: *Jetzt* ist Klassik, nicht damals. *Wir* sind die Klassik, nicht Dante, Petrarca, Boccaccio.

Zweitens unterschied sich der, wie wir Linguisten sagen, diaphasische Bezugspunkt der Franzosen von dem der italienischen Akademie: Nicht geschriebene Texte waren die letzte Instanz, sondern die *gesprochene* Sprache des Hofes. Und hier waren es – und das ist ein viel zu wenig beachteter, auf Gender verwiesender Gesichtspunkt – letztlich die *Frauen*, die wussten, was richtig war. Sie wussten es deswegen so gut und richtig, weil sie nicht von allzuviel lateinischer Gelehrsamkeit und Schriftlichkeit beleckt waren. Sie waren die Repräsentantinnen dessen, was Descartes die „raison naturelle toute pure", „die gänzlich reine natürliche Vernunft", genannt und gegen die alte lateinische Gelehrsamkeit ausgespielt hatte. Also Mündlichkeit – nach Vaugelas sogar weibliche Mündlichkeit – war die reinste Quelle der reinen Sprache, die die französische Akademie suchte. Die Schriftsteller waren nach Vaugelas nur die Notare dieser Münd-

[9] Vgl. Trabant 2002: 23 ff.

lichkeit. Pariserisch, aristokratisch, modern, gesprochen und weiblich ist der *bon usage*.

Woher kommt die Beschränkung auf dieses sehr enge Register der Vornehmheit als Norm? Warum wird nicht eine diatopisch vielfältige, diastratisch (sozial) gemischte und auch diachronisch reiche Sprache ins Auge gefasst? Eine solche offenere, polyphone Sprache hätte schon damals so etwas wie eine „Nationalsprache" sein können. Nun, die aristokratische Purifikation der Sprache ist die Reaktion auf den Bürgerkrieg, der noch vor kurzem Frankreich in einem dreißigjährigen Krieg zerrissen und zerstört hatte, der Wunsch, das Chaos zu besiegen, die Wildheit der Passionen, der Politik und der Religion hinter sich zu lassen. Im Entwurf von Faret – aber auch in den Statuten der Academie selbst – wird sehr deutlich, dass der Kampf gegen den Schmutz, die *ordures*, eine Reaktion auf die Erfahrungen des schmutzigen Krieges ist. Sogar das sprachliche Verhalten der Akademiker in den Akademie-Sitzungen wird reguliert und gedämpft, temperiert: Es darf nicht laut und leidenschaftlich gesprochen werden, alles muss schön der Reihe nach gehen, über Religion und Politik, diese Quellen lauten und wilden Sprechens, darf nicht gesprochen werden.

2.2.2. Auch die andere Aufgabe der Akademie, „traiter les arts et les sciences", ist der gewollten Modernität geschuldet: Fachvokabular wird ja für alle Techniken und Wissenschaften gebraucht, die die Ökonomie des Landes vorantreiben. Hier muss sich ein modernes Land in vielen Bereichen vom Lateinischen emanzipieren.

Nun tritt allerdings diese Aufgabe der Akademie, die Sprache zur Behandlung von Künsten und Wissenschaften zu befähigen, in einen äußerst interessanten Konflikt mit dem Reinheitsgebot. Die Doppelformel „la rendre pure et capable de traiter les arts et les sciences" entfaltet eine große Sprengkraft im Inneren der Akademie. Die aristokratisch-höfische Reinigung lässt sich nämlich soziologisch und funktionell nicht recht verbinden mit dem technisch-wissenschaftlichen Ausbau der Sprache: Zwei

völlig verschiedene soziologische Typen treten hier auf den Plan: einerseits der Höfling und andererseits derjenige, der bestimmte technische und wissenschaftliche Kenntnisse und Fähigkeiten hat und der arbeitet. Mit dem letzteren wird ein eher bürgerlicher Typus aufgerufen, der sich in Techniken und Wissenschaften betätigt. Der honnête homme arbeitet dagegen nicht, er hat allgemeine kulturell-literarische Kenntnisse, er kann tanzen, fechten, musizieren, Konversation treiben, aber er kann kein Haus bauen, keinen Menschen medizinisch betreuen, keinen landwirtschaftlichen Betrieb leiten, keinen Prozess führen. Er hat also keine spezifischen Sachkenntnisse.

Die Frage stellt sich, ob diese beiden Aufgaben überhaupt gleichzeitig zu realisieren sind. In der Tat ist dies der tiefe Konflikt in der lexikographischen Arbeit der Akademie, die deswegen erst sechzig Jahre nach ihrer Gründung, im Jahr 1694, ihr Wörterbuch vorlegt. In der Akademie hatte Furetière die Verantwortung für die lexikographische Arbeit, er setzte sich für die Integration des Fachwortschatzes mit dem allgemeinen Wortschatz ein, was aber nicht der Meinung der sonstigen Akademie entsprach, die hier eher zwei verschiedene Aufgaben sah. Der Konflikt ging so tief, dass Furetière aus der Akademie ausgeschlossen wurde. Sein Wörterbuch publizierte Pierre Bayle in Holland 1690, vier Jahre vor dem Abschluss des Akademie-Wörterbuchs 1694. Schon das Titelblatt des Furetièreschen Wörterbuchs zeigt, worum es geht: Es ist ein *Dictionnaire universel*, also eine alle Disziplinen umfassendes Wörterbuch. Daher zählt das Titelblatt auch sämtliche arts et sciences auf, die berücksichtigt werden, von der Philosophie über Medizin, Naturwissenschaften, Jurisprudenz, Mathematik, die Künste, Grammatik, Falknerei etc. bis zum Ingenieurwesen (arts mécaniques).

Die Akademie ihrerseits entledigte sich der beiden Aufgaben schließlich dadurch, dass sie *zwei* verschiedenen Wörterbücher herausgab, das eigentliche Akademiewörterbuch und das Wörterbuch für die Arts et Sciences, das allerdings nicht die Académiciens selbst, sondern eines ihrer Mitglieder, Thomas Cor-

neille, der Bruder des Dichters, zusammengestellt hatte.[10] Der allgemeine Wortschatz oder die allgemeine Sprache wurde also deutlich vom Fachwortschatz getrennt. Im Vorwort des Akademie-Wörterbuchs wird ausdrücklich festgestellt, dass man sich auf die „langue commune", auf die Gemeinsprache, beschränkt habe, wie sie im gewöhnlichen Umgang der honnêtes gens üblich sei:

> Elle [die Akademie] s'est retranchée à la Langue commune, telle qu'elle est dans le commerce ordinaire des honnestes gens, et telle que les Orateurs et les Poëtes l'employent; Ce qui comprend tout ce qui peut servir à la Noblesse et à l'Elegance du discours. (Baum 1989: 41)

Als zweite Quelle der „langue commune" werden die Redner und Dichter genannt. Beide Sprechergruppen zusammengenommen, Höflinge und Dichter, garantieren dann Vornehmheit und Eleganz der Rede, „noblesse et élégance du discours". Soweit die *soziologische* Begründung der Abspaltung der allgemeinen Sprache von der Fachsprache.

Der folgende Satz des Wörterbuch-Vorworts weist nun auf etwas noch Tieferes, das bei dieser Trennung von Gemeinwortschatz und Fachwortschatz im Spiel ist: auf die *semantische* Opposition von innersprachlicher Bedeutung und außersprachlicher Referenz:

> Elle a donné la Définition de tous les mots communs de la Langue dont les Idées sont fort simples; et cela est beaucoup plus mal-aisé que de definir les mots des Arts et des Sciences dont les idées sont fort composées; Car il est bien plus aisé, par exemple, de definir le mot de *Telescope*, qui est *une Lunette à voir de loin*, que de definir le mot *voir*. (ebd.)

Die Wörter für die Techniken und Wissenschaften sind nämlich Wörter, die primär auf die *Sachen* verweisen, die sie *bezeichnen*. Es geht um Welt-Wissen. Die Wörter des *honnête homme* dagegen verweisen nicht auf Sachen, sondern auf die *Bedeutung* der Wörter in der Sprache. Hier geht es also primär um Sprach-

[10] Vgl. Académie française 1694 und Corneille 1694/95.

Wissen. Wir wissen, dass sich das nicht völlig trennen lässt. Natürlich geht Weltwissen in die innersprachliche Bedeutung ein, und natürlich wird Bedeutung beim Referieren auf die Sachen aufgerufen. Dennoch sind dies verschiedene semantische Ebenen.[11] Die soziologische Konfliktlinie zwischen honnête homme und Fachmann wird von dieser sprachtheoretischen Differenz noch vertieft.

2.3. Der Ausdruck „langue commune", „gemeinsame Sprache", der ja die Vorstellung der griechischen *koinè*, der gemeinsamen Bildungssprache aller Griechenstämme, aufgreift, scheint schon etwas völlig Demokratisches zu bezeichnen, eine gemeinsame Sprache aller Franzosen, eine Nationalsprache gar. Aber es ist die langue commune der *honnêtes gens*, die gemeinsame Sprache also des höfischen Adels. Die gemeinsame Sprache ist damit zwar durchaus „politisch" definiert, aber das politische Subjekt „Nation" ist noch weit entfernt. Die Nation ist überhaupt kein Sprach-Raum der Akademie.

Allerdings ist, was diese langue commune sein soll, von vornherein umstritten. Wir haben gesehen, dass Furetière die Trennung von Generalisten und Spezialisten, von Sprach-Wissen und Sachen-Wissen für falsch hielt. Nach Furetière sollte auch ein Höfling etwas von den Sachen wissen. Gefahr droht dem elitären Soziolekt, der hier den Ehrentitel einer langue commune erhält, also nicht von seiten des niedrigen Volkes oder von der Gesamtheit der Nation, sondern von der Tatsache, dass der Typ des eleganten adeligen Dummkopfs schon beim Erscheinen des *Dictionnaire* überholt zu sein scheint. Die Akademie wird daher von der zweiten Auflage des Wörterbuchs an immer mehr Fachvokabular in das Wörterbuch integrieren. Sie wird kein weiteres *Dictionnaire des Arts et des Sciences* mehr auflegen. Dies ist eine Aufgabe, die eine Sprach-Akademie, die ja keine Wissenschafts- oder Technik-Akademie ist, letztlich auch gar nicht leisten kann. Das heißt im Wesentlichen bleibt die Akademie beim Konzept der Beschreibung einer lan-

[11] Vgl. hierzu Blank 2001: 129 ff.

gue commune der Elite. Sie wird allerdings dieses Konzept immer mehr auf eine *Bildungs*-Elite ausweiten, die eben doch auch gewisse Sach-Kenntnisse in den Techniken und Wissenschaften haben muss.

In der Mitte des 18. Jahrhunderts wird die *Encyclopédie* das gesamte Wissen der Zeit darzustellen versuchen. Nicht die Wörter, sondern die Sachen stehen im Mittelpunkt der Episteme des 18. Jahrhunderts. Die *Encyclopédie* zeigt schon in ihrer medialen Form diese Bewegung weg von den Wörtern hin zu den Sachen: Die Sachen werden nämlich gar nicht mehr nur sprachlich definiert, sondern viel besser in Abbildungen gezeigt. Das Leitmedium der Wissenschaft ist daher auch seit dem 18. Jahrhundert gar nicht mehr die Sprache, sondern zunehmend das Bild. Die *planche*s der *Encyclopédie* repräsentieren das maßgebliche Wissen der Zeit, nicht mehr die Wörter des Akademie-Wörterbuchs.

Natürlich beeinflusst diese Hinwendung zu den Sachen den Wortschatz der Elite, die die Académie nach wie vor repräsentiert. Dieser wird immer sachworthaltiger. Es bleibt nicht ohne Folgen, dass der Herausgeber der *Encyclopédie,* D'Alembert, von 1772 bis zu seinem Tod 1783 auch der secrétaire perpétuel der Académie française ist. Die Opposition zwischen Höfling und Spezialist oder Wissenschaftler funktioniert im 18. Jahrhundert einfach nicht mehr so, wie sich das die Akademie noch 1694 vorgestellt hatte.

Dennoch: auch im 18. Jahrhundert hütet die Akademie nicht eigentlich die Sprache der Nation, sondern die Sprache einer Elite, die nun allerdings nicht mehr nur in der „plus saine partie de la cour" zu finden ist, sondern die sich soziologisch über die Aristokratie hinaus zu einer Bildungselite geweitet hat. Dass in dieser Sprache keine „niedrigen" Wörter vorkommen, versteht sich von selbst, auch bleibt Paris der diatopische Bezugspunkt der Varietät des Französischen, die die Akademie hütet und pflegt, und auch die Modernität wird beibehalten. Eine Nationalsprache ist aber diese Sprache nicht. Denn die Nation beherrscht diese Sprache nur unzureichend.

3. Langue nationale

3.1. Dies ist die bittere Erfahrung, die man im Moment der französischen Revolution macht. Zwar gelangt in der französischen Revolution die Nation selbst an die Macht, die Nation wird der Souverän. Die Nation hat das Sagen. Aber der neue Souverän hat ein massives Sprachproblem. In seinem großen Bericht für den Nationalkonvent 1794 sagt Abbé Grégoire, der „Kultusminister" der revolutionären Regierung, der vorher eine Enquête über die Sprachsituation in Frankreich durchgeführt hatte:

> On peut assurer sans exagération qu'au moins six millions de Français, sourtout dans les campagnes, ignorent la langue nationale; qu'un nombre égal est à peu près incapable de soutenir une conversation suivie; qu'en dernier résultat, le nombre de ceux qui la parlent n'excèdent pas trois millions, et probablement le nombre de ceux qui l'écrivent correctement encore moindre. (Grégoire in: de Certeau/Julia/Revel 1975: 302)

Erstens spricht also nur ein Fünftel der Franzosen (3 Millionen) Französisch, das hier zur „langue nationale" erklärt wird. Zwei Fünftel der Nation (6 Millionen) sprechen aber andere Sprachen – die ganz offensichtlich keine „langues nationales" sind. Zwei weitere Fünftel können sich nur mühsam auf Französisch unterhalten, was wohl soviel heißt wie, dass zwei Fünftel französische Dialektsprecher sind.[12]

Von dem des Französischen mächtigen Fünftel können, zweitens, längst nicht alle lesen und schreiben. Ein so großes Land wie Frankreich kann aber nicht auf der Basis mündlicher Sprache funktionieren, es braucht eine schreibende und lesende Bevölkerung, es braucht eine Distanz-Sprache.

Das Problem der jungen Demokratie ist also, dass der *demos* keine ausreichende Sprachkompetenz hat, gerade diese braucht der *demos* aber mehr als je zuvor, weil er ja das Sagen hat.

[12] Ich vermute, dass Grégoire bei der geringen Gesamtzahl von 15 Millionen Franzosen, die aber nach den Angaben der Historiker damals über 25 Millionen waren, die Frauen „vergessen" hat.

Und drittens hat der Teil der Nation, der Französisch spricht, noch ein weiteres Problem, das uns hier besonders interessiert: Das Französische, das er spricht, ist falsch. Es enthält – mit Faret gesagt – *ordures*, Müll, den es zu beseitigen gilt. Und genau hier liegt dann auch der Konflikt zwischen Akademie und Nation, zwischen der alten Akademie und dem revolutionären Souverän. Dies ist ein bisher zu wenig beachteter Aspekt in der Geschichte der Beziehung von Akademie und Nationalsprache, auf den ich im nächsten Abschnitt eingehen möchte.

Doch zunächst noch ein Wort zu der Tatsache, dass die Nation ihre Sprache, die *langue nationale,* gar nicht beherrscht. Das war zunächst in den theoretischen Texten der Revolution kein Problem. Im politischen Manifest der neuen politischen Ordnung, in *Qu'est-ce que le tiers état?* des Abbé Sieyès, ist die Nation einfach die arbeitende Bevölkerung des Staates Frankreich. Ihr steht die winzig kleine Gruppe des nichtarbeitenden Adels gegenüber, der zur quantité négligeable erklärt wird. Die Frage der Sprache spielt in dieser Begründungsschrift der Volkssouveränität keine Rolle.

Die Frage der Sprache stellt sich dann aber im weiteren Revolutionsverlauf. Es gibt Probleme der Kommunikation in der neuen politischen Ordnung, die auf Analphabetismus einerseits und Anderssprachigkeit andererseits zurückzuführen sind: Das Volk versteht nicht, was geschieht. Es müssen also Maßnahmen zur Kommunikationsverbesserung ergriffen werden. Nach anfänglichen föderalistischen Versuchen einer mehrsprachigen Kommunikation, nämlich der Übersetzung der revolutionären Texte in die Sprachen Frankreichs – so wie die EU heute (vermutlich bis auf weiteres, d. h. bis alle Europäer Englisch können) alle ihre Texte in die verschiedenen Sprachen der Union übersetzt –, setzt die Republik schließlich auf die Verbreitung der französischen Sprache, die zur *langue de la République*, zur *langue de la liberté*, und zur *langue nationale* erklärt wird. Die Sprache jenes einen Fünftels soll zur Sprache aller werden. Es werden politische Maßnahmen zur Verbreitung der *langue nationale* vorgeschlagen, die gleichzeitig auch Maßnahmen der

Alphabetisierung sind, d. h. Schulpolitik wird ein zentrales Anliegen der Republik. Die Alphabetisierung und Verbreitung der Nationalsprache ist dann nach der Beendigung der jakobinischen Herrschaft und der ersten Republik kein vorrangiges Staatsziel mehr, sie schreitet aber dennoch im 19. Jahrhundert voran und wird in der dritten Republik durch die Einführung der allgemeinen Schulpflicht massiv vorangetrieben, so dass in den 30er bis 40er Jahren des 20. Jahrhunderts dann schließlich die Nation die *langue nationale* auch beherrscht. An diesem Vorgang der Verbreitung der Nationalsprache hat die Academie française so gut wie keinen Anteil. Die Aufgabe einer Akademie ist auch eher die Kodifizierung als die nationale Implementierung einer Nationalsprache.

3.2. Bei dem erwähnten dritten Sprachproblem, dem Problem der „falschen" Sprache, musste die Akademie notwendigerweise in Konflikt treten mit den revolutionären Propagandisten der Nationalsprache. Das tiefste sprachpolitische Problem der französischen Revolution war nämlich letztlich gar nicht die Verbreitung der Nationalsprache, die sogenannte *universalisation* des Französischen. Selbst wenn alle Franzosen französisch gesprochen hätten, wäre nämlich noch folgendes Problem zu lösen gewesen: Das Französische enthält nach Auffassung der Revolutionäre – wie alle anderen Volkssprachen auch – falsches Denken, Vorurteile, altes Denken. Die aufgeklärten Intellektuellen, die die französische Revolution trugen, nahmen eine enge Beziehung zwischen Sprache und Denken an. Die Semantik der Volkssprachen enthält – wie der Vater der Aufklärung, Francis Bacon, gesagt hat – vom Volke gemachte Inhalte, die falsch sind, die nicht den richtigen Vorstellungen der Philosophie und der Wissenschaft entsprechen. *Idola fori*, Götzen des Marktes, nennt Bacon diese in den Sprachen sedimentierten falschen, nichtwissenschaftlichen Vorstellungen. Die französische Revolution ist nun als politische Realisierung philosophisch-wissenschaftlicher Vernunft gleichsam die Ankunft des Wahren Geistes, des Richtigen Denkens in der politischen Wirklichkeit. Das

Volk aber, oder mit dem uns hier interessierenden Ausdruck, die Nation, selbst wenn sie die Nationalsprache spricht, transportiert in ihrer Sprache immer noch die Vorurteile, die „préjugés", die falschen Vorstellungen der alten Zeiten. So denkt sie z. B. den alten Herrscher immer noch als „roi", sie müsste ihn aber als „tyran" denken. „Souverän" ist nicht mehr der König, sondern die Nation selbst. Sie denkt philosophisch und politisch nicht korrekt. Die alte Semantik ist also auszumerzen.

Die alten Vorstellungen sind die neuen *ordures*, sie sind der neue – nun vor allem semantische, nicht mehr diastratische, diatopische oder diachronische – Müll, von dem das Französische zu reinigen ist. „Metaphysical garbage" hat dies einmal einer meiner geistvollen Kollegen genannt. Das schönste und bekannteste Beispiel für eine solche wissenschaftliche Reform der Sprache, ist der revolutionäre Kalender: Die alten völlig unsystematischen Monats-Bezeichnungen werden durch eine an der Natur orientierte Nomenklatur ersetzt und durch entsprechende Endungen ordentlich in vier Jahreszeiten eingeteilt:

vendémi**aire**	
brum**aire**	Herbst
frim**aire**	
niv**ôse**	
pluvi**ôse**	Winter
vent**ôse**	
germin**al**	
floré**al**	Frühling
prairi**al**	
messi**dor**	
thermi**dor**	Sommer
fructi**dor**	

Der Abbé Grégoire, der im ersten Teil der schon zitierten Rede Maßnahmen zur Verbreitung der Nationalsprache beschreibt, macht daher im zweiten Teil seiner Rede Vorschläge zur Reform des Französischen selbst. Diese Aktion hieß *révolutionner le français*. Es geht also darum, das Französische den neuen politischen Gegebenheiten anzupassen:

> Je finirai ce discours en présentant l'esquisse d'un projet vaste et dont l'exécution est digne de vous: c'est celui de révolutionner notre langue. (Grégoire in: de Certau/Julia/Revel 1975: 314).

Was er dann vorschlägt, ist alles ein bisschen vage, aber es sind doch Vorschläge zum Eingriff in die Sprache im Bereich der Semantik, der Syntax, der Wortbildung, des Stils. Vor allem ist klar, dass es um die Abschaffung der in der Sprache sedimentierten Vorurteile und Unsicherheiten geht, also um das Programm der sprachphilosophischen Aufklärung seit Bacon über Locke und Condillac, den Grégoire auch ausdrücklich erwähnt. Ich erwähne hier nur ein Beispiel dafür, wie nach Grégoire die Wissenschaft und die Philosophie – also die Revolution und die Aufklärung selbst – die Semantik klärt und damit die Sprache revolutioniert:

> La physique et l'art social, en se perfectionnant, perfectionnent la langue; il est une foule d'expressions qui par là ont acquis récemment une acception accessoire ou même entièrement différente. Le terme *souverain* est enfin fixé à son véritable sens. (ebd.: 315)

Das Wort „souverain" hat durch den Fortschritt des „art social", der revolutionären Gesellschaftstechnik, endlich seinen wahren Sinn bekommen.

3.3. Vorgeschlagen wird eine neue Reinigungsaktion der Sprache im Namen der Aufklärung: Die langue nationale ist im Sinne der Aufklärung und der Revolution von den alten Vorstellungen zu reinigen: „la rendre pure" fordert die Politik. Diese politische Reinigungsaktion tritt nun aber gerade in Konflikt mit der alten Akademie. Ja, der Konflikt wird geradezu handgreiflich im Streit um die fünfte Auflage des Wörter-

buchs.[13] Die jakobinische Republik hatte im Jahre 1793 die Akademien des alten Frankreich – an erster Stelle die Sprach-Akademie – als Institutionen des Feudalregimes und als Horte alten Denkens schließen lassen. Der geschichtliche Zufall wollte es, dass zu diesem Zeitpunkt das Manuskript der 5. Auflage des Wörterbuchs der Akademie fertig war. Natürlich war dieses ungedruckte Buch sozusagen die gesamte Sprache des Ancien régime. Der Leitgedanke des Akademiewörterbuchs war nach wie vor der *bon usage*, es enthielt also das, was die sogenannte gute Gesellschaft für richtig hielt, also die Sprache der gerade gestürzten herrschenden Klasse. Da nach der Sprachvorstellung der Aufklärung Sprache und Denken eng zusammenhängen, repräsentiert dieses Wörterbuch daher das *alte* Denken, die *alte* Semantik. Vom revolutionären Standpunkt aus musste geradezu dringend verhindert werden, dass dieses Dokument der alten Sprache und des alten Denkens publiziert wird. Die jakobinischen Sprachpolitiker wussten das tatsächlich zunächst auch zu verhindern: Die Akademie wird geschlossen und das Manuskript konfisziert.

Allerdings wurde im Jahre 1798 die fünfte Auflage dann doch gedruckt. Die jakobinische Zeit war ja vorbei, das *Institut*, die Nachfolgeinstitution der französischen Akademien, war inzwischen gegründet worden, und die zweite Klasse des *Institut* war für die Sprache zuständig. Was nun als fünfte Auflage gedruckt wurde, ist sicher die politisch interessanteste Version des Akademie-Wörterbuchs: Das Französische ist durch die Revolution zur *langue nationale* geworden, es gehört nicht mehr dem alten Souverän, dem König und dem Adel, sondern dem neuen Souverän, der Nation. 1798 wird ein genialer historischer Kompromiss zwischen der – nicht mehr existenten – alten Akademie und der neuen Nationalsprache geschlossen: Den Haupttext des *Dictionnaire* macht das vor der Revolution fertiggestellte und 1793 nicht gedruckte Wörterbuch aus, also die Sprache der alten gesellschaftlichen Elite. Dieses Korpus wird

[13] Vgl. zum Folgenden Tasker 1997.

aber nun durch zwei höchst bedeutsame Paratexte gleichsam zur Nationalsprache transformiert: durch das Vorwort von Dominique-Joseph Garat einerseits und durch ein Supplément andererseits. Garat, der überaus schlaue baskische Politiker und Philosoph, erklärte in seiner Vorrede nämlich kurzerhand die vorrevolutionäre Akademie zu einer demokratischen Institution, gleichsam zu einer Vorform der Republik und zu einem Ort der Aufklärung. Damit wird das dann folgende Wörterbuch zu einem Dokument der Sprache dieser demokratischen und aufgeklärten Akademie-Nation. Auf das solchermaßen schon – wenn man so sagen will, demokratisch geadelte bzw. nationalisierte – Wörterbuch folgt als zweiter Paratext ein Supplément, in dem 300 neue Wörter und ihre Definitionen aufgeführt sind, die sich alle auf die neue politische Realität beziehen und folglich natürlich die „richtige" aufgeklärte, wissenschaftliche Semantik enthalten. Der alte Auftrag an die Akademie, die französische Sprache zu reinigen, ist hier im Sinne der Revolution, im Sinne also des aufgeklärten neuen Souveräns gelöst: Die neue Semantik des Supplément enthält keine *ordures*, keine altes Denken mehr. Der Eintrag *souveraineté* des Supplément besagt z. B. folgendes:

> Suprématie; pouvoir de faire des Lois, et d'en assurer l'exécution. Cette Puissance est une, indivisible, inaliénable et imprescriptible. Elle appartient toute entière au Peuple qui l'exerce par lui-même, ou par ses Représentans. (Académie française 1798: 775)

Die Definition von souveraineté, „sie gehört gänzlich dem Volk", entspricht den neuen, philosophisch aufgeklärten und „richtigen" Sachverhalten. Wörterbuch und Supplément zusammengenommen sind dann auch die Vermählung der beiden Semantiken, der Semantik der langue commune und des Fachwortschatzes: Die neuen Wörter sind ja technische Termini, Fachwörter, die gemäß dem aufgeklärten Denken richtig, „wissenschaftlich" auf die Sachen verweisen.

Aus meiner Sicht hat hier tatsächlich so etwas wie die Vermählung von Akademie und Nationalsprache stattgefunden, wenn auch ein bisschen als Zwangsheirat. Es ist nämlich der

äußerst interessante Versuch, die – traditionell extrem aristokratische – französische Sprache als demokratische zu denken, indem die Akademie selbst zur demokratischen Insel im feudalen Meer stilisiert wird. Selbst wenn das natürlich so einfach nicht ist – das Französische bleibt zunächst auch im eigenen Volk eine Elitensprache –, so erwächst doch aus dieser politisch deklarierten Demokratisierung der Auftrag, dass die Nation diese Sprache lernt und sich als die ihre tatsächlich aneignet.

Scheitern muss allerdings der Versuch, die Tradition einer historischen Sprache, den usage, mit der wissenschaftlichen Vernunft zu verbinden. Dies sind zwei verschiedene Gesetzgebungen, die nicht zusammenkommen können. Der usage ist nicht vernünftig oder wissenschaftlich oder politisch korrekt. Dennoch wird bei diesem Versuch der normative Anspruch einer Akademie eingelöst, die Sprache nicht nur zu beschreiben, sondern Einfluss zu nehmen auf die Gestaltung der Sprache: Man kann politisch korrekte Sprache ablehnen, aber auch der strengste Deskriptivist wird vielleicht zugestehen, dass rassistische, sexistische oder andere unwillkommene semantische Momente vielleicht doch besser getilgt werden sollten. Dies geschieht, wenn, wie Grégoire sagte, wir nun den „richtigen Sinn" des Wortes „souverain" kennen.

Die französische Akademie kehrt nach ihrer Wiedereinrichtung 1816 wieder zur alten Aufgabe der Beschreibung des *bon usage* zurück. Den Versuch einer Einführung politisch korrekter Semantik wird sie nicht wieder aufnehmen. Nicht die Akademie macht das von ihr gehütete Französisch zur Nationalsprache, das macht die Schule der Republik, die sich dabei an dem von der Akademie symbolisierten *bon usage* orientiert. Insofern ist auch in Frankreich wie in Italien die Akademie der symbolische Ort, der jene Sprache hütete, die dann die Nation erlernt.

3.4. Ohne Zweifel ist heute die französische Akademie eine nationale Einrichtung, eine der ältesten Institutionen des Staates, der ein demokratischer Staat geworden ist, dessen *demos* inzwischen französisch spricht. Das Französische ist seit der Revo-

lution tatsächlich die Sprache der Nation geworden, es ist nicht mehr nur die Sprache eines Teils des Landes und es ist auch nicht mehr nur die Sprache einer bestimmten gesellschaftlichen Schicht wie bei ihrer Gründung. Die Aufgabe der Akademie ist es nach ihrer Selbstbeschreibung, über die französische Sprache zu wachen, „de veiller à la langue française". Das tut die Académie française durch Korpusarbeit und durch Statusarbeit, immer wieder, mit immer verschiedenen Aktivitäten. Sie schreibt immer noch an ihrem Wörterbuch, jetzt an der neunten Auflage. Sie mischt sich ein, um den Status des Französischen zu bewahren: gegen die Regionalsprachen, gegen das Englische. Gegen das Englische ist sie auch an der Korpusarbeit beteiligt.

Es sind, wie schon am Anfang gesagt, nicht immer Aktivitäten, die aufgeklärte Linguisten gut finden. Natürlich lehnen Linguisten jede Aktivität gegen Regionalsprachen ab, weil sie als Linguisten prinzipiell an der Verschiedenheit der Sprachen interessiert sind. Natürlich lieben Linguisten hohe Schriftsprache nicht besonders, Linguisten sind seit ihren romantischen Anfängen volkstümlich, und die Linguistik ist eine Wissenschaft „richtiger", also gesprochener Sprache und nicht die Wissenschaft von hoher Literatursprache. Linguisten wissen, dass Sprachen sich durch die verschiedensten historischen Umstände mischen können, und betonen immer wieder, dies sei völlig natürlich. Deshalb haben sie prinzipiell auch nichts gegen Einflüsse fremder Sprachen. Vor allem sind Linguisten natürlich gnadenlos deskriptivistisch und nicht normativ. Insofern ist eine Sprachakademie wie die französische geradezu ein Albtraum für richtige Linguisten. Wenn wir aber einmal über unseren linguistischen Schatten in die politische Realität springen, müssen wir allerdings zugestehen, dass der durch hohes Prestige ihrer Mitglieder beförderte Einsatz für die Sprache ein Bewusstsein von der Bedeutung und der Kostbarkeit der Sprache wach hält, das dann eben letztlich auch der Sprache einer demokratischen Nation zugute kommt. Das Französische wird sich daher auch in der Konkurrenz mit dem Englischen einfach besser behaupten als das Deutsche, nicht nur wegen der kolonialen Vergangenheit

und der damit gegebenen weltweiten Ausbreitung des Französischen, sondern auch durch das von der Akademie beförderte Bewusstsein, dass die französische Sprache etwas Wichtiges ist, das es zu bewahren gilt: veiller à la langue française.

4. Academia caremus

Wir Deutschen dagegen geben zwar viel Geld für Museen, Theater und Denkmalschutz aus, unsere Sprache aber illustrieren und verteidigen wir nicht durch eine Akademie. Academia caremus. Die alten Versuche der Gründung einer Sprachakademie sind rasch gescheitert: Die Fruchtbringende Gesellschaft hat nur kurz exististiert. Sie war ja auch – anders als die Leopoldina – keine Kaiserliche Institution, sondern nur die kurzlebige Gründung eines unbedeutenden Duodezfürsten. Leibniz' Idee einer Pflege der deutschen Sprache an seiner Akademie ist im Franzosentum des preußischen Königs untergegangen.

Natürlich ist auch die Geschichte der deutschen National-Sprache ganz anders verlaufen als die der französischen: Das Deutsche ist ja tatsächlich von vornherein demokratischer als das Französische. Es ist nicht die gesprochene Sprache einer winzig kleinen Adelsschicht, es ist eher das Medium einer bürgerlichen Emanzipationsbewegung, das sich viel früher als in Frankreich als Bildungssprache im Sprachraum verbreitete, der gar kein Staat war. „Deutschland" war zunächst eine sprachliche und kulturelle Wirklichkeit, bevor es zu einer politischen wurde. Und die deutsche Sprache fuhr eigentlich besser, bevor sich der Staat oder die Staaten ihrer bemächtigten. Sie war bei aller Gemeinsamkeit auch immer polyzentrisch. Was hätte denn eine Akademie „reinhalten" sollen, welches klassische literarische Textkorpus oder welche maßgeblichen hocharistokratischen Kreise hätte sie denn zur Richtschnur ihrer sprachpflegerischen Aktivitäten nehmen sollen? Das Deutsche gedieh eigentlich prächtig ohne Akademie.

Das war sicher auch für die Vergangenheit richtig. Heute aber ist das Deutsche, wie die anderen Sprachen auch, doch gewissen Gefahren ausgesetzt: Es ist evident, dass das globale

Englisch das Deutsche massiv beeinflusst und aus den hohen Diskursen vertreibt, dass das Deutsche in Europa seine Stellung zunehmend verliert und dass die Standards seiner Schriftsprache, vornehm gesagt, erschüttert sind, dass der Status sinkt und dass der Ausbau zurückgeht. Vielleicht täte etwas Verteidigung und Illustration ganz gut.

Wir haben die Darmstädter Akademie und das Mannheimer IDS. Aber die Darmstädter Akademie erfüllt doch eher den einen Teil ihres Namens, den einer Akademie für Dichtung. Natürlich hat sie auch hervorragende Sprachwissenschaftler unter ihren Mitgliedern, die sich von Fall zu Fall für die Sprache einsetzen, wie zuletzt Peter Eisenberg gegen die Rechtschreibreform. Aber sie hat keinen nationalen sprachpflegerischen Auftrag. Dass ein solcher nationaler Auftrag nicht unwichtig ist, sieht man gerade an der Erhöhung der Leopoldina zur Nationalakademie, die nun die deutsche Wissenschaft tatkräftig vertritt. Keine von einem Bundesministerium finanzierte nationale Akademie vertritt die deutsche Sprache. Das IDS ist ein professionelles Linguisten-Unternehmen. Es ist also symbolisch überhaupt nicht mit literarischem Glanz aufgeladen, es repräsentiert nicht das *vulgare illustre*, sondern ist per definitonem linguistisch, d. h. deskriptiv ausgerichtet: Es möchte gerade keinen *bon usage* definieren, sondern unterwirft sich einem *usage*, auch wenn er nicht so *bon* ist. Und weil es keine illustre Gesellschaft von großen Benutzern des Deutschen ist, unterwirft es sich auch der Macht des Staates, bzw. der Bürokratie, wie man bei der Rechtschreibreform gesehen hat: Wäre ein illustre Gesellschaft deutschsprachiger Dichter mit der Sache befasst gewesen statt eines etwas größenwahnsinnigen Linguisten und einiger Kultusbürokraten, wäre das Ergebnis sicher anders ausgefallen. In der Tat ist die Rechtsschreib-Reform ja nur durch den Not-Einsatz der Darmstädter Gesellschaft etwas erträglicher geworden.

Academia caremus. Sicher. Wir könnten uns wie Dante bezüglich der curia damit trösten, dass wir eine ideale Sprachakademie haben, auch wenn sie „corporaliter dispersa“ ist, nämlich die genannten Institutionen, zu denen dann noch die großen

Vereine zur Verteidigung des Deutschen zu rechnen wären, und alle Menschen, denen die Sprache wichtig ist und die auf die Sprache achten, sie mit ihren Texten und Reden illustrieren und sie verteidigen. Dennoch macht sich gerade jetzt das Fehlen einer richtigen Akademie bemerkbar: Die französische Akademie kennt in Frankreich jedes Kind, das daher auch weiß, dass Sprache etwas Wichtiges ist. Wir wiegen uns – durch unsere verglichen mit Frankreich ältere, volkstümlichere Nationalsprach-Tradition – in Sicherheit. Wir brauchten sie bisher nicht zu verteidigen, also meinen wir, wir brauchen es auch in Zukunft nicht. Aber das scheint mir ein Irrtum: Die *ordures*, die auf diese Sprache zukommen, der Müllberg, der auf diese Sprache zurollt, ist so riesig, die Akteure (der Werbung, der Technik, der Finanzwelt, der Wissenschaft), die diese Sprache aus vielen illustren Bereichen der Rede entfernen, sind so mächtig, dass eine symbolische Institution zu ihrer Verteidigung nicht schlecht wäre. Aber wir haben keine, und das ist keine gute Nachricht für die deutsche Sprachgemeinschaft. Academia caremus.

Vielleicht ist aber auch die Zeit einer nationalen Sprach-Akademie vorbei. Die Gefahren, die die europäischen Sprachen bedrohen – der Niedergang ihres Status, die Rücknahme ihres Ausbaus – sind europäisch allgemein, sie betreffen alle europäischen Kultur-Sprachen, so dass vielleicht eine europäische Sprach-Akademie die richtige Alternative wäre.

Bibliographie

Académie française 1694: *Le Dictionnaire de l'Académie françoise*. 2 Bde. Paris: Coignard.

1798: *Dictionnaire de l'Académie Françoise. Cinquième édition.* Paris: Smits et Cie.

Auerbach, Erich (1933): La cour et la ville. In: *Vier Untersuchungen zur Geschichte der französischen Bildung*. Bern: Francke 1951: 12–50.

Baum, Richard (Hrsg.) 1989: *Sprachkultur in Frankreich. Texte aus dem Wirkungsbereich der Académie française*. Bonn: Romanistischer Verlag.

Blank, Andreas 2001: *Einführung in die lexikalische Semantik für Romanisten*. Tübingen: Niemeyer.

Buck, August 1977: *Die humanistischen Akademien in Italien.* In: Hartmann/Vierhaus (Hrsg.): 5–19.

Caput, Jean-Pol 1986: *L'Académie française.* Paris: PUF (Que sais-je?).

de Certeau, Michel/Julia, Dominique/Revel, Jacques 1975: *Une politique de la langue. La Révolution française et les patois.* Paris: Gallimard.

Corneille, Thomas 1694/95: *Le Dictionnaire des Arts et des Sciences.* 2 Bde. Paris: Coignard (Nachdruck Genf: Slatkine 1968).

Dante Alighieri 1979: *De vulgari eloquentia.* In: Dante Alighieri: *Opere minori* II (Hrsg. Pier Vincenzo Mengaldo). Milano/Napoli: Ricciardi: 1–237.

De Mauro, Tullio 1983: *Storia linguistica dell'Italia unita.* [3]Bari: Laterza.

Druon, Maurice 1994: *Lettre aux Français sur leur langue et leur âme.* Paris: Julliard.

Furetière, Antoine 1690: *Dictionaire universel.* 3 Bde. La Haye/Rotterdam (Nachdruck Paris: Le Robert 1978).

Grevisse, Maurice 1975: *Le bon usage.*[10] Gembloux: Duculot.

Hartmann, Fritz/Vierhaus, Rudolf (Hrsg.) 1977: *Der Akademiegedanke im 17. und 18. Jahrhundert.* Bremen/Wolfenbüttel: Jacobi.

Quemada, Bernard (Hrsg.) 1997: *Les préfaces du Dictionnaire de l'Académie française.* Paris: Champion.

Stackelberg, Jürgen 1977: *Die Académie française.* In: Hartmann/Vierhaus (Hrsg.): 27–46.

Tasker, Liliane 1997: Cinquième édition 1798. Discours préliminaire et Pièces annexes. Introduction et notes. In: *Quemada* (Hrsg.): 217–307.

Trabant, Jürgen 2002: *Der Gallische Herkules. Über Sprache und Politik in Frankreich und Deutschland.* Tübingen/Basel: Francke.

2003: *Mithridates im Paradies. Kleine Geschichte des Sprachdenkens.* München: Beck.

2008: Excellentissimi, dignissima, in cantionibus: Über Dantes Welt-Sprache der Poesie. In: Peter von Moos (Hrsg.): *Zwischen Babel und Pfingsten. Sprachdifferenzen und Gesprächsverständigung in der Vormoderne (8.-16. Jahrhundert).* Münster: LIT: 205–221.

Vaugelas, Claude Favre de (1647): *Remarques sur la langue française.* Paris: Ivrea 1996.

EBERHARD KNOBLOCH

Leibniz und die naturwissenschaftlichen Akademien im Zeitalter der Aufklärung

Einleitung

Am 24. Januar 2007 erschien in der Berliner Tageszeitung *Der Tagesspiegel* (S. 6) ein Artikel von Moritz Döbler, in dem es hieß:

> Aber schon die grundlegende Gleichung ‚Geschwindigkeit ist Kraft mal Weg' legt nahe, dass von Merkels Afrika-Initiative wenig zu erwarten ist.

Es bedarf keiner vertieften Kenntnis der Physik, um die abenteuerlichen Wissenslücken zu erkennen, die aus diesen Worten sprechen. Doch auch im Bereich der Geisteswissenschaften gibt es beklagenswerte Ignoranz. Am 16. August 2008 schrieb Stephan-Andreas Casdorff in derselben Zeitung (S. 1):

> Anni horribili – das ist jetzt kein neuer Name für die Kanzlerkandidatur der größten Oppositionspartei in der Regierung, sondern eine Tatsachenbeschreibung.

Die Welt ist eben nicht vollkommen, sondern verbesserungsfähig. Diese Einsicht leitete auch den kaum dreiundzwanzigjährigen Leibniz 1669 bei der Abfassung seines sozialutopischen Entwurfs für eine *Societas philadelphica*, für eine „Bruderliebende Gesellschaft". Darin heißt es (LSB IV, 1, 552 f.):

> Vera politica est nosse quid sit sibi utilissimum. Utilissimum cuique est, quod Deo gratissimum. Quia Deus est Ens potissimum, potentissimo autem non obsequi, eius voluntati adversari periculosissimum; contra parere cum grandis praemii spe, et quia Deus etiam

sapientissimus est, certitudine conjunctum. Deo autem gratissimum est quicquid facit ad perfectionem universi. Ad perfectionem universi facit, quicquid facit ad perfectionem generis humani quia in universo sensibili nullum est rerum genus homine perfectius. Perfectio humani generis in eo consistit, ut sit quoad eius fieri potest et sapientissimum et potentissimum.

Wahre Politik heißt wissen, was für einen am nützlichsten ist. Das Nützlichste für jeden ist, was Gott am angenehmsten ist. Weil nämlich Gott das mächtigste Wesen ist, dem Mächtigsten aber nicht zu gehorchen, sich seinem Willen zu widersetzen, höchst gefährlich ist; zu gehorchen dagegen mit Hoffnung auf eine große Belohnung, und weil Gott auch am weisesten ist, mit Gewissheit verbunden. Gott aber ist am angenehmsten, was immer er zur Vervollkommnung des Universums unternimmt. Zur Vervollkommnung des Universums unternimmt er, was immer er zur Vervollkommnung des menschlichen Geschlechtes unternimmt, weil es im wahrnehmbaren Universum keine Art von Dingen gibt, die vollkommener als der Mensch ist. Die Vervollkommnung des Menschengeschlechtes besteht darin, dass es, soweit dies geschehen kann, am weisesten und mächtigsten ist.

Utilitarismus und Gottesdienst wurden von Leibniz in eins gesetzt. Auch wenn er bald von einer derart universellen Weltgesellschaft abrückte, so offenbart dieser früheste Plan zu einer Sozietätsgründung doch einige der wichtigsten Charakteristika, die eine Sozietät im Denken Leibnizens haben sollte:

- Die enge Verbindung von Missions- und Akademiegedanken,
- der Glaube an die Machbarkeit der sozialen Welt,
- die mögliche Verbindung von philosophischer Theorie und politischer Praxis,
- die Sozietät als Stätte der Geistesbildung und Tugendpflege.

Nicht nur der Zustand der Wissenschaften war unbefriedigend, sondern auch die Lage der Menschen. Planmäßig sollte deshalb wissenschaftlicher mit gesellschaftlichem Fortschritt betrieben werden. Dafür schien eine Sozietät, die den Gemeinschaftsgedanken in den Vordergrund stellte, geeigneter als eine Einrichtung zu sein, die sich Akademie nannte. Leibniz war sich be-

wusst, das er mit seinen Ideen in einer Tradition stand, die er auch benannte. Aber die bis zu seiner Zeit vorgebrachten Konzeptionen schienen ihm nicht hinreichend realistisch, nicht hinreichend universal zu sein. Davon soll im Folgenden die Rede sein, und zwar in den fünf Abschnitten:

1. Von der Machtergreifung der Vernunft
2. „Curiosa“ versus „utilia“
3. Können und wollen
4. Nation und Menschengeschlecht
5. Universalität: Die Sozietätsgründung

1. Von der Machtergreifung der Vernunft

Bildung als Quelle des Wohlstandes, Wohlstand als Grundlage der Bildung: Dieses umfassende kulturpolitische Programm, dieses Ideal der Aufklärung war Angelpunkt der wissenschaftspolitischen Zielsetzungen von Leibniz (Holz 1983, 190). Kein Wunder, dass Kant noch 1787 der zweiten Auflage seiner *Critik der reinen Vernunft* die Worte Francis Bacons vorangestellt hat (Kant 1956 II, 7):

> De re autem, quae agitur, petimus: ut homines [...] pro certo habeant, non sectae nos alicuius, aut placiti, sed utilitatis et amplitudinis humanae fundamenta moliri (Bacon 1620 I, 32-35).

> Mit Blick auf unser Anliegen aber bitten wir, dass es die Menschen [...] für ausgemacht halten, dass uns nicht an den Grundlagen irgendeiner Sekte oder Lehre, sondern des menschlichen Nutzens und Ansehens gelegen ist.

Bacon hatte sein Anliegen im berühmten, allzu oft falsch gedeuteten Titelblatt veranschaulicht (Bacon 1620 I, 1):

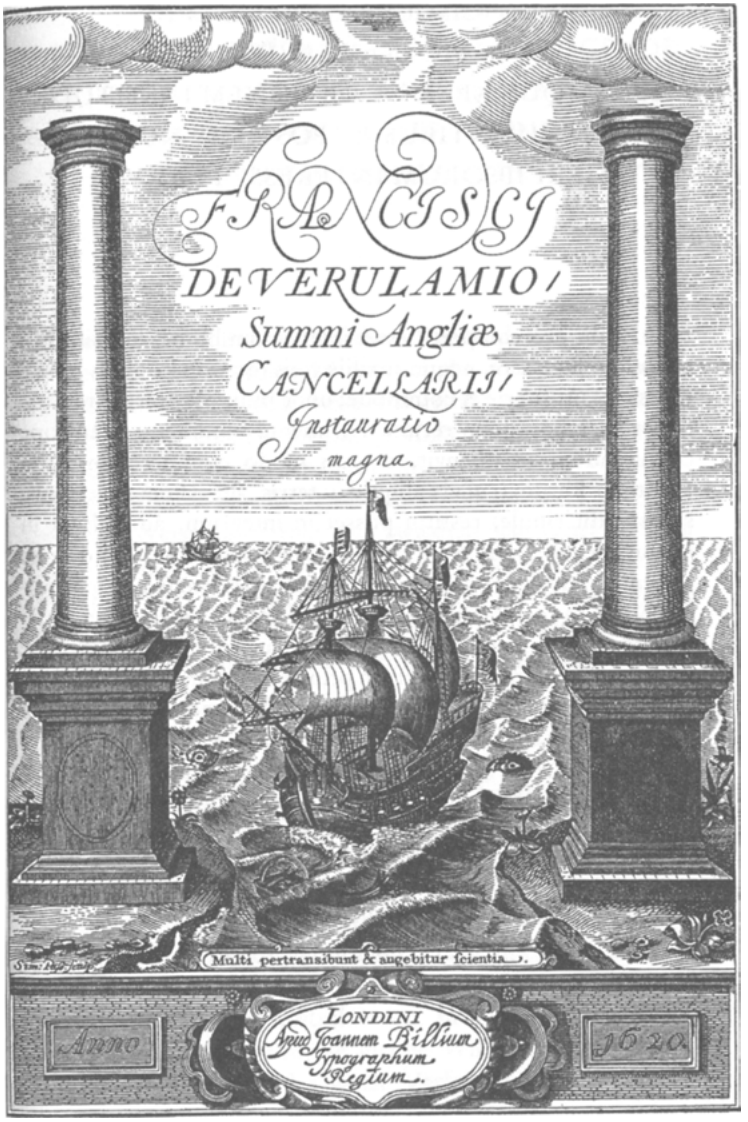


Abb. 1: Francis Bacon, Instauratio magna. London 1620, Titelbild mit den Schicksalssäulen der Wissenschaft

Die dargestellten Säulen sind nicht die Säulen des Herakles (Gibraltar), das Schiff bricht nicht ins offene Meer auf. Nein, es sind, wie Bacon erklärt, die Schicksalssäulen der Wissenschaft, die die Überschätzung des Erreichten, die Unterschätzung des Erreichbaren symbolisieren (Bacon 1620 I, 12 f.). Die Segel verdeutlichen, dass das Schiff nach langer Fahrt heimkehrt: Die so gut wie abgeschlossene Durchwanderung der Welt und die Vermehrung der Wissenschaft fallen in dasselbe Zeitalter. Bacon beruft sich dazu auf die biblische Prophezeiung Daniels (12,4), dessen Worte „Plurimi pertransibunt et multiplex erit scientia" er in leichter Umformulierung wiederholt: „Multi pertransibunt et augebitur scientia", „Viele werden mitten hindurchgehen und die Wissenschaft wird vermehrt werden" (Knobloch 2009).

Tatsächlich blieb Leibniz von Utopisten wie Francis Bacon, von universalistischen Erziehungsreformatoren wie Johann Amos Comenius, von puritanischen Weltbeglückern wie Johann Valentin Andrea nicht unbeeinflusst. Davon legt seine Auffassung von Wissenschaft als Instrument der Naturforschung, von Legitimation wissenschaftlicher Forschung in religiösen Grundvorstellungen beredtes Zeugnis ab (Totok 1994, 118). Er glaubte nicht an die rechtlose Macht.

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet der Hofprediger Daniel Ernst Jablonski, ein Enkel des Comenius, Leibnizens wichtigster Verbündeter in Berlin wurde, als es darum ging, die Gründung der Berliner Sozietät mit Hilfe der Kurfürstengemahlin Sophie Charlotte beim Kurfürsten Friedrich III. durchzusetzen. Es war dieselbe Sophie Charlotte, der Leibniz seine Theodizee in Berlin darlegte.

Leibniz konzipierte seine Sozietät als umfassende Wissenschafts-, Wirtschafts- und Kulturbehörde, die auch die Aufsicht über das Unterrichts- und Bücherwesen erhalten sollte. Seine Sozietät sollte lenken und kontrollieren, geistige Erzeugnisse ebenso wie die Preise von Wirtschaftsgütern. Sie sollte die Machtergreifung der Vernunft verkörpern, verpflichtet dem *commune bonum*, dem Gemeinwohl. Um dieses übergeordneten

Ziels willen hielt Leibniz, der durchgängige Verfechter der Toleranzidee, die Bücherzensur in allen Sozietätsentwürfen für unumgänglich (Totok 1994, 134).

> Und warumb sollen doch soviel Menschen zu so wenig anderer Nuzen arm und elend seyn. Ist also der ganze Zweck der Societät, den Handwergsman von seinem Elend zu erlösen,

schrieb Leibniz um 1671 (LSV IV, 1, 559). Nein, eine weltabgewandte Gelehrtenrepublik, ein Platonopolis, hat Leibniz nicht vorgeschwebt.

Schon die kurzlebige, von Joachim Jungius 1622 ins Leben gerufene Rostocker *Societas ereunetica sive zetetica* hatte sich zum Ziel gesetzt, alle Wissenschaften und Künste zu einer demonstrativen Gewissheit zurückzuführen, durch richtige Unterweisung fortzupflanzen und durch glückliche Erfindungen zu vermehren (Dilthey 1962, 22). 1667 hatte der schwedische Emigrant Benedict Skytte den Großen Kurfürsten von Brandenburg vorübergehend für den Plan gewonnen, ein Universalinstitut zu errichten, das alle Wissenschaften und Künste, reine wie technische, Forschung und Unterricht, Akademie und Universität vereinen sollte. Erst recht hatte der von Leibniz auch zitierte Johann Joachim Becher (LSB IV,1 553) das neue Ideal einer universalen Kultur vertreten und die Organisation der Wissenschaft gefordert. Leibniz hat die Akademie nicht erfunden, er hat dem Akademiegedanken einen neuen Inhalt gegeben (Mittelstraß 1999, 49): Soziale Ausrichtung und Universalität.

Die Mehrung naturwissenschaftlichen Wissens, die Nutzanwendung ihrer Kenntnisse hatten sich auch die englische und französische Akademie zum Ziel gesetzt. Leibniz betonte die soziale Komponente. Jeder muss in seiner Sphäre zum Glück aller wirken, soweit seine Mittel reichen. „Denn keiner so lahm ist, daß er nicht auf gewisse Maße arbeiten könne“, heißt es dazu 1671 (LSB IV,1, 542). Das *bonum commune*, das Gemeinwohl, war bereits von den vier Gründern der kurzlebigen *Accademia dei Lincei* als Ziel ihrer Tätigkeit formuliert worden (Mazzolini 2008, 119). Auch Johann Lorenz Bausch wollte 1652 bei der Gründung der *Leopoldina* Gemeinwohl durch Na-

turforschung (Toellner 2008, 179). Leibniz blieb solchen Bekundungen gegenüber skeptisch, wie sein Brief an Tschirnhaus vom Juni 1693 zeigt (Schneider 2009, CVIII; LSB II,2, 713 f.). Er betonte zugleich die Universalität.

2. „Curiosa“ versus „utilia“

Vier Jahre nach dem Ende des 30jährigen Krieges hatten vier Schweinfurter Stadtärzte unter der geistigen Führung von Bausch die *Academia naturae curiosorum* als privaten Ärztezirkel gegründet, die am 7. August 1687 als kaiserliche Reichsakademie von Kaiser Leopold I. anerkannt wurde, die *Leopoldina*, die damit die erste deutsche Akademie wurde. 1670 veröffentlichte sie die erste naturwissenschaftlich-medizinische Zeitschrift der Welt mit einem wahrhaft barocken Titel. Dass sich die Mitglieder Argonauten nannten, erinnert an Bacons Titelbild, wonach wissenschaftliche Tätigkeit einer Seefahrt gleichgesetzt werden kann.

> Medizinisch-physikalische, wissenswerte vermischte Schriften der Akademie der Naturforscher oder erster Jahrgang der wissenswerten deutschen medizinisch-physikalischen Ephemeriden, nämlich des Jahres 1670, der die medizinischen, physikalischen, anatomischen, botanischen, pathologischen, chirurgischen, therapeutischen, chemischen Beobachtungen der berühmtesten Ärzte in und außerhalb Deutschlands enthält. Ein Einladungsbrief ist an die berühmtesten Ärzte Europas vorausgeschickt.

Ich halte es für keinen Zufall, dass Leibniz ausgerechnet ein Jahr später mehrere Denkschriften für Akademiegründungen verfasste und unter Bezugnahme auf diese Zeitschrift im

> Bedencken von aufrichtung einer Academie oder Societät in Teutschland, zu Aufnehmen der Künste und Wißenschaften

kritisch feststellt (LSB IV, 1, 548 f.):

> aber dieses institutum ob es gleich an sich selbst guth und nicht zu verachten, ist doch nicht real gnugsam, denn dadurch nur bereits habende Dinge aus andern Büchern conscribillirt, nicht aber neue aus eigner experienz entdecket werden [...] Es mangelt aber viel dabey zu einem rechten wohlformirten corpore, davon etwas reales gehof-

fet werden könte; so einen gewißen fundum, union, ruhe, addresse, und anstalt hätte.

Miſcellanea Curioſa
MEDICO-PHYSICA
ACADEMIAE NATURAE
CURIOSORUM
ſive
Ephemeridum Medico-Phyſicarum
Germanicarum Curioſarum
ANNUS PRIMUS
continens
Celeberrimorum Medicorum in & extra Germaniam Obſervationes Medicas, Phyſicas, Anatomicas, Botanicas, Pathologicas, Chirurgicas, Therapeuticas, Chymicas.
prefixa
EPISTOLA INVITATORIA
Ad Celeberrimos EUROPÆ Medicos.
LIPSIÆ,
Sumpt. VITI JACOBI TRESCHER,
Bibliopol: Wratislav.
Typis JOHANNIS BAUERI.
ANNO M. DC. LXX.

Abb. 2: Miscellanea Curiosa Medico-physica Academiae Naturae Curiosorum, 1. Jahrgang. Leipzig 1670, Titelblatt.

Wie aktuell diese Klage zur Bücherflut ist, sieht man an der Tatsache, dass zurzeit rund 90.000 Bücher jährlich allein in Deutschland erscheinen.

Über die genannten Möglichkeiten verfügte die *Leopoldina* angesichts des mit dem Präsidenten wechselnden Standortes tatsächlich nicht. Dagegen wurde in den 1662 veröffentlichten Akademiestatuten (Parthier 1994, 14 bzw. 118 f.) ausdrücklich verlangt, die Forschungen durch eigene Beobachtungen zu unterstützen (Lex V). Das erste Gesetz hätte sinngemäß auch von Leibniz stammen können:

> Der Rum Gottes (gloria dei) und die Erhellung der medizinischen Künste und der sich daraus ergebende Vorteil des Nächsten sei Ziel und einziger Wegweiser der Akademie der Naturforscher.

Die Verbesserung der Heilkunst, der medizinischen Versorgung der Bevölkerung, war eines von Leibnizens lebenslangen Anliegen. Sie sollte insbesondere eine Aufgabe der einzurichtenden Akademie sein. Harte Worte fand er für die Medizin seiner Zeit:

> Wie denn [...] der methodus medendi dergestalt bei denen nur allein geldesgierigen Practicis in so schlechten stande blieben, als er zuvor iemahls gewesen (LSB IV,1, 535).

Er forderte die

> Verbesserung der Medicin, durch deren mängel soviel theils unvermeidliche, theils unvorsichtige, theils muthwillige, aus obstination, ehrsucht, auch wohl geldgierigkeit und mutuellen passionen hehrrührende todtschläge und verwahrlosungen begangen, und wenn man recht davon reden will blutschulden auff den hals geladen werden (LSB IV,1, 561).

Ja, er gestand,

> wie närrisch auch und paradox der Chinesen reglement in re Medica scheint, so ists doch weit beßer als das unsrige (LSB IV,1, 552).

Kein Wunder, dass Leibniz einer Akademie skeptisch gegenüberstand, die nach ihren Statuten nur Ärzte als Mitglieder aufnahm. Gleichwohl betonte er, wie unentbehrlich eine Sozietät ist, um diesem Missstand zu begegnen, da andernfalls

> die Practici doch bey der alten Leier der methodi medendi vel occidendi bleiben werden (LSB IV,1, 562).

Gleich dreimal trat im Titel der Ephemeriden das schillernde Reizwort *curiosus* auf: die *Miscellanea curiosa*, die *Ephemerides curiosae*, was ich mit „wissenswert" wiedergegeben habe, die *naturae curiosi*, was üblicherweise mit „Naturforscher" übersetzt wird. Aber eben hier setzte Leibnizens erneute Kritik ein: In einer der unmittelbar vor Gründung der Berliner Sozietät verfassten Denkschriften heißt es:

> Solche churfürstliche Societät müste nicht auf blosse Curiosität oder Wissensbegierde und unfruchtbare Experimenta gerichtet seyn, oder bey der blossen Erfindung nützlicher Dinge, ohne Application und Anbringung beruhen, wie etwa zu Paris, London und Florentz geschehen, daher eine Verspottung, und die bekannte Englische Comédie „The virtuoso" erfolget, [...]; sondern man müste gleich anfangs das Werck samt der Wissenschaft auf den Nutzen richten, und auf solche specimina dencken, davon der hohe Urheber Ehre, und das gemeine Wesen ein mehrers zu erwarten Ursach habe (Brather 1993, 72).

Auch wenn die *Leopoldina* nicht genannt ist, so liest sich dieser Abschnitt wie ein bewusstes Gegenprogramm zu deren Zielen. Jonathan Swift war 1726 nicht der erste, wohl aber der bedeutendste Satiriker, der die Praktiken der Royal Society mit beissendem Spott überzog und auf diese Weise Leibnizens Vorbehalte gegenüber dieser Sozietät bestätigte.

Die *Royal Society* durfte sich so seit dem 15. Juli 1662 dank König Charles II. nennen. Ihr erster Historiograph Thomas Sprat stellte sie zum Ärger ihrer Mitglieder als ideologiefreie Baconsche Empiristen dar (Beeley 2008, 148). Der Kupferstich zu Beginn des Spratschen Werkes unterstreicht jedoch genau diesen Aspekt:

Abb. 3: Thomas Sprat, History of the Royal Society. London 1667, Titelbild mit Lord Brouncker und Francis Bacon.

Links von der Büste des Königs sitzt der erste Präsident der *Royal Society*, Lord Brouncker, rechts der *artium instaurator*, der Erneuerer der Künste Francis Bacon.

Die Hinwendung zur neuen, mathematischen und experimentellen Wissenschaft in England wurde in den von Robert Hooke

entworfenen Statuten der neuen Gesellschaft festgeschrieben (Mason 1961, 311):

> Aufgabe und Absicht der Royal Society ist es, das Wissen von den natürlichen Dingen und alle nützlichen Künste, Fabrikationszweige, mechanischen Verfahrensweisen, Maschinen und Erfindungen durch Experimente zu verbessern (sich nicht mit Theologie, Metaphysik, Sittenlehre, Politik, Grammatik, Rhetorik oder Logik abzugeben).

Die Begründung lieferte Hooke in der zwei Jahre später erschienenen *Micrographia* nach (Hooke 1665, S. b):

> The truth is, the Science of Nature has been already too long made only a work of the Brain and the Fancy: It is now high time that it should return to the plainness and soundness of observations on material and obvious things.

Die *Académie des Sciences* verfolgte mit ihrer Betonung der Mathematik und Physik ähnliche Ziele. Anlässlich ihrer Gründung im Jahre 1666 wurde eine Medaille mit entsprechender Symbolik und Begleittext geprägt (Gauja 1934, 85):

> Mathematik und Physik waren keine vollständig vernachlässigten Kenntnisse, aber sie galten kaum nur für Objekte einfacher Neugierde. Als der König über den Nutzen informiert war, der davon seinem Königreich zuteil werden könnte, errichtete er unter dem Namen Akademie der Wissenschaften eine Gesellschaft, gebildet aus den berühmtesten Mathematikern, und den herausragendsten Physikern. Seine Majestät überhäufte sie mit Wohltaten. Sie regelte die Zahl, die Zeit und den Ort ihrer Konferenzen und unterstützte sie mit allen nötigen Hilfen, um mit einem neuen Wetteifer an der Erforschung der Geheimnisse der Natur und der Vervollkommnung der Künste zu arbeiten.
>
> Dies ist das Thema dieser Medaille. Man hat die sitzende Minerva dargestellt. Um sie herum sieht man eine Armillarsphäre, ein Skelett, einen Ofen mit einem Alembik, was die Astronomie, die Anatomie und die Chemie bezeichnet. Die Worte der Aufschrift „Naturae investigandae et perficiendis artibus“ und die Aufschrift „Regia scientiarum academia instituta MDCLXVI“ bedeuten: Königliche Akademie der Wissenschaften, bestimmt um die Geheimnisse der Natur zu erforschen und die Künste zu vervollkommnen 1666.

1666.

L'ESTABLISSEMENT DE L'ACADEMIE DES SCIENCES.

LEs Mathématiques & la Physique n'estoient pas des connoissances absolument négligées, mais elles ne passoient guéres que pour des objets de simple curiosité. Le Roy informé de l'utilité qui en pouvoit revenir à son royaume, establit sous le nom d'Académie des Sciences, une compagnie formée des Mathématiciens les plus célébres, & des plus excellents Physiciens. Sa Majesté les combla de bienfaits; elle régla le nombre, le temps & le lieu de leurs conférences, & les aida de tous les secours nécessaires, pour travailler avec une nouvelle émulation à la recherche des secrets de la nature, & à la perfection des Arts.

C'est le sujet de cette médaille. On a représenté Minerve assise : autour d'elle on voit une sphére, un squélette, un fourneau avec un alambic, ce qui marque l'Astronomie, l'Anatomie, & la Chymie. Les mots de la légende, NATURÆ INVESTIGANDÆ ET PERFICIENDIS ARTIBUS; & l'exergue, REGIA SCIENTIARUM ACADEMIA INSTITUTA. M DC LXVI. signifient, *Académie Royale des Sciences, destinée à rechercher les secrets de la nature, & à perfectionner les arts 1666.*

Abb. 4: L'establissement de l'académie des sciences; Beschreibung der Gründungsmedaille mit Louis XIV. und Minerva.

Die Berliner Akademie hat sich von der Gestaltung der Medaille anregen lassen, wie weiter unten gezeigt werden wird. Die chemischen Utensilien beschreiben ein typisches, alchemistisches Labor: Auf dem Ofen steht das zu erhitzende Gefäß (Cucurbita) mit einem Destillierhelm (Alembik) und Auffanggefäß (Rezipient).

1671 besuchte Ludwig XIV. die französische Akademie in Begleitung seines Ministers Colbert. Jean Baptiste Le Clerc hat die Szene in einem Kupferstich festgehalten, der im Hintergrund die im Bau befindliche Pariser Sternwarte zeigt:

Abb. 5: Louis XIV. mit dem Minister Colbert zu Besuch in der Académie des Sciences. Kupferstich von S. Le Clerc. Paris 1671.

3. Können und Wollen

Leibniz verband das barocke Pläneschmieden mit dessen Utopismus, ja Illusionismus, jedoch mit aufklärerischer Realitätsnähe. Denn Wissen verlieh nicht nur Macht, sondern garantierte Sinnsetzung (Wagner 1976, 20). Seine Kultur- und Wissenschaftspolitik war eine Folge seiner philosophischen Gesamtkonzeption (Totok 1994, 119). Diese beste aller möglichen Welten ist durch die Verwirklichung eines Maximums an Harmonie gekennzeichnet. Wer diesem Ziel dient, handelt Gott wohlgefällig, damit dem eigenen und zugleich dem gemeinen Nutzen dienend. Individual- und Allgemeinwohl werden identisch. Abschnittweise begründet Leibniz im „Grundriß eines Bedenckens von aufrichtung einer Societät in Teutschland zu auffnehmen der Künste und Wissenschaften", warum eine solche Sozietät zu errichten sei, nämlich aus drei Gründen:

- Um des Gewissens,
- um des unsterblichen Ruhms der Stiftenden,
- um des gemeinsamen Besten willen.

„Denn", führt er weiter aus,

> der wahre Glaube nun, und die wahre hoffnung aber ist nicht nur reden, ja nicht nur dencken, sondern practice dencken, das ist thun, als wenn's wahr were" (LSB IV,1, 530 f.).

Kultur- und Sozialpolitik ist praktischer Gottesdienst. Das öffentliche Wohl und die universelle Harmonie lieben ist dasselbe wie den Ruhm Gottes (gloria dei) zu verstehen und sie nach Kräften zu vergrößern. Die gloria dei war aber auch, wie wir sahen, eines der drei Ziele der *Leopoldina*. Ausdrücklich nimmt Leibniz zum Verhältnis von Verstand und Macht Stellung. Ihm ist klar, dass im Zeitalter des Absolutismus ein solcher Plan nur durch einen Fürsten durchzusetzen ist. Offensichtlich an seine eigene Rolle denkend mahnt jedoch Leibniz an, dass denen zu raten gebührt, die Verstand ohne Macht besitzen, während es den Mächtigen – Leibniz fährt taktvollerweise nicht fort „ohne Verstand" – ansteht, gütig Gehör zu geben.

Die Glückseligkeit des Menschengeschlechtes ist möglich,

> wenn eine allgemeine conspiration und verständtnüß nicht inter chimaeras zu rechnen, und zur Utopia Mori, und Civitate Solis Campanellae, und Atlantide Baconi zu sezen, und gemeiniglich der allergrösten Herrn consilia von allgemeiner wohlfart zu weit entfernet weren.

Nein, mit den berühmten Staats- und Sozialutopien von Thomas More, Tommaso Campanella oder Francis Bacon will er nichts zu tun haben. Seine Absicht geht auf Realisierung, wobei seine Sozietätspläne durchaus nicht harmlos waren. Verfolgte er doch mit ihnen eine neue Sozialordnung mittels einer neuen Wirtschaftspolitik, die den Handwerkerstand besser stellen und den Handel, der nur übertrage, nichts Neues schaffe, in dessen Schranken verweisen sollte. „Si non possumus quod volumus, velimus quod possumus", „wenn wir nicht können, was wir wollen, mögen wir wollen, was wir können", war Leibnizens Richtschnur der Ethik (LSB IV,1, 536).

4. Nation und Menschengeschlecht

Der auf Realisierung bedachte Leibniz legte dieselbe Richtschnur auch bei der Frage an, wo und wie seine Sozietät gegründet werden könnte. Da eine weltumfassende Akademie keine Aussicht auf Realisierung hatte, besann er sich nach Ludwigs XIV. Angriff auf die spanischen Niederlande und der Besetzung Lothringens nationaler Argumente, um wenigstens bei den Deutschen in dieser Hinsicht etwas auszurichten.

> Es ist uns Teutschen gar nicht rühmlich, daß wir in erfindung großen theils mechanischer, natürlicher und anderer künste und wißenschafften die ersten gewesen, nun in deren vermehr- und beßerung die lezten seyn,

heißt es im bereits zitierten „Bedencken von aufrichtung einer Academie oder Societät in Teutschland, zu Aufnehmen der Künste und Wißenschaften" (LSB IV,1, 543).

Um die Deutschen aus ihrem trägen Schlaf aufzureißen, lässt er ein Loblied auf die frühe deutsche Erfinderkunst folgen, die alle Bereiche der Wissenschaft, der Handwerke und des Handels

umfasst. Selbst die Medicina practica floriere nirgends besser als in Deutschland,

> so alle diejenigen, welche frembden Medicis, Apothekern und Chirurgis unter die Hände kommen, wohl zu sagen wissen (LSB IV,1, 546).

Nur allzu sehr unterscheidet sich diese Wertung von seiner sonstigen Beurteilung. Wie sehr er hier „ad homines" argumentiert, belegt die Tatsache, dass er sonst die Medizin seiner Zeit aufs Schärfste kritisierte und im Rahmen der geplanten Sozietät für besonders verbesserungsbedürftig hielt. Wir hatten davon gehört. Und so, wie er Lob und Tadel wohldosiert einsetzte, so verwies er auf die bestehenden Einrichtungen in England und Frankreich, die *Royal Society* und die *Académie des Sciences*, die er sonst durchaus zu kritisieren wusste, um gleichzeitig hinzuzufügen, dass in Deutschland viel mehr zu erreichen sei. Hooke hatte dasselbe nationale Argument mutatis mutandis für England geltend gemacht (Hooke 1665, S. a3 Preface). Ja, Leibniz entwarf ein

> Gutachten über die Förderung der Naturerkenntnis für die Nutzanwendungen des Lebens und eine zu diesem Zweck zu gründende deutsche Sozietät, die die für das Leben nützlichsten Wissenschaften und Künste in unserer Sprache beschreibt und dem Vaterland Ehre erwirbt (Harnack 1900 II, Nr. 5).

Nicht erst unsere Nachfahren sollen den Nutzen ernten, nein wir selbst innerhalb weniger Jahre.

> Denn es ist besser schrittweise wenigstens etwas auszuführen als zuviel anzugehen, dessen Nutzen sich erst in einem anderen Jahrhundert zeigen kann (Harnack 1900 II, 32).

Sein Gutachten ist ein beschwörender Appell, das öffentliche Unterrichtswesen, die publica instructio, sowie die Lernmethode, die discendi ratio, zu verbessern. Ständeunterschiede spielen keine Rolle, wenn es um das Sammeln des menschlichen Wissens geht. Jede noch so kleine Stadt habe jemanden, von dem wir lernen können. Wenn Leibniz fordert, die Handwerker zu befragen, bei Beschreibungen von Vorgängen die Dinge selbst

in die Hand zu nehmen, fühlt man sich an die Methoden erinnert, nach denen 80 Jahre später die französische Encyclopédie entstand. Und in der Tat ist das Ziel seines Aufrufes eine „wahre Enzyklopädie", eine „Encyclopedia vera", die das menschliche Wissen nach dem Nutzen für das Leben ordnet und so ein „Inventarium artium scientiarumque" bereitstellt, das „patrimonium generis humani", die „haereditas a maioribus relicta" erschließt. Nur zu deutlich erinnert dies Anliegen an Goethes Faust, der zu nächtlicher Stunde trotz quälender Selbstzweifel doch dies weiß: „Was du ererbt von deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen!" (Vers 682 f.)

Leibniz ist sich bewusst, dass diese gigantische Aufgabe die Zusammenarbeit vieler erfordert. Und so wendet er sich leidenschaftlich an die „hochgelobten Naturforscher", die „laudatissimi naturae curiosi", ihre Anstrengungen mit den seinen in einer kaiserlichen Sozietät zu vereinen, an Weigel, Leeuwenhoek, Swammerdam, Steno und wie sie alle heißen.

Zwar sei jede Wahrheit in irgendeiner Weise nützlich, jetzt aber müsse man sich auf das besinnen, dessen Nutzen größer und bekannter sei. Denn der Nutzen bestehe in der für das Leben nützlichen Praxis oder der Lösung von Problemen, deren wir bedürfen, nämlich Glückseligkeit (felicitas) oder zufriedener Sinn, Gesundheit, Freunde, Geldmittel.

Leibnizens Sozietätsgedanke ist im besten Sinn utilitaristisch und pragmatisch angelegt. Während er an anderer Stelle Einrichtungen wie die *Leopoldina* dafür tadelt, dass sie nur weitere Bücher produziere, betont er hier die Notwendigkeit, erst einmal das Machbare, eine Bestandaufnahme des menschlichen Wissens, zu bewerkstelligen.

Der ihm aufgezwungene Rahmen dafür war nolens volens national. Doch Leibnizens Denken ging im Grundsatz darüber hinaus. Davon zeugen in ergreifender Weise sein Gedankenaustausch mit Peter dem Großen, seine Russlandpläne, seine Ideen zu einer Akademie in St. Petersburg am Ende seines Lebens. „Ich werde es mir vor die gröste Ehre, Vergnügen und Verdienst schätzen", schrieb er an den Zaren,

> in einem so löblichen und gottgefälligen Werke dienen zu können; denn ich nicht von denen bin so auff ihr Vaterland, oder sonst auff eine gewisse Nation, erpicht seyn; sondern ich gehe auff den Nutzen des gantzen menschlichen Geschlechts; denn ich halte den Himmel für das Vaterland und alle wohlgesinnte Menschen für dessen Mitbürger und ist mir lieber bey den Russen viel Guthes auszurichten, als bey den Teutschen oder andern Europäern wenig, [...], denn meine Neigung und Lust geht aufs gemeine Beste (Richter 1946, 22).

Nach bitteren Enttäuschungen und fehlgeschlagenen Plänen im sächsischen Dresden, im kaiserlichen Wien, trotz der ihm in Berlin zugefügten Demütigungen hat Leibniz nicht seinen Grundoptimismus verloren. Es ist die reifste, zivilisatorisch-kosmopolitische Endphase seines kultur- und wissenschaftspolitischen Denkens.

5. Universalität: Die Sozietätsgründung

Der Weltzweck ist nach Leibniz die Verwirklichung einer besten Welt, die in ihrer Mannigfaltigkeit Harmonie ist (Dilthey 1962, 69, 72). Das Aufblühen der Wissenschaften ist ein Ausweis für das Vollkommenheitsstreben des Menschen. So stellte er der Einseitigkeit der Lebensgebiete den universellen Drang der Enzyklopädie entgegen, so forderte er schon 1671, alles müsse „mit mehrer universalität, nachdruck und richtigkeit als iezund geschicht", durchgeführt werden (LSB IV, 1, 539).

Dementsprechend übertraf seine Konzeption der Berliner Sozietät an Universalität lange Zeit die der anderen Akademien. Sie wurde zum Vorbild der Akademiegründungen in Göttingen, München, Turin, Stockholm, Leipzig: Berlin war nicht Brennpunkt, aber Wendepunkt deutscher Kultur (Schuster 1930, 129). Die vier Klassen umfassten Naturwissenschaften, Medizin ebenso wie Geschichte und Literatur.

In einer der Denkschriften vom März 1700 heißt es:

> Wäre demnach der Zweck Theoriam cum praxi zu vereinigen, und nicht allein die Künste und Wissenschaften, sondern auch Land und Leute, Feld-Bau, Manufacturen und Commercien, und mit einem Wort die Nahrungs-Mittel zu verbessern, überdieß auch solche Ent-

> deckungen zu thun, dadurch die überschwängliche Ehre Gottes mehr ausgebreitet, und dessen Wunder besser als bißher erkannt, mithin die Christliche Religion auch gute Policey-Ordnung und Sitten theils bey Heydnischen theils noch rohen, auch wohl gar Barbarischen Völckern, gepflanzet oder mehr ausgebreitet würden (Brather 1993, 72).

„Theoria cum praxi" war Zeit seines Lebens eines der zentralen Leitmotive Leibnizschen Denkens und lag auch seinen Versuchen zugrunde, den Harzer Bergbau zu verbessern. Hier wird es unmittelbar als Zweck der Berliner Sozietät genannt. Als diese sich am 27. März 1993 als Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften neu konstituierte, konnte sie sich zu Recht auf die Leibnizsche Tradition berufen, als sie als erste deutsche Akademie eine Technikwissenschaftliche Klasse einrichtete, ein Vorgehen, dem sich inzwischen eine andere, in der Leibnizschen Tradition stehende deutsche Akademie angeschlossen hat, die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig.

In den erhaltenen beiden Denkschriften hat Leibniz noch einmal ausführlich zu den Aufgaben und zur Stellung der Akademie im öffentlichen Leben Berlin-Brandenburgs Stellung genommen. Gelehrte, Ingenieure und Künstler sollen die Akademie über ihre Observationen und Gedanken informieren. Er regt die Gründung von Anstalten gegen Feuer- und Wasserschäden an, um den daraus zu erwartenden finanziellen Gewinn zur Finanzierung der Akademie zu verwenden. Wie stets weiß Leibniz soziale Anliegen zum allgemeinen Besten zu wenden.

> Derowegen wäre anjetzo dahin zu sehen, wie nicht nur curiosa, sondern auch utilia zu Werck zu richten. Denn reale Ministri werden unnützer Curiositäten bald überdrüssig, und rathen keinem großen Fürsten viel Staat davon zu machen. Hingegen wann Dinge zu erhalten, dadurch die Bequemlichkeit des menschlichen Lebens und die Nahrung der Unterthanen zu vermehren, kann die Approbation und auch der fundus nicht fehlen, als welcher von dem neuen daraus entspringenden Nutzen herzunehmen, und sonst reichlich durch selbigen zu ersetzen. Also daß es nur auf den guten Anfang ankommt, welcher mittelmässig und doch also gefasset seyn muß, dass das Werck mit dem sich ereignenden Nutzen wachsen könne

heißt es in der zweiten Denkschrift (Brather 1993, 76). Leibniz schmeichelt dem Kurfürsten, stellt ihm unsterblichen Ruhm in Aussicht, da es für einen großen Potentaten nichts Rühmlicheres gebe als Künste und Wissenschaften.

Die von Friedrich III. am 11. Juli 1700 gestiftete Institution blieb freilich mittelmäßiger als es sich ihr erster Präsident Leibniz vorgestellt hatte. Seine weitgehende Abwesenheit aus Berlin, das Fehlen konkret formulierter Forschungsaufgaben gerade im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften wirkten sich ebenso nachteilig auf das Aufblühen der neuen Sozietät aus wie das Fehlen von Räumlichkeiten und bereits bestehender Gelehrtenzirkel, aus denen die Berliner Einrichtung wie im Falle von London oder Paris hätte hervorgehen können. Die Voraussetzungen für eine solche Gesellschaft mussten erst durch einen monarchischen Gründungsakt geschaffen werden.

Als im Winter 1706/07 die Sozietät ihren Tiefpunkt erreichte, griff Leibniz einen Gedanken auf, den er zunächst hatte fallen lassen müssen: eine Zeitschrift nach dem Vorbild der *Royal Society* und der *Académie des Sciences* herauszugeben. 1710 erschien der erste Band der *Miscellanea Berolinensia ad incrementum scientiarum, ex scriptis Societati regiae Scientiarum exhibitis edita*, die „Vermischten Berliner Schriften zur Vermehrung der Wissenschaften, herausgegeben aus den der königlichen Gesellschaft der Wissenschaften vorgelegten Schriften“ (Brather 1993, 283–285):

MISCELLANEA
BEROLINENSIA
AD
INCREMENTUM SCIENTIA-
RUM,
EX SCRIPTIS
SOCIETATI REGIÆ
SCIENTIARUM
EXHIBITIS
EDITA,
CVM FIGVRIS AENEIS ET INDICE
MATERIARUM.

BEROLINI,
Sumptibus
JOHAN. CHRIST. PAPENII,
Bibliopolæ Regis & Societatis Privilegiati,
A. MDCCX.

Abb. 6: Miscellanea Berolinensia ad incrementum scientiarum, 1. Jahrgang. Berlin 1710, Frontispiz und Titelblatt

Das Titelblatt erinnert nur zu deutlich an die Darstellung der Medaille der *Académie des Sciences*, die oben vorgestellt wurde. Die Mitte des dreiteiligen Bildes nimmt Minerva als Schutzgöttin der Wissenschaften und Künste ein. Vor ihr kniet die Personifikation der Wissenschafts-Sozietät mit Szepter und Buch. Die neun Sterne auf ihrem Haar symbolisieren die neun Musen. Der alte Saturn, das heißt der Gott der Zeit, Chronos, stützt mit seinem Rücken das Buch der Geschichte. Die Sanduhr symbolisiert die verrinnende Zeit. Die Instrumente und Vorrichtungen (Behälter mit Destillierhelm usf.) stellen die Wissenschaften der Sozietät dar, insbesondere das Buch mit den Buchstaben TW, SS (Teutscher Wort- und Sprachschatz) die Pflege der deutschen Sprache.

Die einundsechzig Beiträge betrafen Literaturwissenschaft, Physik, Medizin, Mathematik, Mechanik und stammten zu einem Fünftel von Leibniz selbst. Ein Achtungserfolg, dem erst dreizehn Jahre später ein zweiter Band folgen sollte.

Epilog

Leibniz hatte in den ersten Band der *Miscellanea Berolinensia* einen Aufsatz über eine Klassifikation der Völker eingerückt, die zugleich eine Klassifikation der ihm bekannten Sprachen war (Richter 1946, 82), insbesondere denen der russischen Völker. Leibniz hatte in die Generalinstruktion für die Akademie ausdrücklich die Zusammenarbeit mit dem Riesenreich des russischen Zaren aufnehmen lassen, da dieser viel zu den gemeinnützigen Zwecken der Sozietät beitragen könne.

Angesichts der schier unbegrenzten Möglichkeiten des Zarenreiches hoffte er dort auf eine praktische Entfaltung und Vollendung seiner Bildungspläne, seiner Akademieidee, auf die Möglichkeit, sein Weltsystem in planender Vernunft zu verwirklichen. Die Akademie sollte als Ideenmodell dienen, nach dem sich der Staatsaufbau zu verwirklichen hatte, da er in Peter dem Großen endlich den großen Fürsten gefunden zu haben glaubte, der große Weisheit mit großer Macht verband. Doch weder er noch der Zar sollten die Gründung der St. Petersburger Akademie erleben, die seit ihrer Gründung im Jahre 1725 wie ein Ministerium geführt wurde, insoweit tatsächlich wie ein Zentralinstitut der Volksaufklärung, der Forschung und der Verwaltung des gesamten Wissenschaftsbetriebes.

Hatte doch Leibniz am 16. Januar 1712 geschrieben:

> Denn in den Wissenschaften und Erkenntnissen der Natur und Kunst erzeigen sich vornehmlich die Wunder Gottes, seine Macht, Weisheit und Güthe; und die Künste und Wissenschaften sind auch der rechte Schatz des menschlichen Geschlechts, dadurch die Kunst mächtig wird über die Natur und die wohlgefassete Völker von den Barbarischen unterschieden werden (Richter 1946, 124).

Es sind dieselben Gedanken, die schon den Dreiundzwanzigjährigen geleitet hatten.

Bildnachweise

Abb. 1: Francis Bacon, Neues Organon, Teilband 1, hrsg. und mit einer Einleitung von Wolfgang Krohn. Lateinisch-deutsch. Hamburg 2. Auflage 1999, 1.

Abb. 2: Benno Parthier, Die Leopoldina, Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie. Halle (S.) 1994, 17.

Abb. 3: Thomas Sprat, History of the Royal Society, edited with critical apparatus by Jackson I. Cope and Harold Whitmore Jones. St. Louis-London 1966, Titelbild.

Abb. 4: Pierre Gauja, L'académie des sciences de l'Institut de France. Paris 1934, 85.

Abb. 5: Michael Heidelberger, Sigrun Thiessen, Natur und Erfahrung, Von der mittelalterlichen zur neuzeitlichen Naturwissenschaft. Reinbek bei Hamburg 1981, 267.

Abb. 6: Hans-Stephan Brather (Hrsg,), Leibniz und seine Akademie, Ausgewählte Quellen zur Geschichte der Berliner Sozietät der Wissenschaften 1697–1716. Berlin 1993, 283.

Bibliographie

Bacon, Francis. 1620. *Neues Organon*, Zwei Teilbände, Lateinisch-Deutsch, hrsg. und mit einer Einleitung von Wolfgang Krohn. 2. Auflage. Hamburg 1999.

Beeley, Philip. 2008. *Eine Geschichte zweier Städte, Der Streit über die wahren Ursprünge der Royal Society*. In: Richard Toellner, Uwe Müller, Benno Parthier, Wieland Berg (Hrsg.), *Die Gründung der Leopoldina – Academia Naturae Curiosorum – im historischen Kontext, Johann Laurentius Bausch zum 400. Geburtstag*. Acta Historica Leopoldina 49, 135–162.

Brather, Hans-Stephan (Hrsg.). 1993. *Leibniz und seine Akademie, Ausgewählte Quellen zur Geschichte der Berliner Sozietät der Wissenschaften 1697–1716*. Berlin.

Debru, Claude. 2008. *Die Gründung der Pariser Akademie der Wissenschaften im politischen und wissenschaftlichen Kontext*. In: Richard Toellner, Uwe Müller, Benno Parthier, Wieland Berg (Hrsg.), *Die Gründung der Leopoldina – Academia Naturae Curiosorum – im historischen Kontext, Johann Laurentius Bausch zum 400. Geburtstag*. Acta Historica Leopoldina 49, 163–173.

Dilthey, Wilhelm. 1962. *Gesammelte Schriften*, Bd. 3, hrsg. von P. Ritter. 3. Auflage. Stuttgart – Göttingen.

Gauja, Pierre. 1934. *L'académie des sciences de l'Institut de France*. Paris.

Harnack, Adolf von. 1900. *Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, 3 Bde. in 4. Berlin (Nachdruck Hildesheim – New York 1970).

Holz, Hans-Heinz. 1983. *Gottfried Wilhelm Leibniz, Eine Monographie*. Leipzig.

Hooke, Robert. 1665. *Micrographia or some physiological descriptions of minute bodies made by magnifying glasses with observations and inquiries thereupon*. London (Nachdruck New York 1961).

Kant, Immanuel. 1787. *Critik der reinen Vernunft*. 2. Auflage. Riga. Ich zitiere die Ausgabe: *Immanuel Kant, Werke in sechs Bänden*, hrsg. von Wilhelm Weischedel, Bd. 2. Wiesbaden 1956.

Knobloch, Eberhard. 1997. *Leibniz als Wissenschaftspolitiker: Vom Kulturideal zur Societät der Wissenschaften*. In: Uta Lindgren (Hrsg.), *Naturwissenschaft und Technik im Barock*. Köln – Weimar – Wien, 99–112.

Knobloch, Eberhard. 2009. *Die Diskussion der Kriterien des wissenschaftlichen Fortschritts von Bacon bis Kepler*. In: Hubertus Busche, Stefan Hessbrueggen-Walter (Hrsg.), *Departure to modern Europe – Philosophy between 1400 and 1700*. Hamburg (im Druck).

LSB = G. W. Leibniz, *Sämtliche Schriften und Briefe*, hrsg. von der Preußischen, jetzt Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften und der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen, Darmstadt, jetzt Berlin 1923 ff.

Mason, Stephen F. 1961. *Geschichte der Naturwissenschaft in der Entwicklung ihrer Denkweisen*. Stuttgart.

Mazzolini, Renato. 2008. *Die Accademia dei Lincei (1603-1630) und die Accademia del Cimento (1657–1667)*. In: Richard Toellner, Uwe Müller, Benno Parthier, Wieland Berg (Hrsg.), *Die Gründung der Leopoldina – Academia Naturae Curiosorum – im historischen Kontext, Johann Laurentius Bausch zum 400. Geburtstag*. Acta Historica Leopoldina 49, 117–134.

Mittelstraß, Jürgen. 1999. *Leibniz und der Akademiegedanke*. In: Kurt Nowak, Hans Poser (Hrsg.), *Wissenschaft und Weltgestaltung*, Internationales Symposium zum 350. Geburtstag von Gottfried Wilhelm Leibniz vom 9. bis 11. April 1996 in Leipzig. Hildesheim – Zürich – New York, 47–58.

Parthier, Benno. 1994. *Die Leopoldina, Bestand und Wandel der ältesten deutschen Akademie*. Halle.

Richter, Liselotte. 1946. *Leibniz und sein Russlandbild*. Berlin.

Schneider, Martin. 2009. *Einleitung* zu LSB II,2. LSB II,2, S. XXI-CXI.

Schuster, Julius. 1930. D*ie wissenschaftliche Akademie als Geschichte und Problem*. In: Ludolph Brauer, Albrecht Mendelssohn Bartholdy,

Adolf Meyer (Hrsg.), *Forschungsinstitute, Ihre Geschichte, Organisation und Ziele*, Bd. 1. Hamburg, 115–135.

Sprat, Thomas. 1667. *History of the Royal Society*. London. Ich zitiere die Ausgabe: Edited with critical apparatus by Jackson I. Cope and Harold Whitmore Jones. St. Louis – London 1959 (Nachdruck 1966).

Toellner, Richard. 2008. *Die Leopoldina – eine terra incognita in der deutschen Akademiegeschichtsschreibung. Johann Laurentius Bausch zum 400. Geburtstag*. In: Richard Toellner, Uwe Müller, Benno Parthier, Wieland Berg (Hrsg.), *Die Gründung der Leopoldina – Academia Naturae Curiosorum – im historischen Kontext, Johann Laurentius Bausch zum 400. Geburtstag*. Acta Historica Leopoldina 49, 177–87.

Totok, Wilhelm. 1994. *Leibniz als Wissenschaftsorganisator*. In: Albert Heinekamp, Isolde Hein (Hrsg.), Leibniz als Wissenschaftsorganisator. Hannover, 115–138.

Wagner, Fritz. 1976. *Der Wissenschaftsbegriff im Zeitalter der Aufklärung*. In: K. Hammer, J. Voss (Hrsg.), *Historische Forschung im 18. Jahrhundert, Organisation – Zielsetzung – Ergebnisse*, 12. Deutsch-Französisches Historikerkolloquium des Deutschen Historischen Instituts Paris. Bonn, 14–6.

AXEL HORSTMANN

Die Perspektive der Nation: Zum akademischen und politischen Selbstverständnis der Geisteswissenschaften im 19. Jahrhundert[1]

1. Fahrlässige Zusage

Als mich Herr Sellin vor knapp einem Jahr fragte, ob ich bereit wäre, im Rahmen einer Vortragsreihe zur Feier des hundertjährigen Bestehens der Heidelberger Akademie der Wissenschaften einen Vortrag über „Akademie und Universität im Zeitalter des Nationalstaats" zu halten, habe ich gezögert; denn für ein so weit ausgreifendes Thema fühlte ich mich beim besten Willen nicht hinreichend kompetent. Nach Austausch einiger E-mails einigten wir uns schließlich auf den obigen Titel. Darüber zu sprechen schien mir, damals jedenfalls, schon eher machbar – dies allerdings nur bis zu ziemlich genau jenem Zeitpunkt, an dem ich ernsthaft daran ging, den Vortrag vorzubereiten und auszuarbeiten. Mit einigem Schrecken merkte ich, wie fahrlässig meine seinerzeitige Zusage gewesen war und wie sehr auch hier Überforderung drohte. Denn:

Wie lässt sich ein solches Thema in fünfundvierzig Minuten abhandeln, ohne dass daraus Wissenschaftsgeschichte im Holzschnittformat wird oder – das andere Extrem – eine Ansammlung von Einzelbefunden ohne erkennbare innere Kohärenz?

[1] Der Text des Beitrags wurde für die Veröffentlichung geringfügig überarbeitet, der Vortragsduktus jedoch beibehalten.

Und vor allem: Was kann man dazu in fünfundvierzig Minuten sagen, was nicht schon andernorts gesagt und vielfältig belegt worden ist?

Denn in der Tat: *dass* und wie eng die Entwicklung der Geisteswissenschaften im 19. Jahrhundert mit der Ausbildung des nationalen Gedankens Hand in Hand ging, *dass* die Geisteswissenschaften das Nationalbewusstsein wesentlich befördert haben und ihrerseits nachhaltig von einer nationalen Perspektive geprägt worden sind, *dass* „Nation" und „Nationalgeist", aber auch konzeptionell affine Begriffe wie beispielsweise „Volk", „Volksgeist" und nicht zuletzt „Staat" im 19. Jahrhundert zu Leitbegriffen der Geisteswissenschaften geworden sind: all das ist längst bekannt und bedarf daher auch keiner neuerlichen Belege und Ausführungen.

Dabei gilt dieser Befund wechselseitiger Beeinflussung, Stützung und Stärkung im Übrigen keineswegs nur für Deutschland. Vielmehr wird man Søren Kjørup zustimmen können, wenn er schreibt:

> Die Professionalisierung der Geisteswissenschaften im 19. und zu Anfang des zwanzigsten Jahrhunderts verläuft parallel zu deren Mitwirken am Aufbau der *europäischen Nationalstaaten*[2].

Wenn ich mich gleichwohl im Folgenden auf den deutschen Kontext konzentriere und nicht von den „humanities" angelsächsischer Tradition und auch nicht von den „sciences humaines" französischen Verständnisses, sondern von den „Geisteswissenschaften" spreche, so deshalb, weil diese nicht nur vom Begriff her, sondern auch wissenschaftsgeschichtlich und -theoretisch ein *deutsches* Spezifikum darstellen, an dem sich das Spannungsverhältnis von akademischem und politischem Selbstverständnis in besonderer Weise zuspitzt.

Schon diese Fokussierung auf die „deutschen" Geisteswissenschaften ist – zugegeben – eine beträchtliche Einschränkung

[2] S. Kjørup: *Humanities - Geisteswissenschaften - Sciences humaines. Eine Einführung*. Aus dem Dänischen von E. Bense (Stuttgart – Weimar 2001) S. 62 (Hervorhebung von mir, A. H.).

des Themas. Aber selbst mit dieser ‚nationalen' Eingrenzung ließe es sich in einer Dreiviertelstunde schwerlich bewältigen – zumindest nicht von mir. So werde ich im Folgenden auch nicht über die Geisteswissenschaften in jenem umfassenden Sinne sprechen, wie sie Wilhelm Dilthey definiert hatte, nämlich als

> das Ganze der Wissenschaften, welche die geschichtlich-gesellschaftliche Wirklichkeit zu ihrem Gegenstande haben[3];

vielmehr werde ich jene Disziplinen herausgreifen, die zwar nicht die gesamte geschichtlich-gesellschaftliche Wirklichkeit abdecken, die aber für das 19. Jahrhundert an der Prägung und inhaltlichen Füllung des Begriffs „Geisteswissenschaften" maßgeblichen Anteil hatten, nämlich in erster Linie

– die Philologie und hier namentlich die „klassische", sowie komplementär dazu

– die Geschichtswissenschaft,

und auch das – Sie werden es mir hoffentlich nachsehen – nur schlaglichtartig, konzentriert auf signifikante Positionen der zeitgenössischen Debatten.

Die Philologie und namentlich die „klassische" zusammen mit der Geschichtswissenschaft in den Mittelpunkt zu rücken bietet sich dabei auch deshalb an, weil sich, was ich die „Perspektive der Nation" genannt habe, hier in ebenso beispielhafter wie bemerkenswerter Weise zur Geltung bringt; in einer Weise nämlich, die nach dem *akademischen* Selbstverständnis dieser Fächer, wie es sich beispielsweise zu Beginn des 19. Jahrhunderts in den berühmten „Grundschriften" im Vorfeld der Berliner Universitätsgründung[4], aber auch in anderen programmatischen Verlautbarungen führender Fachvertreter artikulierte, durchaus nicht selbstverständlich erscheint. So gilt es zu fragen:

– Wie lässt sich nachvollziehen, dass diese für die Geisteswissenschaften des 19. Jahrhunderts paradigmatischen Diszipli-

[3] W. Dilthey: *Einleitung in die Geisteswissenschaften. Gesammelte Schriften*, Bd. 1 (5. Aufl. Stuttgart – Göttingen 1962) S. 4.

[4] *Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neubegründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus* (Darmstadt 1956).

nen sich einerseits als *die* Exponenten autonomer, alle externen Funktionszuweisungen und Nutzenerwartungen souverän abblockender und auf ihren Selbstzweckcharakter pochender „freier" Wissenschaft verstehen und sich andererseits ebenso ausdrücklich und dezidiert der „Nation" und dem Dienst an ihr verpflichtet sehen konnten?

– Wie lässt sich nachvollziehen, dass Philologie und Geschichtswissenschaft einerseits – und das gilt auch für die sich mehr und mehr als „Altertumswissenschaft" verstehende „klassische Philologie" – als Protagonisten des Historismus ihre Gegenstände erklärtermaßen ‚objektiv' in den Blick nehmen wollten und ihr akademisches Ethos gerade in der Kappung aller inneren Beziehungen zum wissenschaftlichen „Objekt" zu beweisen suchten, andererseits aber in einem Maße von Begriffen wie „Nation" und „Nationalgeist", „Volk" und „Volksgeist", geprägt erscheinen, das auf hochgradig wirksame lebensweltliche Bindungen jenseits aller behaupteten wissenschaftlichen Distanz hindeutet?

Natürlich könnte man einen zwiespältigen Befund dieser Art als vergleichsweise unspektakulären Widerspruch zwischen allgemeiner geisteswissenschaftlicher Theorie und der von Geisteswissenschaftlern konkret gelebten wissenschaftlichen Praxis achselzuckend abtun und als Faktum allenfalls noch historisch-biographisch – d. h. im Rückgriff auf individuelle lebensgeschichtliche Umstände – zu „erklären" suchen. Meine Überlegungen zielen indes in eine andere Richtung. Denn ich frage mich, ob die „Perspektive der Nation" womöglich zum inneren Kern der von und in diesen Fächern betriebenen Forschung selbst gehört; ob „Nation" für diese Fächer mithin ein wissenschafts*immanenter* Schlüsselbegriff ist, der – jedenfalls nach deren eigenem Bekunden – als solcher weder ihre akademische Freiheit noch ihre wissenschaftliche Objektivität und Integrität tangiert. Und ich möchte Sie für die verbleibende gute halbe Stunde einladen, mit mir gemeinsam dieser Vermutung nachzugehen. Zu klären sind demnach Bedeutung und Stellenwert von

2. „Nation" *in* den Geisteswissenschaften des 19. Jahrhunderts

Einen solchen Begriff – „Nation" – ins Zentrum eines Vortrags zu rücken, birgt erhebliche Risiken und wirft natürlich sogleich die Frage nach präziser Definition dessen auf, worüber im Folgenden gesprochen werden soll. Indes genügt schon ein kurzer Blick in einschlägige Lexika – von entsprechenden Beiträgen in Sammelbänden, Monographien und Zeitschriften ganz zu schweigen –, um zu erkennen, dass sich allein mit dem Versuch, hier vorab zu einer allgemein konsensfähigen Bestimmung zu gelangen, die verbleibende Vortragszeit problemlos ausfüllen ließe[5]. Denn die Begriffsgeschichte von „Nation" ist ebenso lang wie ihr Bedeutungsspektrum komplex: Ich kann die „ethnische Nation" ebenso meinen wie die „Kulturnation", kann „Nation" mit „Volk" gleichsetzen, in Opposition zum „Staat" rücken, aber ebenso gut auch als Synonym dafür verwenden; kann ihr Bestimmungsmerkmal in der Gemeinsamkeit von Sprache, Geschichte, Tradition, Sitten und Gebräuchen sehen, in der ethnischen Zugehörigkeit oder im Bekenntnis zu einer gemeinsamen Verfassung; kann „Nation" als politische, ökonomische und/oder soziale Realität ansprechen, aber auch als Wunschvorstellung und revolutionäre Vision der Wirklichkeit konfrontieren; kann ihre Homogenität betonen, aber auch ihre interne Vielfalt unterstreichen, kann sie mit Exklusivitätsansprüchen aufladen oder als eine unter vielen sehen – usw., usw ...

All das vorab zu klären scheint mir jedoch für meine Zwecke nicht zwingend. Denn meine Frage zielt – wie bereits angedeutet – darauf, ob und inwieweit, unter welchen Voraussetzungen und mit welchen Konsequenzen sich die Vorstellung von „freien", d. h. als „Selbstzweck" betriebenen und ihrem Erkenntnis-

[5] Beispielhaft seien hier nur zitiert: *Brockhaus Enzyklopädie*: Artikel „Nation", 19. Auflage, Bd. 15 (Mannheim 1991) S. 344 ff. U. Dierse u. H. Rath: Artikel „Nation, Nationalismus, Nationalität". In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 6, hrg. v. J. Ritter u. K. Gründer (Basel – Stuttgart 1984) Sp. 406 ff.

gegenstand mit dem Anspruch auf interessenfreie „Objektivität" begegnenden Geisteswissenschaften mit der Perspektive der „Nation" und einem „nationalen" Anliegen *prinzipiell* in Einklang bringen lässt – d. h. ganz unabhängig davon, was man mit „Nation" und „national" aus dem breiten Bedeutungsspektrum des Begriffs im Einzelfall konkret verbindet. Die Antwort darauf werde ich in zwei Etappen zu geben versuchen. Die erste zielt auf das Verhältnis von akademischem und politischem Selbstverständnis – oder anders formuliert: auf

2. 1. Freiheit der Wissenschaft und nationale Orientierung

In einer seiner späten Reden kommt August Boeckh, führender klassischer Philologe und Altertumswissenschaftler der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und eine der maßgeblichen Stützen der jungen Berliner Universität, zur Feier ihres 50-jährigen Bestehens auf die „Umstände" und den „Geist" zu sprechen, in welchem sie gegründet worden war. Boeckh zitiert bei dieser Gelegenheit – einmal mehr – den Friedrich Wilhelm III. nach der für Preußen katastrophalen Niederlage bei Jena und Auerstedt 1806 und der danach von Napoleon verfügten Schließung der Universität Halle zugeschriebenen Ausspruch, der Staat müsse nun „durch geistige Kräfte ersetzen, was er an physischen verloren hat". Zu den „Mitteln der Wiedergeburt des Staates" zählt Boeckh dabei ganz ausdrücklich auch „die Erweckung einer lebendigen Wissenschaft, und für diese die Gründung unserer (der Berliner, A. H.) Universität"[6]. Eine solche Formulierung muss umso mehr erstaunen, als sich Boeckh an zahllosen anderen Stellen höchst vehement gegen jede politische Indienstnahme von Wissenschaft und Universität auch und gerade für konkrete Zwecksetzungen des Staates ausgesprochen und demgegenüber die Freiheit und Unabhängigkeit des Denkens und der Wissenschaft herausgestellt hat. So bekräftigt er – ebenfalls

[6] A. Boeckh: *Die Zeitumstände, unter welchen, und der Geist, in welchem die Universität gestiftet wurde* (1860). In: A. B.: *Gesammelte kleine Schriften*, Bd. 3, hrg. von F. Ascherson (Leipzig 1866; Nachdruck Hildesheim – Zürich – New York 2005) S. 60 ff, hier S. 63 f.

in einer Festrede in der Berliner Universität – nachdrücklich, der „Beruf" der „Universitäten" sei

> das Lehren der Wissenschaft selbst für alle, welche sich dieser als ihrem besonderen Lebenszwecke widmen, nicht aber, wie von untergeordnetem Standpunkt aus oft behauptet worden, die Zurichtung zum Staatsdienste [...][7].

Freilich lassen sich dem dann wiederum die nicht weniger zahlreichen Äußerungen entgegenhalten, in denen Boeckh die nationale Bedeutung der „Deutschen Wissenschaft" beschwört, von ihrer politischen Vorreiterrolle spricht und – mit dem Ausdruck gewissen Bedauerns – auch von ihrer Ersatzfunktion für die nach wie vor nicht vollendete staatliche Einheit des „gemeinsamen Vaterlandes"; von ihrer Rolle, „aushülfsweise in sich die Germanische Einheit darzustellen, welche politisch nicht hat verwirklicht werden können"[8].

Die Intensität und Häufigkeit, mit der sich Boeckh Fragen nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Nation, von Universität und Staat, von akademischer Freiheit und politischer Verpflichtung, gewidmet hat, und die durchaus unterschiedlichen, teilweise sogar widersprüchlich klingenden Akzentsetzungen, die sich in seinen Antworten finden, verweisen auf jenes tief liegende Spannungsverhältnis, welches schon die im Vorfeld der Berliner Universitätsgründung von führenden Gelehrten der Zeit verfassten programmatischen „Grundschriften" von Grund auf prägt. Es würde an dieser Stelle zu weit führen, diesen beispielhaften Diskurs und die darin vertretenen unterschiedlichen Auffassungen im Einzelnen kritisch zu würdigen, wie es Helmut Schelsky in seinem immer noch lesenswerten Buch über

[7] A. Boeckh: *Ueber das Verhältniss des Staates zum Unterrichtswesen* (1848). In: A. B.: *Gesammelte kleine Schriften*, Bd. 2, hrg. von F. Ascherson (Leipzig 1859; Nachdruck Hildesheim – Zürich – New York 2005) S. 18 ff, hier S. 24 f.

[8] A. Boeckh: *Ueber die Umbildung der Deutschen Universitäten* (1850). In: A.B.: *Gesammelte kleine Schriften*, Bd. 2 (siehe Anm. 7) S. 50 ff. hier S. 66.

„Einsamkeit und Freiheit“ eindrucksvoll getan hat[9]. Stattdessen beschränke ich mich darauf, die für den Fortgang der Debatte und die weitere wissenschaftspolitische Entwicklung richtungsweisenden Überlegungen Wilhelm von Humboldts „Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin“ von 1809/10 in Erinnerung zu rufen. Darin hatte Humboldt gleich zu Beginn festgehalten:

> Der Begriff der höheren wissenschaftlichen Anstalten, als des Gipfels, in dem alles, was unmittelbar *für die moralische Kultur der Nation* geschieht, zusammenkommt, beruht darauf, daß dieselben bestimmt sind, die Wissenschaft im tiefsten und weitesten Sinne des Wortes zu bearbeiten und als einen *nicht absichtlich, aber von selbst zweckmäßig* vorbereiteten Stoff der geistigen und sittlichen Bildung zu seiner Benutzung hinzugeben[10].

Bemerkenswert ist hier nicht nur die folgenreiche Festschreibung des universitären Bildungsauftrags – Bildung durch freie Wissenschaft –, sondern zunächst einmal auch das offensichtlich als unproblematisch und geradezu selbstverständlich erachtete enge Verhältnis von Wissenschaft und „Nation“ – eine Auffassung, mit der sich Humboldt im Übrigen ganz im Einklang mit anderen bedeutenden Zeitgenossen wie etwa Fichte befand. Dabei muss man allerdings berücksichtigen, dass mit der „Nation“ hier *nicht* der konkrete (preußische) Staat gemeint ist, sondern eher jene „Kulturnation“, deren ausbleibende politische Realisierung Boeckh auch eine Generation später noch zu beklagen hatte. Wesentlich schwieriger erscheint demgegenüber das Verhältnis von Wissenschaft und Universität zum Staat. Dieser war und blieb nicht nur für Wilhelm von Humboldt das höchst ambivalente Gegenüber: einerseits Partner der universitären Wissenschaft und als erklärter Sachwalter des „Allgemei-

[9] H. Schelsky: *Einsamkeit und Freiheit. Idee und Gestalt der deutschen Universität und ihrer Reformen* (2. Aufl. Düsseldorf 1971).

[10] W. von Humboldt: *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin* (1809/10). In: *Die Idee der Deutschen Universität* (siehe Anm. 4) S. 375 ff. hier S. 377 (Hervorhebungen von mir, A. H.).

nen“ ihr Verbündeter gegen die Partikularinteressen der Gesellschaft und ihre konkreten Nutzenerwartungen; andererseits mächtiger Gegenspieler, der nicht nur mit konkreten Ausbildungsforderungen an die ‚staatliche Kaderschmiede' Universität herantrat, sondern zudem als Entscheidungsinstanz in Berufungsfragen auch ganz unmittelbar auf deren personelle Entwicklung entscheidenden Einfluss nahm. Humboldt hat an dieser Entscheidungshoheit des Staates in Berufungsfragen im Übrigen ausdrücklich festgehalten[11] und für die Universität daher auch keine vollständige institutionelle Autonomie gefordert, wie es beispielsweise Friedrich Schleiermacher – allerdings gänzlich erfolglos – propagierte. Demgegenüber verfolgte Humboldt eine andere, flexiblere, aber auch riskante Strategie, indem er den Staat zur weisen Selbstbeschränkung seiner Macht gegenüber Universität und Wissenschaft und zu einer Partnerschaft gleichsam auf Augenhöhe zu bewegen suchte. So solle „der Staat *seine* (!) Universitäten weder als Gymnasien noch als Spezialschulen behandeln“; vielmehr dürfe er

> im Ganzen [...] von ihnen nichts fordern, was sich unmittelbar und geradezu auf ihn bezieht, sondern die innere Überzeugung hegen, daß, wenn sie (die Universitäten, A. H.) ihren Endzweck erreichen, sie auch seine Zwecke und zwar von einem viel höheren Gesichtspunkte aus erfüllen, von einem, von dem sich viel mehr zusammenfassen läßt und ganz andere Kräfte und Hebel angebracht werden können, als er in Bewegung zu setzen vermag[12].

Dahinter steht die unerschütterliche Überzeugung, dass nur eine abseits von Staat und Gesellschaft in „Einsamkeit und Freiheit“ ganz um ihrer selbst willen betriebene und in diesem Vollsinne des Wortes „freie“ Wissenschaft ihren nationalen Auftrag erfüllen kann, nämlich jene ‚wissenschaftlich imprägnierte', ideen- und prinzipiengeleitete Führungselite heranzubilden, auf die auch und gerade der Staat selbst zu seiner Erhaltung unverzichtbar angewiesen ist. Boeckh hat diese hochlabile Balance zwischen „freier“, d. h. ausschließlich um ihrer selbst willlen betrie-

[11] Vgl. ebd. S. 385.
[12] Ebd. S. 381 (Hervorhebung von mir, A. H.).

bener Wissenschaft und den Leistungserwartungen des Staates über das Bild vom freiwilligen und eben nicht *einklagbaren* „Geschenk" und die Vorstellung von der mit Sicherheit zu *erwartenden*, aber eben nicht zu *erzwingenden* Nebenwirkung begreiflich zu machen gesucht: Nur dann – so Boeckh und mit ihm andere –, wenn der Staat derlei Nutzeffekt *nicht* ausdrücklich fordere, könne und werde sich dieser einstellen[13].

Wissenschaftlichen Freiraum jenseits dieses Spannungsfeldes einer durchaus zugestandenen indirekten ‚Indienstnahme' von Wissenschaft für staatliche bzw. nationale Anliegen bot für Wilhelm von Humboldt allein die „Akademie" – als „Freistätte der Wissenschaft", als staatsferne Kommunikationsgemeinschaft der ‚Meister', wo frei von universitären Lehr- und Ausbildungsverpflichtungen und direkten Eingriffsmöglichkeiten staatlicher Organe jeder wissenschaftlich für wichtig gehaltenen Frage nachgespürt werden konnte. Allerdings besaß sie für Humboldt nicht mehr das Monopol der Forschung; vielmehr war Forschung – und darin lag ja das wissenschaftspolitisch Neue seines Konzepts – nun auch zu *dem* Wesens- und Definitionsmerkmal der Universität geworden:

> Wenn man die Universität nur dem Unterricht und der Verbreitung der Wissenschaft, die Akademie aber ihrer Erweiterung bestimmt erklärt, so tut man der ersteren offenbar Unrecht[14].

Das alles setzte allerdings einen Begriff von Wissenschaft voraus, die dem Staat als dem erklärten (bzw. selbsterklärten) Sachwalter des „Allgemeinen" auf Augenhöhe begegnen konnte. Für die Vertreter des deutschen Idealismus unter den Autoren der erwähnten „Grundschriften" im Vorfeld der Berliner Universitätsgründung, für Schelling und Fichte, stand dies natürlich ganz außer Frage. Denn für sie war Wissenschaft im strengen Sinne des Wortes Ausprägung der „Vernunft" und höchste Form der

[13] Vgl. A. Horstmann: *Antike Theoria und moderne Wissenschaft. August Boeckhs Konzeption der Philologie* (Frankfurt am Main – Berlin – Bern – New York – Paris – Wien 1992) S. 283 ff.

[14] W. von Humboldt: *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin* (siehe Anm. 10) S. 382 ff.

„Selbsttätigkeit", die mit der Erkenntnis des „Absoluten" ein prinzipiell unüberbietbares Wissen lieferte; und zwar ein auch insofern unüberbietbares Wissen, als es den Gegensatz von Theorie und Praxis hinter sich ließ, selber normsetzend wirkte und insoweit durchaus dem zu vergleichen war, was Platon einst als Erkenntnis der „Idee des Guten" zur Legitimationsbasis für den politischen Herrschaftsanspruch der Philosophen erklärt hatte. Zwar ließ sich jener hohe spekulativ-philosophische Anspruch von Wissenschaft spätestens mit Hegels Tod (1831) gegenüber der sich auch und gerade in den Geisteswissenschaften mit Macht durchsetzenden Empirisierung kaum mehr plausibel vertreten; insbesondere Historiker wie Ranke oder auch Droysen waren hier ja bekanntlich überaus erfolgreich mit ihrer Kritik an philosophischer, namentlich geschichtsphilosophischer Spekulation. Doch stand inzwischen mit der von Christian Gottlob Heyne, Friedrich August Wolf und dann vor allem von August Boeckh neu aufgestellten und zu neuem Selbstbewusstsein geführten „klassischen Philologie" eine Disziplin zur Verfügung, die diese vakant werdende Systemstelle im Verhältnis zum Staat übernehmen konnte. Denn damit war eine Disziplin gefunden, die sich nicht dem Vorwurf abstrakter philosophischer Spekulation aussetzte, sondern geradezu beispielhaft strenge historisch-empirische Forschung betrieb, die aber – und das ist hier das Entscheidende – in ihrer durch Wilhelm von Humboldt nachhaltig beförderten neuhumanistischen (Selbst-)Deutung zugleich normative Kraft höchsten Ranges zu entfalten versprach. Denn ihr Gegenstand war nicht irgendeiner, sondern jenes „klassische", insbesondere griechische Altertum, in dem sich das für alle Zeiten vorbildliche Muster wahrer Humanität und gleichsam die „Idee der Menschheit" sehen ließ. In seinen Abhandlungen zur klassischen Antike „Über das Studium des Alterthums, und des griechischen insbesondere" (1793), „Latium und Hellas oder Betrachtungen über das classische Alterthum" (1806) und „Über den Charakter der Griechen, die idealische

und historische Ansicht desselben"[15] – hat Humboldt dieses neuhumanistische Credo ebenso eindringlich wie folgenreich entwickelt; ein Credo, das bekanntlich bis weit ins 20. Jahrhundert Wirkung gezeigt hat und – für unseren Zusammenhang wesentlich – gegenüber den staatlichen Leistungserwartungen jenes freiwillige ‚Bildungsgeschenk' versprach, von dem bei Boeckh die Rede war.

Kurzum: Mit der neuhumanistisch orientierten „klassischen" Philologie bzw. „klassischen" Altertumswissenschaft behielt das Theorem „freier" und zugleich nationale bzw. staatliche Anliegen befördernder, „normativer" Wissenschaft auch nach dem Ende des deutschen Idealismus seine inhaltliche Begründung und Plausibilität. Und auf dieser Basis konnte sich die Wissenschaft mit dem Staat insoweit auch weiterhin auf Augenhöhe sehen – einstweilen jedenfalls.

Dass auch in der „klassischen Philologie" bzw. „klassischen Altertumswissenschaft" diese normative Überhöhung der Antike und der daraus abgeleitete neuhumanistische Bildungsanspruch nur noch sehr bedingt durch die konkrete wissenschaftliche Forschungspraxis zu decken waren, sondern ganz im Gegenteil von dieser selbst zusehends infrage gestellt und wissenschaftlich untergraben wurden, ist bekannt und muss hier nicht weiter ausgeführt werden. Dazu mag es genügen, auf die Arbeiten von Ulrich von Wilamowitz-Moellendorff zu verweisen, der die Entwicklung des Fachs im ausgehenden 19. Jahrhundert maßgeblich geprägt hat und der Boeckhs Programm einer umfassenden Altertumswissenschaft unter ausdrücklichem Verzicht auf das Prädikat des „Klassischen" umgesetzt sehen wollte. Für unseren Zusammenhang ist freilich wichtig, dass der Gedanke „freier" und als solcher dem Staat gleichrangig begegnender Wissenschaft damit auch seine *theoretische* Begründung zu verlieren drohte. Dass der Staat politisch-praktisch ohnehin schon immer am längeren Hebel saß, dürfte selbst eingefleischten ‚Idealisten'

[15] Alle genannten Arbeiten sind abgedruckt in: W. von Humboldt: *Werke in fünf Bänden*, Bd. 2, hrg. von A. Flitner u. K. Giel (Stuttgart – Darmstadt 1961).

auf Dauer nicht verborgen geblieben sein. Jedenfalls gaben bereits die „Karlsbader Beschlüsse“ von 1819 hinreichend Anlass, allzu hochfliegende Vorstellungen von „freier“ Wissenschaft als Illusion zu verabschieden.

In ihrer universitären Verankerung waren und blieben die Geisteswissenschaften in Deutschland mithin – ungeachtet aller weiterblühenden Freiheitsrhetorik – dem Staat und seinen Organen aufs Engste verbunden. Um dem zu entgehen, hätte es gesellschaftlicher Kräfte bedurft, die in der Lage gewesen wären, hier als Gegengewicht zu wirken und – wie etwa in den USA – aus ihrer Mitte heraus Universitäten als nicht-staatliche, ‚private' Orte freier Forschung und Lehre zu stiften und finanziell auf Dauer zu sichern. Über die Gründe, warum es dazu in Deutschland nicht kam, ist hier nicht zu sprechen, sondern in der Kontrastierung lediglich das Spezifikum der deutschen Situation hervorzuheben. Natürlich gab es auch in Deutschland wichtige wissenschaftliche Entwicklungen, die sich ganz oder teilweise außerhalb der unter Staatshoheit stehenden Universitäten vollzogen; man denke etwa an Justus Möser, an Herder, an Friedrich und August Wilhelm Schlegel oder auch an Barthold Georg Niebuhr. Doch aufs Ganze gesehen, sind dies Ausnahmen geblieben, die die Regel bestätigen. Denn der – wenn man so sagen darf: „Mainstream“ der Geisteswissenschaften in Deutschland war und blieb nicht nur im 19. Jahrhundert über die Universität dem Staat verbunden.

Während *diese* Nähe durchaus nicht wenigen Geisteswissenschaftlern alles andere als Herzenssache gewesen sein dürfte und das Wort „Staat“ in den Universitäten nicht selten eher gemischte Gefühle auslöste, stießen Begriffe wie „Nation“ oder auch „Volk“ dort offenkundig auf wesentlich breitere und nicht selten geradezu emphatische Zustimmung. Wie sich dies angesichts des erklärten Objektivitätsanspruchs dieser Fächer nachvollziehen lässt, ist Thema des folgenden Abschnitts. Darin geht es um

2.2. „Nation“ und „Volk“ als Schlüsselbegriffe philologisch-historischer Forschung

Ich erspare es Ihnen und auch mir, Sie mit der Fülle der Belege zu langweilen, die die Bedeutung von „Nation“ und „Volk“ als Gegenstandsbegriffe, Analysekategorien und Deutungsebenen geisteswissenschaftlicher Forschung unterstreichen. Schon Friedrich August Wolf suchte die klassische Philologie dadurch zur „Würde einer wohlgeordneten philosophisch-historischen Wissenschaft emporzuheben“, dass er sie als „Alterthumskunde“ und damit als „Inbegriff historischer und philosophischer Kenntnisse“ definierte,

> durch welche wir die *Nationen der alten Welt oder des Alterthums* in allen möglichen Absichten durch die uns von ihnen übrig gebliebenen Werke kennen lernen können[16];

und auch am Ende des 19. Jahrhunderts definierte Conrad Bursian in seinem Standardwerk der „Geschichte der classischen Philologie in Deutschland“ die Philologie generell als „jene wissenschaftliche Thätigkeit“,

> welche sich die historische Erkenntniß und Reproduction der gesammten Culturentwickelung *eines einzelnen Volkes oder einer eng verbundenen Völkergruppe* innerhalb einer in sich abgeschlossenen Lebens- und Culturperiode zur Aufgabe stellt[17].

Weit vor ihm wollten Herder und die Romantiker den individuellen Charakter der Völker und Nationen in ihrer Vielfalt erfassen; Friedrich Schlegel suchte nach dem „festeste(n) dauerhafteste(n) Band [...], das die Nation [...] in unauflöslicher Einheit zusammenhält“, und glaubte es in der „Einheit der Sprache“ und

[16] F. A. Wolf: *Vorlesung über die Encyclopädie der Alterthumswissenschaft.* In: F. A. W.: *Vorlesungen über die Alterthumswissenschaft*, hrg. von J. D. Gürtler, Bd. 1 (Leipzig 1831) S. 13; vgl. A. Horstmann: *Die „Klassische Philologie“ zwischen Humanismus und Historismus. Friedrich August Wolf und die Begründung der modernen Altertumswissenschaft.* In: Berichte zur Wissenschaftsgeschichte 1 (1978) S. 51 ff., hier S. 53 f.

[17] C. Bursian: *Geschichte der classischen Philologie in Deutschland von den Anfängen bis zur Gegenwart* (München – Leipzig 1883) S. 1.

der „gemeinschaftlichen Abstammung“ gefunden zu haben[18]; Staatswissenschaftler bemühten sich um griffige Definitionen, Historiker wie Leopold von Ranke spürten dem „Wesen“ der Nation und dem, was sie bildet, nach und wandten sich der eigenen „nationalen“ Vergangenheit zu[19]. „Nationalliteraturen“ wurden Gegenstand philologischer und literaturwissenschaftlicher Betrachtung, die „modernen“ Philologien konstituierten sich unter Bezug auf die „modernen“ Völker – als „deutsche“ bzw. „germanisch-mittelalterliche“, als „romanische“, „englische“, „slavische“ Philologie – und traten als solche neben die wohletablierte „klassische“ und die „orientalische“ Philologie[20].

Ich werde hier nicht die weit verzweigten Quellgebiete zu explorieren suchen, aus denen „Nation“ und „Volk“ als Leitbegriffe in die wissenschaftlichen Analysen und Diskurse eingewandert sind. Dies würde an dieser Stelle nicht nur zu weit führen, sondern verspräche für unseren Zusammenhang auch nur wenig Ertrag. Was hier interessiert, ist die Frage, was diese Begriffe *innerwissenschaftlich*, d. h. als Leitkategorien und Schlüsselbegriffe geisteswissenschaftlicher Forschung so attraktiv hat werden und bleiben lassen.

Gewiss kann und wird man hier auf die übergreifenden historisch-politischen Entwicklungen des 19. Jahrhunderts und die Ausbildung der Nationalstaaten verweisen, die ohne Zweifel auch *innerhalb* der Geisteswissenschaften tiefe Spuren hinterlassen haben. Doch bleibt die Frage, ob dies als Erklärung schon ausreicht. Was Begriffe wie „Nation“ und „Volk“ innerwissenschaftlich Karriere machen ließ, waren – so scheint mir – vor allem auch die Erweiterung des Erkenntnishorizontes und die neuen Erkenntnischancen, die sich durch sie als Deutungskategorien eröffneten. Denn beim Bemühen, die überlieferten Werke

[18] Vgl. U. Dierse u. H. Rath: Artikel „*Nation, Nationalismus, Nationalität*“ (s. Anm. 5) Sp. 410.
[19] Vgl. ebd.
[20] Vgl. A. Horstmann: Artikel „*Philologie*“. In: *Historisches Wörterbuch der Philosophie*, Bd. 7, hrg. von J. Ritter u. K. Gründer (Basel 1989) Sp. 552 ff., hier Sp. 565.

der Literatur, die überkommenen historischen Denkmäler und Zeugnisse menschlichen Handelns zu „verstehen", musste man jetzt nicht mehr auf der Ebene des Einzelnen, seiner Vorstellungen, Ziele und Möglichkeiten, stehen bleiben, sondern konnte ihren Sinn nunmehr auch aus einer höheren Verstehensperspektive zu erfassen suchen; einer Perspektive, in der „Volk" und „Nation" – als „Volksgeist" bzw. „Nationalgeist" – wie handelnde und mithin auch *prinzipiell* verstehbare Kollektivsubjekte erschienen. Damit erweiterte sich der viel zitierte „hermeneutische Zirkel", wonach sich das Einzelne nur aus dem Ganzen und das Ganze nur aus dem Einzelnen verstehen lässt, von der Ebene individueller Personen auf die des „objektiven Geistes", auf die Ebene der Völker, Nationen und Staaten. Die Fülle der Einzeldaten, -befunde und -erkenntnisse konnte nun in einer höheren Einheit zusammengeführt und damit auch unter dieser neuen Perspektive „verstanden" werden. In eben diesem Sinne sah Johann Gustav Droysen sich in seiner „Historik" veranlasst, die „psychologische Interpretation" durch eine „Interpretation der Ideen" zu ergänzen, da das Handeln auch des Einzelnen allein aus dem Horizont seiner eigenen, individuellen Ziele und Absichten letztlich nicht vollständig zu „verstehen" ist: „Denn der einzelne baut sich seine Welt in dem Maße, als er an den sittlichen Mächten Teil hat"[21].

Der von mir bereits mehrfach zitierte August Boeckh war hier, wissenschaftstheoretisch gesehen, indes schon einen Schritt weiter gegangen. Denn für ihn bedeutete es nicht nur eine Erweiterung der Erkenntnischancen, dass man nun auf die übergeordnete Ebene der „Nation" oder des „Volkes" rekurrieren konnte; für ihn entschied sich daran letztlich sogar die Wissenschaftlichkeit philologisch-historischer Forschung. Denn ob Zeugnisse menschlichen Wirkens zum *erkenntnisfähigen* Gegenstand der Philologie werden können, hing für ihn allein davon ab, ob sich in ihrer Gesamtheit Kohärenz, Zusammenhang und innere Einheit aufweisen lassen:

[21] J. G. Droysen: *Historik. Vorlesungen über Enzyklopädie und Methodologie der Geschichte*, hrg. von R. Hübner (6. Aufl. München 1971) S. 342.

> Es muss ein Gemeinsames gefunden werden, unter welchem alles Besondere enthalten ist. Es ist dies dasjenige, was die Philosophen das Princip eines Volkes oder Zeitalters nennen, der innerste Kern seines Gesammtwesens[22].

Für sein eigenes Arbeitsfeld, das griechische und römische Altertum, ist dies nach Auffassung Boeckhs „die Idee des Antiken an sich", das Boeckh in Vollendung allerdings nur im „Hellenischen" verwirklicht sah und das sich für ihn, geschichtsphilosophisch gesehen, wiederum nur über den Gegensatz zum „Orient" einerseits, zur „Moderne" andererseits begreifen ließ[23].

Freilich verband sich damit bei Boeckh kein prinzipieller Exklusivitätsanspruch der „klassischen" Philologie und Altertumswissenschaft – wenngleich er selbst bei aller historistischen Tendenz an der herausgehobenen Position namentlich der griechischen Antike immer festgehalten hat. Vielmehr ist Philologie diesem ‚nationen'- bzw. ‚volksbezogenen' Verständnis nach prinzipiell gegenüber *allen* Produktionen menschlichen Geistes

[22] A. Boeckh: *Enzyklopädie und Methodenlehre der philologischen Wissenschaften*, hrg. v. E. Bratuscheck (Darmstadt 1966; Nachdruck der 2., von R. Klussmann besorgten Auflage, Leipzig 1886; 1. Hauptteil: Formale Theorie der philologischen Wissenschaft) S. 57.

[23] Insofern fielen für Boeckh zeitliche und nationale Geschlossenheit des Erkenntnisobjekts „Antike" nur bedingt zusammen. So legt er sich selbst die Frage vor, ob es nicht „unzulässig" erscheinen könnte, „so im Allgemeinen und ohne Unterschied von einem Charakter des Antiken zu sprechen; denn das Alterthum umfasst die verschiedenartigsten Nationalitäten". Und das gelte sogar für das Gebiet „des sogenannten klassischen Alterthums selbst", wo „der Unterschied des Griechischen und Römischen" zutage trete: „Wie kann man also" – so überlegt Boeckh weiter – „in dieser Mannigfaltigkeit einen gemeinsamen Charakter auffinden? Indess eine genauere Untersuchung ergiebt, dass die gesammte antike Cultur ihren Höhepunkt im Hellenischen erreicht und hier wirklich zu einer klassischen Vollendung gelangt; *der Charakter des Hellenischen ist das eigentlich Antike [...]* Um also eine Anschauung des Antiken zu erlangen, muss man zunächst das Griechische zu Grunde legen. Dies steht auf der einen Seite im Gegensatz zu dem Orient [...]; auf der andern Seite bildet das Moderne, zu dem das Römische hinüberleitet, den Gegensatz" (A. Boeckh: *Encyklopädie und Methodologie der philologischen Wissenschaften*, hrg. von E. Bratuscheck, Leipzig 1877, S. 264 f.; Hervorhebung von mir, A. H.).

denkbar, *sofern* sie denn auf die kulturelle Geschlossenheit eines Volksganzen verweisen. Dort und *nur* dort findet philologisch-historische Forschung ihren Ort, wo das Erkenntnisobjekt auf ein solches einheitstiftendes Prinzip verweist: auf die Idee eines Volkes oder Zeitalters. Nur gegenüber einem solchermaßen geschlossenen Erkenntnisobjekt ist philologisch-historische Forschung nach Auffassung Boeckhs sinnvoll möglich[24].

Die damit eröffnete und von Boeckh selbst ausdrücklich bestätigte Möglichkeit einer „Philologie des Mittelalters und der neueren Europäischen Völker"[25] wurde dann im Verlauf des 19. Jahrhunderts auf breiter Front aufgegriffen: So propagierte etwa der Boeckh-Schüler und spätere Anglist K. F. Elze die „neue Philologie" mit der These, dass „nicht allein Griechen und Römer, sondern alle Völker ohne Unterschied Gegenstand der Philologie seien" – mit Ausnahme allerdings jener, die keine „Geschichte" und keine „Offenbarungen des Geistes" vorzuweisen hätten[26]. Parallel dazu gewinnt die „deutsche Philologie" ihr spezifisches Profil in der Auseinandersetzung mit dem eigenen, „vaterländischen" Altertum, d. h. in der Beschäftigung mit der „altdeutschen" Sprache und Literatur, namentlich dem „Nibelungenlied" und anderen „klassischen" Texten des deutschsprachigen Mittelalters. Gelehrte wie Jakob Grimm, Karl Lachmann und Moritz Haupt sind es, die – zum Teil in Personalunion mit der klassischen Philologie – die „deutsche Philologie" auf den Weg bringen, während der Pädagoge C. W. Mager neben der „deutschen" bereits eine „romanische und slavische" Philologie fordert[27].

Dies mag genügen, um die *innerwissenschaftliche* Bedeutung und – damit verbunden – auch die wissenschaftspolitische Wirk-

[24] Vgl. A. Horstmann: *Antike Theoria und moderne Wissenschaft. August Boeckhs Konzeption der Philologie* (s. Anm. 13) S. 99.
[25] A. Horstmann: Artikel „*Philologie*". In: *Historisches Wörterbuch der Rhetorik,* Bd. 6, hrg. von G. Ueding (Tübingen 2003) Sp. 948 ff., hier Sp. 955 f.
[26] Ebd. Sp. 957.
[27] Vgl. ebd.

samkeit von Begriffen wie „Nation“ und „Volk“ zu belegen. Dabei scheint es mir wichtig, dass diese Begriffe im wissenschaftlichen Diskurs keineswegs zwingend „nationalistisch“ konnotiert sein mussten. Denn *wie* man die Nationen und Völker etwa in ihrer kulturellen Bedeutung und weltgeschichtlichen Rolle jeweils gewichtete, war nicht im Begriff selbst angelegt, sondern Sache jeweiliger Deutung. Und die konnte reichen von der Vorstellung einer sich im Reichtum ihrer vielfältigen ‚nationalen' Facettierungen verwirklichenden Menschheit - wie von Herder, Wilhelm von Humboldt oder auch Ranke eindringlich unterstrichen und eindrucksvoll dargestellt („Jede Epoche ist unmittelbar zu Gott“) – bis hin zu einer Historiographie im Stile Treitschkes, die im Vollgefühl des endlich auch politisch zur „Deutschen Nation“ vereinten „Vaterlandes“ das Prinzip wissenschaftlicher Objektivität alsbald nationaler Arroganz und plattem nationalen Egoismus zu opfern bereit war. Anders gesagt: Konnte der Begriff „Nation“ bis 1871 noch kritisch *gegen* die politische (Kleinstaaten-)Realität in Deutschland mobilisiert werden, so war ihm mit der Reichsgründung dieses kritische Potenzial faktisch entzogen.

Derlei Tendenzen zur nationalistischen Aufladung waren freilich – dies soll hier nicht unerwähnt bleiben – auch in der mit ihrer Ausrichtung auf ein ‚fremdes' Altertum insoweit zunächst ungefährdet erscheinenden klassischen Philologie und Altertumswissenschaft angelegt – nämlich mit der gegen Frankreich gerichteten These, dass sich das klassische Griechentum letztlich nur der verwandten deutschen Seele erschließt; denn es gelte auch hier: „Gleiches erkennt Gleiches“!

Wie und wozu man Begriffe wie „Nation“ und „Volk“ akademisch und/oder politisch nutzt, vielleicht auch missbraucht, ob und wie man sie wissenschaftsintern fruchtbar macht oder wissenschaftsextern instrumentalisiert, ist diesen Begriffen selbst schwerlich anzulasten; wohl aber denen, die sie verwenden. Umso ratsamer erscheint es, genauer zu wissen, worauf man sich einlässt, *wenn* man auf sie als wissenschaftsinterne Schlüsselbegriffe zurückgreift.

Damit bin ich bereits beim letzten Abschnitt meines Vortrags. Er richtet den Blick in einem kurzen Resümee auf die mit der „Perspektive der Nation" verbundenen

3. Potenziale – Risiken – Chancen

Natürlich waren es nur Schneisen, die ich, ausgehend von der Frage nach der „Nation" und ihrer Bedeutung *in den* und *für die* Geisteswissenschaften des 19. Jahrhunderts, in das Dickicht der vielfältigen Befunde zu schlagen versucht habe; Schneisen, die zum Teil noch ziemlich eng erscheinen; Schneisen, die auch noch reichlich Gestrüpp enthalten, welches den Blick behindert; Schneisen, die sich aber hoffentlich nicht allesamt als „Holzwege" erweisen.

Dazu vier kurze Schlussbemerkungen:

– Deutlich geworden ist – so hoffe ich wenigstens –, welche innerwissenschaftliche Attraktivität Begriffe wie „Nation" und – in enger Verbindung damit – „Volk" entwickelt haben, indem sie den Geisteswissenschaften als „verstehenden" Wissenschaften neue Erkenntnisdimensionen eröffneten – konkreter gesagt: indem sie der Hermeneutik eine lebensweltlich verankerte und damit intuitiv umso plausiblere Vorstellung von „objektivem Geist" vermittelten, dessen Wirken sich nun – „verstehend" – nachvollziehen ließ.

– Sehen muss man freilich auch die Grenzen, die „Nation" oder auch „Volk" als Forschungsgegenstände, Analyseinstrumente und Deutungskategorien der philologisch-historischen Erkenntnis ziehen oder zumindest ziehen können. Denn je stärker die Einheit und Geschlossenheit einer „Nation" oder eines „Volkes" herausgestellt wird und der „hermeneutische Zirkel" in der wechselseitigen Erhellung von Einzelnem und Ganzem damit umso zuversichtlicher auf eine stabile „Einheit" des „Ganzen" setzen kann, desto weiter rücken all jene Prozesse aus dem Blick, die sich *zwischen* diesen monadenförmig vorgestellten Erkenntnisobjekten vollziehen und immer schon vollzogen haben – nationale, ethnische, kulturelle oder auch staatliche Grenzen überschreitend. Hier bieten sich für die Hermeneutik in ihrer

Angewiesenheit auf „einheitliche", in sich „geschlossene" Kollektivsubjekte - „Nation", „Volk", „Staat" oder was immer - auch auf der Ebene des „objektiven Geistes" keine Möglichkeiten mehr zum „Verstehen". In Abwandlung eines im Kontext der modernen Politikwissenschaft geprägten Begriffs des „methodologischen Nationalismus" könnte man insofern von den Grenzen eines „hermeneutischen Nationalismus" sprechen.

– Ganz unabhängig von ihrer innerwissenschaftlichen Funktionalität oder Dysfunktionalität: Begriffe wie Nation, Volk und Staat sind und bleiben Begriffe von hoher politischer Brisanz, und wer sie im wissenschaftlichen Diskurs verwendet, muss wissen, dass er damit direkt oder indirekt immer auch politisch wahrgenommen, womöglich instrumentalisiert wird – vielleicht sogar völlig entgegen eigenen, wohlgemeinten Absichten. Beispiele dafür liefern die Geisteswissenschaften nicht nur des 19. Jahrhunderts. Daraus folgt jedoch kein Aufruf, auf derlei brisante Begriffe im wissenschaftlichen Diskurs zu verzichten. Das würde Erkenntnischancen gerade dort vereiteln, wo wir sie dringend benötigen. Gefordert sind aber gerade dort umso nachdrücklicher kluge Reflexion, vor allem kritische *Selbst*reflexion im Blick auf eigene Leitvorstellungen und Prämissen und ganz generell: Vorsicht vor Vereinfachungen aller Art. Und just hier liegt wenn nicht *die,* so zumindest *eine der* wichtigen Aufgaben der Geisteswissenschaften. Denn genau hier müssen und können sie ihre Professionalität unter Beweis stellen, indem sie, wo es lebensweltlich „brisant" wird, mit ihrer fachlichen Kompetenz und methodischen Expertise, mit ihrem Analyse- und Reflexionspotenzial zur Aufklärung, vielleicht auch zur Orientierung, zumindest aber zu einem klareren Blick und einem fundierteren Urteil verhelfen.

– „Und die „Akademien?" werden Sie aus gegebenem Anlass vermutlich fragen. Ich denke, Wilhelm von Humboldts Charakterisierung der Akademie als „die höchste und letzte Freistätte der Wissenschaft und die vom Staat am meisten unab-

hängige Korporation"[28] mag in unseren Ohren etwas altertümlich und vielleicht auch allzu emphatisch klingen. In der Sache überholt ist sie darum gleichwohl nicht. Dass für die Akademien – als Kommunikationsgemeinschaften der ‚Meister' – wissenschaftliche „Freiheit" indes keineswegs „Einsamkeit" bedeuten muss, sondern dass sie sich mit Offenheit gegenüber der Gesellschaft und dem erklärten Anspruch, auch hier Gehör zu finden, durchaus verträgt: das belegen nicht zuletzt die Veranstaltungen zum Jubiläum der hiesigen Akademie in eindrucksvoller Weise.

Ich gratuliere der Heidelberger Akademie der Wissenschaften zu ihrem 100-jährigen Bestehen und wünsche ihr für die Zukunft weiterhin erfolgreiches Wirken – im Interesse der Wissenschaft, aber auch darüber hinaus.

[28] W. von Humboldt: *Über die innere und äußere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin* (s. Anm. 10) S. 384.

JAN ASSMANN

Akademie, Langzeitprojekte und kulturelles Gedächtnis

Im Sommer 2005 hat die Union der deutschen Akademien der Wissenschaften, in der die 8 Landesakademien vereinigt sind, das sogenannte „Akademienprogramm" erstmals öffentlich ausgeschrieben. Bis dahin umfasste dieses Programm nur die Projekte, die traditionell bei den Akademien angesiedelt waren und von denen einige mit ihrer Laufzeit bis ins 19. Jahrhundert zurückreichten. Jetzt konnte sich jede Wissenschaftlerin und jeder Wissenschaftler in Deutschland mit einem Projekt bewerben, das in diesen Rahmen passte. Damit wurden nun erstmals die Rahmenbedingungen eines typischen Akademie-Projekts festgelegt. Es darf nicht weniger als 12 Jahre in Anspruch nehmen und muss auf eine Länge von bis zu 25 Jahren angelegt sein. Thematisch soll es um die Erschließung, Sicherung und Vergegenwärtigung unserer kulturellen Überlieferung gehen.[1]

Lassen Sie mich diesen Forschungsrahmen anhand einiger Heidelberger Projekte illustrieren. Die Universität Heidelberg ist daran mit dem Projekt „Buddhistische Steinschriften in China" (seit 2005–2020) von Prof. Ledderose beteiligt. Andere Heidelberger Projekte gehörten schon seit längerem dem Akademieprogramm an, z. B. die Dokumentation von *Felsbildern und Inschriften am Karakorum-Highway*, die seit den 80er Jahren läuft. Das Projekt der *Edition literarischer Keilschrifttexte aus Assur* läuft seit 2004 und ist bis 2015 terminiert. Die *Epigraphische Datenbank römischer Inschriften,* 1986 in Angriff genom-

[1] Die Formulierung des Programms stammt von dem Berliner Philosophen Volker Gerhardt.

men, soll bis 2020 laufen. Der *Thesaurus cultus et rituum antiquorum*, 2000 begonnen und bis 2009/10 terminiert, ist in seiner kurzen Laufzeit eher untypisch. Diese Projekte widmen sich der Sammlung und Edition von Quellen. Andere Projekte sind lexikographischer Art. Ein Wörterbuchprojekt erforscht den Wortschatz Goethes. Das 1932 begonnene *Goethe-Wörterbuch* soll bis 2025 vollendet sein. Das *Altgaskognische Wörterbuch* startete 1980 und soll bis 2020 laufen, das *Altfranzösische etymologische Wörterbuch,* 1984 begonnen, ist auf 2017 terminiert. Dann gibt es das monumentale *Deutsche Rechtswörterbuch*, das schon seit 1898, allerdings mit Unterbrechungen, läuft, und bis 2036 abgeschlossen sein soll. Ein 1980 begonnenes *Luther-Register* wird in diesem Jahr 2009 zu Ende gehen, ein im vorigen Jahr in Angriff genommener *Nietzsche-Kommentar* 2008 ist auf 2022 terminiert. Schließlich werden in Heidelberg noch der *Melanchthon-Briefwechsel*, dessen Laufzeit auf 50 Jahre, von 1980 bis 2030, kalkuliert ist, und die *deutschen Schriften Martin Bucers* mit einer Laufzeit von 1958 bis 2015 ediert. Ein weiteres Langzeitprojekt, 2005 begonnen, kümmert sich um die Geschichte der südwestdeutschen Hofmusik und soll 2020 abgeschlossen werden. Die Heidelberger Akademieprojekte kreisen, und darin sind sie durchaus typisch, um zwei Brennpunkte: kommentierte Texteditionen – auch wenn zu solchen Texten auch einmal Bilder gehören wie beim Karakorum-Projekt oder Noten wie bei der südwestdeutschen Hofmusik – und Wörterbücher. Es geht vornehmlich um Sprache, um Philologie.

Auch das also ist Akademie: die Erschließung, Sicherung und Vergegenwärtigung unseres kulturellen Erbes. Eine Akademie erfüllt zwei Funktionen. Man kann sie auf die Begriffe Konversation und Konservation bringen. Zum einen gibt sie dem gelehrten Gespräch über die Fächergrenzen hinweg einen Ort; in diesem Aspekt geht sie auf das Athen des 4. Jahrhunderts v. Chr. zurück, wo Platon im Hain des Akademos ein Haus für solche Gespräche kaufte. Zum anderen aber kümmert sie sich um die philologische Sammlung, Sicherung, Erschließung und Vergegenwärtigung der kulturellen Überlieferung – treffender

kann man diese Aufgabe in der Tat nicht umschreiben – und in diesem Aspekt geht sie auf einen ganz anderen Ort zurück: auf Alexandria.

Interessant ist dabei vor allem, wie elastisch in diesen Projekten das Wörtchen „unser“ ausgelegt wird. Bei der Geschichte der südwestdeutschen Hofmusik, und auch bei den deutschen Schriften Martin Bucers und dem Briefwechsel Philipp Melanchthons geht es um „unser“ kulturelles Erbe im engen Sinne des geographischen Bereichs, für den die Heidelberger Akademie als Landesakademie zuständig ist. Das deutsche Rechtswörterbuch bewegt sich im nationalen Rahmen. Das altgaskognische und das altfranzösische Wörterbuch gehen aber entschieden darüber hinaus; hierfür wären, sollte man vermuten, entsprechende französische Akademien zuständig. Noch weiter, nämlich auf einen Raum von Baktrien bis Portugal und von Afrika bis Britannien greift der geographische Einzugsbereich der epigraphischen Datenbank römischer Inschriften aus, und mit den Projekten Buddhistische Steininschriften in China und Felsinschriften im Karakorum verlassen wir endgültig den Rahmen eines irgendwie spezifisch definierten „Wir“, auf das sich das Wörtchen „unser“ beziehen lässt. Hier geht es um die kulturelle Überlieferung der Menschheit insgesamt. Lassen wir diese Frage nach der Bedeutung von „uns“ und „unser“ erst einmal im Raum stehen und wenden uns der Frage nach dem Ursprung dieses Aspekts des Akademiegedankens zu.

Diese Frage führt uns, wie schon erwähnt, nicht nach Athen, sondern nach Alexandria, jene Neugründung Alexanders des Großen, von der aus die Griechen, genauer gesagt die Makedonen, und zwar die Dynastie der Lagiden oder Ptolemäer, für knapp 300 Jahre Ägypten regierten, bis dann bekanntlich mit der Schlacht von Actium Ägypten als Kronkolonie dem Römischen Reich zuviel. Das alexandrinische Pendant zu Athen, der platonischen Akademeia und dem aristotelischen Lykeion, nannte sich Museion, also Heiligtum der Musen. Die neun Musen sind Töchter der Mnemosyne, der Göttin der Erinnerung,

und verkörpern neun Aspekte des kulturellen Gedächtnisses,[2] also dessen, was im Akademieprogramm mit „unserer kulturellen Überlieferung" gemeint ist. Ihrer Erschließung, Sicherung und Vergegenwärtigung sollte das Museion dienen. Am Museion arbeiteten Literaten und Gelehrte, die sich *philologoi*, *grammatikoi* und auch *kritikoi* nannten. Ihre Tätigkeit bewegte sich also weitestgehend im Bereich von Sprache und Schrift, genau wie bei unseren heutigen Akademien, denen zwar auch Naturwissenschaftler angehören, die aber in ihren Langzeitprogrammen mit ihrer Ausrichtung auf die Pflege der kulturellen Überlieferung Schrift und Sprache in den Mittelpunkt stellen.

Am interessantesten ist der Titel „Kritikos". Er bezieht sich auf eine Tätigkeit, die mit der berühmten Bibliothek von Alexandria, der größten Bibliothek der alten Welt, zusammenhängt. Diese Bibliothek hatte sich zum Ziel gesetzt, sich, wie Eusebius schreibt, „mit den Schriften aller Menschen auszustatten." Fremdsprachliche Bücher wurden ins Griechische übersetzt. Jedes im Hafen von Alexandria anlegende Schiff wurde auf eventuelle Buchbestände untersucht, die Bücher wurden alsbald kopiert, das Original einbehalten und die Kopie zurückerstattet. Das Besondere dieser Bibliothek lag darin, dass sie für alle zugänglich war. Anders als ihre Vorgänger, z. B. die Bibliothek des Assurbanipal in Ninive, war sie keine Palastbibliothek. Der König trat nicht als Sammler, sondern nur als Sponsor auf, ähnlich wie die Fürsten der italienischen Renaissance. Sie war aber auch keine Priesterbibliothek wie das ägyptische „Lebenshaus", das als Archiv und Skriptorium den Tempeln angegliedert war, oder die Tempelbibliotheken selbst, die Arbeitsbibliotheken waren und nur die für den Tempelbetrieb relevanten Bücher enthielten. Sie war eine öffentliche, unspezifische Sammelbiblio-

[2] Nur zur Erinnerung: Klio ist für Geschichtsschreibung zuständig, Melpomene für Tragödie, Terpsichore für Chorlyrik und Tanz, Thalia für Komödie, Euterpe für Lyrik und Flötenspiel, Erato für Liebesdichtung, Urania für Sternkunde, Polyhymnia für den Gesang mit der Leier und Kalliope für epische Dichtung, Rhetorik, Philosophie und Wissenschaft. So haben die Griechen den gedächtnisrelevanten Teil der Kultur umschrieben.

thek und darin ein Vorläufer unserer National-, Staats- und Universitätsbibliotheken, ging aber in ihrem Ziel, schlechthin alles zu sammeln, was Menschen je geschrieben haben, noch weit über diese hinaus und nahm den Begriff eines globalisierten Menschheitsgedächtnisses vorweg, wie ihn in unseren Tagen die UNESCO mit ihren Projekten des *Memory of the World register* und des *world heritage* praktiziert. Auch der Hellenismus war bereits ein Zeitalter der Globalisierung.

Gerade weil nun die Bibliothek von Alexandria sich zu einem Archiv des Menschheitsgedächtnisses ausweitete, kam es darauf an, den Überblick nicht zu verlieren. So sahen sich die Philologen des Museions vor dieselbe Aufgabe gestellt, wie sie das Programm unserer Akademien als Erschließen, Sichern, Vergegenwärtigen umschreibt. „Erschließen" erforderte vor allem die Erstellung eines Katalogs.[3] Dieser Aufnahme nahm sich der Dichter Kallimachos an. Sein „Verzeichnis aller, die in jeder Literaturgattung Bedeutung hatten, und ihrer Schriften, in 120 Büchern" war kein Katalog in unserem Sinne, sondern eine kritische Bestandsaufnahme in formalisierten Kurzbeschreibungen. In diesem Punkt knüpfte Kallimachos an eine Tradition der Buchbeschreibung an, die auf den alten Orient zurückging.[4] Auch die Tafeln in der Bibliothek des Assurbanipal enthielten am Ende Angaben, z. B. die Serie, zu der die Tafel gehört, ggf. die Anfangszeile der Tafel, auf der sich der Text fortsetzt, eine Nr., wenn sie zu einem auf mehrere Tafeln verteilten Text gehört, einen Endvermerk, wenn es sich um die letzte Tafel eines Textes handelt, das Original, von dem die Tafel abgeschrieben ist, einen Kollationsvermerk, Anzahl der Schriftzeilen, Namen des Schreibers, Datum, Besitzvermerk (Exlibris). Oft werden diese Schlussvermerke zu einem längeren Text, einem „Kolophon" ausgestaltet, der künftige Schreiber mit Flüchen bedroht,

[3] Zur alexandrinischen Tradition der Philologie s. Rudolf Pfeiffer, *Geschichte der Klassischen Philologie. Von den Anfängen bis zum Ende des Hellenismus*, München 1978 (engl. Original 1968)

[4] Wendel, Carl, *Die griechisch-römische Buchbeschreibung verglichen mit der des Vorderen Orients*, Halle Niemeyer 1949.

die etwas an dem Text verändern könnten. Aus diesen Nachschriften geht die geradezu religiöse Einstellung der Schreiber zu Schrift und Schriftlichkeit hervor. So schreibt denn auch Rudolf Pfeiffer, unter Berufung auf Carl Wendel:

> Ohne romantische Übertreibung können wir sagen, dass diese Schreiber ein geradezu religiöses Verantwortungsbewusstsein für die unverderbte Bewahrung der Texte hatten, deren jeder in gewissem Sinne als ‚heilig' galt.[5]

In diesem Punkt also sind die alexandrinischen Gelehrten die Erben einer langen, über 1000-jährigen Tradition philologischer Textbeschreibung und Textbearbeitung, wie sie vor allem in Babylonien, aber in anderer Weise auch in Ägypten entwickelt wurde. Auch die alexandrinische Philologie, das große Langzeitprojekt des Museions, könnte man unter die eher orientalischen Züge der hellenistischen Kultur rechnen, die sich mit der Eroberung des Ostens durch Alexander den Großen ausbreitete und in deren Rahmen sich die griechische Kultur ebenso veränderte wie die von ihr erfassten orientalischen Kulturen.

Die alexandrinischen Philologen waren aber natürlich weder dazu in der Lage noch daran interessiert, ein derartiges Verantwortungsbewusstsein allen Texten entgegenzubringen, die in der Bibliothek von Alexandrien in programmatischer Unterschiedslosigkeit gesammelt wurden. Hier galt es, Unterschiede zu machen, auf griechisch: *krinein*, und eine Auswahl zu treffen. Das war das Geschäft der *kritikoi*. Sie mussten in der Bücherflut eine Grenze ziehen und gewissermaßen eine zweite Arche Noah zimmern, in die sie diejenigen und nur diejenigen Schriften hineinnahmen, die sie vor dem unterschiedlosen Aufgehen in der unübersehbaren Fülle bewahren wollten. Dabei kommt nun der Begriff des „Wir" ins Spiel, auf den wir bereits im Zusammenhang unserer eigenen Akademieprojekte gestoßen waren, der Begriff einer Identität, die sich die Überlieferung als die ihre zurechnet. Natürlich kümmerten sich die Philologen ausschließlich um das *griechische* Schrifttum und ließen die Barbaren bei-

[5] Rudolf Pfeiffer, a. a. O., S. 35 f.

seite. Innerhalb der griechischen Literatur unterschieden sie zwischen den *ekkrithentes* und den *enkrithentes*, den ausgeschiedenen und den „eingeschiedenen". Der witzige Aulus Gellius wendete auf diese Unterscheidung dann die Terminologie des römischen Besteuerungssystems an, das zwischen „*classici*" und „*proletarii*" unterschied.[6] So kam es zum Begriff der „Klassiker" und der „Klassik", womit die „Erstklassigen" unter den unzähligen Autoren gemeint waren, die in der Bibliothek von Alexandria gesammelt wurden. Kallimachos hatte sein Verzeichnis ungefähr nach Art des Linnéschen Systems der Botanik angelegt, gegliedert nach Gattungen und Untergattungen, in denen dann in alphabetischer Folge die klassischen Autoren mit ihren klassischen Werken angeführt wurden.[7] Diese als klassisch eingestuften Autoren und Werke wurden nun einer philologischen Behandlung gewürdigt. Eine andere Bezeichnung für die *enkrithentes*, die „Einbezogenen" oder „Klassiker" lautete „*hoi prattomenoi*", die Behandelten oder zu Behandelnden. Die Wörterbuchschreiber nahmen sie als Modelle guten Sprachgebrauchs, die Kommentatoren machten sie zum Gegenstand eines Kommentars. Der Kommentar war das Medium nicht nur der Erschließung, sondern auch der „Vergegenwärtigung"; er holte den alten Text in die Gegenwart hinein, machte ihn für gegenwärtige Leser verständlich und stellte seine Bedeutung für die Gegenwart heraus. So entstand jener innere Kreis des hochverbindlichen, maßgeblichen und vorbildhaften, immer wieder zu vergegenwärtigenden Schrifttums, für den sich später der Begriff „Kanon" einbürgerte.

Machen wir uns noch einmal klar, was dieser alexandrinische Ursprung für die heutige Akademie und ihre Langzeitprojekte bedeutet. Es geht um eine zweistufige Arbeit an der kulturellen Überlieferung. Auf der einen Seite geht es darum, alles irgendwie und irgendwem bedeutsame Schrifttum zu sammeln im

[6] Aulus Gellius, *Noctes Atticae* 19.8.15.

[7] S. E. A. Schmidt, *Historische Typologie der Orientierungsfunktionen von Kanon in der griechischen und römischen Literatur*, in: A. u. J. Assmann (Hg.), *Kanon und Zensur*, München 1987, S. 246–258.

Sinne eines „memory of the world“ oder Menschheitsgedächtnisses, das man in Form eines Archivs erschließen und sichern möchte, und auf der anderen Seite geht es um die Auswahl einer für „uns“, und dieses „uns“ bezieht sich zunächst auf die griechischen Gelehrten am alexandrinischen Museion, wichtigen, bedeutsamen Literatur, die man als einen Kanon des zeitlos Gültigen, Schönen, Maßgeblichen und Autoritativen herausstellen will. Archiv und Kanon sind die beiden Aspekte und Abteilungen dieser in Alexandria entwickelten Form einer Arbeit am kulturellen Gedächtnis. Mit der Zerstörung der Bibliothek von Alexandria – wann und durch wen auch immer – ist das Archiv verloren gegangen; vom Kanon aber sind dank dem unermüdlichen Fleiß vor allem der irischen Mönche nicht unerhebliche Teile über den Untergang der antiken Welt hinaus gerettet worden und bis auf uns gekommen.

Nun ist es aber wohl kein Zufall, dass ungefähr zur gleichen Zeit und mehr oder weniger auch im gleichen Raum, aber unter anderen Bedingungen und in anderem Sinne sich ein ganz anderer Kanon entwickelte. Ich meine die hebräische Bibel. Auch hier haben wir es mit dem Phänomen einer Herauskristallisierung von hoch verbindlichem Schrifttum innerhalb einer breiteren Tradition zu tun. Dieser Prozess begann sicher schon lange vor Alexandria, gegen Ende des 7., Anfang des 6. Jh. mit der Kodifizierung einer Urform des 5. Buches Mose, das dann während des babylonischen Exils und danach zum Pentateuch und dem sogenannten deuteronomistischen Geschichtswerk ausgebaut und später zu einer Kernbibliothek nach Art der ägyptischen Tempelbibliotheken erweitert wurde. Der Legende nach soll die als Septuaginta bekannte griechische Übersetzung dieser Kernbibliothek von 22 Büchern unter Ptolemäus II. im Auftrag der Bibliothek von Alexandria entstanden sein. Daran ist sicher soviel richtig, dass diese Übersetzung in Alexandria entstand, wenn nicht unter Ptolemäus II., so doch im Lauf des 3. und 2. Jhs. v. Chr. Jedenfalls begegnen sich hier bereits die beiden Kanonprojekte, das griechisch-klassische und das hebräisch-re-

ligiöse. Zum eigentlichen Gründungsakt des hebräischen Kanons kommt es allerdings erst später, als gegen 135 n. Chr. der Bestand des hochverbindlichen Schrifttums ein für alle Mal festgelegt wird und die jüdischen Rabbinen genau wie ihre griechischen Kollegen, die *Kritikoi*, entscheiden, was hineingehört und was draußen bleiben muss. Der rabbinische Begriff für die *enkrithentes* und *prattomenoi*, die einbezogenen und behandelten, ist sehr merkwürdig. Er heißt wörtlich übersetzt: „die die Hände schmutzig machen"; es sind die Texte, die man auf Grund ihrer Unantastbarkeit gewissermaßen nur mit Handschuhen anfassen, d. h. auf keinen Fall verändern darf. Hier darf nichts hinzugefügt, nichts umgestellt, nichts weggenommen werden. Damit war der jahrhundertelangen Praxis des Fortschreibens, bei der die Texte durch ständiges Weiterschreiben und Umschreiben à jour gebracht wurden, ein Riegel vorgeschoben. Bis dahin hatte man den Kommentar in Form von Glossen einfach in den Text hineingeschrieben[8], oder auch dem Text später weitere Kapitel angefügt wie im Fall des Jesajabuchs, dessen Urform Ende des 8. Jahrhunderts entstand, dann 200 Jahre später gegen Ende der Exilszeit vom zweiten oder Deuterojesaja und später dann noch ein drittes Mal von Tritojesaja erweitert wurde.[9] Damit war nun Schluss. Von nun an hatte alles, was zur Vergegenwärtigung des Textes unternommen werden konnte, außerhalb des Textes stattzufinden und die Form des Kommentars anzunehmen. Diese Entscheidung war nicht die Sache einer Akademie, sondern einer Synode, der Synode von Jabneh oder Jamnia im Jahre 90. Hier wurde über die zweifelhaften Fälle entschieden und festgelegt, dass z. B. das Buch Esther, in dem das Wort Gott nicht vorkommt, und das Hohelied Salomonis, eine Sammlung weltlicher Liebesdichtung, in den Kanon aufgenommen wurden, nicht aber das Weisheitsbuch des Jesus Sirach und die Makkabäerbücher. Die philologische Kultur des rabbinischen Judentums, die sich nun in der babylonischen Diaspora entfaltete,

[8] Michael Fishbane, *Biblical Interpretation in Ancient Israel*, Oxford 1985.
[9] Odil H. Steck, *Studien zu Tritojesaja*, Berlin 1991.

steht der alexandrinischen an methodischer Raffinesse in keiner Weise nach.

Auch den Rabbinen ging es um Erschließung, Sicherung und Vergegenwärtigung ihrer kulturellen Überlieferung. Das Resultat, der Kanon der hebräischen Bibel und die Kommentarwerke haben jedoch eine wesentlich andere Bedeutung für das Wir, das sich diese Überlieferung als die ihrige zurechnet. Der alexandrinische Klassikerkanon ist *Vorbild*, der rabbinische heilige Kanon dagegen ist *Vorschrift*. Das heißt, dass dieser Kanon nicht nur den Maßstab der künstlerischen und wissenschaftlichen Vollkommenheit abgibt, sondern als Lebensgesetz befolgt sein will. Alle haben ihr ganzes Leben nach der Vorschrift dieses Kanons auszurichten. Vergegenwärtigung hat hier den Sinn der Applikation, der Übersetzung von Text in Lebenspraxis. In diesem Sinne wurde die hebräische Bibel das Modell der christlichen Bibel und des Koran.

In ungefähr dieselben Jahrhunderte fällt aber weiter östlich noch eine weitere Parallelaktion. In Indien entsteht im Anschluss an das Wirken Buddhas um 500 v. Chr. der Pali-Kanon der „drei Körbe" (voll beschrifteter Palmblätter, Tripitaka), der dann mit der Ausbreitung des Buddhismus nach Osten in China, Tibet und Japan eine reiche Kommentarliteratur nach sich zieht. Außerdem entstehen vermutlich nach diesem Vorbild weitere Kanones, vor allem der Jaina-Kanon, die daoistischen und die konfuzianischen Schriften und das umfangreiche Schrifttum des Mahayana-Buddhismus. Auch hier haben die Kanones den Umfang und den Aufbau einer Kernbibliothek, die die lebenswichtigen Bücher enthält. Die Grenze zwischen Archiv und Kanon ist aber im Osten weniger scharf gezogen als im Westen; diese Kanones liegen in ihrem Umfang nie eindeutig fest, und auch die Grenze zwischen Text und Kommentar ist weniger strikt festgelegt. Die Gemeinsamkeiten dieser Entwicklung sind aber doch sehr auffallend. Es ist, als seien weite Teile zumindest der schreibenden Menschheit in den Jahrhunderten um die Zeitenwende von einem wahren Philologenfieber befallen wurden. Erst entstehen einigermaßen gleichzeitig in Ost und West

die großen Texte, die dann später von den alexandrinischen, rabbinischen, buddhistischen, jainistischen, daoistischen, konfuzianistischen Philologen zum Gegenstand philologischer Behandlung im Sinne von Sicherung, Erschließung und Vergegenwärtigung gemacht und auf den Sockel eines Kanons oder einer Klassik gehoben wurden.

Eines der Langzeitprojekte unserer Akademie bezieht sich auf den buddhistischen Kanon und eine der seltsamsten Sicherungsmaßnahmen, die wohl jemals einem Kanon zuteil geworden sind. Auch hier handelt es sich um ein gigantisches Langzeitprojekt. Buddhistische Mönche eines chinesischen Klosters haben in den Jahren zwischen 616 und 1180, also im Laufe von 564 Jahren den gesamten buddhistischen Kanon in 25.000.000 Schriftzeichen auf 15.000 Stelen in Stein geschnitten an einer 400 m über dem Meeresspiegel gelegenen Stelle vergraben, um ihn über eine von ihnen vorausgesehene Flutkatastrophe hinüber zu retten.[10] Das Projekt unseres Kollegen Lothar Ledderose, das sich dieser Steininschriften annimmt, ist wesentlich bescheidener, nämlich auf nur 15 Jahre angelegt. Man kann sich übrigens fragen, ob jenes philologische Fieber, das um die Zeitenwende an verschiedenen Orten zur Erschließung, Sicherung und Vergegenwärtigung, das heißt zu Kanonisierung und Kommentierung des lebenswichtigen Schrifttums führte, nicht von ähnlichen Ahnungen und Befürchtungen geleitet war. So liest man z. B. bei Ammianus Marcellinus mit Bezug auf die über und über beschrifteten ägyptischen Gräber, insbesondere die Königsgräber des Neuen Reichs im Tal der Könige:

> Es gibt auch Syringen, das heißt unterirdische und gewundene Gänge. Der Überlieferung zufolge ließen die in die alten Riten Eingeweihten sie an verschiedenen Orten mit ungeheurem Aufwand aushauen, da sie die Heraufkunft einer Flutkatastrophe voraussahen

[10] Lothar Ledderose, *Ein Programm für den Weltuntergang: Die steinerne Bibliothek eines Klosters bei Peking*. In: *Heidelberger Jahrbücher*, Band 36 (1992), S.15–33; ders., *Carving Sutras before the Catastrophe. The inscription of 1118 at Cloud Dwelling Monastery near Beijing. Proceedings of the British Academy*, 2005.

> und fürchteten, die Zeremonien könnten in Vergessenheit geraten. Auf die dergestalt aus dem Felsen geschlagenen Wände ließen sie alle möglichen Arten von Vögeln und Tieren einmeißeln: das nennen sie „Hieroglyphen".[11]

Ähnliche Anspielungen auf vorhergesehene Flutkatastrophen und Rettungsmaßnahmen finden sich in vielen antiken Texten. Wir dürfen nicht vergessen, dass genau dieselbe Zeit, in der sich an verschiedenen Teilen der Erde diese erschließende, sichernde und vergegenwärtigende Arbeit an der kulturellen Überlieferung abspielte, von einem Bewusstsein, einer Mentalität, einem Lebensgefühl oder wie immer man das nennen will, eines nahen Untergangs erfasst war. Apokalyptische Texte, die von diesem Weltuntergang handeln, entstanden wiederum von China bis Rom und Ägypten. Solche Ängste waren ja auch keineswegs aus der Luft gegriffen. Die Bibliothek von Alexandria ging in der Tat in Flammen auf, und was würden wir darum geben, wenn die alexandrinischen Philologen wie die chinesischen Mönche in ahnungsvoller Voraussicht ihre Klassiker auf steinerne Stelen geschrieben und vergraben hätten. Dabei ist der Brand der Bibliothek von Alexandria nur ein Fall im Rahmen eines viel umfassenderen Untergangs.

Wenn wir über weltweite Ausbreitung gleichgerichteter geistiger Strömungen nachdenken, bewegen wir uns in den Bahnen einer Theorie, die mit dem Begriff der Achsenzeit und seinem Erfinder, Karl Jaspers, verbunden ist.[12] In ihrer allgemeinen, bis aufs 18. Jahrhundert zurückgehenden Form besagt die

[11] Ammianus Marcellinus XXII, 15.30 = Ammien Marcellin, *Histoire*, Tome III: livres xx-xxii, hg. u. übers. von J. Fontaine, Paris 1996, S. 140.

[12] Karl Jaspers, *Vom Ursprung und Ziel der Geschichte*, München 1949; S. N. Eisenstadt (Hg.), *The Origins and Diversity of the Axial Age*, Albany 1986; Benjamin Schwartz, *Wisdom, Revelation, and Doubt: Perspectives on the First Millennium B.C.*, Daedalus, 104, 2, 1975; S. N.Eisenstadt (Hg.), *Kulturen der Achsenzeit. Ihre Ursprünge und ihre Vielfalt*, 2 vols, Frankfurt 1987; *Kulturen der* Achsenzeit II. *Ihre institutionelle und kulturelle Dynamik,* 3 vols., Frankfurt 1992; Johann P. Arnason, S. N. Eisenstadt and Björn Wittrock (Hg.), *Axial Civilizations and World History*, Leiden, Brill, 2005.

Theorie, dass sich um die Mitte des ersten Jahrtausends v. Chr. eine menschheitsgeschichtliche Wende ereignete. In dieser Zeit entstanden die ersten gestifteten Religionen wie der biblische Monotheismus, Zoroastrismus, Buddhismus und Jainismus, sowie die ersten philosophischen und theoretischen Schriften, von den Vorsokratikern bis zu Aristoteles im Westen und von Kautilya, Pannini und anderen indischen Theoretikern bis zu Konfuzius, Laotse, Mengtse und anderen chinesischen Philosophen im Osten. Wir erkennen hier jene Phase wieder, die ich mit der Entstehung der großen Texte in Verbindung gebracht habe.

Für Jaspers bedeutet die Achsenzeit eine veritable Mutation. Für ihn entstand zu jener Zeit „der Mensch, mit dem wir bis heute leben“[13], d. h. unsere eigene geistige Welt.

> In diesem Zeitalter wurden die Grundkategorien hervorgebracht, in denen wir bis heute denken, und es wurden die Ansätze der Weltreligionen geschaffen, aus denen die Menschen bis heute leben.[14]

Inhaltlich beschreibt Jaspers die Wende mit Begriffen wie Individualisierung, Distanzierung – der Kritik am Gegebenen -, Universalisierung – dem Mut zur Postulierung absoluter Wahrheiten, die immer und für alle gültig sind – und Differenzierung, der Einführung kategorialer Unterscheidungen wie Zeit und Ewigkeit, Sein und Schein, Geist bzw. Form und Materie, Gott und Welt, Sein und Werden, das Gegebene und das Wahre. Das alles könnte man unter dem Begriff der ‚sekundären Imagination' zusammenfassen. Primäre Imagination besteht in der Fähigkeit, sich die Dinge und ihre Ordnung, kurz die Welt, vorstellen zu können, sekundäre Imagination dagegen in der ungleich schwierigeren Fähigkeit, sich die Dinge und ihre Ordnung *auch ganz anders* vorstellen zu können. Das setzt Individualität, Distanzierung, Universalisierung und Differenzierung, vor allem aber Schrift voraus. Wer vom Gewohnten abweicht und radikal neue Gedanken kommunizieren will, kann nicht hoffen, unmittelbar verstanden werden. Nur die Schrift kann das

[13] Jaspers, a. a. O., S. 19.
[14] Jaspers, a. a. O., S. 20.

Neue und Große, das Komplexe und Anspruchsvolle über die meist verständnislose Gegenwart hinaus aufbewahren für spätere, empfänglichere Generationen. So *entstehen* die großen Texte.

Den Umstand aber, dass wir bis heute mit diesen Texten leben, verdanken wir der zweiten Phase, in der diese Texte zu Klassikern oder zu kanonischen Texten erklärt wurden und zum Gegenstand unablässiger Kommentierung gemacht wurden, die dafür sorgte, dass sie trotz des wachsenden Abstands der fortschreitenden Gegenwart zu ihrer Sprache und ihrem Weltbild ununterbrochen und über jede Krise hinweg in Kraft blieben. Es ist genau diese uns noch heute beschäftigende Arbeit am kulturellen Gedächtnis, die das Akademienprogramm auf die Formel Erschließung, Sicherung, Vergegenwärtigung bringt, die für die Entstehung dieses Verstehens- und Erinnerungshorizonts gesorgt hat. Jaspers hat diese Unterscheidung zwischen Textentstehung und Kanonisierung nicht getroffen. Es ist aber erst das Zusammentreffen dieser beiden Phasen, die den welt- oder menschheitsverändernden Effekt der Achsenzeit hervorbringt. Wir wissen nicht, wie viele große Texte seit Erfindung der Schrift entstanden, wie viele große Einzelne mit neuartigen, umstürzenden Entwürfen der menschlichen, göttlichen oder kosmischen Welt hervorgetreten sein mochten, bevor die Philologen auf den Plan traten und die inzwischen ins Unübersehbare angewachsene Überlieferung in Kanon und Archiv, und innerhalb des Kanons in Texte und Kommentare gliederten. Jaspers wirft diese beiden Phasen einfach zusammen und geht davon aus, dass die großen Texte aus eigener Kraft die Institutionen der Erschließung, Sicherung und Vergegenwärtigung hervorbringen, die dafür gesorgt haben, dass wir bis heute mit ihnen leben und die in den Langzeitprojekten der Akademien ihre moderne Fortsetzung gefunden haben. Richtig ist, dass es ohne die großen Texte, ohne Homer und Jesaja, Zarathustra, Buddha und Konfuzius, ohne Platon und Aristoteles, Pannini, Kautilya, Laotse und Mengtse und wie sie alle heißen, die ganzen um ihre Erschließung, Sicherung und Vergegenwärtigung bemühten In-

stitutionen nicht gäbe, aber ebenso richtig ist, dass es ohne diese Institutionen auch die großen Texte in diesem Sinne nicht gäbe und dass wir ihnen, tauchten sie unvermittelt auf, ebenso fremd gegenüber ständen wie den ägyptischen Pyramidentexten und dem aztekischen Popol Vuh.

Es gibt da einen blinden Fleck in Jaspers' Theorie der Achsenzeit. Er betrifft die medialen und institutionellen Rahmenbedingungen der von ihm beschriebenen geistigen Wende. Genau diese Rahmenbedingungen will die Theorie des kulturellen Gedächtnisses aufhellen.[15] Was Jaspers nicht sieht, ist die ebenso schlichte wie folgenschwere Tatsache, dass in der Achsenzeit nicht nur entscheidend Neues entsteht – Neues, sogar entscheidend Neues entsteht ständig oder jedenfalls öfter als nur um die Mitte des ersten vorchristlichen Jahrtausends –, sondern es entstehen nun erstmals die medialen und institutionellen Möglichkeiten, das Neue zu fixieren, in den Rang hochverbindlicher Normativität zu erheben und die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass künftige Generationen sogar über Kultur- und Sprachgrenzen hinweg darauf zurückgreifen können.[16] In der Achsenzeit entstand nicht der Mensch, mit dem wir bis heute leben, sondern es entstanden die medialen und institutionellen Grundlagen für die Konstruktion eines Überlieferungs- und

[15] Zur Theorie des kulturellen Gedächtnisses s. zusammenfassend Astrid Erll, Ansgar Nünning (Hg.), *Cultural Memory Studies*, Berlin-New York 2008.

[16] Das beste Beispiel dafür ist Echnaton, jener ägyptische Pharao und Pionier der sekundären Imagination, der die ganze traditionelle ägyptische Götterwelt abschaffte und ein völlig neues Weltbild an ihre Stelle setzte, eine klassische Achsenzeit-Figur im Jasperschen Sinne. Er kam nur tausend Jahre zu früh. Es fehlten alle medialen und institutionellen Voraussetzungen, um diese alternative Wirklichkeitskonstruktion auf Dauer durchzusetzen. Dabei war er ein König und verfügte daher über alle Machtmittel, seine Sicht wenigstens für seine Regierungszeit zu verwirklichen. Wie viele andere, Seher, Weise, Propheten, denen man ja von Haus aus weit eher als Königen die Fähigkeit sekundärer Imagination zutrauen möchte, mag es gegeben haben, mit denen wir zweifellos bis heute leben würden, wenn ihre Spuren nicht verweht wären.

Erinnerungsraums, in dem wir uns noch heute bewegen. Die Achsenzeit, in anderen Worten, wird allgemein als ein Schritt vorwärts, ein Durchbruch in Richtung Moderne verstanden. Ihr Hauptcharakteristikum weist jedoch in die genaue Gegenrichtung. Die Achsenzeit bringt eine entscheidende, durchbruchartige Steigerung unserer Möglichkeiten, uns auf die Vergangenheit zu beziehen, zurückzuschauen und an geheiligten Traditionen festzuhalten. Im Licht der Gedächtnistheorie lässt sich diese Schwelle weniger als eine Öffnung auf die Zukunft als eine ganz neue Form der Verankerung in der Vergangenheit verstehen. Beides gehört aber ganz offensichtlich zusammen. Erst die Verankerung in einer gesicherten normativen Vergangenheit erschließt neue Freiheitsgrade in der Gestaltung der Zukunft.

Auch wir stehen mit unseren Akademien und Akademieprojekten in der Tradition dieses Durchbruchs zur Kanonisierung einer normativen Vergangenheit und ihrer schriftlichen Überlieferung. Hier ist offensichtlich eine Evolution und eine entsprechende Dynamik im Spiel, die mit der Schrifterfindung beginnt und zunächst einmal, soweit wir sie überblicken können, mit der Digitalisierung endet. Daneben ist aber noch eine ganz andere Dynamik im Spiel. Das ist die Dynamik der Erinnerung, die sich mit der Entstehung der Kanonisierung dramatisch verändert hat. In der Dynamik der Evolution herrscht das Prinzip der Aufhebung im Hegelschen Sinne. Die Vergangenheit geht in der auf ihr aufruhenden Gegenwart auf. In den Kernbereichen der Kultur, der Religion, Kunst, Literatur und Geschichte, geht es aber ganz anders zu. Plato ist in oder durch Aristoteles nicht aufgehoben und dadurch in Vergessenheit geraten, ebenso wenig wie Aischylos durch Euripides, Homer durch Vergil, Giotto durch Raffael, Bach durch Beethoven. Ganz im Gegenteil, erst die Nachfolge stellt die Vorgänger auf den Sockel der Unsterblichkeit. Es ist diese Dynamik, die im Zusammenspiel von historischen Erfahrungen, geistigen Leistungen und neuen Kulturtechniken in verschiedenen Gesellschaften und Kulturen der Alten Welt in verschiedenen Schüben ab 3000 v. Chr. zu tiefgreifenden Veränderungen geführt hat und weiter führt. In all

diesen Gebieten schreitet der Mensch nicht blind in die Zukunft immer weiter optimierter Anpassung, sondern wendet sich zurück und richtet seinen Blick auf das Unaufgebbare, Unverlierbare, Unüberholbare, nie zu Vergessende, auf die Quellen, von denen er die Impulse zur Lebensgestaltung empfängt, auch wenn diese Impulse dem Fortschritt im Sinne evolutiver Logik entgegenstehen. Es ist diese Rückbindung an das Vergangene, die Vorfahren, die ganz gewiss von Anfang an zur Grundausstattung des Menschen gehört, die im Zuge der sich entwickelnden Schriftkultur mit der Stufe der Kanonisierung einen ganz entscheidenden Schritt macht, und es ist dieser Schritt, auf den sich auch die Institution der Akademie in ihrem Aspekt der Langzeitforschung zurückführen lässt.

Das geschah nicht in der Form eines mystischen Durchbruchs zur Wahrheit, wie Jaspers meinte, sondern einer langen Entwicklung, die man in ihren technologischen Aspekten durchaus auch im Sinne der Evolutionstheorie beschreiben kann. Die erste Stufe ist die Schrifterfindung. Sie geschieht gleichzeitig mit der Entstehung der frühen Staaten und Hochkulturen um 3000 v. Chr. Die zweite Stufe ist die Ausweitung der Schrift auf kulturelle Texte, also die Kernbereiche des bis dahin mündlich verfassten kulturellen Gedächtnisses, Mythen, Lehren, Erzählungen usw. Diese Stufe ereignet sich in Ägypten und Mesopotamien etwa gleichzeitig um 2000 v. Chr., also nach bereits über 1000jähriger Schriftgeschichte. Durch die Verschriftung objektiviert sich die Tradition, sie wird sichtbar, bearbeitbar, gezielt erweiterbar. Die Gegenwart ruht nun nicht mehr unbewusst auf dem Sockel einer von ihr bruchlos fortgesetzten und in sie eingegangenen Vergangenheit, sondern sieht sich ihren Erfahrungen und Errungenschaften gegenüber und setzt sich mit ihnen auseinander. Die dritte Stufe ist dann die Entstehung von Schriftenkanons und Kommentaren. Diese Stufe beginnt in ihren ersten Anfängen ungefähr gleichzeitig in Ost und West in jener Zeit, die Jaspers als Achsenzeit bezeichnete. Durch die Kanonisierung und die damit verbundene Auslegungskultur wird die verschriftete Tradition gewissermaßen mehrstöckig, sie gliedert

sich in Texte, Metatexte und Meta-Metatexte. Damit gehen naturgemäß die von Jaspers hervorgehobenen Formen von Reflexivität einher. Mit der Schrift und den verschiedenen Intensitätsgraden ihrer Durchdringung der Tradition verändert sich, das ist ja seit Hegel immer wieder hervorgehoben worden, auch das Denken. Das gilt sogar für das exklusivste Merkmal des achsenzeitlichen Denkens, die Erfindung der Transzendenz. Ich will nicht so weit gehen zu sagen, dass Metaphysik und Monotheismus aus dem Geist der Schrift geboren sind, aber zumindest muss man eine innige Allianz zwischen Transzendenz und Schriftlichkeit konstatieren. Weitere tief greifende Veränderungen unseres kulturellen Gedächtnisses und unserer Beziehung zur Vergangenheit ergaben sich mit der Erfindung erst des vokallosen semitischen und dann des vokalisierten griechischen Alphabets, vor allem aber durch die Erfindung des Buchdrucks. Der für unsere Frage nach der Geschichte des Akademiegedankens entscheidende Schritt aber vollzog sich unabhängig von irgendwelchen medialen Veränderungen gegen Ende des 18. Jahrhunderts. Ich meine den Schritt vom Klassizismus zum Historismus.

Für die klassizistische Form des Vergangenheitsbezugs ist die Vergangenheit ein zeitloses Vorbild. Im Rahmen dieses Paradigmas interessiert man sich für die Vergangenheit als eine unüberholbare Verwirklichung von Werten. Dieses Paradigma entstand im Hellenismus und trat in der Renaissance wieder allbeherrschend in den Vordergrund. Für die historistische Form des Vergangenheitsbezugs dagegen sind, um Rankes berühmte Formulierung zu gebrauchen, alle Epochen der Geschichte gleich unmittelbar zu Gott. Hier löst sich die Grenze zwischen Kanon und Archiv auf, und auch die Konturen jenes Wir, das sich einen bestimmten Teil der Überlieferung als den seinigen zurechnet, verschwimmen. Nietzsche hat in seiner zweiten unzeitgemässen Betrachtung die historistische Form des Vergangenheitsbezugs mit einer leidenschaftlich engagierten und entsprechend einseitigen, aber auch hellsichtigen Polemik beschrie-

ben. Was Nietzsche vor allem beklagt, ist der Verlust jenes Horizonts, der das Eigene vom Fremden und das Bedeutende vom Unbedeutenden scheidet. „Dies ist ein allgemeines Gesetz", schreibt er.

> Jedes Lebendige kann nur innerhalb eines Horizontes gesund, stark und fruchtbar werden; ist es unvermögend, einen Horizont um sich zu ziehn, und zu selbstisch wiederum, innerhalb eines fremden den eigenen Blick einzuschließen, so siecht es matt oder überhastig zu zeitigem Untergange dahin.

Und er fährt fort:

> Die Heiterkeit, das gute Gewissen, die frohe Tat, das Vertrauen auf das Kommende – alles das hängt, bei dem einzelnen wie bei dem Volke, davon ab, daß es eine Linie gibt, die das Übersehbare, Helle von dem Unaufhellbaren und Dunkeln scheidet; davon, daß man ebenso gut zur rechten Zeit zu vergessen weiß, als man sich zur rechten Zeit erinnert; davon, daß man mit kräftigem Instinkte herausfühlt, wann es nötig ist, historisch, wann, unhistorisch zu empfinden.[17]

Im heutigen Zeitalter des Historismus dagegen sieht Nietzsche dagegen „alle Perspektiven verschoben. Ein solches unüberschaubares Schauspiel sah noch kein Geschlecht, wie es jetzt die Wissenschaft des universalen Werdens, die Historie, zeigt; freilich aber zeigt sie es mit der gefährlichen Kühnheit ihres Wahlspruches: fiat veritas pereat vita."[18] Für Nietzsche nimmt dieser Horizontverlust geradezu die Formen einer Flutkatastrophe an:

> Das historische Wissen strömt aus unversieglichen Quellen immer von neuem hinzu und hinein, das Fremde und Zusammenhanglose drängt sich, das Gedächtnis öffnet alle seine Tore und ist doch nicht weit genug geöffnet, die Natur bemüht sich aufs höchste, diese fremden Gäste zu empfangen, zu ordnen und zu ehren, diese selbst aber sind im Kampfe miteinander, und es scheint nötig, sie alle zu bezwingen und zu bewältigen, um nicht selbst an ihrem Kampfe zugrunde zu gehen.[19]

[17] Friedrich Nietzsche: *Werke* hg. von Karl Schlechta, München 1960. Bd. I, Vom Nutzen und Nachteil der Historie für das Leben, S. 214.
[18] Ibd., S. 231.
[19] Ibd., S. 231.

Der Historismus ist unfähig oder unwillig, jene Unterscheidung zwischen Kanon und Archiv zu treffen, der die alexandrinischen Kritikoi oblagen. Die heutige, historische Philologie, schreibt er,

> ist ein Geschlecht von Eunuchen; dem Eunuchen ist ein Weib wie das andre, eben nur Weib, das Weib an sich, das ewig Unnahbare – und so ist es gleichgültig, was ihr treibt, wenn nur die Geschichte selbst schön „objektiv" bewahrt bleibt, nämlich von solchen, die nie selber Geschichte machen können.[20]

Immerhin lässt Nietzsche drei Formen von Geschichte gelten: die monumentalische, die antiquarische und die kritische. Die monumentalische Geschichte ist die unverzichtbare Form des Vergangenheitsbezugs für jene, „die selber Geschichte machen können"; die kritische wiederum ist dort geboten, wo es gilt, sich von einer Vergangenheit loszusagen und sie vor den Richterstuhl universaler Werte zu ziehen, eine Form, die wir in Deutschland ja seit dem Ende des Dritten Reichs und der DDR praktizieren, und die antiquarische Geschichte gehört, in Nietzsches Worten, „dem Bewahrenden und Verehrenden – dem, der mit Treue und Liebe dorthin zurückblickt, woher er kommt, worin er geworden ist; durch diese Pietät trägt er gleichsam den Dank für sein Dasein ab. Indem er das von alters her Bestehende mit behutsamer Hand pflegt, will er die Bedingungen, unter denen er entstanden ist, für solche bewahren, welche nach ihm entstehen sollen - und so dient er dem Leben"[21] – eine wunderschöne Beschreibung dessen, was man allgemeiner als kulturelles Gedächtnis bezeichnen kann. Aber alle drei Formen legitimen Vergangenheitsbezug sind nichts anderes als Funktionen des kulturellen Gedächtnisses, das Nietzsche hier gegen den Historismus ausspielt.

Es ist klar, dass Nietzsche hier das Kind mit dem Bade ausschüttet, und zu diesem Kind gehören ganz entschieden auch die Langzeitprojekte der Akademien der Wissenschaften, weshalb sie ja auch gelegentlich heftige Kritik auf sich gezogen haben. Als Ägyptologe, der ja deutlich jenseits dessen forscht, was

[20] Ibd., S. 242.
[21] Ibd., S. 220.

Nietzsche als das Eigene und Lebensdienliche gelten lassen würde, fühle ich mich verpflichtet, abschließend eine Lanze für den Historismus zu brechen. Ohne den Historismus und die mit ihm verbundene Mentalität wäre die heutige Akademie und ihre Arbeit undenkbar. Der historistische Forscher wendet sich der Vergangenheit natürlich, wie könnte er anders, mit den Fragen, Werten und Perspektiven seiner Zeit zu, aber er versucht dabei so weitgehend wie irgend möglich auch schon die Fragen kommender Forschergenerationen vorwegzunehmen und sein Material so aufzubereiten, dass sie darin Antworten finden können. Genau das ist das Prinzip des Archivs. Das hat nichts mit Eunuchentum zu tun, sondern mit Geduld und Selbstzurücknahme. Wofür Nietzsche plädiert, läuft auf eine Abschaffung des Archivs zugunsten des Kanons hinaus. Lasst das unterschiedslose Erschließen und Sichern von allem und jedem, kümmert euch nur noch um das Vergegenwärtigen des Lebensdienlichen. Genau dem stellt sich die Akademie mit ihren Langzeitprojekten entgegen. Ohne die Pflege des Archivs würde sich auch der Kanon nicht verändern, sondern erstarren. Ich möchte das an einem Langzeitprojekt illustrieren, das leider kein Akademieprojekt, sondern das Projekt einer Gesellschaft und eines Einzelnen darstellt. Gemeint ist die hundertbändige Gesamtausgabe der Werke Georg Friedrich Händels durch Friedrich Chrysander, begonnen 1856 im Vorlauf auf den 100. Todestag Händels 1859 und abgeschlossen 1902 mit dem 6. Supplementband. Bei dieser Ausgabe haben sich Chrysander und die Händelgesellschaft nicht von zeitbedingten Vorlieben leiten lassen, sondern vom Ideal des Archivs, dem es in erster Linie ums Erschließen und Sichern geht und das das Vergegenwärtigen künftigen Generationen überlässt. So sind auch sämtliche Opern aufgenommen worden, für die sich seit Händels letzter Opernaufführung 1741 keine Bühne mehr interessierte. In weiser Voraussicht, muss man sagen, denn seit 1920 ist eine Händelrenaissance in Gang gekommen, die inzwischen alle Opern aus der Vergessenheit auf

die Bühne oder doch zumindest ins Tonstudio geholt und in CD-Form vergegenwärtigt hat.[22] So ein Projekt wäre 100 Jahre vorher nicht denkbar gewesen. Erst der Historismus hat die wissenschaftlichen Ideale und auch die zugehörigen Tugenden hervorgebracht, die hinter solchen Großleistungen stehen. Nun ist Händel ein schon zu Lebzeiten kanonisierter Komponist und insofern ein schlechtes Beispiel für mein Argument. Ich will ja für das Archiv und gerade nicht für den Kanon plädieren. Ich plädiere dafür, den Kanon des Lebensdienlichen, Hochverbindlichen, Bedeutungsvollen nicht gegen das Archiv auszuspielen, das sich um das Erschließen und Sichern auch von Beständen kümmert, die uns vielleicht zunächst unbedeutend erscheinen, aber künftigen Generationen vielleicht einmal bedeutsam werden und die Stunde ihrer Vergegenwärtigung finden.

Wir müssen mehrgleisig bzw., in der Sprache des Akademieprogramms, „modular" verfahren. Modular ist auch das kulturelle Gedächtnis aufgebaut. Kanon und Archiv stehen sich nicht im Wege, sondern ergänzen sich gegenseitig.[23] Zwischen ihnen herrscht eine fruchtbare Dynamik. Niemand hindert den Archivar, Früchte seiner Arbeit im Feuilleton zu vergegenwärtigen. So sollten wir ihn auch nicht belächeln, wenn er sich andererseits im Elfenbeinturm der Akademie einem Langzeitprojekt hingibt. Weder sollte der strenge Philologe den Kollegen als Feuilletonisten verdammen, der sich in den intellektuellen Diskurs einmischt, noch sollten die Intellektuellen den Gelehrten verspotten, der sich scheinbar fernab jeder Gegenwartsrelevanz etwa mit ägyptischen Grabinschriften oder assyrischen Keilschrifttafeln beschäftigt. Wir brauchen beides, die intellektuelle Vergegenwärtigung und die archivarische Sicherung und Erschließung.

[22] Zu Händels Opern s. zuletzt Silke Leopold, *Händel. Die Opern*, Kassel 2009.

[23] Zur Unterscheidung zwischen Kanon und Archiv bzw. Funktions- und Speichergedächtnis als Formen des kulturellen Gedächtnisses s. Aleida Assmann, *Canon and Archive*, in: Astrid Erll, Ansgar Nünning (Hg.), *Cultural Memory Studies*, Berlin, New York 2008, S. 97–107.

PETER STROHSCHNEIDER

Einheit der Wissenschaften

1. Kulturkritik

Einheit von Wissenschaft: Das ist, über die Dezennien hinweg, ein zentraler Topos der Selbstbeschreibung von Wissenschaften. Gleich der Einheit anderer sozialer Systeme, etwa des politischen, wird dieser Topos freilich zumal in Risikosituationen mit besonderer Intensität bemüht: in unserem Falle also dann, wenn ‚die' Wissenschaft und ihre Identität als gefährdet wahrgenommen werden. Prominent ist dies heutzutage immer noch der Fall im ‚Zwei Kulturen'-Diskurs.[1]

Diese Sorge über eine die Einheit der Wissenschaft bedrohende Spaltung zwischen einer Kultur der Geisteswissenschaften und einer Kultur der Naturwissenschaften verbindet sich, wie bekannt, mit dem Namen von Charles Percey Snow. Er hat diese Sorge in einem Vortrag artikuliert, den er vor genau 50 Jahren in Cambridge hielt.[2] Auch dies also ein Jubiläum, das man begehen könnte und das es nahezulegen vermöchte, in die Diskussion über die ‚zwei Kulturen' erneut einzutreten oder aber ihre Prämissen zu kritisieren. Das eine wie das andere will ich hier vermeiden, um stattdessen lediglich eine sozusagen rezeptionsgeschichtliche Anmerkung zu machen. Ihr kommt es darauf

[1] Ich belasse die folgenden Überlegungen, die nicht zustande gekommen wären ohne die Mitarbeit von Rainer Lange, Geschäftsstelle des Wissenschaftsrats (Köln), in jener Form, in welcher ich sie im Frühjahr 2009 in Heidelberg und Tübingen vorgetragen habe. Anmerkungen sind demgemäß auf das Unumgängliche beschränkt.

[2] C. P. Snow, *Die zwei Kulturen*. Stuttgart 1967.

an, dass C. P. Snows duales Konzept der *two cultures* weniger als ein wissenschaftstheoretisches oder wissenschaftssoziologisches sich versteht, denn vielmehr als eine allgemeiner zeitdiagnostische These. Diese konstatiert in der zeitgenössischen englischen Gesellschaft den Verlust einer gemeinsamen Sprache, vermittels welcher einerseits die Wissenschaft (im engeren Sinne von *science*) und literarische Intelligenz auf der anderen Seite sich vormals sollen miteinander verständigen haben können.

In der Rezeption indessen hat man Snows These nicht zeitdiagnostisch-kulturkritisch genommen, sondern meta-wissenschaftlich. So aber ist sie freilich viel zu pauschal. So gibt es, worauf schon Snow selbst hinwies, allenfalls rhetorische Gründe für die Zahl Zwei; mindestens Sozial- und Ingenieurwissenschaften prägen nicht weniger profilierte wissenschaftliche Eigenkulturen aus als Natur- und Geisteswissenschaften. Gleichwohl ist die speziell auf die Wissenschaften fokussierende Rezeption einer zunächst genereller kulturkritisch gemeinten Diagnose durchaus symptomatisch. Dass C. P. Snow ein *locus classicus* werden konnte für die Prämisse, es komme auf eine Einheit des intellektuellen Lebens an und dessen Spaltung in zwei oder mehr Kulturen müsse verhindert oder überwunden werden, dies stattet uns nämlich, ohne dass jene These hier affirmiert oder kritisiert zu werden brauchte, mit einer Ausgangsbeobachtung für die folgenden Überlegungen aus: ‚Einheit' ist im Metadiskurs der Wissenschaft keine Kategorie formaler Beschreibung, sondern ein Wertbegriff. Sie ist typischerweise positiv besetzt, während Unterschiedenheit und Vielheit tendenziell negativ akzentuiert werden.

Das versteht sich freilich weder von selbst, noch ist es trivial. Gleichwohl handelt es sich um eine Codierung, welche die Geschichte der modernen Wissenschaften prägt. Ein beinahe beliebiges Beispiel bloß zur Illustration für dieses Pathos der Einheit:

> Der Strom der Erkenntnis spaltet sich in immer zahlreichere, immer unbedeutendere Rinnsale, und läuft Gefahr, in Sand und Sumpf sich zu verlaufen.

So beschrieb Emil Du Bois-Reymond 1882 die wissenschaftlichen Zustände seiner Gegenwart[3], und dieses Zitat ist durchaus repräsentativ für eine ungezählte Menge ähnlicher Beispiele. Ebenso wie der Umgang mit dem deutlich jüngeren Schlagwort von den *two cultures* zeigt es, dass jeweils auch ein kulturkritischer Topos in Anspruch genommen wird: Einheit von Wissenschaft wird thematisiert im Modus des Verlusts. Gegeben scheint sie allein als ein längst unerreichbares, weil bereits in der Vergangenheit realisiert gewesenes Ideal. Wie jede derartige Projektion hat auch diese ihre stets aktuellen Anlässe, Motive, Zwecke. Und wie immer in der Kulturkritik findet die Unterscheidung von epistemischen und institutionellen Sachverhalten wenig Aufmerksamkeit: Von der Einheit des Wissens kann dann ebenso die Rede sein wie von der Einheit der Wissenschaften.

2. Einheitskonzepte

Aktuelle Aspekte von Einheit und Zusammenhalt der Wissenschaften sollen im zweiten Teil meines Referates angesprochen werden. Zuvor will ich indes mit wenigen Strichen vier Etappen aus der Geschichte des wissenschaftlichen Einheitsdiskurses skizzieren, die unter den Stichworten ‚Universalgelehrter', ‚Universalwissenschaft', ‚Bildung' sowie ‚Einheitswissenschaft' stehen könnten. In diese Geschichte sind nämlich nicht wenige jener Problemfiguren eingelagert, die auch die aktuellen Diskussionen noch prägen. Zugleich muss ich Sie allerdings bitten, die prekäre Rolle zu bedenken, in welcher ich dabei spreche: In der Rolle eines wissenschaftsorganisatorisch und wissenschaftspolitisch nicht mehr gänzlich unerfahrenen Wissenschaftsrates, der als Person allerdings für ganz anderes disziplinär zuständig wäre als für Fragen der Wissenschaftsgeschichte, Wissenschaftstheorie oder Wissenschaftssoziologie. Gerade um solche Unterscheidungen wird es allerdings zunächst gehen.

[3] E. Du Bois-Reymond, *Über die wissenschaftlichen Zustände der Gegenwart*. In: *Reden von Emil du Bois-Reymond in zwei Bänden*. Hrsg. Estelle du Bois-Reymond. Leipzig ²1912, Bd. 2, S. 141–156.

Herstellung der Einheit des Wissens in einer Person: Das war das frühneuzeitliche Ideal des *uomo universale*. Es verkörperte sich in Künstlergelehrten wie Pico della Mirandola oder Leonardo Da Vinci, die in sämtlichen *artes*, die in so vielen unterschiedlichen Wissensgebieten Kenner- und Könnerschaft demonstrierten, dass der Eindruck eines individuellen Verfügenkönnens über schlechthin alles Wissbare sich einstellen mochte; der Eindruck auch, dass das Wissenswerte und das Wissbare zusammenfallen könnten. Daniel Georg Morhof hat für dieses Konzept den weithin gebräuchlich gewordenen Begriff *Polyhistor*[4] neu in Umlauf gebracht, Gottfried Wilhelm Leibniz bleibt eine späte, im deutschen Kulturraum bis heute immer wieder angeführte Exempelfigur umgreifenden wissenschaftlichen Vermögens, mit der sich das Attribut vom ‚Universalgelehrten' geradezu reflexartig aufrufen lässt.

Nicht aber allein als ein die Einheit des Wissens verkörpernder Gelehrter ist Leibniz exemplarisch, sondern auch als ein Organisator von Wissenschaft, und das führt zur zweiten Etappe dieser Skizze: Leibniz initiiert die Gründung einer *Berliner Societät der Wissenschaften* – der nachmaligen *Preußischen Akademie* –, und er wirkt als bedeutender Bibliothekar in einem Zeitalter großer Unternehmungen der Neuorganisation und Neusystematisierung des Wissens. Der letzte Universalgelehrte weiß gewissermaßen, dass er der letzte ist und dass künftighin die Einheit des Wissens nicht mehr in einem Einzelnen sich wird verkörpern können, sondern dass sie kollektiv, dass sie von einem *invisible college* wird hergestellt werden müssen.

Und ‚Herstellung' versteht sich dabei zunächst ganz konkret: Das 18. Jahrhundert ist auch die Epoche der großen enzyklopädischen Projekte. Das gesamte Wissen der Zeit nicht in einem Kopf, aber doch in einem (vielbändigen) Buch zusammenzutragen: Mit solchen Vorhaben beginnt auf der Seite des Institutionellen ein bis heute sich fortsetzender Prozess der Kollektivierung von Forschung. Und auf der Seite des Epistemischen set-

[4] Vgl. P. Burke, *Papier und Marktgeschrei. Die Geburt der Wissensgesellschaft*. Berlin 2001, hier: S. 105 f.

zen derartige Vorhaben die Klärung von völlig neuartigen Fragen der Wissensstrukturierung und -organisation voraus. Das Zeitalter der Aufklärung und der großen Enzyklopädien ist auch die Epoche der wissenschaftlichen Klassifikationen und Systembildungen und als solche kennzeichnet es das Ende der Möglichkeit eines wissenschaftlichen Individualuniversalismus: „Ein Mensch kann nicht mehr alles Wissen auf sich vereinen", stellt die *Encyclopédie* im Artikel über *Gens de lettres* nüchtern fest.[5]

Die Idee der Einheit des Wissens ist damit freilich längst nicht aufgegeben. Im Gegenteil: Sie bindet neue, größere intellektuelle Energien und übernimmt so – dritte Etappe – in der Bildungstheorie des Deutschen Idealismus eine zentrale Rolle. Aufgeklärte Klassifikationen und Systembildungen erscheinen in deren Sicht als bloße „unorganische" Aggregationen von Wissen, die nun zwar nicht mehr von einem Konzept universaler Gelehrsamkeit her, wohl aber von dem Prinzip her kritisiert werden können, dass alle Kognition auf eine Idee der Einheit des Wissens müsse zurückbezogen werden können. Besonders prägnant hat das Schelling in seiner Vorlesung über den absoluten Begriff der Wissenschaft formuliert[6]:

> Von der Fähigkeit, alles, auch das einzelne Wissen, in dem Zusammenhang mit dem Ursprünglichen und Einen zu erblicken, hängt es ab, ob man in der einzelnen Wissenschaft mit Geist und mit derjenigen höheren Eingebung arbeite, die man wissenschaftliches Genie nennt.

Und weiter:

> Der besonderen Bildung zu einem einzelnen Fach muß also die Erkenntnis des organischen Ganzen der Wissenschaften vorangehen.

Jeder, der Wissenschaft „mit Geist" betreiben wolle, müsse sich eine Idee zu eigen machen, nämlich

[5] Artikel *Gens de lettres*, zitiert nach A. Selg/R. Wieland (Hgg.), *Die Welt der Encyclopédie*. Frankfurt/M. 2001, S. 181 (s. v. „Intellektuelle").

[6] F. Schelling, *Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums, erste Vorlesung*. In: E. Anrich (Hg.), Die Idee der deutschen Universität. Darmstadt 1956, S. 1–123, hier S. 8 f.

> die Idee des an sich selbst *unbedingten* Wissens, welches schlechthin nur Eines und in dem auch alles Wissen nur Eines ist, desjenigen *Urwissens*, welches nur auf verschiedenen Stufen der erscheinenden Welt sich in Zweige zerspaltend, in den ganzen unermeßlichen Baum der Erkenntnis sich ausbreitet. [Hervorhebungen P. S.]

Schellings Bild vom Baum der Erkenntnis und den immer feiner werdenden Verästelungen seiner Zweige, das ja keineswegs sein exklusiv eigenes ist, scheint in sich stimmiger als Du Bois-Reymonds Metapher vom Strom der Erkenntnis, welcher sich in kleine Rinnsale ergießt; diese Metapher lässt ja die Wasser des Wissens bergauf fließen. Die sich artikulierende Logik von Einheit und Differenzierung des Wissens ist indes hier wie da die nämliche. Dennoch gibt auch Schellings pathosgeladene Rede in ihrer Zweideutigkeit zu denken: Fordert sie tatsächlich, wer „mit Geist" wissen wolle, der müsse „das organische Ganze der Wissenschaften" in dem Sinne „erkennen", dass er das von ihnen gewonnene Wissen insgesamt inhaltlich überblicke, um dann je einzelnes Wissen damit ins Verhältnis zu setzen? Oder geht es hier vielmehr darum, dass jeder, der Wissenschaft betreibt, über eine „Idee", sagen wir: ein Konzept des Ganzen der Wissenschaften verfüge? Dann wäre Schellings Forderung die nach etwas, was man heute womöglich eine Wissenschaftstheorie nennen würde.

Ich lasse diese Frage hier offen. Sie zu beantworten würde eine genauere Analyse von Schellings auch wissenschaftspraktischen Schlussfolgerungen voraussetzen. Allerdings macht die Geschichte der Wissenschaften im 18. und 19. Jahrhundert deutlich, dass jedenfalls der Einheitsgedanke des Deutschen Idealismus die Ausdifferenzierung wissenschaftlicher Fächer keineswegs gebremst hat. Sie beschleunigt sich vielmehr gerade und vor allem im 19. Jahrhundert, und sie gewinnt mit der Entstehung der „positiven", betriebsförmig organisierten Laborwissenschaften eine neue Qualität.[7] Sollte es Schelling tatsächlich um eine inhaltliche Übersicht über das Ganze des Wissens gegan-

[7] Vgl. L. Boehm, *Wissenschaft – Wissenschaften – Universitätsreform*. In: *Berichte zur Wissenschaftsgeschichte* 1 (1978), S. 7–36.

gen sein, so hätte er dieses Konzept jedenfalls zu einem Zeitpunkt formuliert, da es längst unrealisierbar geworden war. Ja, womöglich ist der Eindruck nicht verfehlt, dass Schelling seinerseits von einer solchen Übersicht bei weitem zu entfernt ist, als dass es ihm hätte gelingen können, sein Leitbild so zu formulieren, dass man sich seine Verwirklichung – und sei es unter günstigeren Bedingungen – vorstellen könnte.

Auch insofern gehört Schelling in eine Entwicklung, die am Ende des 19. Jahrhunderts dann in eine Paradoxie führen wird: Mehr und mehr verselbständigt sich der Reflexionsdiskurs der Wissenschaften gegenüber der institutionellen Praxis von Forschung wie gegenüber den epistemischen Fragen der einzelnen Disziplinen. Und dieser Prozess schreitet voran, bis dann an der Wende zum 20. Jahrhundert der wissenschaftliche Metadiskurs seinerseits zu einer Spezialwissenschaft wird. Unter deren Bedingungen können die Fragen nach dem *Allgemeinen*, nach der Einheit von Wissen und Wissenschaften, allein noch von *Spezialisten* in wissenschaftlich akzeptabler Weise diskutiert werden.

Gut demonstrieren ließe sich das am Beispiel des Logischen Empirismus. Er stellt hohe, theoretisch und methodisch höchst spezialisierte Anforderungen an jede Analyse von Wissenschaft und verfolgt auf diesem Wege zugleich explizit das Ziel, deren verlorene Einheit zu restituieren; dies wäre eine vierte Etappe der hier skizzierten Geschichte des wissenschaftlichen Einheitsdiskurses. „Anfänglich", so heißt es in Otto Neuraths Programmschrift aus dem Jahre 1938,

> war die Philosophie so umfassend, daß sie alle wissenschaftlichen Disziplinen in sich vereinigte. Die sind nun alle abgespalten worden, zunächst die Physik, schließlich auch die Soziologie und Psychologie mit Rechts- und Morallehre. Die so nebeneinander bestehenden Wissenschaften kann man nun wieder zusammenfügen und im Rahmen des logischen Empirismus zur Einheitswissenschaft zu verknüpfen suchen.[8]

[8] O. Neurath, *Die neue Enzyklopädie*. In: ders., *Wissenschaftliche Weltauffassung*. Frankfurt/M. 1979, S. 120–131, hier S. 127.

Dieser Anspruch wird in einem werbenden Text zur Ankündigung der geplanten internationalen Enzyklopädie der Einheitswissenschaften formuliert. Indes kam es den Logischen Empiristen und ihrem umtriebigen Wissenschaftsorganisator Neurath keineswegs darauf an, dass *Die neue Enzyklopädie* – wie es die alte im 18. Jahrhundert auf klassifikatorisch-systematisierendem Wege versucht hatte – das gesamte positive Wissen ihrer Zeit an einem Ort, zwischen zwei Buchdeckeln versammle und fixiere. Es ging nun nicht mehr um Universal-, sondern um Einheitswissenschaft. Es ging den Logischen Empiristen darum zu demonstrieren, dass die verschiedensten wissenschaftlichen Disziplinen aneinander anschlussfähig sein können, wenn sie alle über eine gemeinsame Sprache verfügen. Die Beiträge zur Enzyklopädie der Einheitswissenschaften handeln von den Verfahren, dies zu ermöglichen, nicht von den Inhalten der speziellen Disziplinen. Rudolf Carnap treibt diesen Versuch mit seinem Verfahren zur Aufstellung eines Konstitutionssystems am weitesten voran und auch er streicht dessen Bedeutung für den Zusammenhang der Wissenschaften heraus:

> Nur wenn es gelingt, ein solches Einheitssystem aller Begriffe aufzubauen, ist es möglich, den Zerfall der Gesamtwissenschaft [ein Singular! P.S.] in die einzelnen, beziehungslos nebeneinander stehenden Teilwissenschaften zu überwinden.[9]

Einzelheit und Beziehungslosigkeit erscheinen hier als das Gleiche. Doch will (und kann) ich das Programm eines einheitswissenschaftlichen Begriffssystems nicht im Detail kritisieren. Von Belang ist der Wiener Kreis im hier verfolgten Zusammenhang vielmehr deshalb, weil sein Vorhaben paradigmatisch ist für die Struktur einheitswissenschaftlicher Programme und Hypothesen im ganzen 20. Jahrhundert und im Grunde bis heute. Sie unterscheiden sich von universalwissenschaftlichen Projekten des 18. und noch des 19. Jahrhundertsgrundsätzlich darin, dass es nicht mehr um eine irgendwie systematische Zusammenfassung allen Wissens geht, sondern vielmehr um den

[9] R. Carnap, *Der logische Aufbau der Welt* [1928]. Hamburg 1998, S. 2 f.

prinzipiellen Nachweis, dass Wissensbestände ganzer Disziplinen auf diejenigen anderer Disziplinen zurückgeführt, reduziert werden können. Und dies sollte es, wenn die einzelnen Reduktionsbeziehungen denn konvergierten, schließlich erlauben, alle Wissenschaften auf eine einzige zurückzuführen und bei Bedarf aus dieser heraus durch eine Folge von Ableitungsschritten auch wieder zu rekonstruieren.

Der Logische Empirismus war bekanntlich der Auffassung, dass die Reduktionsbeziehungen der Wissenschaften tatsächlich konvergieren, und zwar auf die Physik hin. Dieser ‚Physikalismus' wird – auf niedrigerem wissenschaftsphilosophischem Reflexionsniveau, aber darum nicht weniger wirkungsvoll – auch heute noch vertreten. Die *Dreams of a Final Theory* des Physiknobelpreisträgers Steven Weinberg wären dafür ein Beispiel, in denen es um die Suche nach „ultimativen Naturgesetzen" geht, die selbstverständlich physikalische sein und aus denen alle wissenschaftlichen Erklärungen „fließen" würden. Im Grunde ist es für solche Reduktionismen allerdings unerheblich, welche Disziplin man an den Anfang der Ableitungsbeziehungen setzt. Es muss nicht die Physik, es könnte, wie in manchen soziobiologischen Positionen[10], auch zum Beispiel die Evolutionstheorie sein.

Reduktionistische Thesen über die Einheit des Wissens und der Wissenschaften sind in den letzten Jahrzehnten vielfach und aus verschiedener Richtung angegriffen worden. Bisher konnte noch nicht einmal die Einheit auch nur der Physik plausibel nachgewiesen werden.[11] Überdies dürfte es bis auf weiteres unmöglich bleiben, die Wissensbestände der Biowissenschaften in eine mit klassischen physikalischen Theorien auch nur kommensurable und damit einer Reduktion wenigstens potenziell zugängliche Form zu bringen.[12] Auch ließe sich zeigen, dass alle

[10] E. O. Wilson, *Die Einheit des Wissens*. München 2000.

[11] Vgl. etwa N. Cartwright, *The Dappled World. A Study of the Boundaries of Science*. Cambridge 1999.

[12] Vgl. etwa J. Dupré, *The Disorder of Things. Metaphysical Foundations of the Disunity of Science*. Cambridge, MA, 1993.

bisherigen Versuche, reduktionistische Programme in den Geistes- und Kulturwissenschaften systematisch umzusetzen, den Preis der Ausklammerung alles dessen zu entrichten hatten, was an den Geistes- und Kulturwissenschaften belangvoll und näherer Untersuchung wert wäre.[13]

Sehr viel grundsätzlicher würde schließlich eine Kritik jener Annahmen verfahren, welche reduktionistische Programme von den epistemischen Zielen wissenschaftlicher Bemühungen hegen. Warum sollte man mit Steven Weinberg davon ausgehen, dass sämtliche Wissenschaften nach Erklärungen eines einzigen Typs suchen, eines Erklärungstyps, der Phänomene nach einem deduktiv-nomologischen Prinzip auf universale Naturgesetze zurückführt? Was spricht überhaupt dafür, Wissenschaft als Form allein der *Reduktion* von Weltkomplexität zu konzipieren? Und inwiefern sollte, selbst wenn man dies unterstellen wollte, für Komplexitätsreduktion allein die Bildung von Ableitungshierarchien einschlägig sein?

Derartige Fragen sind selbstverständlich rhetorische. Sie kritisieren, dass die Reduktionismen den tatsächlichen Funktionen wissenschaftlicher Erklärungen in den verschiedenen Fachgebieten nicht gerecht werden, weil sie übersehen, dass Erklärungen – epistemische Sachverhalte – immer Bearbeitungsformen von Problemen, Antworten auf Fragen sind, die – in gegebenen institutionellen Kontexten – von Personen gestellt werden oder die sich ihnen stellen.[14] Wenn das aber richtig ist, dann kann es gerade nicht nur *einen* Typ von Fragen und *einen* Typus von Antworten geben, die als wissenschaftlich zu bezeichnen wären. Vor allem nämlich – um noch einen Moment in der ehrwürdigen hermeneutischen Metapher von Frage und Antwort weiterzureden – stellt Wissenschaft Beziehungen zwischen höchst unterschiedlichen Fragen her und generiert sie aus der Untersuchung möglicher Antworten neue Fragen. Wissenschaft reduziert nicht

[13] Vgl. etwa O. Marquard, *Einheitswissenschaft oder Wissenschaftspluralismus?* In: ders., *Individuum und Gewaltenteilung*. Stuttgart 2004, S. 124–137.

[14] Vgl. etwa Ph. Kitcher, *Science, Truth, and Democracy*. Oxford 2001.

allein die Komplexität der Welt, sondern sie baut diese Komplexität auch auf.

3. Episteme und Institutionalität

Diese Kritik an einheitswissenschaftlichen Reduktionismen, mit der ich meinen kurzen Gang durch eine kleine Beispielreihe universal- und einheitswissenschaftlicher Konzepte beende, ist von einer allgemeineren zweigliederigen These getragen. Diese besagt erstens: Für wissenschaftliches Wissen gilt wie für jedes andere Wissen auch, dass es mit den Praxis- und Sozialformen seiner Produktion und Reproduktion keineswegs einfach identisch ist, auch wenn es von ihnen durchaus nicht leicht zu unterscheiden ist. Wissenschaft hat stets eine epistemische und eine institutionelle Seite. Auf die epistemische Seite gehören ihre kognitiven Prämissen, Rationalitätsformen, Theorien, Konzepte, Terminologien oder Erkenntnisse: Hier geht es um Wissen und Wahrheit im Modus von Verunsicherung und Zweifel. Auf der institutionellen Seite geht es um Wissensgeltung und Reputation, soziale Stabilität und Macht; hierher gehört die Gesamtheit der sozialen Rollen und Organisationsformen, der Kommunikationsmedien und Selbstsymbolisierungen, welche die Wissenschaft zur Verfügung stellt. Wenn man so unterscheidet, dann ergibt sich als zweiter Teil dieser These, dass jeder Versuch, die Einheit der Wissenschaften als Einheit bloß des wissenschaftlichen Wissens zu bestimmen, also die epistemische gegenüber der institutionellen Seite von Wissenschaft zu verabsolutieren, letztlich und zwangsläufig in ein reduktionistisches Wissenschaftsverständnis führt. Dieses muss davon absehen, dass es die Methoden, Hypothesen und Theorien der Wissenschaften nicht geben kann ohne deren Kommunikationen, Organisationen, Handlungsrollen und Subjekte. Und es kann daher dann auch über Leistungen, Funktionen, Ansprüche wissenschaftlichen Wissens nicht viel sagen.

Demgegenüber folge ich hier der am knappsten von Claude Bernard ausgedrückten Prämisse: „La science, c'est nous." Wissenschaft ist eine soziale Tätigkeit und als solche konstituiert sie

sich durch die Kommunikation über epistemische Gegenstände. Und diese Kommunikation unterliegt sich verändernden Bedingungen. So hat schon das schiere Größenwachstum der Wissenschaft bereits im 19. Jahrhundert dazu geführt, dass, was im Prinzip immer gilt, nun wissenschaftsorganisatorisch in neuer Weise belangvoll wird: dass die Einzelnen allein selektiv an dieser Kommunikation teilnehmen können. Sie müssen Kriterien der Relevanz von wissenschaftlichen Kommunikationen für ihre eigene Forschungstätigkeit herausbilden und sie knüpfen Kommunikationsnetze mit anderen, die ähnlichen Relevanzen folgen. So bilden sich kommunikative Einheiten der Selbstorganisation forschenden Handelns heraus – Einheiten, die dann als Disziplinen bezeichnet werden, wenn sie sich über Lehrstuhldenominationen, Fachzeitschriften, Konferenzen, Fachgesellschaften, Institute usw. institutionell so weit stabilisieren, dass man schon beim Eintritt ins Wissenschaftssystem zwischen ihnen sich entscheiden muss.

Für diese institutionelle Seite der Wissenschaften in ihrer disziplinären Differenzierung haben reduktionistische Einheitsbegriffe von vorneherein wenig Aufmerksamkeit. Was sollte es denn heißen können, dass Disziplinen als soziale Einheiten aufeinander ‚reduziert' werden? Ist an eine Hierarchie gedacht, die eine Disziplin in den Dienst einer anderen stellt? Geht es um eine gleichsam didaktische Ordnung, die Kenntnisse der einen Disziplin verlangt, bevor man sich diejenigen einer anderen aneignet, oder um die ‚Aufhebung' einer Disziplin in einer anderen? Die Pluralität der unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen, die Logik ihrer Ausdifferenzierung, die vielfältigen Beziehungen zwischen ihnen würden so oder so jedenfalls verfehlt.

Eine Alternative hierzu stellt der Versuch dar, die Einheit der Wissenschaften in Anerkennung ihrer disziplinären Differenzierung zu beschreiben als Resultat der Überlappung benachbarter Felder. Jeder Wissenschaftler, so lautet das Argument, könne die Relevanz von Fragestellungen und Einsichten benachbarter Disziplinen für seine eigene Arbeit einschätzen sowie auf deren

Ergebnisse zurückgreifen. Es gebe also Nachbarschaftsbeziehungen, und über deren Transitivität bilde sich letztlich ein Zusammenhang wissenschaftlicher Disziplinen heraus, der in seiner Gesamtheit die Einheit der Wissenschaft darstelle.[15] Ein solches Konzept lebt gewissermaßen von einer anti-essentialistischen Grundhaltung: Es ersetzt die Frage nach dem Wissenschaftlichen verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen, nach ihrer konstitutiven Gemeinsamkeit, durch die (begrifflich an Wittgenstein sich anlehnende) Beobachtung von Familienähnlichkeiten zwischen verschiedenen epistemischen Sprachspielen. So treten die Pluralität der wissenschaftlichen Disziplinen und ihre Relationen zueinander nicht schlecht hervor. Unbeantwortet bleibt indes die Frage, was eigentlich diejenigen vermissen, die sich um die Einheit der Wissenschaft Sorgen machen. Wenn fortschreitende disziplinäre Differenzierung eine unvermeidliche Reaktion auf Erkenntnisfortschritte, Expansion und Professionalisierung der Wissenschaften sowie auf steigende Außenanforderungen an sie darstellt: Ist es dann nichts als eine nostalgische Regression, sich in die Zeit unspezialisierter, für jeden einzelnen überschaubarer Wissenschaft zurück zu wünschen?

Meine These war, dass von Einheit der Wissenschaft nur dann sinnvoll gesprochen werden könne, wenn sie in ihrer epistemischen und zugleich in ihrer sozio-institutionellen Dimension bedacht werde. Wenn man aber so ansetzt, dann kann man auch sehen, dass Einheitskonzepte sozial als Schließungs- und Abgrenzungsmechanismen fungieren. Nicht überraschend daher, dass von der Einheit der Wissenschaft zumal dann die Rede geht, wenn die Unterscheidung von Wissenschaft und Nicht-Wissenschaft in Frage steht. Das Problem der Einheit der Wissenschaften in ihren Binnenverhältnissen stellt gewissermaßen ein Komplement jenes Problems der Außenabgrenzung von Wissenschaft dar, welches die Wissenschaftstheorie des 20.

[15] Vgl. M. Polanyi, *The Republic of Science*. In: *Minerva* 1 (1963), S. 54–73; D. Campbell, *Ethnocentrism of Disciplines and the Fish-Scale Model of Omniscience*. In: M. Sherif/C. W. Sherif (Hgg.), *Interdisciplinary Relationships in the Social Sciences*. Chicago 1969, S. 328–348.

Jahrhundert ja ausgiebig beschäftigte. Und das Beispiel des Wiener Kreises zeigt, dass beide Probleme, interner Zusammenhalt und externe Abgrenzung, auch auf dieselbe Weise bearbeitet werden konnten: Die Reduktion aller Wissenschaften auf eine Leitwissenschaft durch formal-logische Überführung der in ihnen verwendeten verschiedenen Sprachen ineinander würde einen einzigen Begriff von wissenschaftlicher Rationalität durchsetzen und gerade so zugleich auch alles Wissenschaftliche von dem amorphen Umfeld der Nicht-Wissenschaft trennen.

Diese Trennung hätte allerdings wiederum nicht allein eine epistemische, sondern gleichermaßen eine soziale Dimension: Wissenschaft ist ein Wertbegriff, dessen Inanspruchnahme mit weitreichenden sozialen Implikationen verbunden ist. Für die Geisteswissenschaften zum Beispiel ist es unter den wissenschaftskulturellen Bedingungen Kontinentaleuropas von erheblicher Bedeutsamkeit, als (so die Formel des Wissenschaftsrats:) Wissenschaften unter Wissenschaften gelten zu können. Das grundgesetzliche Freiheitsprivileg der Wissenschaft (Art. 5 Abs. 3 GG) gilt nämlich keineswegs für jedwede Erkenntnisbemühungen, sondern allein für diejenigen ‚*der*' Wissenschaft – mit eminent praktischen Folgen von der Struktur des tertiären Bildungssektors über diejenige der Forschungsförderung bis hin zu derjenigen der Akademien. Oder *ex negativo* belegt auch die Geschichte der Kampfformel ‚Pseudowissenschaft', wie sozial lohnend es sein kann, Zeit und Aufmerksamkeit in derartige Abgrenzungsarbeit zu investieren.[16]

Ihre rechtliche und politische Privilegierung machen unübersehbar, dass es für die Wissenschaften, bei aller epistemischen und institutionellen Differenziertheit ‚nach innen', außerordentlich wichtig ist, doch zugleich gegenüber der Gesellschaft und ihren nicht-wissenschaftlichen Funktionsbereichen, also ‚nach außen', auch als geschlossene Einheit sich zeigen zu können. Gelänge

[16] Vgl. die Beiträge in D. Rupnow [u. a.] (Hgg.), *Pseudowissenschaft. Konzeptionen von Nichtwissenschaftlichkeit in der Wissenschaftsgeschichte*. Frankfurt/M. 2009.

ihnen dies nicht, so müssten die Wissenschaften nämlich die Frage unbeantwortet lassen, was als ‚Wissenschaft' in den rechtlichen, finanziellen, sozialen Genuss verfassungsrechtlich begründeter Wissenschaftsprivilegierung kommen soll und was demgegenüber als ‚Pseudowissenschaft' von ihm ausgeschlossen wäre. Fortschreitende Ausdifferenzierung und Spezialisierung, die in den allermeisten Wissenschaftsbereichen durchaus unvermeidlich ist, stellt, so wird an dieser Stelle deutlich, soziopolitisch zugleich ein Problem dar. Seit der Ausbildung von Disziplinen ist Wissenschaft in wachsendem Maße ein dezentrales, pluralistisches System, und das hat, wie Rudolf Stichweh schreibt, nicht nur die Konsequenz, dass „*in* der Wissenschaft [...] jede Möglichkeit *supra-disziplinärer Kontrolle* [entfällt]", sondern auch diejenige, dass „*für* die Wissenschaft [...] die Möglichkeit [entfällt], sich im Außenkontakt durch einen *repräsentativen Sprecher* vertreten zu lassen."[17]

Auch diese epistemische Unmöglichkeit supra-disziplinärer Kontrolle und dieses institutionelle Manko, dass es keinen repräsentativen Sprecher geben kann, hängen freilich zusammen. Denn Wissenschaftlichkeit ist in der modernen Gesellschaft ja ein Rationalitätsideal, und es gehört zum Selbstverständnis derjenigen, die Wissenschaft betreiben, dieses Rationalitätsideal explizieren zu können als ein Konzept, das die Wissenschaft eint und sie von anderen – auch von anderen epistemischen – Praktiken trennt. Das verpflichtet keineswegs alle Disziplinen auf ein einheitliches epistemisches Ziel, wohl aber auf vergleichbare Leitvorstellungen darüber, wie die Weiterentwicklung wissenschaftlichen Wissens sozial betrieben werden könne. Und dazu gehören auch institutionalisierte ‚Haltungen': Offenheit für Kritik und Kooperation, die Bereitschaft, eine Disziplin weiterzuentwickeln, neue zu generieren oder alte aufzugeben. Robert K. Merton hat versucht, solche Haltungen, welche für die Rationalität von Wissenschaft als sozialem System konstitutiv sind, mit den vier Stichworten ‚Universalismus', ‚Kommu-

[17] R. Stichweh, *Zur Entstehung des modernen Systems wissenschaftlicher Disziplinen. Physik in Deutschland 1740–1890.* Frankfurt/M. 1985, S. 52 f.

nitarismus', ‚*disinterestedness*' (Distanz und Uneigennützigkeit) sowie ‚organisierter Skeptizismus' zusammenzufassen.[18] Weder die Angemessenheit solcher auf Habituelles zielender Leitideen noch die Möglichkeiten ihrer Durchsetzung diskutiere ich hier. Es kommt mir allein auf dieses an: Für das Selbstverständnis von Wissenschaft als jenem gesellschaftlich ausgezeichneten System, innerhalb dessen ein besonderer Rationalitätsbegriff gilt, ist es entscheidend, dass es nicht für unmöglich gehalten wird, diesen Rationalitätsbegriff zu explizieren. Und für das Selbstverständnis von einzelnen Disziplinen als wissenschaftlichen ist es entscheidend, dass diese Explikationsbemühungen ihrerseits nicht partikulare, sondern vielmehr Teil eines disziplinenübergreifenden Diskurses sind, welcher einer Vorstellung von wissenschaftlicher Rationalität zumindest als regulative Idee folgt.

Wenn dies aber richtig ist, dann kann man auch sagen: Wissenschaft als soziale Praxis braucht einen Einheitsbegriff – unabhängig davon, ob dessen Geltung intern unbestritten ist oder nicht. Sie braucht so etwas wie eine institutionelle Einheitsfiktion.[19] Für alle Nicht-Wissenschaft kommt Wissenschaft zunächst einmal im Singular vor.

4. Aktuelle Konfliktlagen und institutionelle Einheitsfiktionen

Disziplinäre Spezialisierungen setzen spätestens im 19. Jahrhundert ein; die Einheit von Wissen und Wissenschaft, ich deutete es an, war je schon Thema der Selbstbeobachtung von Wissenschaft. Sie ist ein kulturkritischer Topos. Wie jeder Topos macht

[18] Vgl. R. K. Merton, *Social Theory and Social Structure. Toward the Codification of Theory and Research.* Glencoe, Ill. 1949.

[19] Der Ausdruck verweist auf die ‚Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen (TAIM)', vgl. K.-S. Rehberg, *Weltrepräsentanz und Verkörperung. Institutionelle Analyse und Symboltheorien – Eine Einführung in systematischer Absicht.* In: G. Melville (Hg.), *Institutionalität und Symbolisierung. Verstetigungen kultureller Ordnungsmuster in Vergangenheit und Gegenwart.* Köln – Weimar – Wien 2001, S. 3–49, v. a. S. 9 ff.

auch dieser freilich nicht allein auf seine eigene Konventionalität aufmerksam, sondern gerade so zugleich auch auf die je gewandelten Umstände seines Gebrauchs.

In der Gegenwart sind diese Umstände unter anderem dadurch gekennzeichnet, dass auf der sozio-institutionellen Seite von Wissenschaft die eingespielten Formen der Einheitskonstitution gefährdet sind. Sie hatten sich mit der Entstehung von Disziplinen herausgebildet, mit welcher ja eine Schließung von Wissenschaft als sozialem System einhergegangen war. Denn als Untereinheiten des Wissenschaftssystems bestimmen sich Disziplinen dadurch, dass sie Relationen primär untereinander und erst sekundär mit anderen gesellschaftlichen Teilsystemen unterhalten. Durch Disziplinarisierung bildeten sich also ‚innere Umwelten' von Wissenschaft als deren primäre Orientierungsgrößen heraus. Einsamkeit und Freiheit von Wissenschaft, um eine berühmte Formel aus der Frühphase dieser Prozesse zu zitieren, ergaben sich daraus, dass der primäre Bezugsrahmen von Wissenschaft stets wiederum Wissenschaft war. Und in dieser Selbstbezüglichkeit steckte ein kritischer Alternativentwurf zu einem vorangegangenen, nämlich zum aufklärerischen Modell, das demgegenüber nichtwissenschaftliche Zwecke als die primäre Umwelt von Wissenschaft bestimmt hatte.[20]

Dieser Gegenentwurf gerät nun zunehmend selbst unter Druck – und zwar im Wege fortschreitender Vergesellschaftung von Wissenschaft, welche sich anscheinend im Maße wachsender Verwissenschaftlichung von Gesellschaft vollzieht. Die gesellschaftliche, ökonomische, auch die militärische Bedeutung von Wissenschaft wächst – eben darauf referiert ja das Schlagwort von der Wissensgesellschaft –, und damit geht einher, dass Wissenschaft im Gegenzug verstärkt externen Kräften ausgesetzt ist. In der Retrospektive der heutigen Gesellschaft war der Prozess fortschreitender disziplinärer Spezialisierung (und mithin: wachsender Selbstbezüglichkeit und ‚Autonomie') der Wissenschaft gewissermaßen *zu* erfolgreich, insofern er nämlich da-

[20] Vgl. Stichweh (wie Anm. 17).

zu geführt hatte, dass diese in ihrem Operieren eigene Kriterien der Entwicklung und Auswahl von Forschungsprogrammen zur Geltung bringt. Erwartet hingegen wird von Wissenschaft immer weniger, dass sie an ihren internen disziplinären Umwelten, vielmehr, dass sie vorwiegend an den externen Umwelten anderer gesellschaftlicher Teilsysteme sich orientiere. Die gesellschaftlichen Ansprüche an Wissenschaft lauten darauf, dass sie ihre Selbstbezüglichkeit reduziere; ‚Praxisbezug', ‚Transfer' und ‚Anwendbarkeit' sind Schlüsselbegriffe dieses Diskurses.

Die Kräfte der Vergesellschaftung von Wissenschaft wirken allerdings nicht nur einfach zentrifugal. Sie sind zugleich auch spannungsvoll mit der Erwartung verknüpft, dass Wissenschaft gleichwohl nach außen hin als Einheit sich zeige. Ihre nicht-wissenschaftlichen Umwelten erwarten von Wissenschaft nicht allein verwertbares Wissen als solches, sondern es kommt auch für diese Umwelten selbst darauf an, dass dieses Wissen ‚wissenschaftlich' sei, dass es sich also um das Wissen einer Wissenschaft handele, die als solche von Gesellschaft überhaupt durchaus unterschieden ist. Denn es geht nicht allein um die Richtigkeit und Relevanz jenes Wissens, sondern immer zugleich auch darum, dass es als ein ‚wissenschaftliches' eigene Geltungspotenziale besitzt, die von jenen anderen sozialen Handlungszusammenhängen angeeignet werden können. Wie sehr dies in Widerspruch geraten kann zur prinzipiellen Offenheit wissenschaftlicher Erkenntnis, das wird kaum irgendwo so deutlich wie im Feld der sogenannten wissenschaftlichen Politikberatung, deren Abnehmer stets erwarten, ‚die' Wissenschaft könne ‚mit einer Stimme reden' und eindeutige Antworten geben. Diese Erwartung produziert nämlich für die Wissenschaft offenkundig ein Dilemma: Sie muss entweder diese Offenheit um den Preis ihrer politischen Entscheidungs- und Legitimationskraft betonen oder umgekehrt ihr Wissen gegen ihren eigenen Begriff als definitiv inszenieren.

Die Spannungslagen von Wissenschaft und Gesellschaft müssen nicht sogleich als Ergebnis von Niedergangsgeschichten beklagt werden, etwa derjenigen vom Zerfall der Einheit der

Wissenschaft in für einander blinde Spezialbereiche oder derjenigen ihres Autonomieverlustes und ihrer ‚Ökonomisierung'. Wichtiger wäre es zunächst vielmehr, jene Kräftefelder zu beschreiben, in welchem die auf Einheit der Wissenschaften hinwirkenden Mechanismen auf neue, deren Desintegration befördernde Prozesse stoßen. Dabei kommen Veränderungen der Kommunikationslagen innerhalb der Wissenschaften ebenso in den Blick wie sich wandelnde Außenerwartungen an sie. Zumal die Spannungen zwischen diesen widerstreitenden Kräften sind es, die mir eine Diskussion über Begriff und soziale Realität von Wissenschaftseinheit eigentlich lohnend erscheinen lassen. An drei Beispielen lässt sich das kurz erläutern. Sie zeigen jeweils, wie die Veränderung gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und die Veränderung gesellschaftlicher Erwartungen an Wissenschaft die Einheit von Wissenschaft beeinflussen.

Ein erstes Beispiel kann die Sprache der Wissenschaft bieten. Wissenschaft setzt voraus, dass Erkenntnisansprüche der Kritik durch eine prinzipiell unbegrenzbare Gemeinschaft von Forschenden ausgesetzt werden. Sie ist Kommunikation über epistemische Gegenstände, für welche – nicht freilich ohne kennzeichnende Ausnahmen – ein Publizitätsimperativ gilt. Daher sind funktionierende Publikationsmedien für sie konstitutiv.

Nun hat sich allerdings, etwa auch aufgrund der immanenten Zwänge großmaßstäblicher Wissenschaftsadministration, an nicht wenigen Stellen die Annahme herausgebildet, alle Wissenschaft bediene sich gleichartiger ‚internationaler' Kommunikationskanäle. Es trügt allerdings der Schein, Wissenschaftsverwaltung und Wissenschaftspolitik, die sich an dieser Annahme ausrichten, beförderten damit die kommunikative Verdichtung. Denn keineswegs findet alle Wissenschaft in Form von *papers* in *Science* oder *Nature* statt, und sie darf es auch nicht: Konformitätsdruck ist in der Wissenschaft prinzipienwidrig, erst recht dann, wenn er nicht bloß Gleichförmigkeit der Publikationsformen, sondern auch Einförmigkeit der Publikationssprache zur Folge hat. Monolingualismus – der heutige englische nicht weniger als der frühere lateinische – operiert stets in der Spannung

von Inklusion und Exklusion. Die internationale Spracheinheit der ins Englische übersetzbaren oder immer schon auf Englisch sich artikulierenden Wissenschaft wird erkauft um den Preis der systematischen Benachteiligung jener wissenschaftlichen Diskurse, welche Sprachdifferenzen und die Schwierigkeiten ihrer Überwindung nicht umgehen können, sondern im Gegenteil als Bedingung der Möglichkeit ihres Komplexitätsaufbaus voraussetzen müssen. Dies aber ist überall dort der Fall, wo die Gegenstände wissenschaftlicher Forschung selbst wesentlich sprachlich konstituiert sind. Nichtreduktionistische Einheit von Wissenschaft kann daher ohne Vielfalt von Wissenschaftssprachen nicht gedacht werden.

Ein zweiter Prozess neben dem Trend zur Einheitssprache, welcher die Einheit der Wissenschaft gefährdet, ist die zunehmende Verwissenschaftlichung der Wirtschaft, mit welcher die Bedeutung wissenschaftlichen Wissens als marktwirtschaftlicher Wettbewerbsvorteil wächst. Zwar bleiben Energie, Arbeit und Kapital auch in sogenannt ‚wissensbasierten' Ökonomien entscheidende Produktionsfaktoren. Doch rücken zugleich wissenschaftliche Erkenntnisproduktion und ökonomische Neuerung immer näher zusammen.[21] Denn die größten wettbewerbsökonomischen Vorteile werden längst mit neuem Wissen erzielt, genauer gesagt: mit der Asymmetrie zwischen dem eigenem Wissen und dem Nichtwissen der Marktkonkurrenten. Und dies hat Folgen für die Einheit der Wissenschaft. Denn die ökonomische Relevanz ihres Wissens gerät unter diesen Bedingungen in direkten Konflikt mit ihrem Publizitätsimperativ.

Diesen Zielkonflikt hat man innovationspolitisch zwar mit der Unterscheidung von Entdeckung und Erfindung zu bearbeiten versucht: Entdeckt würden natürliche Phänomene und Naturgesetze, erfunden würden neue Produktionsprozesse und Produkte. Entdeckungen besäßen demnach keine Dimension direkter Anwendbarkeit und deswegen sei auch kein wirtschaftlicher Schaden zu befürchten, wenn sie sogleich in der wissenschaft-

[21] Vgl. M. Gibbons [u.a.], *The new production of knowledge*. London 1994.

lichen Öffentlichkeit zur Diskussion gestellt würden. An Erfindungen hingegen knüpften sich direkte Verwertungsinteressen, und um sie zu schützen gebe es das Rechtsinstitut des Patents. Indessen verschwimmt auf der einen Seite die Unterscheidung von Entdeckung und Erfindung, die ohnehin niemals epistemologisch trennscharf war, längst in auch praktisch relevantem Ausmaß[22]; die Kämpfe um die Patentierbarkeit von Genen und Organismen demonstrieren das eindringlich. Überdies können andererseits die Differenzen zwischen verschiedenen nationalen Patentrechtssystemen, welche sich auch als Ausdruck jeweiliger kultureller Eigentraditionen darstellen, durchaus beim strategischen Einsatz von Patenten im Kampf und internationale Marktpositionen ausgenützt werden: etwa um andere von Nutzungsmöglichkeiten fernzuhalten, die man selbst gar nicht realisieren möchte; etwa wenn man die langfristige Geheimhaltung von Erfindungen ihrer Patentierung vorzieht, weil letztere ohne Offenlegung nicht zu haben ist. Verwertungsinteressen und deren rechtliche Absicherung widersprechen also nicht selten dem wissenschaftlichen Publizitätsimperativ. Mit der wachsenden Verflechtung von Forschung und Ökonomie können deswegen Gefährdungen der Offenheit wissenschaftlicher Kommunikation einhergehen, das Risiko der Entstehung von Parallelwelten etwa, deren Abschottung nicht den Logiken disziplinärer Spezialisierung, sondern vielmehr ökonomischen Interessenlagen gehorcht.

Ein drittes aktuelles Bedingungsgefüge, das die Einheit der Wissenschaft gefährden kann, hängt damit zusammen, dass Wissenschaft in wachsendem Maße für gesellschaftlich steuerbar gehalten wird und dass damit eine Umstellung von internen auf externe Leistungsbewertungsverfahren sowie eine Überlagerung von ‚Reputation' als Steuerungsmedium durch ‚Geld' einhergeht. Beides lässt in neuer Weise parasitäre Verhaltensweisen als lohnend erscheinen. Zwar sind Fälschung oder Pla-

[22] Vgl. P. Weingart, *Die Stunde der Wahrheit?* Weilerswist 2001, S. 221 ff.; R. B. Laughlin, *Das Verbrechen der Vernunft. Betrug an der Wissensgesellschaft*. Frankfurt/M. 2008.

giat nicht erst mit der Möglichkeit in die Welt gekommen, durch Erhöhung des eigenen *Impact Factors* zugleich auch die persönlichen Bezüge zu verbessern. Doch verändert diese Möglichkeit die Motivationslagen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern entscheidend – mit beträchtlichen systemischen Risiken. Die Formen anonymisierter Arbeitsteilung, die vielfach für Wissenschaft charakteristisch und für ihren Erkenntnisfortschritt unverzichtbar sind[23], können nämlich auf Vertrauen in die Ernsthaftigkeit und Wahrhaftigkeit der Erkenntnissuche sowie auf Vertrauen in die institutionellen Mechanismen ihrer Sicherstellung nicht verzichten. Dieses Vertrauen aber würde mit wachsender Häufigkeit, gar regelmäßig auftretende Täuschungen nicht überstehen. Weniges wäre fataler, als wenn jener Verlust des gesellschaftlichen Vertrauens in die Wissenschaft, der zu einer Schärfung der Außenkontrolle geführt hat, auch eine interne Vertrauenskrise der Wissenschaft mit sich brächte.

Gegenwärtig versucht man dieses Risiko vor allem durch Normativität zu bearbeiten: Regeln guter wissenschaftlicher Praxis können allerdings allein dann funktionieren, wenn sie allgemein gelten. Und zu bedenken ist in diesem Zusammenhang nicht nur, dass, wie man spätestens seit Ludwig Wittgenstein wissen kann, keine Regel die Regelbefolgung zu erzwingen im Stande ist, sondern auch, dass es im modernen, ausdifferenzierten Wissenschaftssystem eben keine „supra-disziplinäre Kontrolle“ (R. Stichweh) geben kann. Um so wichtiger ist es – und erst recht in Zeiten zunehmend externalisierter und monetarisierter Leistungsbewertung –, dass hier plausibel unterstellt werden kann, die Regeln guter wissenschaftlicher Praxis würden im Wesentlichen eingehalten. Auch in diesem Sinne ist ihre Einheit eine für das Operieren der Wissenschaft unverzichtbare institutionelle Fiktion.

[23] Vgl. Polanyi (wie Anm. 15).

5. Schluss

Veränderungen der Rolle der Wissenschaft, der gesellschaftlichen Erwartungen an sie, Wandel ihrer Organisationsformen: All dies sind Herausforderungen von Begriff und sozialer Realität der Einheit der Wissenschaften, sind Gefährdungen und zugleich Verdeutlichungen ihrer Notwendigkeit. Man muss daher nicht nur fragen, wie sie theoretisch begründet, sondern auch, wie diese Einheit institutionell gesichert und weiterentwickelt werden kann.

Diese Frage führt auf die Akademie und die Universität. In ihnen manifestiert sich korporativ und organisatorisch diese Einheit der Wissenschaften: ihr Zusammenhalt! Akademie und Universität sind freilich längst keine Orte von Universalwissenschaft. Und Einheitswissenschaft kann in ihnen allein als Alternative zu pluralen Wissenschaftsalternativen begegnen. Aber die Einheit der Differenz der Wissenschaft*en*: Sie hat ihre institutionelle Form hier und nach wie vor nur hier; weder also in anderen Einrichtungen des tertiären Bildungssystems noch in den Instituten der außeruniversitären Forschung.

Dieser Sachverhalt verweist Akademie und Universität von vorneherein aufeinander. Und dies zwar ungeachtet dessen, dass jene gesellschaftlichen Entwicklungen sie in geradezu gegenläufiger Weise erfassen, welche die Einheit der Wissenschaften prekär werden lassen können. Die Universität ist Gegenstand schneller und tiefgreifender Umgestaltungsprozesse, in denen sich der Wandel des Verhältnisses von Wissenschaft und Gesellschaft massiv wie nirgends sonst manifestiert. Die Akademie hingegen wird nach wie vor in sehr viel geringerem Ausmaß zum Adressaten der Zuschreibung direkter gesellschaftlicher Funktionen. Weder indiziert diese Feststellung allerdings ihre gesellschaftliche Funktionslosigkeit, noch konzipiert sie die Akademie als Residualbezirk anderweit längst obsolet oder illusionär gewordener Wissenschaftsideale. Sie führt vielmehr auf die Einsicht, dass Gesellschaft und Wissenschaft gerade in dem Maße der Akademie bedürfen, in welchem die Universität unter dem wachsenden und direkter werdenden Druck sozialer Funk-

tionalitätsansprüche operiert. In der institutionellen Unterscheidung und gegenseitigen Bezogenheit von Universität und Akademie, so scheint mir, kann die Einheit der Wissenschaft nicht nur ihre institutionelle, sondern zugleich auch ihre epistemische Form gewinnen: Als Einheit der Verhandlung jener Differenzen der wissenschaftlichen Disziplinen, ohne welche Differenzen diese Disziplinen überhaupt nicht als solche konzipiert werden könnten.

Diese Einheit der Differenzverhandlung ist freilich etwas ganz anderes als die Interdisziplinaritätsrhetorik der Wissenschaftsadministrationen und sie ist das genau Gegenteil einer Einheitssehnsucht, welche sich nostalgisch zurückwendet auf jenen Zustand prä-disziplinärer Undifferenziertheit, der tatsächlich mit dem Entstehen der modernen Wissenschaften unwiederbringlich verlorenen gegangen ist.

FRANK-RUTGER HAUSMANN

Akademie und Totalitarismus im 20. Jahrhundert

Am Anfang soll zur Einstimmung in das Thema ein Zitat des französischen Lyrikers Paul Valéry stehen. Es ist einem Essay entnommen, den der Dichter zu Ehren des 300. Jahrestages der Gründung der Académie Française verfasst hat, der er selber angehörte:

> Auf dieser Welt gibt es viele Akademien. Alte, junge, unbekannte oder berühmte, staatliche oder private, man findet sie überall und von allen Sorten mit allem Zubehör – Archiven, Amtsräumen, Sekretären (meist lebenslänglichen), mit Preisen und Lorbeerkränzen, die sie verteilen sollen – mit allem, was nötig ist, um eine geschlossene Versammlung zu bilden, die selbst für ihren Nachwuchs sorgt, und in deren Mitte man Vorschläge und Reden austauscht, der Aufgabe der Akademie entsprechend.[1]

Diese Aussage ist nicht (nur) ironisch gemeint, sondern hat einen nicht zu übersehenden Realgehalt. Über „Akademie und Totalitarismus im 20. Jahrhundert" zu sprechen, überschreitet, wenn man darunter *die* Akademie(n) ganz allgemein und *den* Totalitarismus in seinen zahlreichen Ausprägungen versteht,[2]

[1] Paul Valéry, *Amt und Geheimnis der Académie Française*, Jena 1948, S. 7–8, zit. nach: Conrad Grau, *Berühmte Wissenschaftsakademien. Von ihrem Entstehen und ihrem weltweiten Erfolg*, Leipzig 1988, S. 10.

[2] Vgl. Rudolf Weber-Fas, *Das kleine Staatslexion: Politik, Geschichte, Diplomatie, Recht*, Frankfurt a. M. 2000 (stb 3082), S. 509: „**Totalitarismus**, ein politisches Herrschaftsprinzip, das alle Gebiete des individuellen, kulturellen, sozialen und ökonomischen Lebens dem absoluten, quasireligiösen Geltungsanspruch einer Ideologie unterwirft. Praktisch verkörpert sich der vorgebliche Gemeinwille in der Despotie einer Staatspartei (SED, KPdSU, NSDAP, Blockparteien, Marxismus-Leninismus, Orwell)."

das Vermögen eines einzelnen, vor allem in einem Abendvortrag oder Beitrag zu einem Sammelband. Beschränkung ist daher angesagt. Im Folgenden soll es ausschließlich um die deutschsprachigen Akademien der Wissenschaften im Nationalsozialismus und im DDR-Sozialismus gehen, wobei kleine Ausblicke auf die Verhältnisse im italienischen Faschismus und in der Sowjetunion sich wie von selbst ergeben. Die Akademien im Nationalsozialismus werden den Löwenanteil der Darlegungen ausmachen, da es hier am meisten zu differenzieren gibt. Das Feld ist weit: Meyers Lexikon vom Jahr 1936,[3] der so genannten „braune Meyer", nennt, nach den Daten ihrer Gründung geordnet, für die NS-Zeit die „Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin" (1700 [gegründet]/1711 [eröffnet]), die Bayerische zu München (1759), die Göttingische (1751), die Sächsische zu Leipzig (1846), die Heidelberger (1909) und die Wiener (1846), z. T. noch unter ihren alten Namen („Gesellschaft der Wissenschaften zu Göttingen" bzw. „Badische Gesellschaft der Wissenschaften"). Es sind dies die deutschsprachigen Akademien, die sich 1893–1911 zu einem Kartell zusammengeschlossen hatten („Internationale Assoziation der Akademien" [IAA]) und die am 13. Mai 1935 in die „Union Académique Internationale" (UAI) aufgenommen wurden, aus der sie seit deren Gründung im Jahr 1919 wegen der Ächtung Deutschlands als angeblichem Alleinverursacher des Ersten Weltkriegs ferngehalten worden waren. Der spätere Namenswechsel von Göttingen und Heidelberg erfolgte vermutlich, um sich dem Kartell anzupassen. Druck aus Berlin ist nicht auszuschließen.

Die zuvor genannten Akademien sollen im Zentrum der Betrachtung stehen. Die älteste deutsche Akademie, die Leopoldina zu Halle (1652), die dem Kartell nicht beitrat, wird ebenfalls einbezogen. Sie ist im „braunen Meyer" als eine der „Akademien für besondere Wissenschaften" aufgeführt. Aus chronologischen Gründen fehlt darin die erst 1940/1941 gegründete

[3] Achte Auflage. Erster Band (A-Boll), Leipzig 1936, col. 188–189.

„Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag", ein besonders interessanter „Fall", da es sich um die einzige nationalsozialistische Akademie-Neugründung im traditionellen Sinne handelt.[4] Prag war im Unterschied zu allen anderen deutschen Regionalakademien eine „Reichsakademie",[5] in seiner juristischen Stellung den so genannten Reichsuniversitäten Prag, Posen und Straßburg vergleichbar. Nicht betrachtet, da nicht kartelliert, werden die „Preußische Akademie gemeinnütziger Wissenschaften zu Erfurt" (1754), die „Oberlausitzische Gesellschaft der Wissenschaften zu Görlitz" (1779; 1990 neu begründet), die „Württembergische Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften" in Tübingen (1917–1919/41) und die „Königsbergische Gelehrte Gesellschaft" (1924), die die vorerwähnte Enzyklopädie ebenfalls unter dem Eintrag „Akademie" rubriziert. Ausgeschlossen aus unserer Betrachtung wird auch die am 5. Mai 1925 in München gegründete „Deutsche Akademie", die laut Satzung das Ziel verfolgte,

> alle aufbauenden Erscheinungsformen des deutschen geistigen Lebens zu pflegen und die Kulturbeziehungen zum Auslandsdeutschtum und zu den Völkern der Welt zu fördern.

[4] Andreas Wiedemann, *Die Reinhard-Heydrich-Stiftung in Prag* (1942–1945), Dresden 2000 (Berichte und Studien, 28), S. 90. Die Akademie war eng mit der Heydrich-Stiftung verbunden und gab mit ihr zusammen die Zeitschrift „Deutsche Volksforschung in Böhmen und Mähren" heraus. Ihr Vizepräsident Wilhelm Weizsäcker war zugleich Mitglied der Heydrich-Stiftung. Näheres bei Alena Míšková, *Die Deutsche (Karls-)Universität vom Münchener Abkommen bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges. Universitätsleitung und Wandel des Professorenkollegiums*, Prag 2007, S. 142–144 u. ö.

[5] Alena Míšková/Michael Neumüller (Bearbeiter), *Společnost pro podporu německé vědy, umění a literatury v Čechách (Němcká akademie věd v Praze). Materiály k dějinám a inventář archivního fondu – Die Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen (Deutsche Akademie der Wissenschaften in Prag). Materialien zu ihrer Geschichte und Inventar des Archivbestandes 1891–1945*, Praha 1994, S. 40–50.

Sie besaß wissenschaftliche Abteilungen, und zwar jeweils für Deutsche Geschichte, Deutsche Sprache, Literatur und Volkskunde, Deutsche Bildende Kunst und Musik, Deutsche Staats- und Wirtschaftskunde, später auch für Romanistik, Byzantinistik usw. Sie wird hier nicht betrachtet, weil es sich bei ihr in Anlehnung an und in Opposition zur Académie Française um eine Sprachakademie handelte, auch wenn sie später am aktiven Wissenschaftsbetrieb teilnahm.[6] Ähnliches gilt für die am 26. Juni 1933 in München gegründete und am 2. Oktober 1933 von Reichsjustizkommissar Hans Frank proklamierte „Akademie für Deutsches Recht", bei der es sich nicht um eine genuine Akademie handelte, sondern um eine Körperschaft, die vor allem neue Gesetze im Sinne der völkisch-rassistischen Staatsraison des NS-Staates ausarbeiten sollte.[7]

Deutschsprachige Akademien gibt es seit dem 17. Jahrhundert. Als Versammlungsort von Gelehrten haben sie auch oder gerade in Zeiten des Gottesgnadentums stets eine demokratisch-republikanische Grundstruktur gehabt, da im Bereich der Wissenschaft nicht Herkunft, Stand und Name, sondern allein Wissen und Können ausschlaggebend sein sollten und sind. Als von Menschen erdachtes Gefüge haben sich die Akademien im Verlauf ihrer Existenz zwar gewandelt und veränderten wissenschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Systemen angepasst, aber es gibt einige unaufhebbare Grundprinzipien, die sozusagen das Grundgesetz aller wissenschaftlichen Akademien bilden und immer und überall gelten. Sie sind in den Satzungen oder Statuten niedergelegt und haben, nimmt man die Zeiten von Diktatur und Totalitarismus aus, bis heute überdauert. Es handelt sich bei diesen Grundprinzipien, auf eine kurze Formel gebracht, um

[6] Eckard Michels, *Von der Deutschen Akademie zum Goethe-Institut. Sprach- und auswärtige Kulturpolitik 1923–1960*, München 2005 (Studien zur Zeitgeschichte, 70).

[7] Hans-Rainer Pichinot, *Die Akademie für Deutsches Recht: Aufbau und Entwicklung einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft des Dritten Reiches*, Kiel, Diss. iur., 1981.

1. die Unabhängigkeit von staatlicher Bevormundung bei gleichzeitiger Alimentierung durch den Staat, soweit nicht Stiftungs- und/oder von der Akademie eingeworbene Mittel zur Durchführung der wissenschaftlichen Aufgaben ausreichen,

2. das Recht auf Selbstverwaltung und Selbstergänzung nach vorausgegangenen freien und geheimen Wahlen und

3. die Zweckfreiheit der im Rahmen der Akademie betriebenen Forschungen. Wann immer diese Regeln auf staatlichen Befehl außer Kraft gesetzt oder doch erheblich eingeschränkt wurden, war die Substanz der Akademie(n) in Gefahr.

Diese Regeln (und Ausnahmen) gelten natürlich nicht nur für Deutschland. Im faschistischen Italien wurde 1929 auf Betreiben Mussolinis die zentrale „Accademia d'Italia" gegründet, in der am 8. Juni 1939 die ehrwürdige „Accademia dei Lincei" aus dem 17. Jahrhundert aufging. Mussolini vertrat die Meinung, die traditionellen Akademien seien Ausdruck einer abstrakten Kultur und den Aufgaben eines modernen Staates nicht gewachsen. Die Gründung der „Accademia d'Italia" leitete die Faschisierung bzw. Gleichschaltung der akademischen Welt Italiens ein. Durch Erlass vom 5. September 1938, der am 16. Oktober des gleichen Jahres Gültigkeit erlangte, wurden alle Juden aus den zahlreichen italienischen Akademien, allen voran aus der „Accademia d'Italia", entfernt.[8] Auf Einzelheiten kann hier nicht eingegangen werden, und es genügt festzustellen, dass analoge Regelungen wie in Deutschland, von denen wir sogleich hören werden, auch in Italien Platz griffen, vor allem soweit das Selbstergänzungsrecht betroffen war. Aufschlussreich ist, dass die „Accademia d'Italia", die 1944 nach dem Ende des Faschismus wieder geschlossen wurde, keine korrespondierenden Mitglieder, weder italienische noch ausländische, aufnahm. Die Mitgliedschaft, die ein hohes Prestige garantierte und auch mit

[8] Annalisa Capristo, *La politica antiebraica del fasciscmo*, in: Pier Giorgio Zunino (Hg.), *Università e accademie negli anni del fascismo. Atti del Convegno internazionale Torino, 11–13 maggio 2005*, Firenze 2008 (Fondazione Luigi Firpo, Centro di Studi sul pensiero politico, *Studi e Testi*, 30), S. 321–341, hier S. 325.

einer nennenswerten Aufwandsentschädigung verbunden war, war sehr begehrt.[9] Inwieweit sich die italienischen und deutschen Vorgänge wechselseitig beeinflusst haben, müsste im einzelnen untersucht werden.

Alle deutschsprachigen Akademien haben, selbst in Krisenzeiten, in Jahrbüchern, Jahresheften und Sitzungsberichten regelmäßig und öffentlich Rechenschaft über ihre Zusammensetzung und ihre Tätigkeit abgelegt. Eine Auseinandersetzung mit ihrer NS-Vergangenheit, die diesen Namen verdient, hat jedoch erst ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende begonnen. Nach dem Ende des „Dritten Reichs" hatten sich die meisten Akademien selber Entlastungszeugnisse ausgestellt, die das Gewesene beschönigten, z. B. Berlin und Göttingen. Der amtierende Präsident der „Preußischen Akademie der Wissenschaften", der Ägyptologe Hermann Grapow, verlas am 6. Juni 1945 einen Bericht, in dem es euphemistisch hieß:

> Die Akademie hat sich [...] den ständigen Wünschen des Reichsministeriums für Wissenschaft [...] gegenüber ablehnend verhalten und kein einziges seiner [sic!] ausländischen korrespondierenden Mitglieder gestrichen; ebenso wenig, wie die ausländischen jüdischen Mitglieder. Die Akademie hat stets als Grundregel befolgt, die Basis für die Wiederanknüpfung der wissenschaftlichen Beziehungen nach dem Krieg nicht zu zerstören. Sie hat auch ihre eigenen drei jüdischen ordentlichen Mitglieder im Jahr 1938 auf ministerielle Anforderung hin nicht ausgeschlossen.[10]

Wenn, wie zu zeigen sein wird, „jüdischen" Mitgliedern der Austritt „nahegelegt" wurde, kam dies praktisch einem Ausschluss gleich.

[9] Gabriele Turi, *Die Akademien im faschistischen Italien*, in: Wolfgang Fischer [u. a.] (Hg.), *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945*, Berlin 2000 (Interdisziplinäre Arbeitsgruppen – Forschungsberichte, 8) S. 351–372, hier bes. S. 367; ders., *Sorvegliare e premiare: l'Accademia d'Italia*, in: Zunino, *Università e accademie* (Anm. 8), S. 301-319.

[10] Peter Th. Walther, *‚Arisierung', Nazifizierung und Militarisierung*, in: Fischer, *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945* (Anm. 9), S. 87–118, hier S. 90, S. 88.

In Göttingen wurde der britischen Besatzungsmacht am 4. Juli 1945 mitgeteilt:

> Im übrigen aber ist es der Akademie gelungen, auch in dieser Zeit, im Gegensatz zu vielen anderen wissenschaftlichen Institutionen, die demokratische Selbstverwaltung aufrecht zu erhalten und die Einflußnahme anderer Autoritäten zu vermeiden.[11]

Erst mit Beginn der neunziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts wurde auf breiter Basis begonnen, die Vergangenheit der Akademien zu erforschen. Die entsprechenden Publikationen der Akademien in Berlin,[12] Göttingen,[13] Halle,[14] Heidelberg,[15] München[16] und Wien,[17] die sich mit ihrer NS-Vergangenheit

[11] Ernst Schubert, *Wissenschaftliche Unabhängigkeit und gesellschaftliche Verantwortung: Der Wandel von Leitbildern in der Geschichte der Akademie*. Vortrag, gehalten in der öffentlichen Sommersitzung am 12.05.2000, in: *Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften zu Göttingen*, Berlin 2001, S. 71–124, hier S. 120.

[12] Fischer, *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945* (Anm. 9).

[13] Schubert, *Wissenschaftliche Unabhängigkeit* (Anm. 11).

[14] Benno Parthier/Dietrich von Engelhardt, *350 Jahre Leopoldina – Anspruch und Wirklichkeit.* Festschrift der Deutschen Akademie der Naturforscher Leopoldina 1652–2002, Halle (Saale) 2002; darin insbesondere: Sybille Gerstengarbe/Eduard Seidler, *‚... den Erfordernissen der Zeit in vollem Ausmaß angepaßt.' – Die Leopoldina von 1932 bis 1945*, S. 227–262.

[15] Udo Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden. Die Heidelberger Akademie der Wissenschaften 1909-1949*, Heidelberg 1994 (Supplemente zu den Sitzungsberichten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Phil.-Hist. Klasse 8, 1994).

[16] Walther Meißner, *Die schwierige Lage der Akademie unter der nationalsozialistischen Regierung und der Wiederaufbau in den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Geist und Gestalt. Biographische Beiträge zur Geschichte der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, vornehmlich im zweiten Jahrhundert ihres Bestehens*, Bd. 1: Geisteswissenschaften, München 1959, S. 35–49; Monika Stoermer, *Bayerische Akademie der Wissenschaften*, in: Leopoldina-Symposion *Die Elite der Nation im Dritten Reich: das Verhältnis von Akademien und ihrem wissenschaftlichen Umfeld zum Nationalsozialismus* vom 9. bis 11. Juni 1994 in Schweinfurt/Deutsche Akademie der Naturforscher Leopoldina, Halle (Saale).

auseinandergesetzt haben, bilden zusammen mit den zuvor erwähnten Akademieberichten die Basis der vorliegenden Ausführungen. Archivrecherchen wurden nur in Ausnahmefällen angestellt. Trotz gewisser weißer Flecke (eine Dissertation zur Geschichte der „Sächsischen Akademie der Wissenschaften" zu Leipzig ist noch in Arbeit) liegt genügend Material vor, das eine Beurteilung der Veränderungen erlaubt, die die deutschsprachigen Akademien nach 1933 und noch einmal nach 1945 erfahren haben. Dabei können aus Platzgründen die regionalen Unterschiede nicht detailliert nachgezeichnet werden. Gewisse Verkürzungen müssen in Kauf genommen werden, doch lassen sich unschwer Gemeinsamkeiten feststellen, auch wenn der Altpräsident der Leopoldina, Heinz Bethge, anlässlich einer Podiumsdiskussion im Jahr 1994 die Meinung vertrat, es sei unmöglich, „diese oder jene Akademie in Bezug auf ihre Haltung zum Nationalsozialismus in ein Schema einzuordnen".[18]

Erst im Gefolge der deutschen Wiedervereinigung sind Verhältnisse zurückgekehrt, die sich mit dem *status quo ante* 1933 vergleichen lassen. Die verschiedenen Fassungen der einzelnen Akademiesatzungen können dabei als deutliche Seismographen der jeweiligen Veränderungen dienen. Leider gibt es bis heute keine Sammlung, die sie alle (oder die wichtigsten) abdruckte und diese Vergleichsarbeit erleichterte. Der für die Berliner

Wiss. Vorbereitung und Organisation: Eduard Seidler u. a., Leipzig-Berlin-Heidelberg 1995 (Acta historica Leopoldina, 22), S. 89–111; dies., „Die Akademie im ‚Dritten Reich'". Vortrag in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften am 27. Januar 2009. Vortragsreihe „Zwischen Aufklärung und Gegenwart. 250 Jahre Bayerische Akademie der Wissenschaften (http://www.badw.de/ aktuell/reden_vortraege/Reden_Texte/2009_01_27_ Stoermer_Vortrag.pdf).

[17] Franz Graf-Stuhlhofer, *Akademie der Wissenschaften in Wien*, in: Leopoldina-Symposion *Die Elite der Nation im Dritten Reich* (Anm. 16), S. 133–159; Herbert Matis, *Zwischen Anpassung und Widerstand. Die Akademie der Wissenschaften in den Jahren 1938–1945*, Wien 1997.

[18] Leopoldina-Symposion *Die Elite der Nation im Dritten Reich* (Anm. 16), S. 207.

Akademie vorliegende Band von Hartkopf und Wangermann könnte dafür als Vorbild dienen.[19]

Zitieren wir, um diese Eingangsbemerkungen zusammenzufassen, aus der in ihrer Freiheitsgarantie eindeutigen „Königlich-Bayerischen Verordnung der Münchener Akademie" von 1827, die nach dem Ende der Monarchie in die Satzung vom 18. Juli 1923 übernommen und den demokratischen Verhältnissen angepasst wurde. Die hier erwähnte staatliche Bestätigung wurde von den Monarchen und Staatsoberhäuptern, die sie vor 1933 ausübten, als eine Ehrenpflicht aufgefasst, die die Autonomie der Akademien nicht beeinträchtigte:

> V. Der Vorstand wird von sämtlichen ordentlichen Mitgliedern der Akademie aus ihrer Mitte durch Stimmenmehrheit gewählt, bedarf jedoch zur Ausbildung seines Amtes Unserer königlichen Bestätigung. [...]
> Der Vorstand wacht über die genaue Beobachtung der Statuten und die Erfüllung der Pflichten eines jeden Mitgliedes oder Angehörigen der Akademie. [...]
> VI. Die Klassen-Sekretäre werden aus den ordentlichen Mitgliedern jeder Klasse und von denselben durch Stimmenmehrheit gewählt; diese Wahl muss Uns jedesmal angezeigt werden, ohne jedoch Unserer Bestätigung zu bedürfen.
> VII. Die erste dermalige Ernennung der ordentlichen Mitglieder der Akademie wird unmittelbar von Uns ausgehen, für die Zukunft aber hat die Akademie ihre Mitglieder durch freie Wahl mit Vorbehalt Unserer jedesmaligen Bestätigung zu ersetzen. [...] Jeder, der künftig als ordentliches Mitglied der Akademie aufgenommen werden soll, muss der gelehrten Welt durch schriftstellerische Werke von anerkanntem Werthe oder durch wichtige Entdeckungen bekannt, von unbescholtenem Charakter und in München wohnhaft sein. Im Uebrigen ist die Wahl ganz frey, und die Mitglieder der Akademie können, unter den obigen Voraussetzungen aus der Klasse der Geistlichkeit, der Staatsdiener, des Militärstandes, der öffentlichen Lehrer an der Universität und Studien-Anstalten und der Privat-Gelehrten gewählt werden. Die Pflichten der ordentlichen Mitglieder

[19] Werner Hartkopf/Gert Wangermann, *Dokumente zur Geschichte der Berliner Akademie der Wissenschaften von 1700 bis 1900*, Heidelberg-Berlin-New York 1991.

> liegen unmittelbar im Zwecke der Anstalt, ihre wesentliche Verbindlichkeit besteht in thätiger Mitwirkung an den Arbeiten der Akademie und ununterbrochener Theilnahme an ihren Berathungen. Jedes Mitglied der Akademie hat bey seinem Eintritte in dieselbe eine von ihm verfasste, des Druckes würdige Inaugural-Abhandlung in öffentlicher Sitzung zu verlesen.[20]

Im „Bayerischen Gesetz- und Verordnungsblatt" erschien am 23. Januar 1936 als Reaktion auf die durch die Fortberufung des Akademiepräsidenten Leopold Wenger (1935) bedingten Neuwahlen eine Verordnung der nationalsozialistischen Reichsregierung, vom damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten Siebert gegengezeichnet, die diese Regelungen, die später zu den §§ 3 und 4 des Organisationsstatuts vom 18. Juli 1923 geworden waren, wie folgt veränderte und aus dem „Wahl"- und „Bestätigungs-" ein „Vorschlags-" und „Ernennungsrecht" machte:

> § 3 An der Spitze der Akademie steht der vom zuständigen Reichsminister aus der Reihe der ordentlichen Mitglieder ernannte Präsident. Die Akademie kann eine geeignete Persönlichkeit vorschlagen.
>
> § 4. Der zuständige Reichsminister ernennt für jede Abteilung aus der Reihe der ordentlichen Mitglieder zwei Sekretäre. Ist die Abteilung in Klassen gegliedert, so ernennt er für jede Klasse einen Sekretär. Der Präsident kann nach Anhörung der Abteilungen bzw. Klassen geeignete Persönlichkeiten vorschlagen.[21]

Die Münchener Akademie wurde somit zum Vorreiter der Akademiengleichschaltung. Zum besseren Verständnis sei daran erinnert, dass das „Preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung" unter seinem Minister Bernhard Rust, von Hause aus Studienrat und ehemaliger Gauleiter von Hannover, am 1. Mai 1934 mit einem zentralen „Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung" (meist als REM

[20] Zit. nach: Alexander Ecker, *Recht und Rechtsgeschichte in der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von 1759 bis 1827*, Diss. iur. Erlangen 2004, S. 186.

[21] Meißner, *Die schwierige Lage der Akademie* (Anm. 16), S. 35–49, hier S. 35.

abgekürzt) zusammengelegt worden war. Diesem neuen Reichsministerium wurden sämtliche Angelegenheiten, die das Erziehungs-, Unterrichts-, Bildungs- und Wissenschaftswesen NS-Deutschlands betrafen, unterstellt. Die noch bestehenden Länderministerien blieben zwar *pro forma* bestehen, um den alten Eliten eine gewisse Fortdauer des Föderalismus vorzugaukeln, verloren jedoch weitgehend ihre Entscheidungsbefugnis und wurden zu bloßen Mittelinstanzen und damit zu Erfüllungsgehilfen des Berliner Zentralministeriums. Immerhin ist anzumerken, dass die Ministerien für Kultus und Unterricht in Baden (Karlsruhe), Bayern (München) und Sachsen (Dresden) [hier werden nur Länder, die Sitz von Akademien waren, genannt] rudimentäre Zuständigkeiten für die Akademien in Heidelberg, München und Leipzig behielten, wohingegen Berlin, Göttingen und Halle sowie ab 1940 Prag und Wien vom REM „betreut" wurden, nachdem für Wien bis 1940 dem Reichsstatthalter eine gewisse Verantwortung zugestanden worden war und in Prag der Reichsprotektor eine starke Mitsprache besaß.[22]

Eduard Seidler hat das Verhältnis der Akademien zum und im Nationalsozialismus treffend als eine „Epoche des angepassten Überlebens" bezeichnet.[23] Diese Formulierung soll besagen, dass sich die Akademien, wo es nötig war, dem neuen Staat und seinen Forderungen anpassten, dass sie jedoch versuchten, ihre Unabhängigkeit so weit wie möglich zu bewahren. Dieses gelang ihnen immerhin, wie gesagt, bis 1936, in einigen Fällen sogar bis 1937/1938. Diese relative Ruhe erklärt sich dadurch, dass das REM lange herumexperimentierte, immer wieder neue Pläne entwarf und verwarf, um die außeruniversitäre Forschung Deutschlands neu zu organisieren. Erst nach der Konstituierung

[22] Matis, *Zwischen Anpassung und Widerstand* (Anm. 17), S. 21–22.
[23] Eduard Seidler, *Die akademische Elite und der neue Staat*, in: Leopoldina-Symposion *Die Elite der Nation im Dritten Reich* (Anm. 16), S. 17.

des ersten Reichsforschungsrates (RFR) 1937 wurden die Akademien zum Objekt gezielter ministerieller Politik.[24]

Die Akademien praktizierten (notgedrungen?) in der NS-Zeit ein doppeltes Sprechen. Ihre Amtsträger bekannten sich in ihren Rechenschaftsberichten zum NS-Staat, doch in den Sitzungen konzentrierten sich selbst ideologische Hardliner auf die Diskussion wissenschaftlicher Sachprobleme. Als Probe einer zeitüblichen Anpassungstirade sei der Göttinger Akademiepräsident Friedrich Karl Drescher-Kaden, ein anerkannter Geologe, zitiert. Er wurde 1941 an die Reichsuniversität Straßburg berufen und trat dadurch in die Heidelberger Akademie über. Im „Jahresbericht der Göttingischen Akademie" für 1939/1940 ließ er verlauten:

> Der deutsche Soldat draußen schützt die geistige Arbeit, er ermöglicht dem Forscher, seine Gedanken zu verwirklichen, der Forscher seinerseits schafft an dem Rüstzeug des Soldaten und an der geistigen Heimat aller Deutschen [...] Wir stehen voll Stolz vor der ruhigen Größe ihrer Gemeinschaftsarbeit, die mitten in einem uns aufgezwungenen Daseinskampf, der über das Geschick von Generationen unseres Volkes entscheidet, jedem seinen Platz anweist. Die Deutschen Gelehrten Gesellschaften werden sich bemühen, ihn mit Ehren auszufüllen. Unser Gedenken und heißen Wünsche aber gelten dem, der das härtere und schönere Los zog, dem Deutschen Soldaten *und* dem, der die Arbeit des Geistes und des Schwertes einsetzte zur Gewinnung des Reiches aller Deutschen, dem Führer.[25]

Diese Art martialischer Rhetorik verstärkte sich noch gegen Kriegsende, als sich der „totale Krieg" abzeichnete und am 18. Februar 1943 von Joseph Goebbels offiziell ausgerufen wurde. Jetzt rückten, wie Drescher-Kadens Nachfolger proklamierte, die Kriegsumstände „die Arbeit des schaffenden Menschen" in

[24] Peter Th. Walther, *‚Arisierung', Nazifizierung und Militarisierung*, in: Fischer, *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945* (Anm. 9), S. 87–118, hier S. 90.

[25] Friedrich Karl Drescher-Kaden, *Die Tätigkeit der Akademie der Wissenschaften im Jahre 1939/1940,* in: *Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften in Göttingen (Societät der Reichsakademien) für das Geschäftsjahr 1939/40*, Göttingen 1940, S. 5–12, hier S. 12.

den Vordergrund der Beobachtung; „die hinter ihm stehende unentbehrliche Arbeit des schöpferischen *Geistes*“ müsse demgegenüber zurücktreten bzw. aus guten Gründen (Geheimnisschutz) der öffentlichen Beachtung entzogen werden.[26]

Die am 15. Dezember 1938 verabschiedete und am 8. Juni 1939 vom REM genehmigte neue Satzung der Preußischen Akademie, die die vorher erwähnten, bereits zweieinhalb Jahre zuvor für München angeordneten Bestimmungen bestätigte und vertiefte, wurde zum Modell für alle deutschen Akademien und verankerte das „Führerprinzip“ reichsweit.[27] Wenn dieser Schritt relativ spät erfolgte, so geschah dies nicht zuletzt mit Rücksicht auf die zahlreichen ausländischen Mitglieder in den diversen Akademien (vor allem Berlin und Halle), die man nicht verprellen wollte, wohl aber auch, weil die Akademien als Körperschaften des öffentlichen Rechts keine staatlichen Einrichtungen waren und rechtliche Selbständigkeit besaßen. Da die meisten deutschen Akademiemitglieder Hochschulprofessoren waren, waren sie allerdings, soweit sie jüdischer Abstammung oder sonstwie dem Regime missliebig waren, bereits durch das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933, das Reichsbürgergesetz vom 15. September 1935 sowie das „Deutsche Beamtengesetz“ vom 26. Januar 1937 (Nichternennung bzw. Entlassung „nichtarisch versippter“ Beamter laut § 25) aus ihren Ämtern vertrieben worden und viel-

[26] Hermann Kees, *Die Wissenschaftlichen Arbeiten der Akademie im Jahre 1942/43*, in: *Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften in Göttingen ... 1942/43*, Göttingen 1943, S. 7–13, hier S. 7.

[27] Vgl. z. B. die Göttinger Satzung, abgedruckt ebd., S. 76–83. Sie unterscheidet sich von denen der übrigen Akademien allein dadurch, dass der entsprechende Ortsname eingefügt wird. Sie wurde vom REM am 17.7.1939 genehmigt. Gleichzeitig wurde der neue Göttinger Name an Stelle des alten („Gesellschaft der Wissenschaften in Göttingen“) genehmigt. Die Akademie hieß jetzt offiziell „Akademie der Wissenschaften in Göttingen (Societät der Reichsakademie)“.

fach bereits emigriert.[28] Dies betraf auch die wissenschaftlichen Mitarbeiter der Akademien.[29]

Die Akademien waren vorgewarnt, dass ihre Autonomie bedroht war. Offene Angriffe erfolgten zunächst durch nationalsozialistische Professoren, die, wie der zeitweilige Heidelberger Rektor Ernst Krieck, aufgrund ihrer umstrittenen wissenschaftlichen Leistungen keine Chance hatten, in eine Akademie gewählt zu werden. Krieck wollte die Akademien durch nationalsozialistisch geführte Einrichtungen, insbesondere die Dozentenakademien, ersetzen. Berüchtigt ist sein Aufsatz „Unter den Linden" aus dem Jahr 1937, in dem er die Akademien als „versteinerte Denkmäler einer untergegangen Zeit", als „dürre Bäume", die gerodet werden müssten, verhöhnte und bemängelte, sie hätten noch keinerlei Zeichen vom Bewusstsein gegeben, dass auch sie an der Schwelle der neuen Zeit stünden und eine Erneuerung „von Grund auf" in Angriff nehmen wollten.[30] Aber auch parteigebundene Studenten und Dozenten taten sich mit Polemiken gegen die Akademien hervor. In dem Blatt „Der Heidelberger Student" wurde, zeitgleich mit Krieck, die „liberalistische" Grundhaltung der Akademie, angeblich Folge einer „restlosen Verseuchung mit Juden", angeprangert und folglich eine „rest-

[28] Die einschlägigen Gesetzestexte finden sich bei Ingo von Münch (Hg.), *Gesetze des NS-Staates. Dokumente eines Unrechtssystems. Zusammengestellt von Uwe Brodersen. Mit einer Einführung von Ingo von Münch*, Paderborn [u. a.] [3]1994 (TB 1790), hier Nr. 5 u. 64–66. – Der Gesamttext des „Deutschen Beamtengesetzes" (1937) findet sich unter: http://www.verfassungen.de/de/de33-45/beamte37.htm.

[29] Vgl. z. B. *Die im Dritten Reich entrechteten und vertriebenen Mitglieder der Heidelberger Akademie der Wissenschaften. Biographische Porträts.* Hg. von der Heidelberger Akademie der Wissenschaften, Heidelberg 2009, S. IX, 32–34 (Hinweise auf den bekannten Philosophiehistoriker Raymond Klibansky).

[30] Ernst Krieck, *Unter den Linden. Eine zeitgemäße Frage an die Akademien*, in: *Volk im Werden* 1937, S. 54 f.; Wennemuth, Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden (Anm. 15), S. 481; Conrad Grau/Wolfgang Schlicker/Liane Zeil, *Die Berliner Akademie der Wissenschaften in der Zeit des Imperialismus*, Berlin 1979 (*Studien zur Geschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR*, Bd. 2/III), S. 62.

lose Säuberung" von „Juden und Judenfreunden" bei gleichzeitigem festen Einbau in die nationalsozialistische Hochschule gefordert.[31] Derartige Angriffe sollten offenbar die staatlichen Eingriffe vorbereiten und wurden immer wieder erneuert. Besonders deutlich ist ein Brief, den der im Krieg gefallene bayerische Gaudozentenbundführer Dr. Otto Hörner am 18. März 1940 an den Präsidenten der Bayerischen Akademie, den Historiker Karl Alexander von Müller, richtete:

> Die ‚Bayer. Akademie der Wissenschaften' in ihrer heutigen Gestalt ist eine wissenschaftliche Vereinigung, die sich zwar im Ausland mehr als im Inland eines gewissen Ansehens erfreut, aber innerhalb des kulturpolitischen Gefüges der Hauptstadt der Bewegung als letzter Hort vergangener Zeiten und damit der Reaktion bezeichnet werden muß. An ihrer Spitze steht ein Parteigenosse als Präsident, regiert jedoch wird sie von einer kleinen, sozial durch Höchsteinkommen eindeutig bestimmten Gruppe von Geheimräten, die schon vor der Machtübernahme sich als Über-Fakultät und Über-Akademie in der Form des zwölfköpfigen sog. ‚Kyklos' tarnte und von diesem Zirkel aus eine unsichtbare, dafür aber umso wirkungsvollere Personalpolitik betrieben.[32]

Mochten Krieck, Hörner u. a. zwar wissenschaftliche Leichtgewichte sein, sie verfügten über gewissen Einfluss und ihre Angriffe wurden in Berlin (gern) gehört.

Die 1938 vom REM erlassene Rahmensatzung bedeutete die „Gleichschaltung" der Akademien als einer der letzten wissenschaftlichen Einrichtungen. Der Begriff „Gleichschaltung" stammt ursprünglich aus der Elektrotechnik und wurde von Reichsjustizminister Gürtner mit der Formulierung des „Vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich" (31. März 1933) auf die Politik übertragen.[33] Er umfasst zu-

[31] Wennemuth, in: Leopoldina-Symposion *Die Elite der Nation im Dritten Reich* (Anm. 16), S. 117.
[32] Stoermer, *Bayerische Akademie der Wissenschaften* (Anm. 16), S. 101.
[33] Cornelia Schmitz-Berning, *Vokabular des Nationalsozialismus*, Berlin [u. a.] ²2007, S. 277–280 („Gleichschaltung"). Wortlaut des Gesetzes in: von Münch, *Gesetze des NS-Staates* (Anm. 28), Nr. 11, S. 38–40.

gleich eine politische wie eine weltanschauliche Komponente. Die politische „Gleichschaltung" implizierte die Aufhebung des organisatorischen Pluralismus durch Anpassung der vorgefundenen Strukturen bestehender Institutionen an das nationalsozialistische Führerprinzip bei gleichzeitiger Eliminierung „volksfremder" und regimekritischer Personen; die ideologische bewirkte die Ausrichtung aller Einzelwissenschaften auf ein völkisch-rassisches Prinzip.

Für die Akademien bedeutete die „Gleichschaltung"

1. die Unterstellung unter die Dienstaufsicht des „Reichsministerium[s] für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung" (REM),
2. die Durchsetzung des Führerprinzips,
3. die Anwendung der diversen Rassen- und Beamtengesetze,
4. die verstärkte Zuwahl von Parteimitgliedern,
5. den Parteibeitritt bereits gewählter Mitglieder und
6. eine völkisch-rassische Ausrichtung erstmals in Angriff genommener oder bereits laufender Forschungsprojekte, wobei angewandte oder wenigstens in beiden Klassen verankerte Projekte den Vorrang vor den rein geisteswissenschaftlichen haben sollten.

Diese neuen forschungspolitischen Zielvorgaben lassen sich unter die Überschriften West-, Ost-, Südost- und Kolonialforschung bzw. Rüstungsforschung, Waffentechnik und Wehrhaftmachung, Autarkiesteigerung sowie Eugenik subsumieren. Jüdische und sonstwie dem NS-Regime aus politischen und weltanschaulichen Gründen missliebige Akademiemitglieder, die die Akademie noch nicht freiwillig verlassen hatten, wurden hinauskomplimentiert. Im Jahr 1940 beauftragte das REM die Deutschen Botschaften in Washington, Rom, Moskau und Madrid bzw. die Gesandtschaften in Helsinki, Athen und Stockholm sowie das Generalkonsulat in Zürich herauszufinden, ob auswärtige korrespondierende Mitglieder „nichtarischer" Abstammung seien. Dabei stellte sich z. B. heraus, dass von den sechs

Ergänzend auch Nr. 13 („Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" vom 30. Januar 1934), ebd., S. 43–44.

dänischen Göttinger Mitgliedern zwei, Niels und Harald Bohr, „Halbjuden“ seien.[34] Mit derartigen Ausgrenzungsmaßnahmen korrelierte die Zuwahl von politisch gewollten Kandidaten, die nicht (immer) die nötige Qualifikation mitbrachten. Dennoch wurden die wissenschaftlichen Standards nur ausnahmsweise, sozusagen als Konzession an die Machthaber, die den Wahlakt als solchen nicht antasteten, außer Kraft gesetzt. Dies entsprach letztlich dem Prinzip des „Doppelstaates“,[35] einem Nebeneinander überkommener gesetzlicher Strukturen und nationalsozialistischer Neuerungen, wobei die letzten die ersten langfristig ersetzen sollten.

Die Akademien haben sich, wenn überhaupt, durch Hinhalten und Wegducken gegen die nationalsozialistischen Eingriffe gewehrt; ihr Handlungsspielraum war, zugegebenermaßen, klein, wollten ihre Amtsträger den Bestand und das Wesen der Akademien bewahren. Aber es war feige, diesem Prinzip die Rechte einzelner Mitglieder und bestimmter Gruppen zu opfern. Ob man dies nun als Anpassung oder als aktives Mitläufertum und Kollaboration bezeichnet, ist Ansichtssache. Im Folgenden sollen die Konsequenzen dieser Konzessionen anhand prominenter Beispiele besprochen werden.

Albert Einstein, seit 1913 ordentliches Mitglied der „Preußischen Akademie der Wissenschaften“, hatte sich während einer USA-Reise im Frühjahr 1933 besorgt über die Entwicklung in Deutschland geäußert und Toleranz, Freiheit und Gleichheit als Bedingungen für ein menschenwürdiges Leben und Arbeiten beschrieben. Dies wurde, ergänzt um eine ähnlich lautende Stellungnahme auf einem Empfang in New York, in der internationalen Presse zitiert und führte in Deutschland zu hektischen Aktivitäten. Minister Rust forderte zunächst die „Preußische Akademie der Wissenschaften“ auf, falls die Presseberichte

[34] Schubert, *Wissenschaftliche Unabhängigkeit* (Anm. 11), S. 117.

[35] Ernst Fraenkel, *Der Doppelstaat: Recht und Justiz im „Dritten Reich.* [Aus d. Amerikan. rückübers. von Manuela Schöps in Zusammenarbeit mit d. Autor]. Ungekürzte Ausg., Frankfurt a. M. 1984 (Fischer-Taschenbücher, 4305).

stimmten, ein Disziplinarverfahren gegen Einstein einzuleiten. Der Gelehrte kam diesem Verfahren durch seinen freiwilligen Austritt mit einem Schreiben vom 28. März 1933 zuvor. Darin teilte er mit, nachdem er sich für die bisherige Förderung bedankt und auch die positiven menschlichen Beziehungen herausgestrichen hatte:

> Die durch meine Stellung bedingte Abhängigkeit von der Preußischen Regierung empfinde ich aber unter den gegenwärtigen Umständen als untragbar.[36]

Max Planck gab als Vorsitzender Sekretar der naturwissenschaftlichen Klasse zwar eine Ehrenerklärung für ihn ab, indem er ihn nicht nur *einen* unter vielen hervorragenden Physikern, sondern *den* Physiker schlechthin nannte und ihn mit Johannes Kepler und Isaac Newton verglich, aber Einsteins Schritt war irreversibel, die Verletzung tief, wenngleich er den Vorgang zunächst in einem Gedicht parodierte:

> Euer Briefchen fein und zart
> Klang so traut nach deutscher Art.
> Weil ich nichts wollt' schuldig bleiben
> Tat ich diese Verschen schreiben:
> ...
> Froh in hoher Halle wohnen
> Glücklich wir, die Epigonen.
> Bleibt der Geist auch meistens fort,
> Fehlt doch nie das große Wort
> ...
> Wer da Greuelmärchen dichtet,
> Grimmig wird von uns gerichtet.
> Wenn er gar die Wahrheit spricht,
> Dann verzeihen wir's ihm nicht.[37]

[36] Rolf Winau, *Die Preußische Akademie der Wissenschaften im Dritten Reich*, in: Leopoldina-Symposion *Die Elite der Nation im Dritten Reich* (Anm. 16), S. 75–88, hier S. 77.
[37] Winau, in: Leopoldina-Symposion *Die Elite der Nation im Dritten Reich* (Anm. 16), S. 78.

Einstein hat deutschen Boden nie wieder betreten. Die Akademien in München, und Göttingen, deren korrespondierendes Mitglied er war, legten ihm den Austritt ebenfalls nahe bzw. strichen seinen Namen wie in Halle, wo er das erste Akademiemitglied der Leopoldina war, dem dieses Unrecht 1933 widerfuhr.[38] Im Jahr 1946 setzte sich der bekannte Münchener Physiker Arnold Sommerfeld mit Einstein in Verbindung und sondierte die Möglichkeit seiner Rückkehr in die „Bayerische Akademie der Wissenschaften". Er erhielt zur Antwort, der Adressat freue sich zwar sehr über Sommerfelds Brief nach all den finsteren Jahren und sei froh, dass der Schreiber zu den aufrechten Deutschen gehört habe, die dem Nationalsozialismus widerstanden hätten. Aber:

> Nachdem die Deutschen meine jüdischen Brüder in Europa hingemordet haben, will ich nichts mehr mit Deutschen zu tun haben, auch nichts mit einer relativ harmlosen Akademie. Anders ist es mit den paar Einzelnen, die in dem Bereich der Möglichkeit standhaft geblieben sind.[39]

Einstein wurde, wohlgemerkt, (noch) nicht als Jude drangsaliert, wenngleich seine Abkunft durchaus eine Rolle spielte, sondern als Demokrat und Pazifist. Gezielte Schritte gegen die jüdischen Akademiemitglieder erfolgten erst auf einen Erlass Reichsminister Rusts vom 8. Oktober 1938 hin, in dem er forderte, Akademiemitglieder dürften nur noch deutsche Reichs-, d. h. „Staatsangehörige deutschen oder artverwandten Blutes", und keine bloßen Staatsbürger sein. Die Preußische Akademie erklärte sich bereit, ihre Satzung entsprechend zu überarbeiten, die noch im Oktober dem REM vorgelegt und am 9. Juni 1939 genehmigt wurde. Sie setzte sich zum Ziel,

[38] Gerstengarbe/Seidler, *,... den Erfordernissen der Zeit in vollem Ausmaß angepaßt.'* (Anm. 14), S. 239.
[39] Stoermer, *Bayerische Akademie der Wissenschaften* (Anm. 16), S. 108.

> dem Deutschen Volke zu dienen, deutsche Art und Überlieferung in der Wissenschaft zu wahren und die Weltgeltung der deutschen Forschung zu fördern" (§ 1, Abs. 1).[40]

An diesem Passus ist bemerkenswert, dass er in der sonst fast vollständig vom REM gebilligten Vorlage der „Preußischen Akademie der Wissenschaften" noch den Zusatz „im Bereich der reinen Forschung" enthalten hatte, den das REM aber tilgte, so dass ab sofort die bis dahin aus der Akademie so weit wie möglich ferngehaltenen angewandten Wissenschaften (Medizin, Technik, Genetik, Rechtswissenschaft usw.) an Bedeutung gewannen.[41]

[40] *Jahrbuch der Preußischen Akademie der Wissenschaften Jahrgang 1939*, Berlin 1940, S. 7-14, hier § 5 a): „‚Ordentliche Mitglieder' können angesehene Gelehrte werden, die Reichsbürger sind oder die innerhalb des Reiches wohnen und die Voraussetzungen für den Erwerb des Reichsbürgerrechts nach deutschem Recht erfüllen" (S. 8). Abs. c) enthält analoge Vorschriften für „Ehrenmitglieder". Dieser Text fehlt eigenartigerweise bei Hartkopf/Wangermann, *Dokumente* (Anm. 19). Dort findet sich zwar der Erlass des REM vom 8.10.1938 (Nr. 109, S. 438) mit der Antwort der Akademie vom 26.10.1938 (Nr. 110, S. 439–440), aber nicht der Wortlaut der genehmigten Fassung. Die Akademie verpflichtet sich, „1. daß hinsichtlich der Gesamtvertretung und Leitung der Akademie das Führerprinzip durchgeführt wird, 2. daß für die ordentlichen Mitglieder die Erfordernis der Eigenschaft als Reichsbürger auch satzungsgemäß festgelegt wird, (wobei wir bemerken, dass etwaige nicht reichsdeutsche ordentliche Mitglieder jedenfalls der Abstammung nach den für Reichsbürger bestehenden Anforderungen genügen müssen), 3. daß die räumlichen Beschränkungen hinsichtlich des Kreises der ordentlichen Mitglieder den heutigen Verhältnissen entsprechend ausgeweitet werden, 4. daß die Wahl aller Mitglieder der Akademie der Bestätigung des Herrn Reichsministers für Wissenschaft unterliegt, also auch hinsichtlich der korrespondierenden Mitglieder, deren beabsichtigte Wahl vor der Bekanntgabe an den zu den Ernennenden dem Herrn Reichsminister zur Bestätigung mitzuteilen ist" (ebd., S. 440).

[41] Burghard Ciesla, *Abschied von der ‚reinen' Wissenschaft. ‚Wehrtechnik' und Anwendungsforschung in der Preußischen Akademie nach 1933*, in: Fischer, *Die Preußische Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1914–1945* (Anm. 9), S. 483–513, hier, S. 487.

Die von Juristen erdachte subtile Trennung in Reichs- und Staatsbürger, die auch die anderen Akademien praktizierten, praktizieren mussten, war durch die sogenannten Nürnberger Gesetze vollzogen worden. Diese gestanden den jüdischen Deutschen nur noch den Status von weitgehend rechtlosen „Staatsbürgern" zu und reservierten das Recht zur Ausübung von Ämtern, auch Ehrenämtern, für „arische" deutsche Reichsbürger oder solche „artverwandten Blutes". Noch während die neue Satzung beraten wurde, ließ Minister Rust die Akademie wissen, er werde es begrüßen,

> wenn den wenigen nichtarischen Mitgliedern in geeigneter Form nahegelegt werden würde, ihre ordentliche Mitgliedschaft niederzulegen.[42]

Max Planck, der sich noch 1933, wenngleich vergeblich, bei Hitler für den Nobelpreisträger und Chemiker Fritz Haber, der noch im selben Jahr nach Cambridge emigrierte, für den Nobelpreisträger und Physiker James Franck, der 1933 öffentlich gegen die Entlassung jüdischer Kollegen protestierte, das Kaiser-Wilhelm-Institut verließ und nach Baltimore auswanderte, und für seine Schülerin Lise Meitner, seit 1914 Mitarbeiterin am Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie und ab 1926 Extraordinaria der Berliner Universität, der ihre Lehrbefugnis entzogen worden war, eingesetzt hatte, widersetzte sich der Rustschen Forderung nicht, sondern informierte die davon betroffenen Kollegen in einem privaten Schreiben. Der Kunsthistoriker Adolf Goldschmidt, der Klassische Philologe Eduard Norden und der Mathematiker Issai Schur traten Mitte Oktober freiwillig aus der „Preußischen Akademie der Wissenschaften" aus. Der Leningrader Physiker Abram Fedorowitsch Joffé, seit 1928 Korrespondierendes Mitglied, verzichtete unter Protest auf seine Mitgliedschaft. Einen Monat später forderte das Ministerium auch die Ausschaltung der in Deutschland lebenden „Mischlinge und jüdisch Versippten".[43] Planck verschickte daraufhin Frage-

[42] Zit. nach Hartkopf/Wangermann, *Dokumente* (Anm. 19), 439.
[43] Hartkopf/Wangermann, *Dokumente* (Anm. 19), S. 441.

bögen an „sämtliche reichsangehörige ordentliche, auswärtige, korrespondierende und Ehrenmitglieder", um die entsprechenden Hinweise zu erhalten. Zwei ordentliche Mitglieder, der „Mischling" Max Sering (Nationalökonom) und der „jüdisch versippte" Historiker Otto Hintze, traten jetzt aus. Der in Kiel 1935 zwangsemeritierte Altphilologe Felix Jacoby legte seine korrespondierende Mitgliedschaft nieder, desgleichen der Wiener Pharmakologe Hans Horst Meyer. Auch die letzten „nichtarischen" Mitarbeiter der Akademie und der von ihr durchgeführten Projekte verloren ihre Stellung. Planck reagierte auf die Austrittsschreiben mit einem Brief des Bedauerns. Die meisten außerhalb Deutschlands lebenden „nichtarischen" Mitglieder wurden bis November 1942, meist durch Beschluss des Plenums, mitunter auch durch Entscheid des Präsidenten, „gestrichen", z. B. Max Born, James Franck oder der römische Mathematiker Tullio Levi-Cività. Gemäß einem Erlass des Reichswissenschaftsministers vom April 1941 wurden die Streichung bzw. der Ausschluss amerikanischer Akademiemitglieder auf die Zeit nach dem Krieg vertagt, was beispielsweise dem „jüdisch versippten" Altphilologen Werner Jaeger, seit 1936 in Chicago, seine Mitgliedschaft rettete.[44] Es konnte nicht festgestellt werden, ob diese Regelung den 7. Dezember 1941 überdauerte, als Hitler den USA den Krieg erklärte und keine Rücksicht mehr genommen werden musste.

Wie viele jüdische Akademiemitglieder, seien sie ordentliche, außerordentliche oder korrespondierende, insgesamt aus den deutschen Akademien ausgestoßen, oder sagen wir besser hinausgeworfen wurden, lässt sich nur schwer feststellen. Die Zahlen schwanken von Akademie zu Akademie. Aus der Leopoldina, die 1933 96 jüdische Mitglieder, d. h. ca. 15 % des Gesamtbestandes, hatte, wurden in den folgenden Jahren 87 Namen gestrichen. In Wien, wo die Akademie bei Kriegsende 53 wirkliche und 66 korrespondierende Mitglieder umfasste, traten unter Druck in den Jahren 1938–1940 insgesamt 5 ordentliche

[44] Walther, *‚Arisierung', Nazifizierung und Militarisierung* (wie Anm. 10), S. 93–97.

(9 %) und 11 korrespondierende (16 %) jüdische Mitglieder aus oder wurden gestrichen, wobei nicht zwischen In- und Ausländern unterschieden wird. In Heidelberg mussten aufgrund der Rassengesetze bis 1939 acht ordentliche und fünf außerordentliche bzw. korrespondierende Mitglieder ausscheiden; hinzu kamen zwei freiwillige Austritte, wovon einer, der Botaniker Ludwig Jost, diesen Schritt aus Solidarität mit den Verfemten tat, obwohl er nicht von den Rassegesetzen betroffen war. Alle diese Angaben, die nicht absolut gesichert sind, sprechen für einen Mittelwert von reichsweit etwa 10 % vertriebenen ordentlichen und 5 % korrespondierenden Akademiemitgliedern aus rassischen Gründen.

Das REM plante, wie das faschistische Italien, langfristig die Schaffung einer Reichsakademie, ein Projekt, das 1935 unter anderen Prämissen bereits einmal angeschoben worden, aber gescheitert war. Damals sollte die DFG in eine „Reichsakademie der Forschung" umgestaltet, der „Führer" Adolf Hitler an ihre Spitze gestellt werden. Er sollte die Funktion übernehmen, die

> im nationalpolitischen, nationalwirtschaftlichen und wehrtechnischen Interesse notwendige[n] Forschungsaufgaben zu studieren, anzuregen, vorzubereiten und ihre Durchführung den geeignetsten Forschungsstellen zu übertragen.

Ein Gesetzesentwurf war bereits ausgefertigt, doch regte sich Widerstand. Max Planck machte geltend, im Ausland könne der Eindruck entstehen, dass zu den bisherigen Akademien eine neue „Akademie" hinzukomme, was kein Verständnis finden würde. Wenn man schon ein neues Gremium schaffe, solle man es besser „Reichsrat der Forschung" nennen, was dann auch geschah. Allerdings hieß die Anfang 1937 geschaffene Organisation „Reichsforschungsrat" (RFR) und wurde der DFG vorgeschaltet.[45]

Die 1938/1939 gestartete Initiative zur Schaffung einer „Reichsakademie" betraf alle wissenschaftlichen Akademien.

[45] Notker Hammerstein, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft in der Weimarer Republik und im Dritten Reich. Wissenschaftspolitik in Republik und Diktatur*, München 1999, S. 163–172.

Sie kam gewissen Begehrlichkeiten der „Preußischen Akademie der Wissenschaften“ entgegen. Berlin wollte sich zum dauernden „Vorort“ des Akademienkartells machen (bis dahin wechselte der Versammlungsort), was die übrigen Akademien zu Berliner Filialen gemacht und langfristig das Ende ihrer Selbstständigkeit bedeutet hätte. Ein erster Schritt auf dem Weg zur Reichsakademie war die Schaffung eines „Reichsverbandes der Deutschen Akademien der Wissenschaften“. Die einzelnen Akademien, die gerade erst ihre Mitgliederbasis dadurch ausgeweitet hatten, dass sie vom Ortsprinzip abgerückt waren, kämpften für ihre Unabhängigkeit. Sie taten dies um so nachdrücklicher, als sie sich jetzt von ortsgebundenen zu Landesakademien entwickeln konnten. Im Fall von Heidelberg, um ein Beispiel zu nennen, bedeutete dies, dass auch nicht in Heidelberg residierende Wissenschaftler zu ordentlichen Akademiemitgliedern gemacht werden konnten. Dies betraf aufgrund der erweiterten Zuständigkeit die Universitäten Freiburg, Frankfurt und Straßburg sowie die Technischen Hochschulen Darmstadt und Karlsruhe (man denke an die Wahl von Gustav Doetsch/Freiburg, Erwin Madelung/Frankfurt, Rudolph Plank/Karlsruhe, Clemens Schöpf/Darmstadt und Paul Uhlenhuth/Freiburg in der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse im Jahr 1942, und die von Gerhard Ritter/Freiburg, Hermann Heimpel/Straßburg und Otto Schumann/Frankfurt im Jahr 1943 in der Philosophisch-historischen Klasse, die alle ordentliche Mitglieder wurden). Für die übrigen Akademien galt Ähnliches.

Zwar stimmten die kartellierten Akademien den Plänen des REM zu, dass das Kartell straffer organisiert und seine auswärtigen Beziehungen von der „Preußischen Akademie der Wissenschaften“ in Berlin koordiniert werden sollten. Bindend sollten jedoch weiterhin die Kartellbeschlüsse, nicht der Wille des „Führers“ der Berliner Akademie sein. Kaum war der Reichsverband durch die Genehmigung einer entsprechenden Satzung konstituiert,[46] wurden die Vertreter der Akademien für Septem-

[46] Wortlaut in: *Jahrbuch der Preußischen Akademie der Wissenschaften Jahrgang 1940*, Berlin 1941, S. 5–6.

ber 1940 zur Beschlussfassung der Satzung für eine „Reichsakademie der deutschen Wissenschaft“ nach Berlin geladen. Als Kern dieser Reichsakademie sollte der neugegründete Reichsverband zwar weiterbestehen, insgesamt wäre aber eine Beschneidung der Stellung und der Befugnisse der einzelnen Akademien eingetreten und Berlin privilegiert worden.

> Den Akademien kam es aber auf den Erhalt ihrer alten Aufgaben und ihrer alleinigen ‚Akademiefunktion' in einer ihnen zugeteilten Region an.[47]

Die Akademien erreichten durch ihren Widerspruch immerhin ein Moratorium. Für die Dauer des Krieges sollte es keine grundsätzlichen Veränderungen in der Organisation der deutschen Wissenschaftslandschaft geben, eine „Reichsakademie“ nicht geschaffen werden.

Zwischen 1933 und 1937 blieben ministerielle Eingriffe in die Wahlautonomie der Akademien sporadisch; politisch gewünschte Wahlen wurden nicht erzwungen, sondern „nahegelegt“. So scheiterte in Berlin die Zuwahl von Johannes Stark, Nobelpreisträger zwar, jedoch Vorkämpfer einer „Deutschen Physik“, wohingegen 1935 und 1937 mit dem General der Artillerie Karl Becker, Professor an der Wehrtechnischen Fakultät der TH Berlin und 1937 Präsident des Reichsforschungsrates, bzw. Ludwig Prandtl, Direktor des KWI für Strömungsforschung und Präsident der „Lilienthal-Gesellschaft für Luftfahrtforschung“, zwei Wissenschaftler zu ordentlichen Akademiemitgliedern gewählt wurden, deren Forschungen wegen ihrer militärischen Bedeutung strenger Geheimhaltung unterlagen. Durch diese Einschränkung wurde eine Kommunikation, lebenswichtig für den Wissenschaftsaustausch einer Akademie, unmöglich. Praktische Bedeutung hatten diese Zuwahlen jedoch nicht. Sie stellten für die Gewählten eine Rangerhöhung dar und verstärkten das Netzwerk der Akademie, da Becker enge Beziehungen zu Reichskriegsminister von Blomberg und Prandtl

[47] Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden* (Anm. 15), S. 123.

zu Reichsluftfahrtminister Göring unterhielten.[48] Eklatanter war die Wahl des Mathematikers Karl Theodor Vahlen, der 1927 wegen republikfeindlicher Aktivitäten in Greifswald aus dem Staatsdienst entlassen worden und nach Wien gegangen war, wo er von 1930 bis 1933 eine ordentliche Professur bekleidete. Nach der so genannten Machtübernahme wurde er in Greifswald als Ordinarius rehabilitiert und 1933 als Sachbearbeiter ins Preußische Kultusministerium berufen, wo er von 1934 bis März 1937 als Amtschef die Hochschulabteilung W (Wissenschaft) leitete. Gleichzeitig erhielt er einen Ruf an die Berliner Friedrich-Wilhelms-Universität. Er wurde 1937 mit 68 Jahren emeritiert und, wenngleich im zweiten Anlauf, als ordentliches Mitglied in die Preußische Akademie gewählt, die er von 1939 bis 1943 wegen eines Patts innerhalb der Entscheidungsträger (nur) als kommissarischer Präsident leitete. Vahlen war 1936 von der SA in die SS übergetreten und wurde 1943 zum Brigadeführer ernannt. Erst gegen Kriegsende ging er nach dem Verlust seiner Wohnung durch Bombenschaden als Honorarprofessor an die TH Wien. Wenig später erhielt er einen Lehrauftrag an der Deutschen Universität Prag, wo er am 16. November 1945 „in Gefangenschaft" verstarb.[49] Höchst politisch war 1939 auch die Wahl des Generalinspekteurs für das deutsche Straßenwesen, Dr. Ing. Fritz Todt, zum Ehrenmitglied der Preußischen Akademie der Wissenschaften. Der Mathematiker Ludwig Bieberbach, ein alter Nationalsozialist, der den Antrag eingebracht hatte, begründete ihn damit, er glaube nicht, „daß eine ferne Zukunft von einem derselben [= Ehrenmitglieder] noch lauter und deutlicher künden" werde als von Prof.

[48] Burghard Ciesla, *Abschied von der ‚reinen' Wissenschaft. ‚Wehrtechnik'* (wie Anm. 41), S. 483–513.

[49] Zusammenfassende Daten bei Michael Grüttner, *Biographisches Lexikon zur nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik*, Heidelberg 2004 (Studien zur Wissenschafts- und Universitätsgeschichte, 6), S. 176–177 (mit weiterführender Literatur); Walther, *‚Arisierung', Nazifizierung und Militarisierung* (Anm. 10), S. 100–114. Zu den Vorgängen als solchen vgl. Hammerstein, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft* (Anm. 45), S. 270–283.

Todt. In anderem Zusammenhang unterstrich er mit eigenartiger Dialektik:

> Ich bemerke dazu, daß über den Grad der Qualifikation nicht ich zu befinden habe, auch nicht unser Präsident, sondern die zuständige politische Stelle. Selbstverständlich kann die politische Qualifikation nicht wissenschaftliche Leistung ersetzen. Es wird mich – und das Gleiche kann ich auch im Namen unseres Präsidenten sagen – es wird uns niemand bereit finden, für die Wahl eines Mitglieds einzutreten, das nicht unseren üblichen wissenschaftlichen Anforderungen voll und ganz entspricht. Es handelt sich vielmehr nur darum, bei diesen Ersatzmitgliedern eine besonders hohe politische Qualifikation neben der wissenschaftlichen zu verlangen.[50]

In Heidelberg lassen sich mit Vahlens Zuwahl in die „Preußische Akademie der Wissenschaften" die des Volkskundlers Eugen Fehrle[51] und die des Mediziners Johann Daniel Achelis[52] (schon bald geschäftsführender Sekretar der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse) vergleichen, mit der Todts die des badischen Staatsministers und Heidelberger Professors für Kriegsgeschichte und Wehrkunde Paul Schmitthenner,[53] die al-

[50] Hammerstein, *Die Deutsche Forschungsgemeinschaft* (Anm. 45), S. 279.
[51] Fehrle (1880–1957), habilitierter klassischer Philologe, 1933–1936 Ministerialrat und Leiter der Hochschulabteilung im badischen Kultusministerium, seit 1934 nebenamtlich Leiter der Verwaltungsakademie Baden, 1934 o. Mitglied der Heidelberger Akademie, 1935–1945 o. Prof. der Volkskunde, Mitglied des erweiterten Führerrats der Universität, vgl. Grüttner, *Biographisches Lexikon* (Anm. 49), S. 46.
[52] Achelis (1898–1963), 1926 Habilitation in Leipzig, seit 1933 Mitglied der NSDAP, von März 1933 bis September 1934 Ministerialrat und Personalreferent in der Hochschulabt. des Preußischen Kultusministeriums, 1934–1945 o. Prof. in Heidelberg, 1935 Aufnahme in die Heidelberger Akademie, seit 1941 auch Mitglied der Leopoldina, 1942–1945 Dekan der Medizinischen Fakultät, vgl. Grüttner, *Biographisches Lexikon* (Anm. 49), S. 13.
[53] Schmitthenner (1884–1963), 1928 Habilitation in Heidelberg (Geschichte des Kriegswesens), 1933 Staatskommissar, seit September 1933 Minister ohne Geschäftsbereich in der badischen Regierung, im gleichen Jahr persönlicher Ordinarius in Heidelberg (Geschichte mit bes. Berücksichtigung von Kriegsgeschichte und Wehrkunde), seit 1934 Mitglied der SS,

lerdings scheiterte. In München wurde 1936 mit Karl Alexander von Müller ein alter Parteigänger des Nationalsozialismus zum Akademiepräsidenten bestimmt, der die Akademie bis 1943 leitete.[54] Der Münchener Rektor und Kurator des „Ahnenerbes e. V. der SS", Walther Wüst, fiel bei der Wahl 1940 durch, erfuhr jedoch durch eine Indiskretion davon und sorgte hinter den Kulissen dafür, dass er durch ministeriellen Octroi doch noch aufgenommen wurde. Allerdings besuchte er nur die Hälfte aller Sitzungen und hielt sich dabei im Hintergrund.[55] Für die anderen Akademien lassen sich ähnliche „Fälle" benennen, die jedoch prozentual nicht stark ins Gewicht fallen. Bedenklicher sind die Parteibeitritte von ordentlichen Akademiemitgliedern, die akademienweit zwischen 40 und 50 % betrugen.

Die „großen" Akademien in Berlin, Göttingen, München und Wien betreuten zahlreiche Langzeitprojekte, meist geisteswissenschaftlicher Art. Zu ihrer Durchführung waren Arbeitsstellen mit einem festen, von der Akademie besoldeten Mitarbeiterstab gebildet worden (wissenschaftliche Beamte, wissenschaftliche Hilfsarbeiter, Stipendiaten, technische Hilfskräfte). Die Arbeitsstellen wurden von eigens dafür eingesetzten Kommissionen begleitet. Diese Langzeitprojekte, die meist schon vor 1933 begonnen worden waren, wurden in der NS-Zeit weitergeführt, z. T. jedoch „umakzentuiert". Soweit sie dem Werk großer Denker und Philosophen galten (Leibniz, Kant, Kopernikus, Wilhelm von Humboldt, Schleiermacher u. a.), sollten diese jetzt als herausragende Vertreter des „deutschen" Geistes herausgestellt werden. Die Preußische Akademie als die größte Akademie führte 1943 37 Kommissionen, die insgesamt über 80 einzelne

1938 bis März 1945 Rektor der Universität Heidelberg, vgl. Grüttner, *Biographisches Lexikon* (Anm. 49), S. 152.

[54] Stoermer, *Bayerische Akademie der Wissenschaften* (Anm. 16), S. 92–94.

[55] Maximilian Schreiber, *Walther Wüst. Dekan und Rektor der Universität München 1935–1945*, München 2008 (Beiträge zur Geschichte der Ludwig-Maximilians-Universität München, 3), S. 185–189.

Unternehmen betreuten, von denen 14 in den mathematisch-physikalischen Bereich gehörten.[56]

Besonders interessant sind die erst in der NS-Zeit begonnenen Projekte. Bereits im Mai 1933 setzte die Berliner Akademie eine Kommission ein, die einen „Atlas des deutschen Lebensraumes" in Angriff nehmen sollte. Der Atlas sollte 45 Karten enthalten, die der Erschließung der Naturreichtümer, der Bevölkerungsverhältnisse, der Verkehrsverbindungen u. ä. dienen und die „mannigfaltigen Beziehungen zwischen Raum und Volk zur Darstellung" bringen sollten. Das Werk hatte eine deutlich nationalistische Ausrichtung und konnte nur allzu leicht zur Rechtfertigung und Propagierung imperialistischer Geopolitik und Ostexpansion benutzt werden.[57] Im Jahr 1940 wurde der Agrarwissenschaftler Konrad Meyer in die „Preußische Akademie der Wissenschaften" aufgenommen, der wenig später den so genannten „Generalplan Ost. Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus" erdachte. Dieser Plan lieferte die Grundlage einer vor allem von der SS, der Meyer als Oberführer angehörte, zu vollziehenden Neuordnung der eroberten Gebiete zwischen Oder und Ural. Mit Meyer nahm die Berliner Akademie ein Mitglied in ihre Reihen auf, das unmittelbar der Umvolkungs- und Ausrottungspolitik der Nationalsozialisten zuarbeitete.[58] Er verhehlte das in seiner Antrittsrede nicht:

> Die Forderungen einer volkspolitischen Ordnung, wie sie in der Zeit vor und nach der Machtübernahme immer wieder im Hinblick auf die innerpolitischen Fragen verkündet und in Angriff genommen worden sind, haben sich mehr und mehr zu einer außenpolitischen These verdichtet. In der denkwürdigen Reichstagsrede vom 6. Oktober 1939 hat der Führer diese Aufgabe als wichtigste Voraussetzung für den Frieden in Europa und als Grundlage der endgültigen Festigung der Volkstumskräfte im Raum herausgestellt, nämlich die

[56] Grau, *Die Berliner Akademie* 2/III (Anm. 30), S. 287.
[57] Ebd., S. 306–307.
[58] Karl Kegeler/Alexa Stiller, *Konrad Meyer*, in: Ingo Haar/Michael Fahlbusch (Hg.), *Handbuch der völkischen Wissenschaften. Personen – Institutionen – Forschungsprogramme – Stiftungen*, München 2008, S. 415–422; Piotr Madajczyk, *Generalplan Ost*, ebd., S. 187–193.

> Schaffung einer neuen Ordnung der ethnographischen Verhältnisse im Sinne einer besseren Übereinstimmung zwischen Volkstums- und Staatsgrenzen. Diese Forderung läßt uns die ganze Tiefe und Tragweite des neuen, nach innen und außen wirkenden volkspolitischen Wollens erkennen. Der Begriff des Politischen, bisher staatspolitisch befangen und in der Zeit der Gegensätzlichkeit von Staat und Gesellschaft verflacht oder parteipolitisch verengt, hat durch das [sic] Primat und die Totalität des Völkischen wieder seinen echten und hohen Sinn erhalten.[59]

Damit vergleichbar ist 1941 die Einsetzung einer von beiden Klassen der Berliner Akademie beschickten „Kommission für koloniale Aufgaben", die unmittelbar auf die Wahl des Afrikawissenschaftlers Diedrich Westermann zurückgeht.[60] Wenngleich sie schon bald mit Rücksicht auf die „Kolonialwissenschaftliche Abteilung" des Reichsforschungsrates (RFR) verschlankt und in „Weiß-Afrika-Kommission" (= Nordafrikakommission) umbenannt wurde, ist sie doch ein typisches Produkt der nationalsozialistischen Wissenschaftspolitik, die fächerübergreifende Forschungsverbünde schaffen wollte. Dieser Kommission gehörten außer Westermann ein Geograph (Norbert Krebs), ein Anthropologe (Eugen Fischer), ein Ozeanograph und Geophysiker (Albert Defant), ein Arabist (Richard Hartmann), zwei Rechtswissenschaftler (Ernst Heymann, Paul Koschaker), ein Botaniker (Ludwig Diehls), ein Geologe (Hans Stille) und ein Mineraloge (Paul Ramdohr) an. Westermann umriss die Aufgaben der Kommission in seiner Antrittsrede wie folgt:

> Die kommende koloniale Aufgabe Deutschlands bedeutet eine Herausforderung an die deutsche Wissenschaft. Es gibt wenige Zweige der Wissenschaft und Forschung, die hier nicht zur Mitarbeit aufgerufen sind, und wir sehen schon heute in den Jahren der Vorbereitung, wie die neue Aufgabe der wissenschaftlichen Tätigkeit einen

[59] Konrad Meyer, *Bodenordnung als volkspolitische Aufgabe und Zielsetzung nationalsozialistischen Ordnungswillens*, in: *Jahrbuch der Preußischen Akademie der Wissenschaften Jahrgang 1940*, Berlin 1941, S. 191–208, hier S. 191.

[60] Holger Stoecker, *Afrikawissenschaften in Berlin von 1919 bis 1945. Zur Geschichte und Topographie eines wissenschaftlichen Netzwerkes*, Stuttgart 2008 (Pallas Athene, 25), S. 242–252.

> starken Auftrieb gibt, neue Probleme in den Vordergrund rückt und neue Kräfte weckt.
>
> Eine Eigenart jeder kolonialen Wissenschaft liegt in ihrer engen Verbindung mit der Praxis. Von ihr kommt die Anregung, ihr soll die Wissenschaft haltbare Grundlagen und sichere Ausgangspunkte geben. Diesem Umstand, also der praktischen Brauchbarkeit, ist es wesentlich zu verdanken, daß schon heute weithin die Voraussetzungen für die Inangriffnahme der Arbeiten vorhanden und Menschen und Mittel in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen. Deutsche Hochschulen und die mit ihnen verbundenen Forschungsstätten haben zu den bestehenden Einrichtungen neue schaffen können und stehen schon mitten in der Arbeit. [...] Eine besonders weitreichende Wirksamkeit kommt der Kolonialwissenschaftlichen Abteilung des Reichsforschungsrates zu, dessen Aufgabe es ist, alle kolonialwissenschaftlichen Bestrebungen einheitlich zusammenzufassen, zu organisieren und durch Anregung und Sachberatung überall fördernd einzugreifen. Damit ist eine Einrichtung geschaffen, wie sie bisher in keinem Lande Europas bestanden hat, und die ein außerordentlich wirksamer Faktor in der kolonialen Forschung zu werden verspricht, ja trotz der Kürze ihres Bestehens teilweise schon geworden ist.[61]

Auch die „Heidelberger Akademie der Wissenschaften" startete ein neues Großprojekt, die Sammlung aller deutschen Inschriften, das auf den Germanisten Geheimrat Friedrich Panzer zurückging. Er hatte bereits 1934 einen Aufruf dazu erlassen,[62] 1936 in Mainz ein „Vorbereitungslager" geleitet, bei dem erfahrene Gelehrte junge Nachwuchswissenschaftler schulten und mit ihnen vor Ort exemplarisch die Aufnahme von Inschriften einübten. Als erster Band der so genannten Heidelberger Reihe erschienen 1942 die Inschriften des Main-Tauberkreises.[63] Erst

[61] Diedrich Westermann, *Sprachen- und Völkerforschung als koloniale Aufgabe*, in: *Jahrbuch der Preußischen Akademie der Wissenschaften Jahrgang 1941*, Berlin 1942, S. 234–246, hier S. 234.

[62] Friedrich Panzer, *Die Inschriften des deutschen Mittelalters. Ein Aufruf zu ihrer Sammlung und Bearbeitung*, Leipzig 1938.

[63] Ernst Cucuel/Hermann Eckert, *Die Inschriften des badischen Main- und Taubergrundes: Wertheim-Tauberbischofsheim gesammelt und bearbeitet von E. C. und H. E.* Vorwort zum Gesamtwerk von Friedrich Panzer (*Die*

1958 folgte als 2. Band die Edition der Inschriften der Stadt Mainz. Panzer hat im Vorwort zum ersten Band die völkische Bedeutung des Projekts betont, das ansonsten streng philologisch orientiert war:

> Wohl standen auf den Brettern aller Universitätsbibliotheken die prächtigen Foliobände eines Corpus inscriptionum latinarum – aber wo war die Sammlung der Inschriften unseres eigenen Volkes? Sie ist bis heute nicht vorhanden und nur mühsam kann man sich in einer unendlich verstreuten Literatur über das und jenes einzelne unterrichten.
>
> Völkischem Denken muß ein solcher Zustand notwendig beschämend erscheinen. Ich war auch durchaus nicht der einzige, der die Lücke wissenschaftlich bedrückend empfand: Historiker wie Philologen hatten von länger her Ursache gefunden, die mangelnde Zubereitung der deutschen Inschriften als eine Schädigung der Möglichkeiten ihrer geschichtlichen Darlegungen zu beklagen. In erster Linie wäre gewiß ein Historiker berufen gewesen, die so nötige Abhilfe zu schaffen. Da es nicht geschah, so entschied ich mich trotz aller Bedenken zu einem Versuche, die Organisation ins Leben zu rufen, die für die Erreichung so weitgestecker Ziele unerläßlich war (S. IX–X).

Neo-kolonialistische Projekte wie die genannten Berliner Vorhaben, das sei ausdrücklich betont, blieben die Ausnahme. Dabei ist allerdings zu bedenken, dass die „Gleichschaltung" der Akademien erst 1938/1939 vollzogen war und der Überfall auf die Sowjetunion im Juni 1941 auch für die Einrichtungen der Wissenschaft einen Ausnahmezustand schuf, der kein geregeltes Arbeiten mehr ermöglichte. In den meisten Akademien fand der Großteil der wissenschaftlichen Arbeit, zumal ihre Planung, immer noch in den Sitzungen statt, in denen nach wie vor die wissenschaftliche Qualität zählte. Der sich ab Sommer 1941 zuspitzende Krieg forderte zwar von den Akademien einen immer größeren Einsatz für kriegswichtige Ziele, gewährte ihnen in organisatorischer Hinsicht jedoch eine Ruhepause.

Deutschen Inschriften, hg. von den vereinigten deutschen Akademien Berlin-Göttingen-Heidelberg-Leipzig-München-Wien, Heidelberger Reihe, 1. Bd.), Stuttgart 1942.

Die Ende 1941 genehmigte Satzung der „Deutschen Akademie der Wissenschaften“ in Prag belegt den nationalsozialistischen Machtwillen besonders deutlich.[64] Die unspezifisch für den „mittleren Ostraum“ zuständige Akademie verstand sich als Rechtsnachfolgerin der 1891 gegründeten „Gesellschaft zur Förderung deutscher Wissenschaft, Kunst und Literatur in Böhmen“ (später „Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste für die Tschechoslowakische Republik“ bzw. „Deutsche Gesellschaft der Wissenschaften und Künste in Prag“). Ihr oblag insbesondere die Aufgabe,

> in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Hochschulen in Prag und Brünn die deutsche Forschung im mittleren Ostraum im Dienst von Volk und Reich zu fördern, die deutsche Kulturleistung in diesem Raume in allen Lebensbereichen zu erforschen und zur weiteren Erschließung des Raumes für das Deutsche Volk nach Kräften beizutragen (S. 7).

Eine Besonderheit bestand darin, dass die Satzung nicht nur von Reichsminister Rust (31. Oktober 1941), sondern auch vom Reichsprotektor in Böhmen und Mähren, Reinhard Heydrich (8. Dezember 1941), genehmigt wurde. Der Präsident, der Vizepräsident und die beiden Obmänner (Sekretare) wurden „aus der Zahl der in Prag oder Umgebung wohnenden Ordentlichen Mitglieder auf Vorschlag der Akademie gemeinsam vom Reichsprotektor in Böhmen und Mähren und vom Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung ernannt“. Diese Doppelzuständigkeit wies der Prager Akademie ähnliche Aufgaben zu wie der späteren Reinhard-Heydrich-Stiftung. Die im Prinzip harmlos klingenden Kommissionen für das sudetendeutsche Mundartenwörterbuch, das sudetendeutsche Flurnamen-Buch, für Volkskunde, für die Herausgabe der Bibliothek deutscher Schriftsteller aus Böhmen, Mähren und Schlesien bzw. für Urgeschichte sowie die Edition sudetendeutscher Lebensbilder sollten den Beweis für die historische Stärke des deutschen Volkstums antreten und ordneten sich somit in die so

[64] *Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften in Prag*, Prag–Reichenberg 1943, S. 7–13.

genannte Ostforschung ein. Die Prager Akademiemitglieder wurden durch einen Erlass des REM vom 20. Juni 1942 unangenehm überrascht, der es dem Ministerium erlaubte, „ohne vorherige Verhandlungen eine grundlegende Änderung des gesetzlichen Status der Akademie" vorzunehmen. Aus einer Körperschaft des öffentlichen Rechts wurde die Prager Akademie zu einer reichsdeutschen Dienststelle gemacht. Was im „Altreich" und der „Ostmark" nicht durchsetzbar war, wurde im sog. Protektorat praktiziert und legt offen, wie die Zukunft aller Akademien nach Kriegsende ausgesehen hätte.

Das Ende der NS-Diktatur bescherte zwar auch den Akademien wieder ihre volle Freiheit, aber zunächst gerieten sie in den allgemeinen Zusammenbruch und mussten ihre Arbeit einstellen. Die alliierten Besatzer wollten einen Neuanfang erst dann erlauben, wenn alle Parteimitglieder aus den Akademien entfernt worden wären. Zwar legte das am 5. März 1946 erlassene „Kontrollratsgesetz Nr. 124 zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus" die Entnazifizierung schon bald in deutsche Hände, bezog sich aber ausdrücklich auf die Anweisung Nr. 24 betreffend der „Entfernung von Nationalsozialisten und Personen, die den Bestrebungen der Alliierten feindlich gegenüberstehen, aus Ämtern und verantwortlichen Stellungen".[65] In der dieser Anweisung beigegebenen Liste von zu säubernden Einrichtungen waren zwar die „Deutsche Akademie", die „Akademie für Deutsches Recht" und die „Staatsakademien für Rassen- und Gesundheitspflege" enthalten, nicht jedoch die Akademien der Wissenschaften. Dennoch wurden auch sie überprüft und „gesäubert". Dies war nur eine Maßnahme von mehreren, denn alle strukturellen Veränderungen, die das REM im Lauf der Jahre für und über die Akademien verfügt hatte, sollten zurückgenommen werden. Dies bedeutete

1. die Beseitigung der staatlichen Aufsicht,
2. die Redemokratisierung der Satzungen,

[65] Wortlaut z.B. in: Regierungsblatt für Württemberg-Baden 1946, S. 71 (http://www.verfassungen.de/de/bw/wuertt-b-befreiungsgesetz46.htm [zuletzt aufgerufen 28.1.2009]).

3. die Rückholung der Vertriebenen,
4. die Entlassung der nationalsozialistischen Aktivisten und
5. die Einstellung völkisch-rassischer Projekte.

Das baldige Ende der NS-Herrschaft wurde in Heidelberg bereits auf der Sitzung der Philosophisch-historischen Klasse vom 17. März 1945 spürbar. Zu Hans Schaefers Vortrag über „Das Bündnis zwischen Sparta und Persien im Jahre 412/411" hielt der Altphilologe Otto Regenbogen das Korreferat. Er war das erste Mitglied, das – obschon formal nie ausgeschlossen, dessen Mitgliedschaft wegen seiner „jüdischen Versippung" seit 1935 jedoch ruhte – bereits kurz vor dem Zusammenbruch in die Akademie zurückkehrte und seine vollen Rechte als ordentliches Mitglied zurückerhielt.[66] In der ersten von den Amerikanern genehmigten Senatssitzung am 8. August 1945 nahmen von den im Frühjahr 1945 registrierten 54 ordentlichen Mitgliedern nur 22 nichtbelastete Teil. Daraus darf man schließen, dass ca. 50 % im Lauf der Jahre seit 1933 in die Partei eingetreten waren.[67] Als die Militärregierung der Akademie mit Erlass vom 17. Dezember 1946 ihre volle Rechtsfähigkeit zurückgab, wurden 27 Akademiemitglieder nominell wieder zugelassen. Am 4. Januar 1947 begann für die Akademie wieder ein „geregeltes Leben", und sie musste zunächst daran gehen, die personellen Altlasten abzuarbeiten. Sie ließ sich viel Zeit damit. Abschließend wurden nur sechs ehemalige Mitglieder (immerhin ca. 11 %) nicht wieder in die Akademie aufgenommen, drei aus jeder Klasse (Eugen Fehrle, Fritz Schachermeyr, Hubert Schrade; Udo Wegner, Gustav Doetsch, Carl Schneider). Bei den übrigen Akademien waren die Prozentsätze ähnlich. Die „Preußische Akademie der Wissenschaften" umfasste bei

[66] Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden* (Anm. 15), S. 545. Zu Regenbogen vgl. Angelos Chaniotis/Ulrich Thaler, *Altertumswissenschaften*, in: W. U. Eckart, V. Sellin, E. Wolgast (Hg.), *Die Universität Heidelberg im Nationalsozialismus*. Mit 44 Abbildungen, Heidelberg 2006, S. 391–434, hier S. 398.

[67] Zahlen nach Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden* (Anm. 15), S. 549, 558, 565.

Kriegsende 76 ordentliche Mitglieder, von denen allerdings nur 15 in Berlin aktiv waren. Sie kehrte bereits im Juni 1945 zur alten Satzung zurück und trennte sich definitiv von 15 ihrer ordentlichen Mitglieder (ca. 20 %).[68] In Wien waren 26 der ordentlichen (wirklichen) 53 und 38 der 66 korrespondierenden Mitglieder Parteimitglieder oder Parteianwärter (50 bzw. 58 %). Aufgrund der „Sühnefolgen" wurden von diesen insgesamt 64 Belasteten zunächst 10 wirkliche und 24 korrespondierende Mitglieder ausgestoßen, vier wirkliche und ein korrespondierendes Mitglied wurden „vorläufig enthoben" und 12 ordentliche bzw. 13 korrespondierende Mitglieder als „minderbelastet" eingestuft.[69] Diese Angaben mögen genügen, um zu belegen, dass die NS-Herrschaft die Akademien (wie die übrigen wissenschaftlichen Einrichtungen) zweimal bis ins Mark traf. Immerhin wurde bei den meisten Akademien sehr schnell damit begonnen, alle zwischen 1933 und 1945 ausgestoßenen Mitglieder zurückzurufen.[70] Das unterscheidet die Akademien von den Universitäten, die dies nur in Einzelfällen, und meist eher gezwungen als freiwillig, getan haben. Allerdings war es für die Akademien leichter, denn sie konnten die „Vertriebenen", soweit sie im Exil

[68] Peter Th. Walter, *Zur Zuwahlpraxis neuer Akademiemitglieder*, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland 1945–1990*, Berlin 2002 (Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, 9), S. 117–131, hier S. 118.

[69] Matis, *Zwischen Anpassung und Widerstand* (Anm. 17), S. 66.

[70] Vgl. für die PreußischeAkademie der Wissenschaften Hartkopf/Wangermann, *Dokumente* (Anm. 19), Nr. 141, S. 480: „Die Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin bedauert aufs entschiedenste das Rundschreiben vom 1.12.1938, das die Akademie allen Mitgliedern zugehen lassen mußte und durch das auch Ihnen die Niederlegung der Mitgliedschaft nahegelegt wurde. Die Akademie widerruft grundsätzlich und in aller Form dieses Rundschreiben und hebt für alle Betroffenen die Folgen auf, die es nach sich gezogen hat. Die Akademie wünscht daher, Sie mit allen Ehren und Rechten wieder in die Liste der korrespondierenden Mitglieder einzureihen und fragt an, ob Sie damit einverstanden sind.
Was die grundsätzliche Haltung der Akademie betrifft, so werden auch die verstorbenen Mitglieder, soweit sie durch das Rundschreiben betroffen waren, wieder in allen Listen geführt".

lebten, zu korrespondierenden Mitgliedern machen, was keinen „Gebliebenen", der sich nichts hatte zuschulden kommen lassen, seinen Platz kostete. Einige der Betroffenen waren versöhnlich gestimmt und nahmen die Restituierung an, andere nicht. Von Einstein hatten wir gehört, ein zweites Beispiel, diesmal aus Heidelberg, war der Altphilologe Eduard Fraenkel (korrespondierendes Mitglied seit 1932). Er reagierte erbittert und vollzog mit empörten Worten den endgültigen Bruch mit der Akademie.[71] Er nahm Anstoß daran, dass er mit einem Formularbrief, in den sein Name mit der Schreibmaschine eingetragen worden war, in die Akademie zurückgebeten wurde, nicht mit einem persönlichen Anschreiben.

Werfen wir zum Abschluss einen Blick auf die Geschichte der drei Akademien Berlin, Halle und Leipzig, die auf dem Gebiet der Sowjetischen Besatzungszone lagen, der späteren DDR. Vergleiche zwischen Nationalsozialismus und DDR-Sozialismus sind nicht unproblematisch, aber aufschlussreich. Während der NS-Staat parteilich und völkisch-rassistisch war, war die DDR nur parteilich. Mit anderen Worten: ein Deutscher jüdischer Abstammung hatte im „Dritten Reich" keinerlei Berufschancen und musste um sein Leben fürchten; ein Gegner des SED-Regimes, der dies zu erkennen gab, musste zwar Einschränkungen in seiner Karriere hinnehmen, in schlimmen Fällen Haft erdulden, aber im allgemeinen nicht um sein Leben fürchten. Andererseits war Mitläufertum, d. h. Mitwirken am „Aufbau des Sozialismus" aus opportunistischen Gründen, weniger verwerflich als im Nationalsozialismus, da es zwar half, das SED-System zu stützen und zu festigen, aber keine Mitverantwortung an Angriffskriegen, Versklavung und Völkermord begründete. Das ist ein fundamentaler Unterschied zwischen beiden Regimes. Ansonsten gibt es, was die Akademien angeht, auffällige Parallelen: Die Berliner Akademie, am 1. Juli 1946 durch Befehl Nr. 187 der „Sowjetischen Militäradministra-

[71] Wennemuth, *Wissenschaftsorganisation und Wissenschaftsförderung in Baden* (Anm. 15), S. 563.

tion“ (SMAD) wiedereröffnet, erfreute sich sogleich eines besonderen hoheitlichen Interesses. Deshalb wurden der Name und die Satzung (Statut) der Akademie in der Folgezeit immer wieder verändert.[72] Ziel dieser Umgestaltung war es,

1. die wesentlichen Strukturen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR zu kopieren,[73] was
2. die Schaffung einer Nationalakademie der DDR bedeutete und
3. implizierte, die Akademiemitglieder auf die sozialistische Staatsideologie auszurichten, sowie
4. die Forschung zu konzentrieren, zu lenken und sie an der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaft auszurichten bzw. sie zur Stärkung der Staatswirtschaft der DDR zu instrumentalisieren.

Da die Berliner Akademie im Lauf der Zeit immer mehr eigene Forschungsinstitute (insgesamt ca. 60) mit festangestellten Mitarbeitern (insgesamt ca. 25000) erhielt, das Promotionsrecht erwarb, eigene Professoren ernennen und akademische Auszeichnungen verleihen konnte,[74] wurde sie zu einer Großforschungseinrichtung, die mit einer herkömmlichen deutschen Akademie nur noch wenig zu tun hatte. Dies hatte auch Auswirkungen auf die Akademiestruktur. Am 7. Dezember 1949 wurden sechs Klassen gebildet (Mathematik und allgemeine Naturwissenschaften, medizinische, landwirtschaftliche, technische Wissenschaften, Sprachen, Literatur und Kunst sowie Gesellschaftswissenschaften), um angewandte Forschungen zu stärken. Jede Klasse hatte wiederum Sektionen für wichtige Fachgebiete. Um die anfallenden Verwaltungsaufgaben zu bewältigen, wurden

[72] Bis Dezember 1945: Preußische Akademie der Wissenschaften (zu) Berlin“; ab 1946: „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin“; 1972 bis 1990: „Akademie der Wissenschaften der DDR“; [1987–1990: „Akademie der Wissenschaften zu Berlin“].

[73] Natalja P. Timofeeva, *Die Vertretung der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Deutschland 1945–1949*, in: Kocka, *Die Berliner Akademien der Wissenschaften im geteilten Deutschland* (Anm. 68), S. 25–38.

[74] Grau, *Berühmte Wissenschaftsakademien* (Anm. 1), S. 300.

dem Präsidenten zusätzlich zu den sechs Klassensekretaren ein Vizepräsident, ein wissenschaftlicher Direktor nebst Referenten für jede Klasse sowie ein Verwaltungsdirektor mit zugehörigem Apparat an die Seite gestellt (der wissenschaftliche Direktor war zugleich Mitglied des wissenschaftlichen Senats beim „Ministerium für Volksbildung" und Mitglied des „Präsidialrates des Kulturbundes").[75] Auf diese Weise war der Staat in der Akademie präsent und konnte seinen Einfluss unmittelbar ausüben und immer weiter ausbauen. Das „Statut der Akademie der Wissenschaften der DDR" vom 28. Juni 1984 begann folgerichtig mit dem Satz: „Die Akademie der Wissenschaften der DDR ist eine wissenschaftliche Institution der Deutschen Demokratischen Republik".[76] Im ersten Jahrbuch der Akademie, das nach Kriegsende erschien, finden wir die folgende überraschende Begründung für diesen Strukturwandel:

> Die Forschung in Deutschland war früher in wissenschaftlichen Instituten, die in bedeutendem Maße von der Industrie abhängig waren, wie beispielsweise die Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, sowie in industrieeigenen Forschungsinstituten oder in staatlichen Anstalten erfolgt. Alle diese Einrichtungen bestanden nicht mehr. Dem deutschen Antrag [= an die im Juni 1945 noch allein in Berlin anwesende Sowjetmacht auf die Errichtung *einer* (Sperrung FRH) Organisation für die Forschung] lag ferner die Voraussetzung zugrunde, daß die Privatindustrie in der Nachkriegszeit nicht mehr als Träger der wissenschaftlichen Forschung in Erscheinung treten könne. Andererseits hatten die staatlichen Forschungsanstalten früher stets unter einem schwerwiegenden Widerspruch gelitten. Die Ergebnisse staatlicher Forschungsanstalten sicherten dem Staat Urheberrechte durch Patente, die bei einer fabrikatorischen Verwertung durch die Privatindustrie diese in eine staatliche Abhängigkeit und zu einer Gewinnverminderung brachte; das hatte einen bitteren Kampf der privaten Industrie gegen die staatlichen Forschungsanstalten zur Folge und erschwerte deren Arbeit wesentlich. Dieser Widerspruch ist durch die Entwicklung der Industrie seit Kriegsende im östlichen

[75] Vgl. das Organigramm *Struktur der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin*, in: *Jahrbuch der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946–1949*, Berlin 1950, zw. S. 43 u. 45.
[76] Hartkopf/Wangermann, *Dokumente* (Anm. 19), S. 190.

> Teil Deutschlands behoben worden, indem der überwiegende Teil der Großindustrie in volkseigene Betriebe umgewandelt wurde. Deshalb wurde die Errichtung einer umfassenden staatlichen Forschungsinstitution notwendig.[77]

Dies wurde 1949 geschrieben, als die deutsche Teilung *de facto* vollzogen war, erweckt aber den Eindruck, als ob die „Deutsche Akademie der Wissenschaften" noch einen gesamtdeutschen Anspruch erheben wollte. Das kam auch darin zum Ausdruck, dass „Westdeutsche" korrespondierende Mitglieder der Berliner Akademie werden konnten, auch wenn ihre Zahl nicht sehr groß war. Da die ordentlichen Mitglieder von der Akademie fest besoldet wurden, konnten Neuwahlen nur im Rahmen eines staatlich genehmigten Stellenplans erfolgen.

Trotz dieser Sonderstellung der Berliner Akademie behielten die Leopoldina und die „Sächsische Akademie der Wissenschaften" ihre Autonomie. Gerade die Leopoldina besaß bei aller staatlichen Reglementierung einen großen Freiraum, zumal sie einen hohen Anteil bundesdeutscher und internationaler Mitglieder hatte und somit als gesamtdeutsche Akademie als „Fenster zum Westen" genutzt werden konnte.[78] Da auf den von ihr ausgerichteten Tagungen und Symposien neueste Forschungsergebnisse diskutiert wurden, konnte sich die DDR hier ganz legal

[77] *Bericht über die Arbeit der Akademie seit dem 1. August 1946*, in: *Jahrbuch der. Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946–1949*, Berlin 1950, S. 45–120, hier S. 48–49.

[78] Benno Parthier/Sybille Gerstengarbe, *‚Das Schicksal Deutschlands ist das Schicksal unserer Akademie' – die Leopoldina von 1954–1974*, in: *350 Jahre Leopoldina – Anspruch und Wirklichkeit* (Anm. 14), S. 293–319, hier S. 296: „Anläßlich der zweijährlich stattfindenden Jahresversammlungen und bei gelegentlichen öffentlichen Vortragssitzungen konnte MOTHES [= Kurt Mothes, Pflanzenphysiologe, Präsident der Leopoldina von 1954- 1974] mit Hilfe des gewachsenen Gelehrtenpotentials aus dem In- und Ausland den Stand und die Fortschritte in den Wissenschaften der Welt über den Kreis der Mitglieder hinaus den in der DDR ansässigen Wissenschaftlern, Ärzten und Studenten demonstrieren. Spezieller wurden Forschungsergebnisse von den besten Fachleuten in den mehrtätigen Symposien dargestellt, die in unregelmäßigen Abständen durchgeführt wurden".

wichtige Informationen beschaffen. Es gab demnach keinen Grund, die Leopoldina zu schließen oder der Berliner Akademie unterzuordnen. Auch die „Sächsische Akademie der Wissenschaften" wurde im Jahr 1948 unter der Präsidentschaft des Germanisten Theodor Frings wiedereröffnet, der durchaus selbstbewusst agierte.[79] Trotz ideologischer Abhängigkeit von Berlin konnte sie bis zur „Wende" ihre nominelle Selbständigkeit bewahren.

Berichten wir in groben Zügen, wie es mit der „Deutschen Akademie der Wissenschaften" zu Berlin weiterging. Am 28. Juni 1947 hatte die SMAD der Akademie als erste feste Einrichtung das Medizinisch-Biologische Institut in Berlin-Buch übergeben, zu dem verschiedene ehemalige Kaiser-Wilhelm-Institute gehörten. Die Akademie-Institute wurden immer wichtiger für die wirtschaftliche Entwicklung der DDR, wodurch der Einfluss der Regierung auf die Akademie wuchs. Bereits 1951 wurde die Akademie der Regierung der DDR (ab 1954 dem Ministerrat) direkt unterstellt.[80] Sie gewann zunächst großen Ein-

[79] Ein ehemaliger Kollege Frings', der in Leipzig, Straßburg und Freiburg lehrende Mittellateiner Walther Stach, schreibt am 22.4.1952 an den Münchener Mittellateiner Bernhard Bischoff (München, ArchMGH, NL Bischoff, Karton 22): „Er [= der damals noch in Leipzig tätige Historiker Walther Schlesinger] schilderte uns den Tschingis Chan der Germanistik, Anrede ‚Herr Präsident', wie er im Sechszylinder (der Staat stellt ihm deren zwei nebst livriertem Chauffeur) zwischen Leipzig und Moskau einherbraust, unnahbar für gewöhnliche Sterbliche, die wissenschaftliche Säule des 5-Jahresplanes, zu dem das *Althochdeutsche Wörterbuch* gehört". Diesem Zitat kann man entnehmen, wie wichtig die „Sächsische Akademie der Wissenschaften" demnach auch in der DDR war, zumal für die Wissenschaftsbeziehungen mit der Sowjetunion.

[80] *Statut der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Vom 17. Juni 1954*, in: Hartkopf/Wangermann, *Dokumente* (Anm. 19), S. 158–165 (enthält diesen Hinweis jedoch nicht); *Statut ... vom 2. Mai 1963*, ebd., S. 166–177; *Verordnung über das Statut der Deutschen Akademie der Wissenschaften vom 20. Mai 1969*, S. 177–190 (hier § 2 „Die Akademie untersteht dem Ministerrat. Der Vorsitzende des Ministerrates legt die sich hieraus ergebenden Befugnisse fest"); *Statut der Akademie der Wissenschaften der DDR vom 28. Juni 1984*, ebd., S. 190–207 (§ 4 Abs. 2: „Die

fluss durch Beratung der Regierung und einzelner Ministerien. Als 1957 ein Forschungsrat neu gegründet wurde, verlor sie zwar als Beratergremium an Einfluss, nicht jedoch als Forschungsstätte. Die Akademiereform von 1968 bis 1972 führte noch einmal zu einer totalen Umgestaltung der Organisationsstruktur. Die seit 1949 bestehenden sechs Klassen wurden 1969 durch 11 Klassen ersetzt. Zur Ressourcenbündelung wurden Zentralinstitute gegründet. Ab 1969 führte die Akademie auftragsgebundene Forschungen durch und wurde entsprechend budgetiert. 1970 forderte der Staatsrat, sie solle wissenschaftlich-technische Pionier- und Spitzenleistungen erbringen und dabei stets die volkswirtschaftliche Entwicklung der DDR im Auge behalten. Am 7. Oktober 1972 wurde die „Deutsche Akademie der Wissenschaften zu Berlin" in „Akademie der Wissenschaften der DDR" umbenannt.[81] Die Zahl der elf problemgebundenen Klassen wurde um drei reduziert, später wieder auf zehn, dann auf elf erhöht. Im Jahr 1981 umfasste sie 153 ordentliche und 76 korrespondierende Mitglieder, darunter 27 aus der Bundesrepublik. Sie verfügte jetzt über 59 Institute (bzw. Zentralinstitute als Leitstellen für die gesamte DDR) und Einrichtungen mit fast 25000 Wissenschaftlern. Diese Mammutorganisation hatte nichts mehr mit der alten „Preußischen Akademie der Wissenschaften" zu tun. Bereits im Jahr 1963 konnte die Akademie nur noch mit einem wahren Wasserkopf von „Leitungsorganen" (Präsidium, Geschäftsführendes Präsidium, Erweitertes Präsidium, Kommissionen für die akademischen Unternehmungen des Plenums und der Klassen, Vorstände, Kommissionen und Räte für die Leitung der Planung und der wissenschaftlichen Arbeiten, Nationalkomitees zur Wahrneh-

Akademie verwirklicht bei der Auswahl, der Entwicklung und dem Einsatz ihrer Mitarbeiter die Prinzipien sozialistischer Kaderpolitik. Sie sorgt für die fachliche und die politisch-ideologische Weiterbildung der Mitarbeiter, fördert deren schöpferische Leistungsfähigkeit und sichert die Heranbildung eines kreativen wissenschaftlichen Nachwuchses").

[81] Werner Scheler, *Von der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin zur Akademie der Wissenschaften der DDR*, Berlin 2000.

mung der internationalen Vertretung der Wissenschaft bzw. als verantwortliche Leiter den Präsidenten, die Vizepräsidenten, den Generalsekretär, die Sekretare, die Leiter der Sektionskonsilien, die Leiter der Arbeitsgemeinschaften von Instituten, die Leiter von Sektionen, die Leiter von Instituten, die Leiter bzw. Vorsitzenden von Räten und Kommissionen, die Leiter des Nationalkomitees) verwaltet werden.[82]

Im Jahr 1985 verfügte der Ministerrat, die Akademie solle den Großteil ihres Forschungspotentials durch Verträge mit der Industrie finanzieren. Dies führte zu einem Konflikt zwischen Grundlagen- und Anwendungsforschung. Nach der „Wende" im Herbst 1989 wurde die führende Rolle der SED aus den Statuten gestrichen. Im Dezember des gleichen Jahres bildete sich ein Rat der Institutsvertreter, im Februar 1990 der „Runde Tisch der Akademie der Wissenschaften", der eine Demokratisierung einleiten sollte. Dazu kam es jedoch nicht mehr. Am 27. Juni 1990 wurde das Statut der Akademie außer Kraft gesetzt, die Akademie ab Juli 1990 evaluiert. Die Institute wurden von der Akademie getrennt, der Einigungsvertrag, der am 3. Oktober 1990 in Kraft trat, schrieb diese Trennung fest und forderte eine Neukonstituierung. Am 28. März 1993 wurde in der Tradition der „Preußischen Akademie der Wissenschaften" die „Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften" gebildet. Die Gelehrtensozietät der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR führt seit April 1993 ihre wissenschaftliche Tätigkeit als Leibniz-Sozietät e.V. fort.

Mit dem Untergang der DDR ist auf deutschem Boden auch die sozialistische Akademiepolitik gescheitert, die, so der damalige Akademiepräsident Hermann Klare, sich der Notwendigkeit gestellt habe, die Berliner Akademie „nach ihrer Wiedereröffnung von der herkömmlichen Form einer Gelehrtengesellschaft ohne Verzicht auf wertvolle Traditionen in eine Forschungsakademie umzugestalten".[83] Die Verschmelzung von Gelehrten-

[82] *Statut ... vom 2.Mai 1963*, § 18, S. 171.

[83] *Jahrbuch der Akademie der Wissenschaften der DDR 1975*, Berlin 1976, S. 87.

akademie und Forschungsakademie wie auch die Schaffung einer deutschen Gesamt- oder Nationalakademie widersprachen jedoch der deutschen Akademietradition. Wenn die Leopoldina sich seit 2008 als deutsche Nationalakademie bezeichnen darf, so bedeutet dies in erster Linie Politikberatung, Außenvertretung und Koordination. Man mag sie daher eine *prima inter pares*, nicht jedoch eine *suprema* oder *unica* nennen.

Adressen der Referenten

Prof. Dr. Jan Assmann
Universität Heidelberg
Institut für Altertumswissenschaften
Marstallhof 4
69117 Heidelberg

Prof. Dr. Frank-Rutger Hausmann
Universität Freiburg
Romanisches Seminar
Werthmannplatz 3
79085 Freiburg i. Br.

Prof. Dr. Axel Horstmann
VolkswagenStiftung
Kastanienallee 35
30519 Hannover

Prof. Dr. Eberhard Knobloch
TU Berlin
Institut für Philosophie, Wissenschaftstheorie,
Wissenschafts- und Technikgeschichte
Straße des 17. Juni 135
10623 Berlin

Prof. Dr. Peter Strohschneider
Ludwig-Maximilians-Universität München
Department I – Germanistik, Komparatistik, Nordistik, Deutsch
als Fremdsprache
Schellingstraße 3
80799 München

Prof. Dr. Jürgen Trabant
Jacobs University
Campus Ring 1
28759 Bremen

Prof. Dr. Eike Wolgast
Universität Heidelberg
Historisches Seminar
Grabengasse 3-5
69117 Heidelberg

Im Jahre 2009 beging die Heidelberger Akademie der Wissenschaften, die Landesakademie Baden-Württembergs, ihr hundertjähriges Bestehen. Im Rahmen des Jubiläumsprogramms führte jede der neun Universitäten des Landes jeweils eine Veranstaltung oder Veranstaltungsreihe in ihren Räumen gemeinsam mit der Akademie durch. Mit der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg vereinbarte die Akademie für das Sommersemester des Jubiläumsjahrs die Aufnahme einer Vorlesungsreihe mit dem Titel „Das Europa der Akademien" in das Programm des Studium Generale. Sie wurde vom Präsidenten der Akademie und dem Rektor der Universität gemeinsam eröffnet. Der Vorlesungsreihe war eine doppelte Aufgabe gestellt: Zum einen sollte die Geschichte der europäischen Akademien und des Akademiegedankens bis zu ihren Anfängen in der platonischen Akademie und deren Wiederbelebung in der florentinischen Renaissance zurückverfolgt werden; zum andern sollte der Frage nach der gegenwärtigen Funktion und den künftigen Aufgaben der Akademien nachgegangen werden.

ISBN 978-3-8253-5595-1